

STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 200

**DIE WAHL
ZUM 3. DEUTSCHEN BUNDESTAG
AM 15. SEPTEMBER 1957**

Heft 3

Textheft



Herausgeber: Statistisches Bundesamt . Wiesbaden

Verlag W. Kohlhammer GmbH . Stuttgart und Mainz

Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Vorbemerkung | 3 |
| I. Rechtsgrundlagen und Wahlrechtsentwicklung | |
| A. Allgemeine Rechtsgrundlagen | 7 |
| 1. Das Wahlsystem. | 7 |
| 2. Abgeordnetenzahl und Wahlkreiseinteilung | 7 |
| 3. Stimmenzahl und Wahlvorschläge | 8 |
| 4. Wahlrecht und Wählbarkeit. | 11 |
| B. Aufgaben und Rechtsgrundlagen der besonderen Wahlstatistik | 12 |
| C. Durchführungsbestimmungen, Meldeweg und Ergebnisfeststellung | 12 |
| II. Ergebnisse | |
| A. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung | |
| 1. Wahlberechtigte und Wähler | 13 |
| 2. Wahlbeteiligung | 14 |
| B. Die ungültigen Stimmen | 21 |
| C. Die gültigen Erststimmen | 22 |
| 1. Die Parteizugehörigkeit der Wahlkreisabgeordneten | 22 |
| 2. Die Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen | 24 |
| D. Die gültigen Zweitstimmen | 31 |
| 1. Die Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern | 31 |
| 2. Die Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen | 34 |
| 3. Die Stimmabgabe der Briefwähler | 42 |
| 4. Die Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter | 43 |
| 5. Die Stimmabgabe in Stadt und Land. | 46 |
| 6. Die Stimmabgabe nach der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in den Gemeinden | 48 |
| 7. Die Stimmabgabe nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden | 50 |
| E. Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen | 52 |
| F. Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen | 54 |
| 1. Das Sitzverteilungsverfahren 1957 | 54 |
| 2. Das Ergebnis der Sitzverteilung | 56 |
| 3. Die Sitzverteilung 1957 bei anderen Zuteilungsverfahren | 58 |
| 4. Der Erfolgswert der Wählerstimmen | 59 |
| G. Die personelle Zusammensetzung des 3. Deutschen Bundestages | 60 |
| III. Anhang | |
| A. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe im Bundesgebiet und in den Ländern 1953 und 1957 | 64 |
| B. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze für den 3. Deutschen Bundestag | |
| a) Auf die Listenverbindungen der Parteien entfallende Sitze | 66 |
| b) Verteilung der auf die Listenverbindungen entfallenden Sitze auf die Landeslisten der Parteien | 68 |
| c) Verrechnung der durch die Erststimmen erhaltenen Wahlkreissitze mit den Sitzen nach den Zweitstimmen | 70 |

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Erschienen im November 1959

Vorbemerkung

Mit Heft 3 zu Band 200 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ wird die Veröffentlichung der Ergebnisse der Bundestagswahl 1957 abgeschlossen. Band 200 mit dem Titel „Die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957“ umfaßt danach folgende Einzelhefte:

Heft 1: Allgemeine Wahlergebnisse nach Ländern und Wahlkreisen

Heft 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wähler — Ergebnisse einer Repräsentativstatistik

Heft 3: Textheft

Heft 4: Allgemeine Wahlergebnisse nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen.

In dem vorliegenden Heft 3 werden die Zahlen in den Heften 1, 2 und 4 textlich erläutert, nachdem, soweit nötig, zunächst auf die Rechtsgrundlagen und die Wahlrechtsentwicklung seit 1949 eingegangen worden ist. In den Text sind zahlreiche Tabellen und Schaubilder eingestreut. Sie haben den Zweck, das Gesagte noch weiter zu verdeutlichen und sollen es dem Leser darüber hinaus ersparen, beim Studium des Textes immer wieder auf die Tabellenhefte zurückgreifen zu müssen. Neu ist die ausführliche Wiedergabe der bei der Berechnung der Sitzverteilung angefallenen Zahlen im Anhang.

Neben den allgemeinen Wahlergebnissen der Totalauszählung werden auch die Ergebnisse einer Repräsentativstatistik zur Feststellung der Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen in Stadt und Land sowie nach dem Anteil der Hauptbekenntnisse und dem Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung der Gemeinden behandelt. Zum besseren Verständnis dieser Ergebnisse wird ein vorheriges Studium der Einführung in Heft 2 zu Band 200 empfohlen. Von besonderer Bedeutung sind die Ausführungen über die Aufbereitung der Ergebnisse, über die Feststellung des Bundesergebnisses und die Hochrechnung der Stichprobenzahlen, insbesondere aber über die Genauigkeit der Ergebnisse. Tabellen auf Grund der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik sind im vorliegenden Heft hinter der Überschrift mit „R“ bezeichnet. In der repräsentativen Wahlstatistik nicht berücksichtigt sind die Briefwähler. Dadurch, und auch aus anderen Gründen, lassen sich die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik 1957 mit den entsprechenden Ergebnissen für 1953 nur bedingt vergleichen. Soweit derartige Vergleiche trotzdem vorgenommen worden sind, müssen sie mit Vorsicht beurteilt werden. Näheres hierüber ist der schon erwähnten Einführung in Heft 2 zu entnehmen.

Die Zahlen über die Wahlberechtigten weichen in zwei Fällen (Baden-Württemberg und Bundesgebiet) von den Zahlen in Heft 1 von Band 200 ganz geringfügig ab. Der Grund liegt darin, daß es sich bei den im Heft 1 enthaltenen Zahlen um rechnerisch berichtigte, im vorliegenden Heft dagegen um die ursprünglichen, von den Wahlausschüssen festgestellten amtlichen Ergebnisse handelt.

Für die Bezeichnung der Parteien werden im Allgemeinen Abkürzungen verwendet. Ein Verzeichnis der Abkürzungen befindet sich auf Seite 10. Die Wahlergebnisse für die CDU und die CSU sind häufig zusammengefaßt. Diese beiden Parteien sind zwar organisatorisch selbständig, im Bundestag bisher aber immer gemeinsam aufgetreten.

Die Zahlen für die Wahlberechtigten, Wähler und Stimmabgabe beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin, da die Bundestagsabgeordneten aus Berlin (West) z. Z. nicht unmittelbar, sondern durch das dortige Parlament (Abgeordnetenhaus) gewählt werden.

Bearbeiter dieses Heftes waren Regierungsrat Dr. Karl Schwarz und der Referent Alfred-Johannes Rangol.

Verzeichnis der Texttabellen und Schaubilder

I. Texttabellen

| | Seite |
|---|-------|
| 1. Die Wahlkreise nach der Abweichung ihrer Einwohnerzahl vom Bundesdurchschnitt am 31. Dezember 1957 | 8 |
| 2. Die zugelassenen Landeslisten 1957 | 10 |
| 3. Die zugelassenen Kreiswahlvorschläge 1957 | 10 |
| 4. Wahlberechtigte und Wähler nach Geschlecht und Alter 1953 und 1957 (R) | 14 |
| 5. Wahlberechtigte und Wähler 1953 und 1957 nach Ländern | 16 |
| 6. Die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 1949, 1953 und 1957 | 18 |
| 7. Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Wähler 1953 und 1957 nach Geschlecht und Alter (R). | 19 |
| 8. Die Wahlkreise mit dem größten und geringsten Anteil an Briefwählern 1957. | 20 |
| 9. Ungültige und gültige Stimmen unter besonderer Berücksichtigung der Briefwähler 1957 nach Ländern | 21 |
| 10. Der Anteil der ungültigen Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen 1953 und 1957 nach Gemeindegrößenklassen und Altersgruppen (R) | 21 |
| 11. Die Wahlkreissitze 1949, 1953 und 1957 nach der Parteizugehörigkeit des Gewählten | 22 |
| 12. Abgeordnetensitze des 3. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien | 24 |
| 13. Die von den Wahlkreissiegern gewonnenen Stimmenmehrheiten 1949, 1953 und 1957 | 24 |
| 14. Die Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber 1957. | 25 |
| 15. Die durchschnittliche Stimmenzahl für die in den Wahlkreisen gewählten Bewerber 1949, 1953 und 1957 nach Ländern | 27 |
| 16. Die 5 Wahlkreise mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Stimmenanteil der beiden erfolgreichsten Kandidaten zusammen und mit dem jeweils größten und kleinsten Abstand zwischen dem Sieger und dem Erstunterlegenen 1949, 1953 und 1957 | 27 |
| 17. Die Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949, 1953 und 1957 | 28 |
| 18. Die durchschnittlichen Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949, 1953 und 1957 nach Ländern | 28 |
| 19. Die Zahl der Wahlkreise, in denen die obsiegende Partei 1949, 1953 und 1957 nicht gewechselt hat, nach Ländern | 29 |
| 20. Zahl der den Parteien von 1949 bis 1957 verbliebenen Wahlkreise und Zahl der Wahlkreise, die von anderen Parteien hinzugewonnen oder an andere Parteien verlorengegangen sind | 29 |
| 21. Die Wahlkreise, in denen die obsiegenden Parteien von der 1. zur 2., 2. zur 3. oder bei jeder Bundestagswahl gewechselt haben | 30 |
| 22. Verteilung der Stimmen auf die Parteien 1949, 1953 und 1957 | 31 |
| 23. Veränderung der Zahl der auf die Parteien entfallenden Zweitstimmen von 1953 auf 1957 | 32 |
| 24. Die von den Parteien gewonnenen Zweitstimmenanteile 1957 nach Ländern | 32 |
| 25. Der von den vier im 3. Bundestag vertretenen Parteien in den Ländern gewonnene Stimmenanteil bei Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1957 | 33 |
| 26. Die Parteien nach ihrem Zweitstimmenanteil in den Wahlkreisen 1957. | 34 |
| 27. Die Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenanteil für die CDU/CSU, SPD, FDP, den GB/BHE und die DP 1957 | 34 |
| 28. Die Stimmabgabe 1957 nach Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Briefwähler | 43 |
| 29. Die Verteilung der für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen 1953 und 1957 nach Geschlecht und Alter der Wähler (R) | 44 |
| 30. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) 1953 und 1957 nach Geschlecht und Alter der Wähler (R) | 45 |
| 31. Die Stimmabgabe der Männer und Frauen 1957 nach Altersgruppen (R) | 46 |
| 32. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) in Stadt und Land 1953 und 1957 (R) | 46 |
| 33. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) 1953 und 1957 nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden (R) | 48 |
| 34. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) 1953 und 1957 nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden (R) | 50 |
| 35. Die gleichlautende Stimmabgabe der Männer und Frauen 1957 nach Parteien (R) | 52 |
| 36. Der Anteil der Wähler mit gleichlautenden Erst- und Zweitstimmen 1957 nach Geschlecht, Alter und Gemeindegrößenklassen (R) | 52 |
| 37. Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1957 (R) | 53 |
| 38. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze 1957 | 54 |
| 39. Berechnung der auf die Landeslisten der CDU entfallenden Sitze 1957. | 55 |
| 40. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze 1957 ohne Listenverbindungen | 56 |
| 41. Die Sitzverteilung 1949, 1953 und 1957 | 56 |
| 42. Sitzverteilung bei verschiedenen Berechnungsmethoden | 58 |
| 43. Einwohner, Wahlberechtigte und Wähler in den Ländern je Mandat 1953 und 1957 | 59 |
| 44. Die alten und neuen Abgeordneten im 3. Deutschen Bundestag | 60 |
| 45. Die Abgeordneten des 3. Deutschen Bundestags nach Alter, Geschlecht und Parteien | 61 |
| 46. Die Abgeordneten des 3. Deutschen Bundestags nach dem Land der Geburt und nach Parteien | 62 |
| 47. Die Abgeordneten des 3. Deutschen Bundestags nach dem Beruf und nach Parteien | 62 |

| | |
|--|----|
| 1. Muster des Stimmzettels 1957 | 9 |
| 2. Meldeweg für die Weitergabe der vorläufigen Wahlergebnisse | 13 |
| 3. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 1957 | 17 |
| 4. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen 1953 und 1957 (R) | 19 |
| 5. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1953 und 1957 (R) | 20 |
| 6. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden 1953 und 1957 (R) | 20 |
| 7. Der Anteil der ungültigen Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1953 und 1957 (R) | 22 |
| 8. Die Wahlkreise nach der Parteizugehörigkeit der gewählten Bewerber 1957 | 23 |
| 9. Die Wahlkreissitze der Parteien bei den Bundestagswahlen nach dem Stimmenanteil, mit dem sie gewonnen wurden | 26 |
| 10. Die Verteilung der auf die Parteien entfallenden Zweitstimmen nach Ländern 1957 | 33 |
| 11. Die von CDU/CSU und SPD gewonnenen Stimmenanteile bei den Bundestags- und Landtagswahlen in vH der Wahlberechtigten in ausgewählten Ländern | 33 |
| 12. Die Verteilung der Zweitstimmen in den Wahlkreisen 1957 | 35 |
| 13. Der Anteil der Zweitstimmen für die CDU/CSU in den Wahlkreisen 1957 | 36 |
| 14. Der Anteil der Zweitstimmen für die SPD in den Wahlkreisen 1957 | 37 |
| 15. Der Anteil der Zweitstimmen für die FDP in den Wahlkreisen 1957 | 38 |
| 16. Der Anteil der Zweitstimmen für den GB/BHE 1957 nach Wahlkreisen | 39 |
| 17. Der Anteil der Zweitstimmen für die DP 1957 nach Wahlkreisen | 39 |
| 18. Veränderung der Zweitstimmenanteile der CDU/CSU von 1953 auf 1957 nach Wahlkreisen | 40 |
| 19. Veränderung der Zweitstimmenanteile der SPD von 1953 auf 1957 nach Wahlkreisen | 41 |
| 20. Die Stimmabgabe der Briefwähler und der übrigen Wähler 1957 | 42 |
| 21. Die Verteilung der für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen nach dem Geschlecht der Wähler 1957 (R) | 44 |
| 22. Die Verteilung der für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen nach Geschlecht und Alter der Wähler 1957 (R) | 44 |
| 23. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) der Männer und Frauen 1957 (R) | 45 |
| 24. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach Geschlecht und Alter der Wähler 1953 und 1957 (R) | 45 |
| 25. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach Gemeindegrößenklassen 1953 und 1957 (R) | 46 |
| 26. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Geschlecht und Alter der Wähler 1957 (R) | 47 |
| 27. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1953 und 1957 (R) | 48 |
| 28. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden, nach dem Geschlecht und nach Gemeindegrößenklassen 1957 (R) | 49 |
| 29. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden 1953 und 1957 (R) | 50 |
| 30. Die Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden, nach dem Geschlecht und nach Gemeindegrößenklassen 1957 (R) | 51 |
| 31. Die Sitzverteilung im Bundestag 1949, 1953 und 1957 | 57 |
| 32. Wahlkreis- und Landeslistensitze der im 3. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien 1949, 1953 und 1957 | 57 |
| 33. Einwohner, Wahlberechtigte und Wähler je Mandat nach Ländern 1953 und 1957 | 60 |
| 34. Zweitstimmen für die Parteien, die in die Sitzverteilung kamen, je Mandat 1953 und 1957 | 60 |
| 35. Die Altersgliederung der Abgeordneten im Deutschen Bundestag 1957 in vH | 61 |



I. Rechtsgrundlagen und Wahlrechtsentwicklung

A. Allgemeine Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Wahl des 3. Deutschen Bundestags am 15. September 1957 waren die Wahlrechtsartikel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383). Das Grundgesetz enthält in seinen Artikeln 38 und 39 nur allgemeine Grundsätze für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestags: Die Wahl muß allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein, die Wahlperiode beträgt 4 Jahre; wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. Alles Nähere ist nach den Grundgesetzartikeln durch ein Bundesgesetz zu bestimmen.

Bisher regelten drei Bundeswahlgesetze (BWG 49, 53, 56), ergänzt durch Wahlordnungen, dieses weite, ihnen vom Grundgesetz überlassene Gebiet. Im Gegensatz zu den Gesetzen, nach denen der 1. Bundestag am 14. August 1949 (BGBl. I S. 21 u. 25) und der 2. Bundestag am 6. September 1953 (BGBl. I S. 470) gewählt worden sind, ist mit dem Bundeswahlgesetz 1956 eine endgültige Regelung vorgesehen. Nach § 57 findet es „erstmalig auf die Wahl des 3. Deutschen Bundestags Anwendung“.

Die Fortgeltung läßt es geboten erscheinen, bei Behandlung der einzelnen Rechtsinstitute auch auf die Wahlrechtsentwicklung seit 1949 und auf die Auswirkungen der verschiedenen Gesetzesänderungen einzugehen. Es sind zwar viele Bestimmungen geblieben, daneben von Gesetz zu Gesetz aber auch bedeutende Änderungen eingetreten, die bei einem Vergleich der Ergebnisse verschiedener Wahlen nicht unbeachtet bleiben können. Weitere Änderungen sind unter anderen Gesichtspunkten von Interesse. Inwieweit gewisse Entwicklungstendenzen in den Wahlergebnissen auf gesetzgeberische Maßnahmen zurückzuführen sind, wird bei Behandlung der Ergebnisse in den entsprechenden Abschnitten näher untersucht.

1. Das Wahlsystem

Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung vom 11. 8. 1919 wird im Grundgesetz die Regelung des Wahlsystems dem Wahlgesetz überlassen. In der Hauptsache ist zwischen dem Verhältniswahlsystem und dem Mehrheitswahlsystem zu unterscheiden, zwischen denen die verschiedensten Verbindungen möglich sind. Bei ersterem reichen die einzelnen Parteien ihre Wahlvorschläge als Listen ein, in denen eine an sich unbegrenzte Zahl von Wahlbewerbern benannt sein kann. Beim Mehrheitswahlsystem ist dagegen die Persönlichkeitswahl vorausgesetzt. Das Wahlgebiet ist (in der Regel) in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete überhaupt oder nach diesem System gewählt werden sollen. Jede Partei oder Wählergruppe kann dann für jeden Wahlkreis (meistens) einen Bewerber namhaft machen. Gewählt ist der Bewerber, der die (absolut oder relativ) meisten im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Bei der Listenwahl erfolgt die Zuteilung der Sitze entweder im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen oder die einzelnen Listen erhalten für eine vorher bestimmte Zahl gewonnener Stimmen einen Sitz, je nachdem, ob die zahlenmäßige Zusammensetzung des Parlaments von vornherein festgelegt ist oder nicht.

Nach dem Reichswahlgesetz vom 17. 4. 1920 (RGBl. I S. 627), das dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der reinen Verhältniswahl folgte, zog von den eingereichten Vorschlagslisten für je 60 000 abgegebene gültige Stimmen ein Bewerber in den Reichstag ein. Dagegen wird nach dem allen Bundeswahlgesetzen eigenen Wahlsystem ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Listen gewählt. Dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik entsprechen Landeslisten. Die gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetensitze, die einer Partei nach den für sie insgesamt abgegebenen Stimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der für sie insgesamt abgegebenen Stimmen ermittelte Zahl übersteigen. In einem solchen Falle erhöht

sich die Gesamtzahl der Sitze um die Unterschiedszahl. Diese Sitze werden Überhangmandate genannt. Danach wurde die einzelnen Wahlgesetzen festgelegte Mindestzahl der Bundestagsabgeordneten jedesmal nach einer mit der Personenwahl lediglich verbundenen, sonst reinen Verhältniswahl gewählt. Das von Wahl zu Wahl komplizierter gewordene Auszählungsverfahren wird unter II D 1 ausführlich erläutert. Dort wird deutlich, daß nicht alle von den zuständigen Wahlausschüssen zugelassenen Parteien bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Die Bundeswahlgesetze haben zur Verhinderung der Zersplitterung der Wählerstimmen und zur Sicherung regierungsfähiger Koalitionen die sogenannte „Sperrklausel“ eingeführt. Sie wurde von Wahl zu Wahl verschärft. Während 1949 von den Parteien mindestens ein Wahlkreissieg oder mindestens 5 vH der im Land abgegebenen gültigen Stimmen gefordert wurden, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden, wurden bei der 2. Bundestagswahl mindestens 5 vH der im Bund abgegebenen Stimmen oder mindestens 1 Wahlkreissieg und 1957 schließlich mindestens 5 vH der im Bund abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege verlangt, gleichzeitig aber Parteien nationaler Minderheiten 1953 und 1957 hiervon entbunden (BWG 49, § 10 Abs. 4 u. 5; BWG 53, § 9 Abs. 4; BWG 56, § 6 Abs. 4).

2. Abgeordnetenzahl und Wahlkreiseinteilung

Bei der 1. Bundestagswahl waren im Bundesgebiet mindestens 400 (BWG 49, § 8), 1953 484 (BWG 53, § 6) und 1957 schließlich 494 Abgeordnete zu wählen (BWG 56, §§ 1 u. 54). Dazu kommen 1949 19 und 1953 und 1957 22 Bundestagsabgeordnete aus dem Land Berlin. Sie werden durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt, da der vollen Anwendung des Bundeswahlgesetzes dort noch Hindernisse entgegenstehen¹⁾. Die Abgeordneten von Berlin haben deshalb z. Z. im Bundestag teilweise nur beratende Stimme.

Die Veränderung der Zahl der Abgeordneten hängt einmal mit der Wahlkreiseinteilung, zum anderen mit der Rückgliederung des Saarlandes am 1. 1. 1957 zusammen. Im 1. Bundeswahlgesetz, das ebenso wie das zweite auch die Zahl der in den einzelnen Ländern zu wählenden Abgeordneten bestimmte, war den Landesregierungen aufgegeben, die ihren Ländern gesetzlich zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreisen und Landesergänzungsvorschlägen (Landeslisten) im ungefähren Verhältnis von 60 zu 40 zu verteilen. Demgemäß wurde das Gebiet der einzelnen Länder entsprechend ihren Einwohnerzahlen, das Bundesgebiet insgesamt in 242 Wahlkreise eingeteilt. Diese Einteilung galt für alle 3 bisherigen Bundestagswahlen fort. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Bundestag wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu Wählenden geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird jetzt in Wahlkreisen, die andere Hälfte aus Landeslisten gewählt. Nach § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. 12. 1956 (BGBl. I, S. 1011) wurde das Saarland, dessen Bevölkerung 1957 erstmalig mitwählen konnte, in 5 Bundestagswahlkreise eingeteilt. Dem Verhältnis der Wahlkreis- und Landeslistenabgeordneten entsprechend, erhöhte sich dadurch die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Bundestags am Ende der 2. und in der 3. Wahlperiode von 484 auf 494 um zehn.

Der Grundsatz, daß 50 vH der Abgeordneten nach Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 50 vH aus den Landeslisten gewählt werden sollten, konnte nur für das Bundesgebiet, nicht aber in den Ländern, befolgt werden. Bei Festlegung der Zahl der in den einzelnen Ländern zu wählenden Abgeordneten wurden schon 1953 vom Gesetzgeber die Unterschiede der Bevölke-

¹⁾ Nach BWG 49, § 26 hatte Berlin zunächst nur 8 Abgeordnete in den 1. Bundestag zu entsenden. Artikel I des Gesetzes zur Änderung des 1. Bundeswahlgesetzes vom 15. Jan. 1952 (BGBl. S. 21) gab dann Berlin das Recht mit 19 Abgeordneten im Bundestag der 1. Wahlperiode vertreten zu sein. Die Nachwahl der zusätzlichen 11 Abgeordneten fand in der 35. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 31. Januar 1952 statt.

rungsentwicklung in den einzelnen Ländern insofern berücksichtigt, als dem einen Land mehr, dem anderen Land weniger Mandate zugeteilt worden sind als der doppelten Zahl der Wahlkreise entsprochen hätte (BWG 53, § 6).

Im 3. Wahlgesetz schließlich ist auf eine Verteilung der im Bundesgebiet zu wählenden Abgeordneten auf die einzelnen Länder verzichtet worden. Der Grund dafür war die neugeschaffene Möglichkeit, Landeslisten gleicher Parteien zu verbinden (BWG 56, § 7). Sie wurde vornehmlich mit dem Ziel eingeführt, die Wählerstimmen möglichst vollständig und gleichmäßig bei der Sitzverteilung zum Zuge kommen zu lassen. Dieses Ziel wird dadurch erreicht, daß für verbundene Listen zunächst die Mandate zu berechnen sind, die den Parteien auf Grund ihrer im ganzen Bundesgebiet gewonnenen Stimmen zustehen. Die weitere Regelung verbietet es jedoch, verbundene Listen als „Bundeslisten“ zu bezeichnen. In einem 2. Auszählungsverfahren werden nämlich die von den Parteien im Bundesgebiet gewonnenen Mandate nach Maßgabe der für sie in den Ländern abgegebenen Stimmen wieder auf die Landeslisten verteilt (Näheres siehe unter II F).

Der Anteil der Abgeordneten, die in den Wahlkreisen durch Mehrheitswahl gewählt worden sind, betrug 1949, 1953 und 1957 in den Ländern:

| Land | 1949 | 1953 | 1957 |
|---------------------|------|------|------|
| | vH | | |
| Schleswig-Holstein | 60,9 | 58,3 | 70,0 |
| Hamburg | 61,5 | 47,1 | 42,1 |
| Niedersachsen | 58,6 | 51,5 | 55,7 |
| Bremen | 75,0 | 50,0 | 50,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 60,6 | 47,8 | 42,9 |
| Hessen | 61,1 | 50,0 | 47,8 |
| Rheinland-Pfalz | 60,0 | 48,4 | 48,4 |
| Baden-Württemberg | 61,1 | 49,3 | 49,3 |
| Bayern | 60,3 | 51,6 | 57,3 |
| Saarland | — | — | 62,5 |

Während danach 1957 in einigen Ländern nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten in Wahlkreisen persönlich gewählt worden sind, waren es in anderen mehr als zwei Drittel.

Das Mißverhältnis hängt vor allem mit den unterschiedlichen Einwohnerzahlen der Wahlkreise zusammen. Große Bevölkerungsverschiebungen im Bundesgebiet haben dazu geführt, daß sich die Einwohnerzahlen und damit auch die Zahlen für die Wahlberechtigten in den Wahlkreisen schon zwischen 1949 und 1953 und dann noch weiter bis zur 3. Bundestagswahl sehr verschieden entwickelt haben. Das braucht nicht zu bedeuten, daß sich damit die Abweichungen von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise in jedem Fall vergrößert oder verkleinert haben. Die Bevölkerung kann in einem Wahlkreis überdurchschnittlich zugenommen haben, der früher unter der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise lag, so daß die negative Abweichung dadurch vermindert wurde. Im ganzen allerdings haben sich die Abweichungen, die schon von 1949 auf 1953 zugenommen hatten, weiter verstärkt.

Bei einer durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise Ende 1957 von 210 000 Personen je Wahlkreis hat der größte Wahlkreis (99 Gelsenkirchen) 385 000 Einwohner und der kleinste Wahlkreis (101 Recklinghausen-Stadt) 127 000 Einwohner. Im letzten Wahlkreis hat so die für die Wahl des Wahlkreisbewerbers abgegebene Stimme ein dreimal größeres Gewicht als in dem ersteren. Da die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien im Bundestag nach der geschilderten Verbindung beider Wahlsysteme letzten Endes von den für die Landeslisten abgegebenen Stimmen abhängt, wiegen die Folgen der unterschiedlichen Größe der Wahlkreise nicht übermäßig schwer. Sie dürfen aber auch nicht völlig außer acht gelassen werden. Durch das Bundeswahlgesetz 1956 (§ 3) ist daher eine Wahlkreiskommission vorgesehen, die die Aufgabe hat, die Veränderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu beobachten und im Laufe des ersten Jahres nach Zusammenritt des Bundestages einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten. Nach Absatz 3 der angezogenen Bestimmung soll die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als $33\frac{1}{3}$ vH nach oben und unten betragen. Diese Grenze wird nach den Einwohnerzahlen von

Ende 1957 in den derzeitigen Wahlkreisen in 16 Fällen nach oben, in 12 Fällen nach unten überschritten; in 27 Wahlkreisen beträgt die Abweichung 25 bis unter $33\frac{1}{3}$ vH und nur in 85 Wahlkreisen weniger als 10 vH²⁾.

1. Die Wahlkreise nach der Abweichung ihrer Einwohnerzahl vom Bundesdurchschnitt am 31. Dezember 1957

| Abweichung der Wahlkreisbevölkerung vom Bundesdurchschnitt in vH | Zahl der Wahlkreise mit nebenstehender Abweichung | | |
|--|---|------------|----------------------|
| | nach oben | nach unten | nach oben oder unten |
| unter 10 | 37 | 48 | 85 |
| 10 bis unter 15 | 14 | 24 | 38 |
| 15 bis unter 20 | 22 | 24 | 46 |
| 20 bis unter 25 | 7 | 16 | 23 |
| 25 bis unter $33\frac{1}{3}$ | 14 | 13 | 27 |
| $33\frac{1}{3}$ und darüber | 16 | 12 | 28 |
| Insgesamt | 110 | 137 | 247 |

3. Stimmzahl und Wahlvorschläge

Seit der 2. Bundestagswahl stehen dem Wähler für die Mehrheitswahl und die Verhältniswahl zwei Stimmen zur Verfügung. Mit seiner Erststimme wählt er seitdem eine Person aus den Wahlkreisvorschlägen, seine Zweitstimme gibt er der Landesliste seiner Partei. 1949 wählte er dagegen bei gleichem Wahlsystem mit derselben Stimme sowohl den Wahlkreisbewerber als auch dessen Landesliste, wenn dieser parteipolitisch gebunden war. Die Stimmen der Wähler, die sich damals für einen Unabhängigen (oder Bewerber einer Partei ohne zugelassene Landesliste) entschieden, waren ungeteilt auch dann verloren, wenn ihr Kandidat unterlag (BWG 49, § 10). Nach der Neuregelung bleibt in diesem Falle die Zweitstimme gültig (BWG 53, § 9; BWG 56, § 6). Als Folge davon ist ab 1953 zwischen ungültigen Stimmzetteln und ungültigen Stimmen zu unterscheiden. Beim Nichtankreuzen eines Wahlbewerbers oder einer Landesliste, die in einem Stimmzettel aufgeführt sind, ist nur die Erst- oder Zweitstimme ungültig, der Stimmzettel selbst gültig.

Ein Muster des Stimmzettels, der bei der 3. Bundestagswahl in Hessen, im Wahlkreis 126, verwendet wurde, ist auf der folgenden Seite abgedruckt. Beide Stimmen werden danach mit einem Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der rechts aufgeführten Landeslisten richtet sich nach der Stimmzahl, die die Parteien bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Land auf sich vereinigen konnten (BWG 53, § 36 i. V. m. § 33; BWG 56, § 31); 1949 war hierfür die Stimmzahl bei der letzten Landtagswahl maßgebend. Infolgedessen ist die Reihenfolge in den Ländern nicht einheitlich und kann von Wahl zu Wahl wechseln. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreisandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels in die Zeile der Landesliste ihrer Partei eingetragen. Bei Parteiloson oder Wahlkreisbewerbern, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer. Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Landesliste zugelassen ist, im Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, aber keinen Wahlkreisvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen irgendeines gesetzlichen Mangels nicht zugelassen worden ist.

Wahlvorschläge können Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, nur einreichen, wenn sie einen nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vorstand, eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm nachweisen. Die Wahlvorschläge dieser Parteien und die Wahlvorschläge von parteiloson Bewerbern in den Wahlkreisen müssen von mindestens 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein; die Landeswahlvorschläge (Landeslisten) der betr. Parteien bedürfen

²⁾ Die Wahlkreiskommission gem. BWG 56, § 3 hat inzwischen mit Datum vom 20. Juni 1958 der Bundesregierung Vorschläge für eine Neuerteilung des Bundesgebietes in Bundestagswahlkreise vorgelegt. Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestags Nr. 677 vom 25. 11. 1958.

MUSTER

Stimmzettel

für die Bundestagswahl im Wahlkreis Nr. 126 Waldeck am 15. September 1957

Jeder Wähler hat

eine **Erststimme** und eine **Zweitstimme**
für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten für die Wahl nach Landeslisten

| | | | |
|---|---|---|-----------------------|
| 1 | Dr. Bechert, Karl Universitätsprofessor Gau-Algesheim/Rhein, Kloppgasse 6/1 | Sozialdemo- kratische Partei Deutschlands SPD | <input type="radio"/> |
| 2 | Gontrum, Wilhelm Pfarrer Watzenborn-Steinberg, Unterdorf 30 | Christlich- Demokratische Union CDU | <input type="radio"/> |
| 3 | Dr. Arnold, Ernst Regierungsveterinär Korbach, Sachsenberger Landstr. 3 | Freie Demokratische Partei FDP | <input type="radio"/> |
| 4 | Hacker, Gustav Staatsminister Wiesbaden, Rheingauerstr. 11 | Gesamtdeutscher Block / B H E GB/BHE | <input type="radio"/> |
| 5 | Rompf, Reinhold Müller und Landwirt Hofgeismar, Steinmühle | Deutsche Partei (Deutsche Partei/ Freie Volkspartei) DP | <input type="radio"/> |
| 6 | | | <input type="radio"/> |
| 7 | Viering, Willi Landwirt, jetzt Handels- vertreter Arolsen, Feldstr. 3 | Deutsche Reichspartei DRP | <input type="radio"/> |

| | | |
|---|---|-----------------------|
| 1 | Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. Zinn, Birkelbach, Frau Beyer, Jaksch, Metzger SPD | <input type="radio"/> |
| 2 | Christlich-DEMOKRATISCHE UNION Dr. von Brentano, Frau Dr. Schwarzhaupt, Horn, Wittmer-Eigenbrodt, Dr. Götz CDU | <input type="radio"/> |
| 3 | Freie Demokratische Partei Dr. Becker, Dr. Kohut, Walter, Mischnick, Frh. von Kühlmann-Stumm FDP | <input type="radio"/> |
| 4 | Gesamtdeutscher Block / B H E Seiboth, Kunz, Prinz zu Schaumburg-Lippe, Sandner, Waller GB/BHE | <input type="radio"/> |
| 5 | Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) Dr. Schranz, Euler, Dr. Preiss, Dr. Schneider, Keller DP | <input type="radio"/> |
| 6 | Bund der Deutschen Partei für Einheit, Frieden und Freiheit Dr. Schöhl, Frau Hoffmann, Altstadt, Dauenhauer, Rotter BdD | <input type="radio"/> |
| 7 | Deutsche Reichs-Partei Schnell, Herbst Stürtz, Fuhr, Queckbörner DRP | <input type="radio"/> |

2. Die zugelassenen Landeslisten 1957

| Land | Zugelassene Landeslisten | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|--------------------------|------------------------|-----|-----|-----|--------|-----|-----|-----------|-----|-------------|-----|-----|------|
| | insgesamt | Landeslisten der (des) | | | | | | | | | | | | |
| | | CDU | SPD | CSU | FDP | GB/BHE | DP | DRP | FU (BP-Z) | BdD | Mittelstand | SSW | DG | VU |
| Schleswig-Holstein . . . | 8 | (1) | (2) | | (4) | (3) | (5) | (7) | | (6) | | (8) | | |
| Hamburg | 7 | (2) | (1) | | (3) | (5) | (4) | (7) | | (6) | | | | |
| Niedersachsen | 10 | (1) | (2) | | (5) | (4) | (3) | (9) | (6) | (7) | (10) | | (8) | |
| Bremen | 7 | (2) | (1) | | (4) | (5) | (3) | (7) | | (6) | | | | |
| Nordrhein-Westfalen | 9 | (1) | (2) | | (3) | (4) | (5) | (8) | (6) | (7) | (9) | | | |
| Hessen | 7 | (2) | (1) | | (3) | (4) | (5) | (7) | | (6) | | | | |
| Rheinland-Pfalz | 8 | (1) | (2) | | (3) | (4) | (5) | (8) | | (6) | | | (7) | |
| Baden-Württemberg | 8 | (1) | (2) | | (3) | (4) | (5) | (8) | | (6) | | | (7) | |
| Bayern | 11 | (2) | (1) | (1) | (4) | (3) | (5) | (9) | (6) | (6) | (10) | | (7) | |
| Saarland | 9 | (1) | (4) | (3) | (2) | (9) | (7) | (8) | | (5) | | | (8) | (11) |
| Landeslisten insgesamt | 84 | 9 | 10 | 2 | 10 | 10 | 10 | 10 | 3 | 10 | 3 | 1 | 5 | 1 |

Die Zahlen in (-) geben die Reihenfolge auf dem Stimmzettel an und bedeuten jeweils eine Landesliste.

¹⁾ Ohne Listenverbindung.

der Unterschriften von 1 vom Tausend (1 vT) der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2000 Unterschriften.

Von folgenden Parteien oder Wählergruppen waren für die 3. Bundestagswahl Wahlvorschläge zugelassen:

- Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit BdD
- Christlich Demokratische Union CDU
- Christlich-Soziale Union CSU
- Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft DFWG
- Deutsche Gemeinschaft DG
- Deutsche Partei DP
- (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) DRP
- Deutsche Reichs-Partei FDP
- Freie Demokratische Partei FU
- Föderalistische Union (Bayernpartei-Zentrum) GB/BHE
- Gesamtdeutscher Block/BHE Mittelstand
- Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien — UDM) PdgD
- Partei der guten Deutschen SPD
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands SSW
- Südschleswigscher Wählerverband VU
- Vaterländische Union WGSch
- Wählergruppe Schumacher

Die von den Landeswahlausschüssen zugelassenen Landeslisten ergeben sich aus vorstehender Übersicht 2.

Danach sind insgesamt 84 Landeslisten zugelassen worden, die sich auf 13 Parteien verteilen. Von der SPD, der FDP, dem GB/BHE, der DP, DRP und dem BdD sind in sämtlichen Ländern Landeslisten eingereicht und zugelassen worden, von der CDU nur in neun. An ihre Stelle tritt in Bayern die CSU, für die außerdem nur noch in Saarland, hier neben der CDU, eine Landesliste vorlag. Für die FU und den Mittelstand gab es jeweils eine Landesliste in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern, für die DG in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland, für die VU nur eine Landesliste in Bayern. Der SSW beschränkte sich als dänische

Minderheitenpartei auf die Aufstellung einer Landesliste in Schleswig-Holstein.

Von den 13 Parteien mit Landeslisten im Jahr 1953 waren bei der letzten Bundestagswahl nicht mehr beteiligt: die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die Bayernpartei (BP), die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), das Zentrum (Z) und die Nationale Sammlung (DNS). Im Vergleich zu 1953 neu hinzugekommen sind: der BdD, die DG, FU, die Partei Deutscher Mittelstand und die VU.

Die meisten Landeslisten gab es in Bayern (11) und in Niedersachsen (10). 9 Landeslisten waren auf den Stimmzetteln in Nordrhein-Westfalen und im Saarland verzeichnet, 8 auf den Stimmzetteln in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und 7 in Hamburg, Bremen und Hessen. Die Reihenfolge der Landeslisten auf den Stimmzetteln richtete sich, wie schon erwähnt worden ist, bei den Parteien, die im Bundestag vertreten waren, nach der Zahl der Zweitstimmen bei der Wahl zum 2. Bundestag im Land; die übrigen Parteien folgten nach dem Alphabet der Parteinaamen. Die Zahlen in der vorstehenden Übersicht bezeichnen die Reihenfolge, die sich hierdurch in den einzelnen Ländern ergab.

Für die Wahl der durch die Erststimmen zu wählenden 247 Abgeordneten sind in allen Wahlkreisen zusammen 1700 Bewerber benannt worden, das sind im Durchschnitt etwa 7 zugelassene Kreiswahlvorschläge je Wahlkreis. Über ihre Verteilung auf die Parteien und Länder unterrichtet Tabelle 3. Lediglich für die FDP waren Kreiswahlvorschläge in sämtlichen 247 Wahlkreisen zugelassen worden. Der GB/BHE war nur in einem Wahlkreis nicht vertreten. Die SPD hatte auf eigene Kreiswahlvorschläge in 4 bayerischen Wahlkreisen verzichtet, um damit der FU eine Chance zu geben, Wahlkreismandate zu bekommen. Die CDU war in den Bundesländern außer Bayern ebenfalls fast vollzählig vertreten. Sie hatte in vier niedersächsischen und zwei hessischen Wahlkreisen zugunsten der DP keine eigenen Kandidaten aufgestellt.

Es gab drei Kreiswahlvorschläge für die keine Landeslisten vorlagen, und zwar von der Wählergruppe Schumacher im Wahl-

3. Die zugelassenen Kreiswahlvorschläge 1957

| Land | Zahl der Wahlkreise | Zugelassene Kreiswahlvorschläge der (des) | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---------------------|---|-------|-------|-------|--------|-------|-------|-------|-------|-------------|------|-------|------|------|------|-------|
| | | CDU | SPD | CSU | FDP | GB/BHE | DP | DRP | FU | BdD | Mittelstand | SSW | DG | VU | PdgD | DFWG | WGSch |
| Schleswig-Holstein | 14 | 14 LL | 14 LL | — | 14 LL | 14 LL | 14 LL | 14 LL | — | 7 LL | — | 6 LL | 1 | — | — | — | — |
| Hamburg | 8 | 8 LL | 8 LL | — | 8 LL | 8 LL | 8 LL | 8 LL | — | 8 LL | — | — | 2 | — | — | — | — |
| Niedersachsen | 34 | 30 LL | 34 LL | — | 34 LL | 34 LL | 31 LL | 34 LL | 17 LL | 14 LL | LL | — | 9 LL | — | — | — | — |
| Bremen | 3 | 3 LL | 3 LL | — | 3 LL | 3 LL | 3 LL | 3 LL | — | 3 LL | — | — | — | — | — | — | — |
| Nordrhein-Westfalen | 66 | 66 LL | 66 LL | — | 66 LL | 66 LL | 66 LL | 65 LL | 44 LL | 14 LL | 5 LL | — | — | — | — | — | — |
| Hessen | 22 | 20 LL | 22 LL | — | 22 LL | 22 LL | 19 LL | 22 LL | — | 6 LL | — | — | 5 | — | — | — | — |
| Rheinland-Pfalz | 15 | 15 LL | 15 LL | — | 15 LL | 15 LL | 15 LL | 15 LL | — | 10 LL | — | — | 3 LL | — | — | — | — |
| Baden-Württemberg | 33 | 33 LL | 33 LL | — | 33 LL | 33 LL | 30 LL | 22 LL | — | 11 LL | — | — | 13 LL | — | — | — | — |
| Bayern | 47 | — | 43 LL | 47 LL | 47 LL | 47 LL | 38 LL | 39 LL | 43 LL | 13 LL | LL | — | 13 LL | 4 LL | — | — | — |
| Saarland | 5 | 5 LL | 5 LL | 5 LL | 5 LL | 4 LL | 5 LL | 5 LL | — | 5 LL | — | — | 1 LL | — | — | — | — |
| Bundesgebiet (Kreiswahlvorschläge insgesamt) | 247 | 194 | 243 | 52 | 247 | 246 | 229 | 227 | 104 | 91 | 5 | 6 | 49 | 4 | 1 | 1 | 1 |

Für die Kreiswahlvorschläge mit der Beifügung „LL“ war auch eine Landesliste zugelassen.

kreis 64 Bergheim-Euskirchen, der Partei der guten Deutschen im Wahlkreis 149 Ahrweiler und der Deutschen Friedens-Wahlgemeinschaft im Wahlkreis 173 Crailsheim.

1059 oder fast $\frac{2}{3}$ der Kreiswahlbewerber kandidierten 1957 auch auf der Landesliste einer Partei. Diese Doppelkandidatur war bei allen 3 Bundestagswahlen zulässig (BWG 49, § 12; BWG 53, § 26 Abs. 3; BWG 56, § 21 Abs. 1). 1953 war es ferner (auch den Kreiswahlbewerbern) möglich, auf mehreren Landeslisten der gleichen Partei zu kandidieren. Auf diese Weise standen die Führer der beiden größten Parteien 1953 an der Spitze von 7 bzw. aller Landeslisten ihrer Partei. Andere bekanntere Parteiführer führten vereinzelt bis zu 6 Landeslisten ihrer Partei an. Bei der 3. Bundestagswahl dagegen war nach BWG 56, § 28 Abs. 4, die Kandidatur auf eine Landesliste beschränkt, ebenso wie schon immer nur in einem Wahlkreis des Wahlgebietes kandidiert werden durfte. Jedoch braucht der Wahlkreisbewerber, der auch auf einer Landesliste kandidiert, nicht auf der Liste des Landes nominiert zu werden, in dem sein Wahlkreis liegt.

4. Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind nach BWG 56, § 12 alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet und entweder seit mindestens 3 Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet oder als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn im Auslande genommen haben, wenn sie nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Nach BWG 56, § 13 ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht; weiterhin derjenige, der durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte oder das Wahlrecht rechtskräftig verloren hat. Außerdem ruht das Wahlrecht für die Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt und diejenigen, die auf Grund Richterspruchs zum Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Sicherung und Besserung untergebracht sind.

Die Wählbarkeit ist in BWG 56, § 16 geregelt. Der Wahlbewerber muß mindestens seit einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein. Das ebenso wie das Wahlalter schon grundgesetzlich festgelegte Wählbarkeitsalter ist 25 Jahre. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen ist, wessen Wahlrecht ruht, oder wer durch Richterspruch die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter rechtskräftig verloren hat. Auch der Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. 2. 1955 (BGBl. I, S. 65) erlangte, hat damit sein passives Wahlrecht verloren.

Im Gegensatz zu den einschlägigen Bestimmungen der früheren Wahlgesetze ruht das aktive Wahlrecht der Strafgefangenen nicht mehr. Auch ist nach der Formulierung des § 16 das aktive Wahlrecht nicht mehr Voraussetzung des passiven. Im Gegensatz zum Wähler braucht der Wahlbewerber seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht mehr im Wahlgebiet zu haben. Weiterhin ist bemerkenswert, daß es neuerdings für Wahlrecht und Wählbarkeit keinen Ausschluß aus politischen Gründen gibt. Während schon das BWG 53 solche Vorbehalte nur noch für die Wählbarkeit kannte (BWG 53, § 5 Abs. 2, Nr. 1), war 1949 noch der Ausschluß vom passiven und aktiven Wahlrecht aus politischen Gründen möglich (BWG 49, § 2 Abs. 4). Zwischen der 1. und 2. Bundestagswahl war u. a. daher auch die Aufhebung des Ausschlusses vom Wahlrecht aus politischen Gründen für das Ansteigen der Wahlberechtigtenzahl ursächlich.

Die Bestimmungen in den Wahlordnungen für die Ausübung des Wahlrechts wurden ebenfalls geändert. Wählen kann grundsätzlich nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist und sich keinen Wahlschein ausstellen läßt, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Der Wahlscheinwähler konnte 1949 in jedem beliebigen Wahlbezirk des Landes, in dem der Wahlschein ausgestellt worden

war, 1953 in einem beliebigen Wahlbezirk des ganzen Bundesgebietes, immer aber nur persönlich wählen. 1957 wurde mit der Einführung der Briefwahl erstmalig in Deutschland auch die schriftliche Stimmabgabe zulässig, gleichzeitig aber die Freizügigkeit der Ausübung des Wahlrechts für die Wahlscheininhaber beschränkt. Wer einen Wahlschein hat, kann jetzt nur noch an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, und zwar entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen.

Um brieflich wählen zu können, muß sich der Wahlberechtigte beim Wahlamt seines Wohnorts einen Wahlschein, einen Stimmzettel, einen Wahlumschlag für den Stimmzettel mit Siegelmarke zu dessen Verschluß und einen Wahlbriefumschlag besorgen. Nach Ausfüllen des Stimmzettels sind diese Unterlagen an den Kreiswahlleiter zu senden, in dessen Wahlkreis der Briefwähler in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden beim Kreiswahlleiter besondere Wahlvorstände gebildet. Jedermann, der Anspruch auf Ausstellung eines Wahlscheines hat, kann auch die Unterlagen für die Briefwahl anfordern. Es handelt sich also bei der Briefwahl um eine Sonderform der schon bisher üblichen Wahlscheinwahl. Jedoch kann hier nicht nur die einzelne Stimme oder der Stimmzettel, sondern auch die Stimmabgabe selbst ungültig sein. Sie ist es nach BWG 56, § 39 Abs. 5, Nr. 1 und 2 dann, wenn im Wahlbrief der Wahlschein selbst fehlt oder auch nur die auf ihm abzugebende eidesstattliche Erklärung für die persönliche Ausfüllung des Stimmzettels nicht unterschrieben ist oder der Wahlbrief beim Wahlvorsteher des Sonderwahlbezirkes verspätet eingeht. Die Absender solcher Wahlbriefe dürfen nicht als Wähler gezählt werden.

Praktisch haben jetzt alle Wahlberechtigten, also auch alte, kranke und körperlich behinderte sowie diejenigen Personen, die sich am Wahltag außerhalb des Bundesgebietes aufhalten, die Möglichkeit, ihr Stimmrecht auszuüben. Hierdurch ist die Zahl der Wähler und damit die Wahlbeteiligung durch gesetzgeberische Maßnahmen beeinflußt. Ferner wurde erreicht, daß die Wahlscheinwähler nur noch die Bewerber ihres Heimatwahlkreises bzw. die Parteien ihres Landes wählen können und somit ihrem Heimatwahlkreis verbunden bleiben, was gleichzeitig jegliche Manipulation des Wahlausgangs durch planmäßige Konzentration von Wahlscheinen auf einige Wahlkreise ausschließt.

Mit der Einführung der Briefwahl unter gleichzeitiger Beschränkung auch der Stimmabgabe mit Wahlschein auf den Wahlkreis, in dem der Wahlscheininhaber in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist, also seinen Wohnsitz hat, geben die Ergebnisse für die einzelnen Länder und Wahlkreise erstmalig die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Bevölkerung richtig wieder. Für alle Gebiete, die sich mit ihren Grenzen nicht mit dem Gebiet eines Wahlkreises oder mehrerer Wahlkreise decken, läßt sich weder die genaue Wahlbeteiligung noch die genaue Stimmabgabe der dort Wahlberechtigten ermitteln. Zur Feststellung der Wahlbeteiligung in diesen Gebieten muß es auch weiterhin bei der alten Berechnungsmethode bleiben. Die Verfahren zur Berechnung der Wahlbeteiligung werden unter II A 2 näher behandelt.

Den aufgezeigten Vorteilen steht der Nachteil gegenüber, daß das gesetzliche Verbot der Freizügigkeit (mit Wahlschein in einem beliebigen Wahlbezirk des ganzen Wahlgebietes wählen zu können) die Vergleichbarkeit aller regionalen, also auch der Landes- und Wahlkreisergebnisse 1957 mit den entsprechenden vorangegangener Wahlen stört. Dafür wird der Vergleich der Ergebnisse für die wahlpolitisch besonders interessierenden Länder und Wahlkreise in Zukunft verbessert.

Damit hat die Einführung der Briefwahl auch die statistische Darstellungsweise positiv beeinflußt. Allerdings war es noch nicht möglich, den Kreis der Briefwähler auch in die Untersuchung über die Zusammensetzung der Wählerschaft nach Alter und Geschlecht einzubeziehen. In den folgenden Ausführungen wird jeweils darauf hingewiesen, inwieweit der Vergleich dieser oder der allgemeinen Ergebnisse mit den entsprechenden Ergebnissen vorangegangener Wahlen gestört und auf welche Weise versucht worden ist, die Vergleichbarkeit zu verbessern. Das Briefwahlergebnis der Bundestagswahl 1957 wird überdies jeweils in besonderen Abschnitten dargestellt.

B. Aufgaben und Rechtsgrundlagen der besonderen Wahlstatistik

Bei der allgemeinen Wahlstatistik handelt es sich in der Hauptsache um eine Dokumentation der Wahlergebnisse, die möglichst erschöpfend sein soll, weil es sich bei ihnen um historische Daten handelt. Sondererhebungen sollen dagegen für die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung Zahlenmaterial über den Umfang der Wahlbeteiligung und die Art der Stimmabgabe liefern. Es ist ohne besondere Vorkehrungen möglich, durch eine entsprechende Gruppierung der Wahlergebnisse nach Gemeinden eine Reihe von Beziehungen herzustellen. Auf diese Weise können z. B. die Wahlbeteiligung oder die Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen oder nach Gemeindetypen oder für Gebiete mit einer bestimmten Mischung der Bekenntnisse, mit einem bestimmten Anteil von Vertriebenen an der Bevölkerung und dgl. nachgewiesen werden. Die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht müssen jedoch besonders ausgezählt werden.

Auszählungen über die männlichen und weiblichen Wähler und Nicht-Wähler nach Altersgruppen sind in Deutschland schon vor 1933 bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen und auch im Ausland vorgenommen worden. Nach 1945 hatten einzelne Städte im Bundesgebiet nicht nur die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter festgestellt, sondern für Teile ihres Wahlgebietes auch die Stimmabgabe für die verschiedenen Wahlvorschläge nach Geschlecht und Alter der Wähler untersucht. Für das ganze Wahlgebiet repräsentative Feststellungen dieser Art wurden in Deutschland erstmalig bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag im Jahre 1953 getroffen. Seine Rechtsgrundlage erhielt dieses Vorhaben durch eine Verordnung der Bundesregierung vom 21. August 1953, die mit Zustimmung des Bundesrats erlassen und im Bundesanzeiger Nr. 162 veröffentlicht wurde. In ihr heißt es: „In einzelnen Gebieten, die von dem Statistischen Bundesamt im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern ausgewählt worden, sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmenverteilung auf die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen“. Dieselben Feststellungen waren auch für die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag vorgesehen und bereits im Bundeswahlgesetz angeordnet (BWG 56, § 52 Abs. 2).

C. Durchführungsbestimmungen, Meldeweg und Ergebnisfeststellung

Durchführungsbestimmungen zu den Wahlgesetzen enthalten die Bundeswahlordnungen (BWO) vom 15. 7. 1953 (BGBl. I S. 514) und vom 16. 5. 1957 (BGBl. I S. 441). 1949 hatte jedes Land durch Verordnung seiner Landesregierung alle zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Ermittlung des Wahlergebnisses erforderlichen Durchführungsbestimmungen für sein Gebiet zu erlassen (BWG 49, § 23 Abs. 1). Oberstes Wahlorgan war damals die Gesamtheit der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die auch das vom Parlamentarischen Rat am 10. Mai 1949 beschlossene Wahlgesetz mit den von den Militärgouverneuren mit Schreiben vom 28. 5. 1949 und i. 6. 1949 vorgenommenen Änderungen und dessen Ergänzungsgesetz vom 5. 8. 1949 verkündet hatten. Sie bestimmten mit der Verordnung vom 15. 6. 1949 (BGBl. I S. 24) den Wahltag. Dem Büro der Ministerpräsidenten mit dem Sitz in Wiesbaden waren auch die Ergebnisse zu übermitteln. Nach Konstituierung der Bundesrepublik steht das Recht der Bestimmung des Wahltags dem Bundespräsidenten zu. Die Bundeswahlordnungen werden vom Bundesminister des Innern erlassen. Als oberstes Wahlorgan wurde 1953 der Präsident des Statistischen Bundesamtes zum Bundeswahlleiter ernannt. Ihm steht seit der Wahl 1957 ein Bundeswahlausschuß zur Seite. Nach BWG 56, § 8 sind für die Durchführung der Bundestagswahlen folgende Wahlorgane zuständig:

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,

Die eigentliche Wahlhandlung und die Feststellung der Wahlergebnisse dürfen durch die Sonderauszählungen nicht gestört und das Wahlgeheimnis nicht verletzt werden. Die Ausführungsbestimmungen in § 84 der Bundeswahlordnung 1957 (BWO 57) stellen strenge Grundregeln zur Beachtung dieser Gesichtspunkte auf. Um die Gewinnung der Sonderergebnisse zu erleichtern und sie zeitlich und örtlich von der Wahlhandlung und der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahllokal trennen zu können, erlaubte schon die Bundeswahlordnung für die 2. Bundestagswahl

1. den Aufdruck von Unterscheidungsbezeichnungen auf dem Stimmzettel (BWO 53, § 30)
2. das Öffnen der von den Wahlvorständen gebündelten Stimmzettelpakete durch nächsthöhere Wahlorgane (BWO 53, § 53).

Beide Bestimmungen wurden in die Bundeswahlordnung 1957 übernommen (BWO 57, §§ 73, 84).

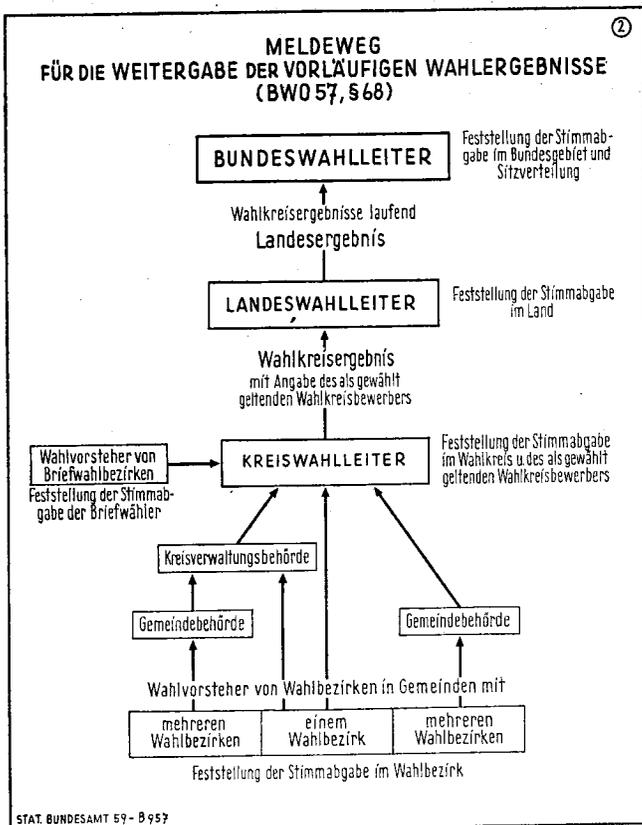
Auf der Grundlage dieser Gesetzesbestimmungen und nach Richtlinien, die das Statistische Bundesamt ausgearbeitet hatte, wurde die Repräsentativstatistik bei der Bundestagswahl 1957 in allen Ländern in vollem Umfang durchgeführt. Im Jahr 1953 hatte sich Bayern auf Feststellungen über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach dem Geschlecht und Rheinland-Pfalz auf die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter und die Stimmabgabe nach dem Geschlecht beschränkt. Durch die repräsentative Wahlstatistik 1957, an der sich alle Bundesländer voll beteiligten, wurden in 1007 Wahlbezirken von rund 50 000 Wahlbezirken überhaupt 736 000 Wahlberechtigte oder 2,2 vH aller Wahlberechtigten erfaßt. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und im Saarland betrug der Auswahlsatz etwa 4 vH um in diesen Ländern hinreichend genaue Aufschlüsse auch über die Zusammensetzung der Wählerschaft der kleineren Parteien (DP, GB/BHE, FU) zu erhalten, im übrigen Wahlgebiet etwa 1 vH. Soweit bei der Besprechung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik Ergebnisse für 1953 zum Vergleich herangezogen werden, ist zu beachten, daß der Vergleich durch das Fehlen von drei Ländern bei der damaligen Erhebung etwas beeinträchtigt wird.

ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und

ein oder mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.

Diesen Wahlorganen obliegt auch die Feststellung der Ergebnisse für die entsprechenden Wahlgebiete, ihre Bekanntgabe und die Weitermeldung an die nächsthöheren Wahlorgane. Ist die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, so meldet der Wahlvorsteher das Wahlergebnis seines Wahlbezirkes der Gemeindebehörde, die die Wahlergebnisse aller Wahlbezirke der Gemeinde zusammenfaßt und dem Kreiswahlleiter meldet. Der Landeswahlleiter kann außerdem anordnen, daß die Wahlergebnisse in den kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisverwaltungsbehörde gemeldet werden.

Es ist zwischen der sog. „Schnellmeldung“ in der Wahlnacht und dem endgültigen Wahlergebnis zu unterscheiden. Nach den Schnellmeldungen durch Boten, Fernsprecher, Fernschreiber, Telegramm ermittelt der Kreiswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Wahlkreis, der Landeswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Land und der Bundeswahlleiter das vorläufige Ergebnis für das ganze Wahlgebiet. Der Kreiswahlleiter gibt bei der Meldung auch an, welcher Wahlkreisbewerber als gewählt gelten kann. Der Landeswahlleiter meldet dem Bundeswahlleiter die Wahlergebnisse zunächst einzeln, und danach mit dem Landesergebnis auch geschlossen. Er kann neuerdings das Landesergebnis nur nach den Stimmen feststellen, die Zahl der Abgeordneten, mit denen das einzelne Land im neuen Bundestag vertreten sein wird, errechnet sich erst aus dem Ergebnis für das ganze Wahlgebiet.



zahlen berechnet und Summen gebildet. Die Verwendung von Lochkarten und Tabelliermaschinen bot gleichzeitig die Möglichkeit, bereits 4 Stunden nach dem Eingang der Schnellmeldung für den letzten Wahlkreis die Ergebnisse für alle Wahlkreise mit Vergleichszahlen für 1953 zu veröffentlichen (Vgl. Statistischer Bericht, Arb.-Nr. VIII/5/13). Außerdem sind von Zeit zu Zeit Zwischenergebnisse aus den bereits vorliegenden Wahlkreisergebnissen mit Vergleichszahlen für 1953 erstellt worden.

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Wahlausschüsse. In den §§ 73 bis 75 BWO 57 sind die Aufgabenkreise für die Kreiswahl- und Landeswahlausschüsse und den Bundeswahlausschuß im einzelnen bestimmt und gegeneinander abgegrenzt. Im Gegensatz zu früher sind die Kreiswahl- und Landeswahlausschüsse bei den Bundestagswahlen seit 1953 berechtigt, bei Rechenfehlern Berichtigungen in den Feststellungen der Wahlvorstände und Kreiswahlausschüsse vorzunehmen und über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen abweichend zu beschließen.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreis- und Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter nach der Bestimmung in § 76 der Bundeswahlordnung öffentlich bekannt gemachten Ergebnisse sind nur insoweit endgültig, als der neue Bundestag auf Grund dieser Ergebnisse zusammentritt. Wahlprüfungsverfahren, die oft während der ganzen Wahlperiode laufen, stehen der Endgültigkeit auch dieser Ergebnisse entgegen. Eine Wahlprüfung wird nur auf Einspruch durchgeführt. Einsprüche können von den Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter in amtlicher Eigenschaft und sonst von jedem Wahlberechtigten eingelegt werden. Erstere sind nach § 78 BWO dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist und ggf. Einspruch einzulegen. Artikel 41 des Grundgesetzes macht die Wahlprüfung zur Sache des Bundestages. Das Wahlprüfungsgesetz vom 12. 3. 1951 (BGBl. I S. 166) enthält das Nähere. Danach bereitet der Wahlprüfungsausschuß die Entscheidung des Bundestages vor. Gegen die Entscheidung des Bundestages ist die Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.

Auch in den Wahlbezirken, in denen die Wahlen nach Geschlecht und Alter getrennt durchgeführt werden, erfolgt die Feststellung und Weitermeldung des eigentlichen Wahlergebnisses in der oben geschilderten Weise. Die Sonderauszählungen über die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen an Hand der in diesen Wahllokalen mit entsprechendem Unterscheidungsaufdruck verteilten Stimmzettel sind nachträglich bei den Kreiswahlleitern oder Landeswahlleitern durchgeführt worden. Ebenfalls später wurden die Zahlen der Wahlberechtigten und Wähler der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an Hand der Wählerverzeichnisse im Wahlbezirk festgestellt. Für die Zusammenstellung dieser Ergebnisse waren besondere Meldeformulare vorgesehen. Im übrigen kann auf die Einführung zu Heft 2 von Band 200 verwiesen werden.

Der Bundeswahlleiter gab von seinem Büro im Bundeshaus, Bonn, aus das vorläufige Ergebnis der Wahlen von 1957 nach den Stimmen unmittelbar nach Eingang der Meldung der letzten beiden Wahlkreise am 16. September 1957 um 6,15 Uhr der Öffentlichkeit bekannt. Etwa 1 Stunde später konnte der Bundeswahlleiter auch die Verteilung der Abgeordnetensitze nach den vorläufigen Ergebnissen mitteilen. Voraussetzung für diesen frühen Termin war die Anwendung eines abgekürzten Verfahrens, das durch den Einsatz von Tabelliermaschinen nachträglich noch einmal überprüft worden ist.

Die Schnellmeldungen für die Wahlkreise sind in der Wahlnacht etwa in nachstehender Zeitfolge eingegangen:

- bis 23⁰⁰ Uhr die Ergebnisse von 10 Wahlkreisen,
- bis 24⁰⁰ Uhr die Ergebnisse von 44 Wahlkreisen,
- bis 02⁰⁰ Uhr die Ergebnisse von 155 Wahlkreisen,
- bis 04⁰⁰ Uhr die Ergebnisse von 226 Wahlkreisen,
- bis 06⁰⁰ Uhr die Ergebnisse von 247 Wahlkreisen.

Die Schnellmeldungen der Landeswahlleiter wurden mit Fernschreiber aufgenommen, vervielfältigt und auf Lochkarten übertragen. Mittels Tabelliermaschinen wurden die Verhältnis-

II. Ergebnisse

A. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

1. Wahlberechtigte und Wähler

Bei der Bundestagswahl 1957 waren rd. 35,4 Mill. Deutsche wahlberechtigt, 1953 rd. 33,2 Mill. und 1949 rd. 31,2 Mill. Danach hat sich die Zahl der Wahlberechtigten zwischen 1949 und 1953 um etwa 2 Mill. oder 6,4 vH und zwischen 1953 und 1957 nochmals um 2,2 Mill. oder 6,6 vH erhöht. Rund 660 000 Deutsche sind 1957 durch die Rückgliederung des Saarlandes wahlberechtigt geworden. Für das Bundesgebiet ohne Saarland beträgt die Zunahme zwischen den beiden letzten Wahlen 1,6 Mill. oder 4,6 vH.

Diese Zunahmen entsprechen jedesmal ungefähr dem Anwachsen der Bevölkerung im wahlfähigen Alter. Es wäre aber falsch, sie mit den Zahlen der Erstwähler (oder Jungwähler) gleichzusetzen. Von den Wahlberechtigten des Jahres 1949 sind bis 1953 etwa 1,75 Mill. gestorben und 0,5 Mill. aus dem Bundesgebiet verzogen. Setzt man diese von den Wahlberechtigten des Jahres 1949 ab, so ergibt sich, daß die Zahl von 33,2 Mill. Wahl-

berechtigten bei der 2. Bundestagswahl mehr als 4 Mill. Personen enthält, die 1949 noch nicht wahlberechtigt waren. Unter ihnen befanden sich 2,8 Mill. jugendliche Erstwähler, die 1949 noch unter 21 Jahre alt waren und erst seitdem in das wahlfähige Alter aufgerückt sind. Der Rest muß altersmäßig gesehen bereits 1949 wahlberechtigt gewesen, aber erst nach dem Wahltermin in das Bundesgebiet zugezogen sein. In der Hauptsache dürfte sich dieser Personenkreis aus Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin, zurückgekehrten Kriegsgefangenen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten und dem Ausland zusammensetzen. Die Zahl der im wahlfähigen Alter stehenden Personen, die im Jahre 1949 auf Grund der in den Ländern geltenden Entnazifizierungsbestimmungen nicht wahlberechtigt waren und erst ab 1953 ihr aktives Wahlrecht ausüben konnten, wird im allgemeinen stark überschätzt. Obgleich die Anhaltspunkte, ihre Zahl zu beurteilen, nur gering sind, kann doch mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß

sie etwa 100 000 betrug. Seit der 2. Bundestagswahl sind im Bundesgebiet ohne Saarland rd. 2 Mill. Wahlberechtigte gestorben und — wie schon in den 4 Jahren zwischen den beiden ersten Bundestagswahlen — etwa 0,5 Mill. über die Bundesgrenzen verzogen. Als Erstwähler, die seit 1953 in das wahlfähige Alter hineingewachsen sind, können hier 2,9 Mill. veranschlagt werden. Damit standen 1957 18,1 vH mehr Wahlberechtigte im Alter von 21 bis unter 25 Jahren als 1953. Der Rest von etwa einer Million ist dieses Mal wohl fast ausschließlich der Zuwanderung aus Berlin und der sowjetischen Besatzungszone zuzuschreiben.

Die Gesamtzahl der Wähler hat stärker zugenommen als die der Wahlberechtigten. Sie betrug bei der 3. Bundestagswahl 31,1 Mill. gegenüber rd. 28,5 Mill. 1953 und etwa 24,5 Mill. 1949. 1957 wählten etwa 590 000 Saarländer zum ersten Mal zum Deutschen Bundestag. Wenn sie unberücksichtigt bleiben, ist die Wählerzahl von 1953 auf 1957 um 2,0 Mill. oder 7 vH gestiegen.

Über die altersmäßige Zusammensetzung der wahlberechtigten Männer und Frauen und der männlichen und weiblichen Wähler 1953 und 1957 auf der Grundlage der repräsentativen Wahlstatistik unterrichtet die nachstehende Übersicht. Danach waren bei der 3. Bundestagswahl fast alle Altersgruppen stärker besetzt als 1953. Neben dem schon genannten Unterschied der Zahlen für die Erstwähler 1953 und 1957 hat zwischen den beiden Wahlen am stärksten die Zahl der 70 und mehr Jahre alten Wahlberechtigten zugenommen und am geringsten die Zahl derjenigen, die z. Z. der Wahlen zwischen 25 und 30 Jahre alt waren. Lediglich die Altersgruppe der 40- bis unter 50jährigen Wahlberechtigten war 1957 trotz der Rückgliederung des Saarlandes schwächer besetzt als 1953. Die Zunahmen bei den Wählerzahlen sind immer größer, Abnahmen bei diesen immer kleiner als bei den Zahlen für die Wahlberechtigten, weil die Wahlbeteiligung, auf die noch näher eingegangen wird, durchweg gestiegen ist.

Als Folge zweier Kriege mit hohen Männerverlusten weist die Bevölkerung insgesamt gesehen mehr Frauen als Männer auf. Auch von 1000 Wahlberechtigten waren 549 Frauen und 451 Männer. Lediglich bei den 21- bis unter 25jährigen und den 25- bis unter 30jährigen gab es 1957 mehr Männer als Frauen, weil die betreffenden Jahrgänge kaum mehr von Kriegsverlusten betroffen sind. 1953, als die Angehörigen aller Geburtsjahrgänge vier Jahre jünger waren, beschränkte sich der Männerüberschuß unter den Wahlberechtigten auf die 21- bis unter 25jährigen. Als Folge der unterschiedlichen Stärke der Geburtsjahrgänge nahm die Zahl der 25- bis unter 30jährigen weiblichen Wahlberechtigten von 1953 auf 1957 um 4,3 vH ab und die der männlichen um 13,1 vH zu. In den folgenden Altersgruppen gab es 1957 wie 1953 mehr Frauen als Männer unter den Wahlberechtigten. Am stärksten war der Frauenüberschuß bei den 60- bis unter 70jährigen, weil sich hier die Männerverluste im 1. Weltkrieg mit den Auswirkungen der höheren Sterblichkeit der Männer summieren.

Infolge der unterschiedlichen Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter, über die noch gesprochen wird, weicht die entsprechende Gliederung der Wähler von der der Wahlberechtigten ab. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung waren allerdings weder 1953 noch 1957 groß genug, um das bei der Betrachtung der Wahlberechtigten gewonnene Bild wesentlich zu ändern. Von

1000 Wahlberechtigten bei der letzten Bundestagswahl waren 546, von 1000 Wählern 536 Frauen. Ähnlich gering sind die Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen.

Der Frauenüberschuß bei den Wahlberechtigten und Wählern verdient durchaus Beachtung. Er beeinflusst wegen des Unterschiedes in der politischen Einstellung der Geschlechter, die bei späterer Behandlung der Stimmabgabe deutlich wird, das Wahlergebnis nicht unbedeutend.

Bei der 2. Bundestagswahl ließen sich 1,1 Mill. oder 3,3 vH aller in den Wählerverzeichnissen als wahlberechtigt vermerkten Personen einen Wahlschein ausstellen, mit dem sie entweder in einem beliebigen Wahllokal des ganzen Wahlgebietes oder vor einem beweglichen Wahlvorstand wählen konnten. 1957 wurden an 1,9 Mill. und damit an 5,4 vH der Wahlberechtigten Wahlscheine ausgegeben. Die Zahl der Wahlberechtigten, die Unterlagen für die Briefwahl bekommen haben, läßt sich nicht genau feststellen, da bei dem Vermerk über die Ausgabe eines Wahlscheins in den Wählerverzeichnissen in der Regel nicht nach einfachem Wahlschein, mit dem in jedem Wahllokal des Wahlkreises gewählt werden konnte, und Wahlschein mit Unterlagen für die Briefwahl unterschieden wurde. Geht man jedoch davon aus, daß der Anteil der Wahlberechtigten mit Unterlagen für die Briefwahl an der Zahl der insgesamt ausgegebenen Wahlscheine derselbe ist wie der Anteil der Briefwähler an der Zahl aller Wahlscheinwähler, so kommt man auf einen Unterschied von nur 240 000. Er zeigt, welche geringe Bedeutung dem einfachen Wahlschein geblieben ist, nachdem dieser nur noch in den Wahlbezirken des Heimatwahlkreises benutzt werden kann, und außerdem das Wahllokal nach wie vor innerhalb der Wahlzeit aufgesucht werden muß. Mitunter werden sicherlich nicht nur die Abwesenheit vom Wahlkreis am Wahltag, hohes Alter oder schwere Krankheit, sondern auch die Bequemlichkeit dazu geführt haben, statt des einfachen Wahlscheins einen Wahlschein mit den Unterlagen für die Briefwahl zu beantragen.

1 537 097 Wahlbriefe sind ordnungsgemäß eingegangen. Daneben wurden über 110 000 Wahlbriefe gezählt, die zurückgewiesen werden mußten: Rund 10 000, weil sie bei der Post verspätet aufgegeben wurden oder trotz aller Sondermaßnahmen der Bundespost aus sonstigen Gründen nicht rechtzeitig bei den Kreiswahlleitern eingegangen sind; rund 100 000, weil sie Formmängel aufwiesen, indem etwa der Wahlschein oder die Unterschrift unter die eidesstattliche Versicherung über die persönliche Kennzeichnung des Stimmzettels fehlten. Die genannten 110 000 Wahlberechtigten haben subjektiv gesehen zwar gewählt, konnten aber aus formalen Gründen nicht als Wähler gezählt werden, da die Wahlhandlung erst als abgeschlossen gilt, wenn der Stimmzettel in die Urne geworfen ist. Nach dem Gesetz ist in diesen Fällen die Stimmabgabe als solche und nicht nur der Stimmzettel oder die einzelne Stimme ungültig.

2. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung läßt sich nur für die Teile des Wahlgebietes genau berechnen, für die auch die Zahlen für die Wahlberechtigten und Wähler genau festgestellt werden können. Nach den schon besprochenen gesetzlichen Bestimmungen für die Ausübung des Wahlrechts war es an sich möglich, 1953 die genaue

4. Wahlberechtigte und Wähler nach Geschlecht und Alter 1953 und 1957 (R)

| Alter (etwa) von bis unter Jahre | Wahlberechtigte | | | | | | | | | Wähler | | | | | | | | |
|---|-----------------|--------|-----------------------|--------|--------|-----------------------|-------------------|--------|-----------------------|--------|--------|-----------------------|--------|--------|-----------------------|-------------------|--------|-----------------------|
| | Männer | | | Frauen | | | Männer und Frauen | | | Männer | | | Frauen | | | Männer und Frauen | | |
| | 1953 | 1957 | Ver- ände- rung | 1953 | 1957 | Ver- ände- rung | 1953 | 1957 | Ver- ände- rung | 1953 | 1957 | Ver- ände- rung | 1953 | 1957 | Ver- ände- rung | 1953 | 1957 | Ver- ände- rung |
| | 1000 | vH | 1000 | vH | 1000 | vH | 1000 | vH | 1000 | vH | 1000 | vH | 1000 | vH | 1000 | vH | | |
| 21—25 | 1 248 | 1 462 | + 17,1 | 1 177 | 1 401 | + 19,0 | 2 425 | 2 863 | + 18,1 | 966 | 1 190 | + 23,1 | 905 | 1 132 | + 25,1 | 1 871 | 2 321 | + 24,1 |
| 25—30 | 1 613 | 1 824 | + 13,1 | 1 813 | 1 735 | - 4,3 | 3 426 | 3 558 | + 3,9 | 1 326 | 1 557 | + 17,4 | 1 473 | 1 459 | - 1,0 | 2 798 | 3 015 | + 7,8 |
| 30—40 | 2 583 | 2 939 | + 13,8 | 3 480 | 3 757 | + 8,0 | 6 063 | 6 697 | + 10,5 | 2 238 | 2 629 | + 17,5 | 2 973 | 3 285 | + 10,5 | 5 211 | 5 915 | + 13,5 |
| 40—50 | 3 441 | 2 973 | - 13,6 | 4 222 | 3 863 | - 8,5 | 7 662 | 6 836 | - 10,8 | 3 071 | 2 720 | - 11,4 | 3 709 | 3 448 | - 7,0 | 6 730 | 6 169 | - 9,0 |
| 50—60 | 2 941 | 3 372 | + 14,7 | 3 451 | 3 877 | + 12,3 | 6 391 | 7 249 | + 13,4 | 2 679 | 3 105 | + 15,9 | 3 052 | 3 463 | + 13,5 | 5 731 | 6 567 | + 14,6 |
| 60—70 | 1 845 | 2 000 | + 8,4 | 2 427 | 2 765 | + 13,9 | 4 273 | 4 765 | + 11,5 | 1 691 | 1 851 | + 9,5 | 2 072 | 2 418 | + 16,7 | 3 764 | 4 270 | + 13,4 |
| 70 und mehr | 1 317 | 1 490 | + 13,1 | 1 645 | 1 942 | + 18,1 | 2 962 | 3 432 | + 15,9 | 1 141 | 1 316 | + 15,3 | 1 185 | 1 500 | + 26,6 | 2 325 | 2 816 | + 21,1 |
| Insgesamt | 14 988 | 16 060 | + 7,2 | 18 214 | 19 341 | + 6,2 | 33 202 | 35 401 | + 6,6 | 13 111 | 14 369 | + 9,6 | 15 369 | 16 703 | + 8,7 | 28 480 | 31 073 | + 9,1 |

Hochgerechnete Zahlen der repräsentativen Wahlstatistik.

Wahlbeteiligung für das Bundesgebiet und 1949 für den Bund und die Länder zu berechnen. Das so berechnete Bundesergebnis 1953 bzw. das Bundesergebnis und die Länderergebnisse 1949 wären allerdings methodisch von den Ergebnissen für andere Teile des Wahlgebietes, insbesondere für die Wahlkreise, abgewichen. In Anlehnung an die Praxis der Reichswahlstatistik wurde deshalb auch die Wahlbeteiligung in Bund und Ländern in der gleichen Weise berechnet, wie sie in den anderen Teilen des Wahlgebietes berechnet werden mußte. Nachdem sich mit der Einführung der Briefwahl unter gleichzeitiger Beschränkung der Freizügigkeit in der örtlichen Ausübung des Wahlrechts die genaue Wahlbeteiligung jetzt auch für die Wahlkreise berechnen läßt, wurde — vorerst wenigstens wahlstatistisch — von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Danach sind für die Berechnung der Wahlbeteiligung im Bund, in den Ländern und in den Wahlkreisen als wahlberechtigt alle im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen anzusehen, gleich ob sie einen Wahlschein erhalten haben oder nicht, und als Wähler sowohl die Wähler lt. Wählerverzeichnis als auch die Wähler mit Wahlschein. Wahlamtlich konnte dieser Vorteil 1957 aus gesetzlichen Gründen noch nicht genutzt werden. Die von den zuständigen Wahlorganen bekanntgemachte Wahlbeteiligung in Bund, Ländern und Wahlkreisen ist daher auch 1957 noch ungenau. Auf die Abweichungen wird weiter unten eingegangen werden. Die Ungenauigkeit hängt damit zusammen, daß das in der Wahlordnung (BWO 57, Anl. 25) vorgeschriebene Formular, das einheitlich nicht nur für die Zusammenstellung und Meldung der Wahlbezirks-, Wahlkreis-, Landes- und Bundesergebnisse, sondern auch für deren Bekanntgabe gilt, die Möglichkeit unberücksichtigt läßt, vom Wahlkreis aufwärts genaue Ziffern zu geben. Danach werden alle Wähler auf eine konstruierte Zahl der Wahlberechtigten bezogen. Diese setzt sich aus der Zahl der im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen (ohne die Personen, deren Wahlrecht ruht oder die einen Wahlschein erhalten haben) und der Zahl der eingenommenen Wahlscheine zusammen. Das Verfahren vermeidet, daß sich eine mehr als hundertprozentige Wahlbeteiligung errechnet. Das wäre z. B. leicht an Orten möglich, an denen die Zahl der eingenommenen Wahlscheine die der ausgegebenen erheblich übersteigt. Da auf der anderen Seite die Zahl der eingenommenen Wahlscheine gleich der Zahl der Wähler mit Wahlschein ist, geht die Wahlbeteiligung der Wahlscheininhaber mit 100 vH in die Berechnung ein. Die so errechnete Wahlbeteiligung 1949 für den Bund und die Länder, 1953 für den Bund und 1957 schließlich für den Bund, die Länder und Wahlkreise liegt damit stets ein wenig zu hoch. In anderen Wahlgebieten können die Abweichungen von der tatsächlichen Wahlbeteiligung größer oder geringer sein, je nachdem, wieviele Wahlscheinwähler wählen³⁾.

Die Wahlbeteiligung in den Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen ist in Heft 4 von Band 200 ausgewiesen. Nachstehend wird nur die allgemeine Wahlbeteiligung im Bundesgebiet, in den Ländern und in den Wahlkreisen und darüber hinaus im Bundesgebiet die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter, Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Evangelischen und der Vertriebenen in den Gemeinden dargestellt.

Nach den amtlichen Bekanntmachungen haben bei der 3. Bundestagswahl 88,2 vH der Wahlberechtigten gewählt. 1953 betrug die Wahlbeteiligung 86,0 vH und 1949 78,5 vH. Hierbei handelt es sich um die ungenauen Ziffern. Wird die Zahl der Wähler auf alle nach dem Wählerverzeichnis wahlberechtigten Personen bezogen, gleichgültig, ob sie einen Wahlschein erhalten haben oder nicht, die Zahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben, also nicht vernachlässigt, errechnet sich für das Bundesgebiet 1957 eine Ziffer von 87,8 vH gegenüber 85,8 vH 1953. Für 1949 kann diese genaue Ziffer mangels entsprechender Unterlagen nicht mehr berechnet werden. Nachstehenden Untersuchungen werden — soweit möglich — die genauen Ziffern zugrunde gelegt.

³⁾ Inwieweit sich gewisse Ungenauigkeiten bei der Feststellung der Wahlbeteiligung aus Fehlern in den Wählerverzeichnissen ergeben, muß dahingestellt bleiben. Im allgemeinen wird man davon ausgehen dürfen, daß die Zahl der Personen in den Wählerverzeichnissen etwas überhöht ist. Für nicht eingetragene Personen besteht die Möglichkeit, sich im Wege des Einspruchs nachtragen zu lassen (BWO 57, § 20).

1957 haben danach rd. 660 000 Wahlberechtigte mehr ihre Stimme abgegeben als dies bei der Wahlbeteiligung von 1953 der Fall gewesen wäre. 1953 betrug diese Differenz gegenüber 1949 2,5 Mill. Für die Entwicklung von 1953 auf 1957 ist der größere Wahleifer vermutlich von minderer Bedeutung gewesen als Gesetzesänderungen. Zunächst durften bei der letzten Wahl die Strafgefangenen ihr früher ruhendes Wahlrecht erstmalig ausüben. Etwa 45 000 bis 55 000 Personen sind durchschnittlich in Strafvollzugsanstalten eingewiesen. Von ausschlaggebender Bedeutung für das weitere Ansteigen der schon 1953 beachtlich hohen Wahlbeteiligung aber ist die Einführung der Briefwahl, die es vielen überhaupt erst ermöglichte, an der Wahl teilzunehmen und überdies die Ausübung des Wahlrechts bequemer machte.

Die genauen Ziffern der Wahlbeteiligung 1957 in den einzelnen Ländern, die durchweg nur geringfügig niedriger liegen als die amtlich bekanntgemachten, sind neben den absoluten Zahlen in vorstehender Übersicht genannt. Dort sind auch die Veränderungen, allerdings gegenüber den ungenauen Zahlen für 1953, angegeben. Für die Länder ließ sich bei der 2. Bundestagswahl eine Wahlbeteiligung, die der genauen von 1957 vergleichbar wäre, aus den dargelegten Gründen nicht berechnen.

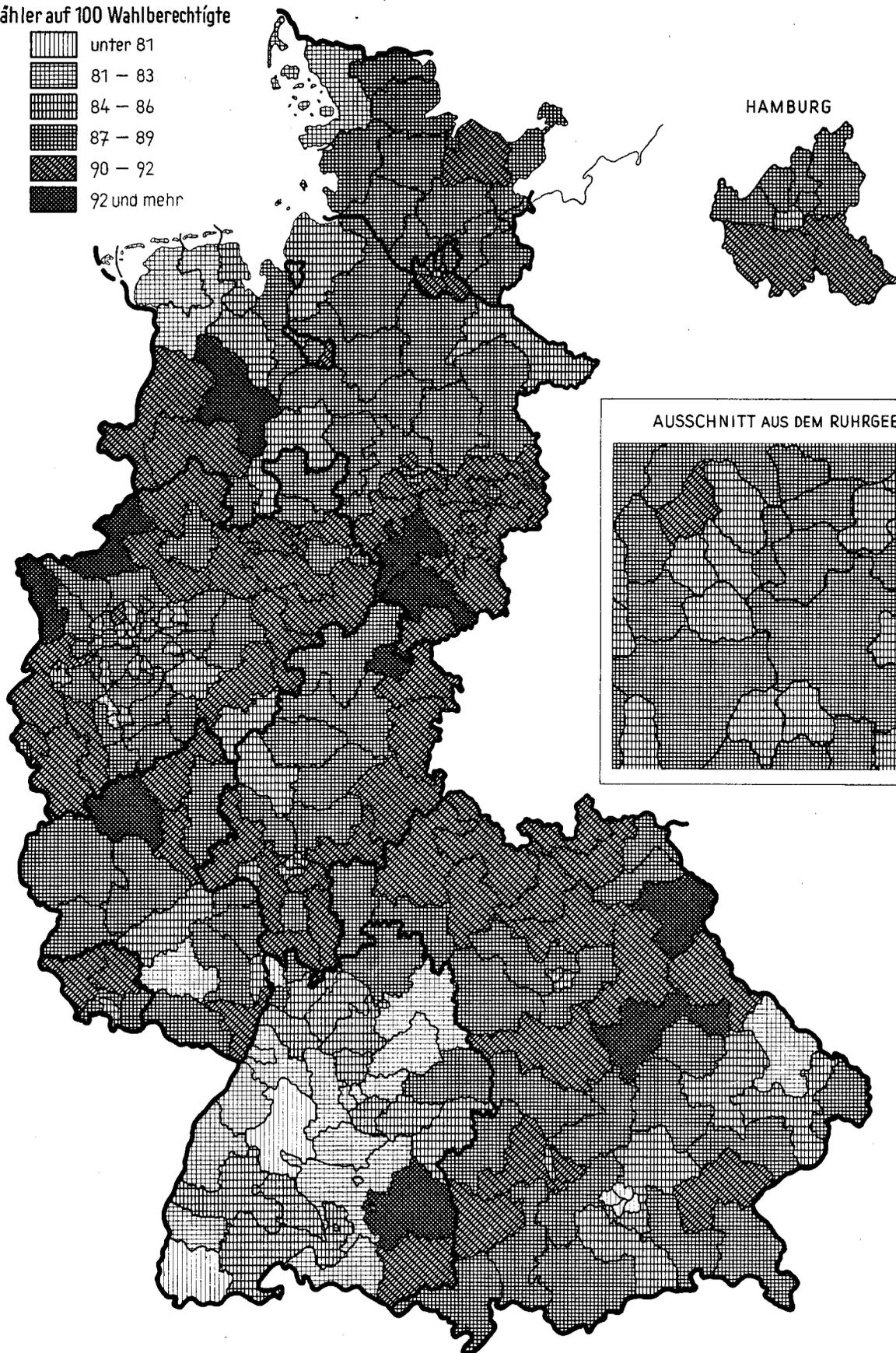
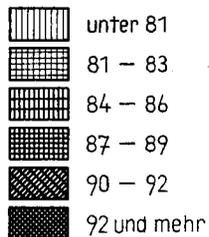
Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den Ländern waren niemals sehr groß und haben sich außerdem von Wahl zu Wahl mehr ausgeglichen. Während bei der ersten Wahl in Baden-Württemberg die wenigsten (70,6 vH) und in Schleswig-Holstein die meisten Wahlberechtigten (82,7 vH) von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, betrug die Differenz 1953 6,7 und 1957 nur noch 4,9. Die Länder mit der größten Wahlbeteiligung waren 1957 das Saarland und Hamburg mit 89,3 vH bzw. 89,2 vH. Aber auch Hessen und Niedersachsen, das 1953 an der Spitze lag, hatten eine Wahlbeteiligung von 89 und mehr vH. Unter dem Durchschnitt lagen Bayern mit 87,7 vH und vor allem Baden-Württemberg mit nur 84,4 vH, das schon bei beiden vorangegangenen Wahlen die geringste Wahlbeteiligung zeigte. Obwohl sie gerade dort von Wahl zu Wahl stark zugenommen hat, konnte bis 1957 lediglich der Abstand gegenüber Bayern verringert werden. Abgenommen hat die Wahlbeteiligung gegenüber 1953 nur in Schleswig-Holstein.

In den einzelnen Wahlkreisen bewegte sich die Wahlbeteiligung 1957 zwischen 93,6 vH im Wahlkreis 31 Vechta-Cloppenburg und 93,5 vH im Wahlkreis 215 Burglengenfeld und 218 Tirschenreuth einerseits und 78,5 bis 78,7 vH in den Wahlkreisen der Stadt München und 76,6 vH im Wahlkreis 191 Calw andererseits. Die Wahlbeteiligung nach Wahlkreisen bei allen drei Bundestagswahlen ist in nachstehender Tabelle 6 nachgewiesen. Für jede Wahl sind die drei niedrigsten und drei höchsten Ziffern besonders gekennzeichnet. Danach ist das Interesse der Bevölkerung am demokratischen politischen Leben in vielen so abgegrenzten kleineren Gebieten in weit stärkerem Maße von 1949 bis 1957 gewachsen als es sich bei Beobachtung lediglich der Landes- und Bundesergebnisse erkennen läßt. Die Wahlberechtigten des Wahlkreises mit der geringsten Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl hatten 1949 noch nicht einmal zur Hälfte gewählt (49,4 vH). Insgesamt gesehen wurde 1949 in 117, 1953 in 17 und 1957 nur noch in 5 Wahlkreisen die Wahlbeteiligung von 80 vH nicht erreicht. Weiterhin ist die Zahl der Wahlkreise mit einer Wahlbeteiligung von 90 und mehr vH, die 1949 noch in keinem Wahlkreis vorkam, von 30 im Jahre 1953 auf 67 angestiegen.

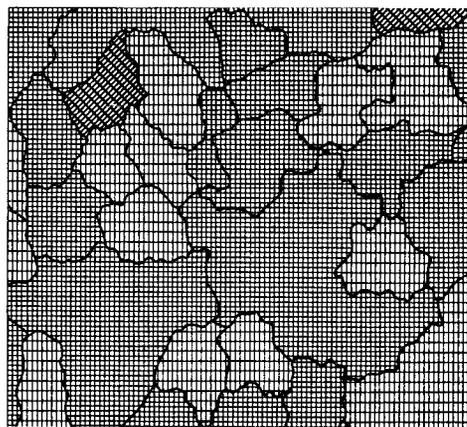
Von den wahlberechtigten Männern machten 89,6 vH von ihrem Wahlrecht Gebrauch, von den Frauen jedoch nur 86,3 vH. Von allen Altersgruppen zeigen die über 70jährigen Frauen die niedrigste Wahlbeteiligung. Immerhin haben auch von diesen Frauen drei Viertel ihre Stimme abgegeben. Die höchste Wahlbeteiligung wurde bei den 60- bis 70jährigen Männern mit 93 vH festgestellt. Wenn man von den über 70jährigen Frauen absieht, ist bei beiden Geschlechtern die Wahlbeteiligung der jüngsten Wahlberechtigten am niedrigsten. Sie steigt von dort an und erreicht bei den Männern in der bereits erwähnten Altersgruppe 60 bis 70 Jahre ein Maximum, um dann bei den ganz alten Männern wieder auf den Stand derjenigen bei den 30- bis 40jährigen abzufallen. Bei den Frauen wird das Maximum

WAHLBETEILIGUNG IN DEN WAHLKREISEN 1957

Wähler auf 100 Wahlberechtigte



AUSSCHNITT AUS DEM RUHRGEBIET

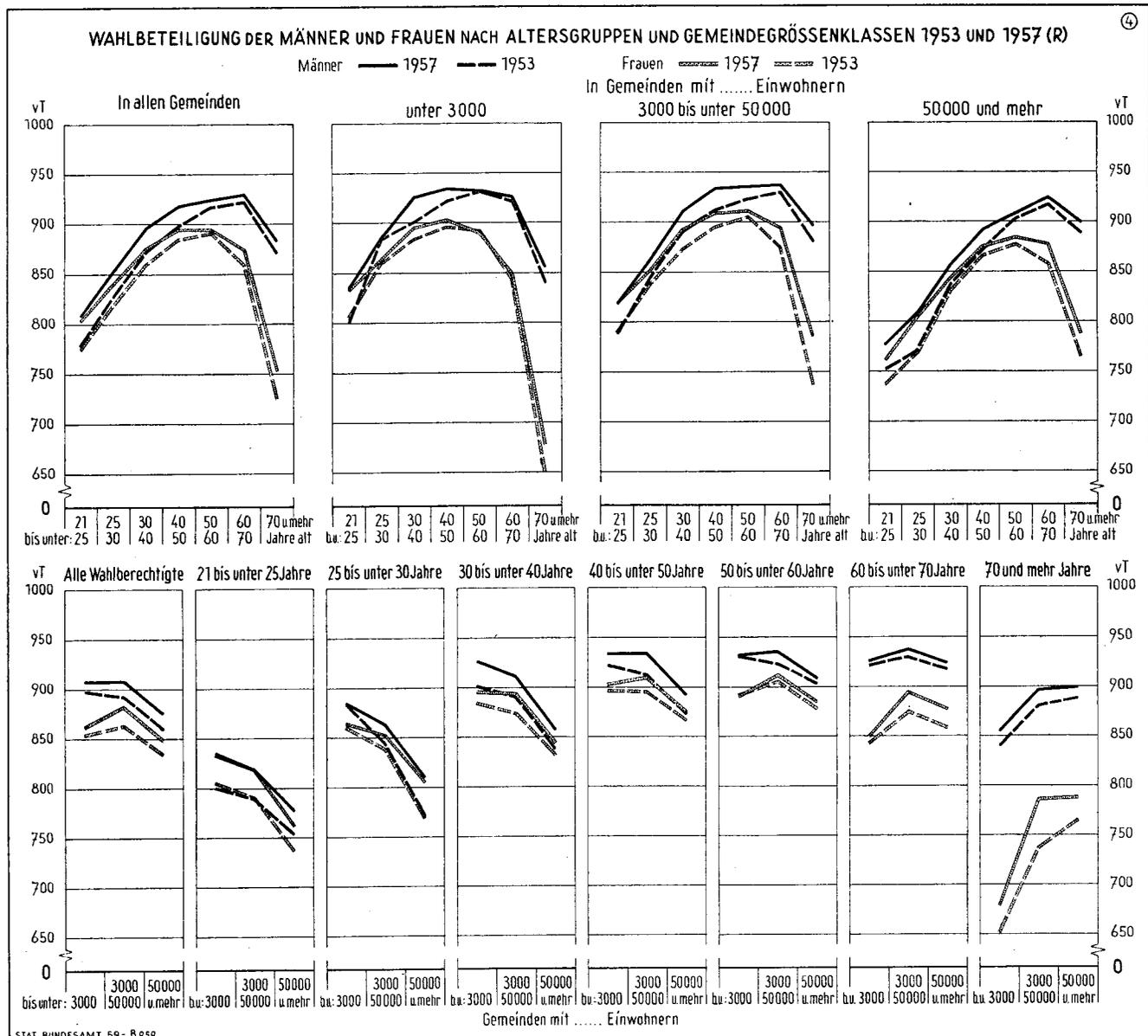


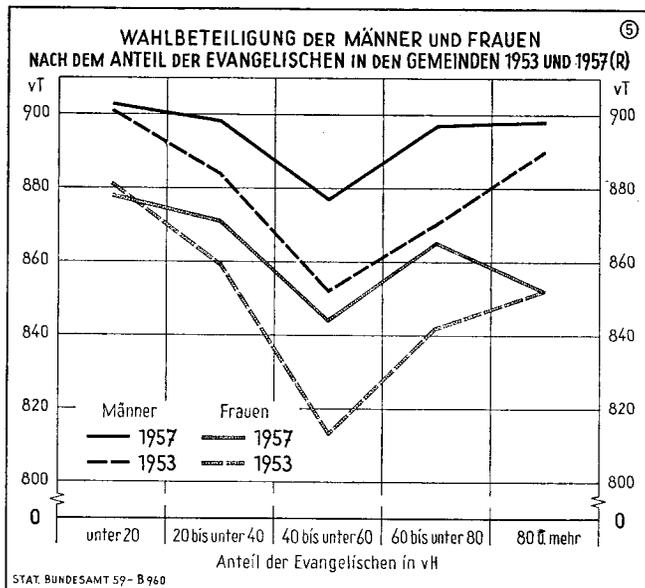
Die Nummern und Namen der Wahlkreise sind den Schaubildern ⑧ und ⑫ zu entnehmen.

7. Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Wähler 1953 und 1957 nach Geschlecht und Alter (R)

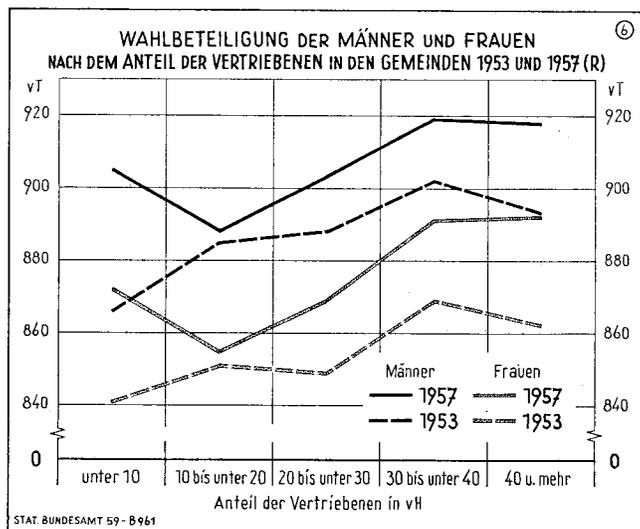
| Alter (etwa) von ... bis unter ... Jahren | Von 1000 Wahlberechtigten nebenstehender Altersgruppen | | | | Von 1000 Wählern | | | |
|--|---|------|------------------------------------|------|---|------|---|------|
| | waren ... | | haben gewählt (Wahlbeteiligung) | | nebenstehender Altersgruppen waren ... | | waren Männer oder Frauen nebenstehender Altersgruppe | |
| | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 |
| Männer | | | | | | | | |
| 21—25. | 509 | 515 | 809 | 778 | 511 | 516 | 38 | 34 |
| 25—30. | 510 | 471 | 853 | 827 | 514 | 474 | 50 | 46 |
| 21—30. | 506 | 489 | 831 | 806 | 513 | 491 | 88 | 80 |
| 30—40. | 437 | 426 | 896 | 872 | 443 | 429 | 85 | 79 |
| 40—50. | 433 | 449 | 918 | 898 | 439 | 453 | 88 | 108 |
| 50—60. | 466 | 460 | 924 | 917 | 474 | 467 | 101 | 94 |
| 60—70. | 423 | 432 | 929 | 922 | 438 | 449 | 60 | 59 |
| 70 und mehr . . . | 446 | 445 | 883 | 871 | 485 | 491 | 41 | 40 |
| zusammen | 454 | 451 | 896 | 880 | 464 | 460 | 464 | 460 |
| Frauen | | | | | | | | |
| 21—25. | 491 | 485 | 803 | 774 | 489 | 484 | 36 | 32 |
| 25—30. | 490 | 529 | 840 | 818 | 486 | 526 | 47 | 52 |
| 21—30. | 494 | 511 | 825 | 800 | 487 | 509 | 83 | 84 |
| 30—40. | 563 | 574 | 876 | 860 | 557 | 571 | 107 | 104 |
| 40—50. | 567 | 551 | 894 | 884 | 561 | 547 | 113 | 130 |
| 50—60. | 534 | 540 | 894 | 890 | 526 | 533 | 112 | 107 |
| 60—70. | 577 | 568 | 874 | 859 | 562 | 551 | 77 | 73 |
| 70 und mehr . . . | 554 | 555 | 753 | 725 | 515 | 509 | 44 | 42 |
| zusammen | 546 | 549 | 863 | 849 | 536 | 540 | 536 | 540 |
| Männer und Frauen | | | | | | | | |
| Insgesamt | 1000 | 1000 | 879 | 863 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 |

1957 Wahlberechtigte und Wähler laut Wählerverzeichnis.





oder katholischer Bevölkerung dagegen etwas größer. Dasselbe wurde schon 1953 beobachtet. In den Gemeinden mit viel Vertriebenen wird die starke politische Aktivität der Vertriebenen deutlich. Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen wächst daher im allgemeinen mit dem Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung. Auch in diesem Fall war das Bild 1953 ähnlich.



Die Wahlbeteiligung kann auch für die Wahrscheinlicher berechnet werden. Unter diesen befanden sich, wie schon erwähnt, jedoch nur etwas über 10 vH Inhaber gewöhnlicher Wahlscheine, so daß die Wahlbeteiligung aller Wahrscheinlicher praktisch die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten mit Briefwahlunterlagen wiedergibt.

In einigen Wahlkreisen von Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland-Pfalz wurden auch Absender zurückgewiesener Wahlbriefe als Wähler (und ihre Stimme als ungültig) angesehen. Da dies in einigen zwischenzeitlichen Veröffentlichungen nachträglich berichtigt wurde, weichen die hier genannten Zahlen für die Wähler (und die ungültigen Erst- und Zweitstimmen) von den berichtigten Zahlen ab. Sie stimmen aber mit denen in der Bekanntmachung des Bundeswahlleiters über das endgültige Wahlergebnis (Bundesanzeiger Nr. 190 vom 3. 10. 1957) überein.

Auch wenn die zurückgewiesenen Wahlbriefe unberücksichtigt bleiben, war die Wahlbeteiligung der Wahrscheinlicher (91,9 vH) größer als die der übrigen Wahlberechtigten (87,5 vH). Andererseits war sie wegen der verhältnismäßig hohen Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefe geringer als 1953 (92,6 vH). Bei Einbeziehung der zurückgewiesenen Wahlbriefe würde sie sich auf 97,6 vH erhöhen. Dieser schon immer zu beobachtende Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten mit und ohne Wahlschein ist damit zu erklären, daß es sich bei den Wahlscheinwählern meist um Personen mit stärkerem politischen Interesse handelt, das sie bereits mit der nicht ganz mühelosen Beantragung des Wahlscheins bekunden. Eine gewisse Rolle dürfte auch spielen, daß es nicht immer möglich ist, die Wählerverzeichnisse fehlerfrei fortzuschreiben. So wird die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein schon deshalb immer etwas niedriger liegen müssen, weil in den Wählerverzeichnissen mitunter auch noch Personen geführt werden, die inzwischen verzoogen oder sogar verstorben sind.

Im Zusammenhang mit dem Briefwahlergebnis ergibt sich die Frage, ob die neuerliche Zunahme der bei Bundestagswahlen im Vergleich zu allen übrigen Wahlen schon immer relativ hohen allgemeinen Wahlbeteiligung durch die Einführung der Briefwahl beeinflusst worden ist. Die Vermutung liegt nahe, da die Zahl der Wahlscheininhaber von der 2. auf die 3. Bundestagswahl um 72 vH, die Zahl der Wahlberechtigten aber nur um 4,6 vH zugenommen hat. Berücksichtigt man ferner, daß 1953 nur 3,3 vH, 1957 dagegen 5,4 vH der Wahlberechtigten einen Wahlschein erhalten haben, und die Wahlbeteiligung der Wahlscheininhaber, wie oben dargelegt, höher liegt als die der übrigen Wahlberechtigten, so dürfte die größere Wahlbeteiligung in erheblichem Umfang auf die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Erleichterung der Stimmabgabe zurückzuführen sein.

Nach dem Anteil der Briefwähler an den Wählern überhaupt — im Bundesdurchschnitt 4,9 vH — wurde von der Briefwahl in allen Ländern ziemlich gleichmäßig Gebrauch gemacht. Hamburg und das Saarland ausgenommen, bedienten sich von 100 Wählern überall rund fünf der Briefwahl. Im Saarland waren dagegen unter 100 Wählern nur 3,3, in Hamburg aber 6,2 Briefwähler. (Vgl. auch die Zahlen in der Tabelle 5). Die meisten Briefwähler sind in den Großstädten zu finden. Die höchsten Anteile hatten Wahlkreise von München, Stuttgart, Köln und Frankfurt. Eine Sonderstellung nimmt der Wahlkreis 69 Bonn-Stadt und -Land ein mit rund 20 000 Briefwählern oder gerade einem Zehntel aller Wähler dieses Wahlkreises. Hierbei spielt die Ausgabe von Wahlbriefen an die Angehörigen der deutschen Vertretungen im Ausland eine Rolle, die als einzige auch dann wahlberechtigt sind, wenn sie keinen ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben. In nachstehender Übersicht sind den 10 Wahlkreisen mit dem größten Anteil an Briefwählern diejenigen mit dem geringsten Anteil gegenübergestellt. Bei den letzteren handelt es sich vorwiegend um Wahlkreise ländlichen Charakters. Im großen und ganzen richtet sich der Anteil der Briefwähler in den Wahlkreisen nach der Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land.

8. Die Wahlkreise mit dem größten und geringsten Anteil an Briefwählern 1957

| Wahlkreis | | Anteil der Briefwähler in vH | Wahlkreis | | Anteil der Briefwähler in vH |
|-----------|----------------------------|------------------------------|-----------|----------------------------|------------------------------|
| Nr. | Name | | Nr. | Name | |
| 69 | Bonn-Stadt und -Land | 9,9 | 245 | Saarlouis-Merzig . . . | 2,6 |
| 200 | München-Nord . . . | 8,4 | 244 | Saarbrücken-Land . . . | 3,1 |
| 163 | Stuttgart I (West) . . . | 8,3 | 246 | Ottweiler-St. Wendel . . . | 3,1 |
| 67 | Köln II | 8,1 | 213 | Vilshofen | 3,1 |
| 141 | Frankfurt/M. II | 8,0 | 191 | Calw | 3,1 |
| 56 | Göttingen-Münden | 7,7 | 247 | Homburg-St. Ingbert . . . | 3,2 |
| 78 | Düsseldorf I | 7,7 | 173 | Crailsheim | 3,2 |
| 16 | Hamburg II | 7,6 | 45 | Diepholz-Melle-Wittl . . . | 3,2 |
| 142 | Frankfurt/M. III | 7,5 | 193 | Balingen | 3,2 |
| 202 | München-Süd | 7,5 | 212 | Straubing | 3,2 |

B. Die ungültigen Stimmen

Bei der 1. Bundestagswahl waren 3,1 vH der abgegebenen Stimmen ungültig, 1953 und 1957 wurden 3,4 bzw. 3,0 vH ungültige Erststimmen und 3,3 bzw. 3,8 vH ungültige Zweitstimmen abgegeben. In Anbetracht der geringen Zunahme von 1949 auf 1953 haben sich die Befürchtungen, daß die Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel den Anteil der ungültigen Stimmen stark anwachsen lassen würde, nicht bewahrheitet. Das schließt nicht aus, daß es auch noch 1957 manche Wähler gab, die der Meinung gewesen sind, es genüge, ein Kreuz bei dem genehmen Wahlkreisbewerber zu machen, bei dem gleichfalls ein Parteiname angegeben war. (Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter II E). Dies kam offensichtlich insbesondere im Saarland vor, für dessen Wähler das Zweistimmensystem neu war. Dort war im Vergleich zu allen Ländern nicht nur der Anteil der ungültigen Erststimmen und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen überhaupt am größten, sondern darüber hinaus auch der Unterschied zwischen diesen beiden Anteilen. Im übrigen kann für den Unterschied in der Zahl der ungültigen Erststimmen und ungültigen Zweitstimmen noch ein anderer Grund eine Rolle gespielt haben: Gegner des Verhältniswahlsystems lehnen es oft ab, der Landesliste einer Partei, auf deren Zusammensetzung sie keinen Einfluß haben, ihre Stimme zu geben und wählen deshalb nur den ihnen namentlich bekannten Wahlkreisbewerber.

9. Ungültige und gültige Stimmen unter besonderer Berücksichtigung der Briefwähler 1957 nach Ländern

| Land | Stimmen insgesamt (= Wähler) | Erststimmen | | Zweitstimmen | | | |
|----------------------|--|------------------------------|-------------------|------------------------------------|--------------------------------|-------------------|------------------------------------|
| | | ungültig | gültig | ungültig | gültig | | |
| | | Anzahl | vH | Anzahl | vH | Anzahl | |
| a = ohne Briefwähler | | | | | | | |
| b = Briefwähler | | | | | | | |
| c = insgesamt | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | a 1301 543 b 65 682 c 1367 225 | 30 853 1 724 32 577 | 2,4 2,6 2,4 | 1270 690 63 958 1334 648 | 53 138 2 042 55 180 | 4,1 3,1 4,0 | 1248 405 63 640 1312 045 |
| Hamburg | a 1111 378 b 73 800 c 1185 178 | 18 586 512 19 098 | 1,7 0,7 1,6 | 1092 792 73 288 1166 080 | 29 927 992 30 919 | 2,7 1,3 2,6 | 1081 451 72 808 1154 259 |
| Niedersachsen | a 3764 006 b 186 242 c 3950 248 | 119 697 2 855 122 552 | 3,2 1,5 3,1 | 3644 309 183 387 3827 696 | 121 690 2 145 123 835 | 3,2 1,2 3,1 | 3642 316 184 097 3826 413 |
| Bremen | a 393 167 b 21 331 c 414 498 | 8 308 433 8 741 | 2,1 2,0 2,1 | 384 859 20 898 405 757 | 15 358 540 15 898 | 3,9 2,5 3,8 | 377 809 20 791 398 600 |
| Nordrhein-Westfalen | a 8676 420 b 482 508 c 9158 928 | 213 130 8 835 221 965 | 2,5 1,8 2,4 | 8463 290 473 673 8936 963 | 294 188 9 469 303 657 | 3,4 2,0 3,3 | 8382 232 473 039 8855 271 |
| Hessen | a 2714 859 b 148 233 c 2863 092 | 100 436 2 471 102 907 | 3,7 1,7 3,6 | 2 614 423 145 762 2 760 185 | 133 460 2 369 135 829 | 4,9 1,6 4,7 | 2581 399 145 864 2727 263 |
| Rheinland-Pfalz | a 1886 051 b 91 174 c 1976 225 | 66 479 1 529 68 008 | 3,5 1,7 3,4 | 1818 572 89 645 1908 217 | 75 335 1 885 77 220 | 4,0 2,1 3,9 | 1809 716 89 289 1899 005 |
| Baden-Württemberg | a 3906 004 b 191 571 c 4097 575 | 140 846 1 972 142 818 | 3,6 1,0 3,5 | 3765 158 189 599 3954 757 | 187 373 2 362 189 735 | 4,8 1,2 4,6 | 3718 631 189 209 3907 840 |
| Bayern | a 5213 389 b 256 958 c 5470 347 | 163 585 3 398 166 983 | 3,1 1,3 3,1 | 5049 804 253 560 5303 364 | 193 504 3 202 196 706 | 3,7 1,2 3,6 | 5019 885 253 756 5273 641 |
| Saarland | a 569 983 b 19 595 c 589 578 | 30 572 459 31 031 | 5,4 2,3 5,3 | 539 411 19 136 558 547 | 37 992 495 38 487 | 5,7 2,5 6,5 | 531 991 19 100 551 091 |
| Bundesgebiet | a 29535 800 b 1537 094 c 31072 894 | 892 492 24 188 916 680 | 3,0 1,6 3,0 | 28643 308 1512 906 30156 214 | 1141 965 25 501 1167 466 | 3,9 1,7 3,8 | 28393 835 1511 593 29905 428 |

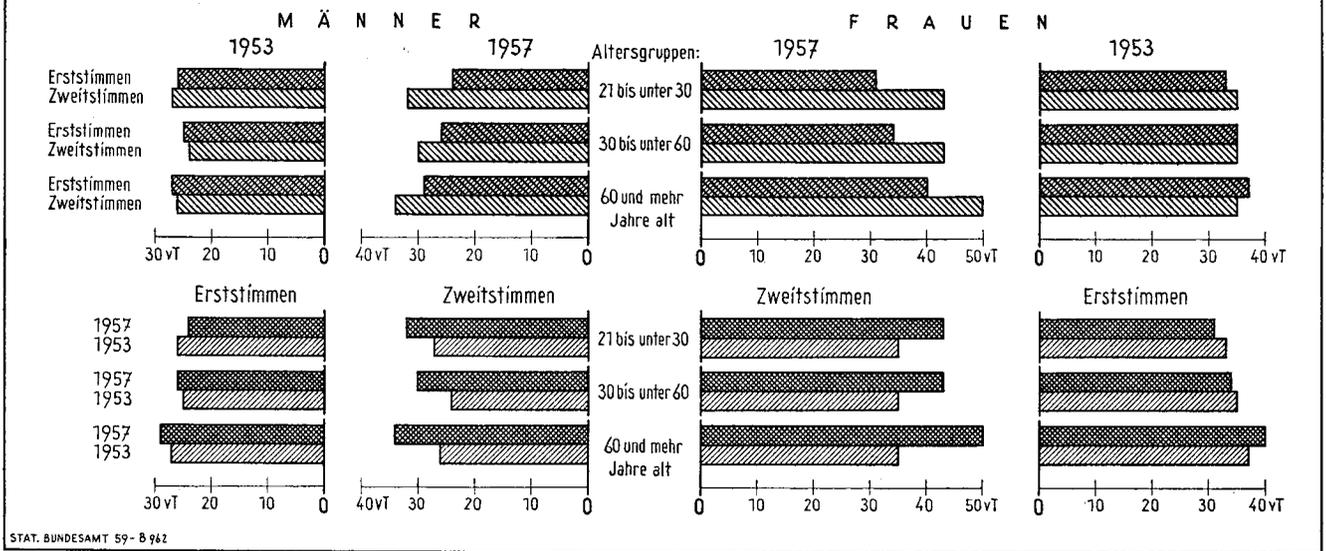
Dem Saarland folgen nach der Höhe der ungültigen Zweitstimmen Baden-Württemberg mit 4,6 vH und Hessen mit 4,7 vH. Hessen lag auch bei der 2. Bundestagswahl, bei der das Saarland nicht mitwählte, mit der ungültigen Stimmabgabe an der Spitze (4,3 vH ungültige Zweitstimmen). In seinem Wahlkreis 143 Groß-Gerau gaben 1957 6,1 vH, 1953 sogar 6,2 vH der Wähler ungültige Zweitstimmen ab. Den überhaupt höchsten Anteil ungültiger Zweitstimmen hatte 1957 der Wahlkreis 178 Karlsruhe-Land und 1953 der Wahlkreis 180 Mannheim-Land.

10. Der Anteil der ungültigen Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen 1953 und 1957 nach Gemeindegrößenklassen und Altersgruppen (R)

| Alter (etwa) von ... bis unter ... Jahren | Bundes- tags- wahl | Von 1000 | | | |
|--|--------------------------|-------------|--------|--------------|--------|
| | | Erststimmen | | Zweitstimmen | |
| | | der | | | |
| | | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| waren ungültig | | | | | |
| in allen Gemeinden | | | | | |
| 21—30 | 1957 | 24 | 31 | 32 | 43 |
| | 1953 | 26 | 33 | 27 | 35 |
| 30—60 | 1957 | 26 | 34 | 30 | 43 |
| | 1953 | 25 | 35 | 24 | 35 |
| 60 und älter . . . | 1957 | 29 | 40 | 34 | 50 |
| | 1953 | 27 | 37 | 26 | 35 |
| zusammen | 1957 | 26 | 35 | 31 | 45 |
| | 1953 | 25 | 35 | 25 | 35 |
| in Gemeinden unter 3000 Einwohnern | | | | | |
| 21—30 | 1957 | 28 | 33 | 35 | 44 |
| | 1953 | 32 | 37 | 33 | 38 |
| 30—60 | 1957 | 34 | 41 | 36 | 46 |
| | 1953 | 30 | 41 | 31 | 41 |
| 60 und älter . . . | 1957 | 40 | 47 | 46 | 54 |
| | 1953 | 32 | 38 | 34 | 43 |
| zusammen | 1957 | 34 | 41 | 38 | 48 |
| | 1953 | 31 | 40 | 32 | 41 |
| in Gemeinden mit 3000 bis unter 50000 Einwohnern | | | | | |
| 21—30 | 1957 | 25 | 33 | 33 | 44 |
| | 1953 | 26 | 37 | 26 | 36 |
| 30—60 | 1957 | 25 | 34 | 26 | 42 |
| | 1953 | 26 | 37 | 24 | 35 |
| 60 und älter . . . | 1957 | 28 | 40 | 31 | 48 |
| | 1953 | 29 | 41 | 25 | 32 |
| zusammen | 1957 | 26 | 35 | 28 | 43 |
| | 1953 | 27 | 38 | 25 | 35 |
| in Gemeinden mit 50000 und mehr Einwohnern | | | | | |
| 21—30 | 1957 | 17 | 28 | 28 | 40 |
| | 1953 | 22 | 27 | 23 | 32 |
| 30—60 | 1957 | 20 | 29 | 27 | 42 |
| | 1953 | 20 | 29 | 20 | 31 |
| 60 und älter . . . | 1957 | 21 | 34 | 27 | 49 |
| | 1953 | 21 | 34 | 21 | 33 |
| zusammen | 1957 | 20 | 30 | 27 | 43 |
| | 1953 | 20 | 30 | 21 | 32 |

Eine Zunahme des Anteils der ungültigen Zweitstimmen zeigt sich sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Das nachstehende Schaubild verdeutlicht, daß die Frauen nicht nur im allgemeinen mehr ungültige Stimmen als die Männer abgeben, sondern daß sie auch im höheren Maße als die Männer an der größeren Zunahme der ungültigen Zweitstimmen beteiligt sind. Dies läßt vermuten, daß die Kombination der Stimmabgabe nach Erst- und Zweitstimmen auf einem Stimmzettel den Frauen größere Schwierigkeiten macht als den Männern. Jedoch ist der Anteil der ungültigen Zweitstimmen auch bei den Frauen insgesamt mit 4,5 vH nicht sehr hoch. Bei weiterer Untergliederung nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen steigt dieser Anteil bei der 3. Bundestagswahl in den kleineren Gemeinden bei den über 60jährigen Frauen auf 5,4 vH an. Dagegen haben die gleichen Frauen nur 4,7 vH ungültige Erststimmen abgegeben. Auch die Männer über 60 haben in den kleineren Ortschaften die meisten ungültigen Erst- und Zweitstimmen abgegeben (4,6 bzw. 4,0 vH). In den Städten über 50 000 Einwohner scheinen nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik die Männer und Frauen aller Altersgruppen am besten mit der Technik der Stimmabgabe fertig geworden zu sein.

DER ANTEIL DER UNGÜLTIGEN ERST- UND ZWEITSTIMMEN DER MÄNNER UND FRAUEN NACH ALTERSGRUPPEN 1953 UND 1957 (R) ⑦



STAT. BUNDESAMT 59 - B 942

C. Die gültigen Erststimmen

Von den zwei Stimmen, die den Wählern zur Verfügung stehen, war die erste Stimme für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten und die zweite Stimme für die Wahl einer Landesliste abzugeben. Auf Grund der abgegebenen Zweitstimmen ergab sich durch die Besonderheiten des Sitzverteilungsverfahrens (vgl. II F) gleichzeitig die Gesamtzahl der im Bundestag auf die einzelnen Parteien entfallenden Sitze. Die Zweitstimmen sind daher als ausschlaggebend für den Ausgang der Wahl anzusehen. Da die Erststimmen danach nur Bedeutung für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten haben, wodurch der Wähler eine Möglichkeit hat, direkten Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages auszuüben, genügt es, sich bei diesen Stimmen im wesentlichen auf eine Untersuchung der Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen zu beschränken und nur einige wenige Globalzahlen vorzuschicken.

Einschließlich Saarland wurden bei der Bundestagswahl 1957 insgesamt 30 156 214 gültige Erststimmen abgegeben, und ohne Saarland 29 597 667 im Vergleich zu 27 519 760 bei der Bundestagswahl 1953. Die Zahl der gültigen Zweitstimmen betrug demgegenüber bei der Wahl 1957 im Bundesgebiet einschl. Saarland nur 29 905 428 und lag somit um 250 786 niedriger. Der Unterschied zwischen der Zahl der gültigen Erststimmen und der Zahl der gültigen Zweitstimmen entspricht dem Unterschied zwischen der Zahl der ungültigen Erst- und Zweitstimmen, die unter II B näher behandelt worden sind.

Mehr Erst- als Zweitstimmen wurden für die CDU/CSU, die SPD, die DP, die FU und den SSW abgegeben; bei den übrigen Parteien verhält es sich umgekehrt. Für die meisten kleineren Parteien sind insbesondere deshalb weniger Erst- als Zweitstimmen abgegeben worden, weil sie wenig oder gar keine Aussicht hatten, ein Wahlkreismandat zu erringen. Zum Teil spielt aber auch eine Rolle, daß von einigen kleineren Parteien zwar Landeslisten aufgestellt worden sind, aber nicht in allen Wahlkreisen des betreffenden Landes Wahlkreisandidaten. Für die Anhänger mancher kleinerer Partei bestand somit vielfach überhaupt keine Möglichkeit, mit der Erststimme einen Kandidaten dieser Partei zu wählen. Daneben gab es noch Fälle, in denen keine Landeslisten bestanden, so daß nur Erststimmen anfallen konnten. Dabei handelt es sich um die PgdD (Partei der guten Deutschen) sowie um die Wählergruppen Schumacher und Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft. Näheres über die zugelassenen Wahlvorschläge ist unter I A 3, Näheres über die Kombination der Erst- und Zweitstimmen unter II E nachzulesen.

Trotz der Unterschiede zwischen den absoluten Zahlen der Erst- und Zweitstimmen für die einzelnen Parteien ergibt sich bei prozentualer Aufteilung der Stimmen kaum eine Differenz (vgl. Anhang, Tabelle I). Was hierüber später zu den Zweitstimmen ausgeführt werden wird, gilt damit praktisch auch für

die Erststimmen, wenn man von den ganz kleinen Parteien absieht. Für die Parteien und Wählergruppen, die jeweils nur in Wahlkreisen auftraten, sei hier erwähnt, daß auf die PgdD im Wahlkreis 149 Ahrweiler von Rheinland-Pfalz nur 356, auf die Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft im Wahlkreis 173 Crailsheim nur 608 und auf die Wählergruppe Schumacher im Wahlkreis 64 Bergheim-Euskirchen in Nordrhein-Westfalen nur 237 Erststimmen kamen.

I. Die Parteizugehörigkeit der Wahlkreisabgeordneten

Die Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 verteilen sich nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten wie folgt:

II. Wahlkreissitze 1949, 1953 und 1957 nach der Parteizugehörigkeit des Gewählten

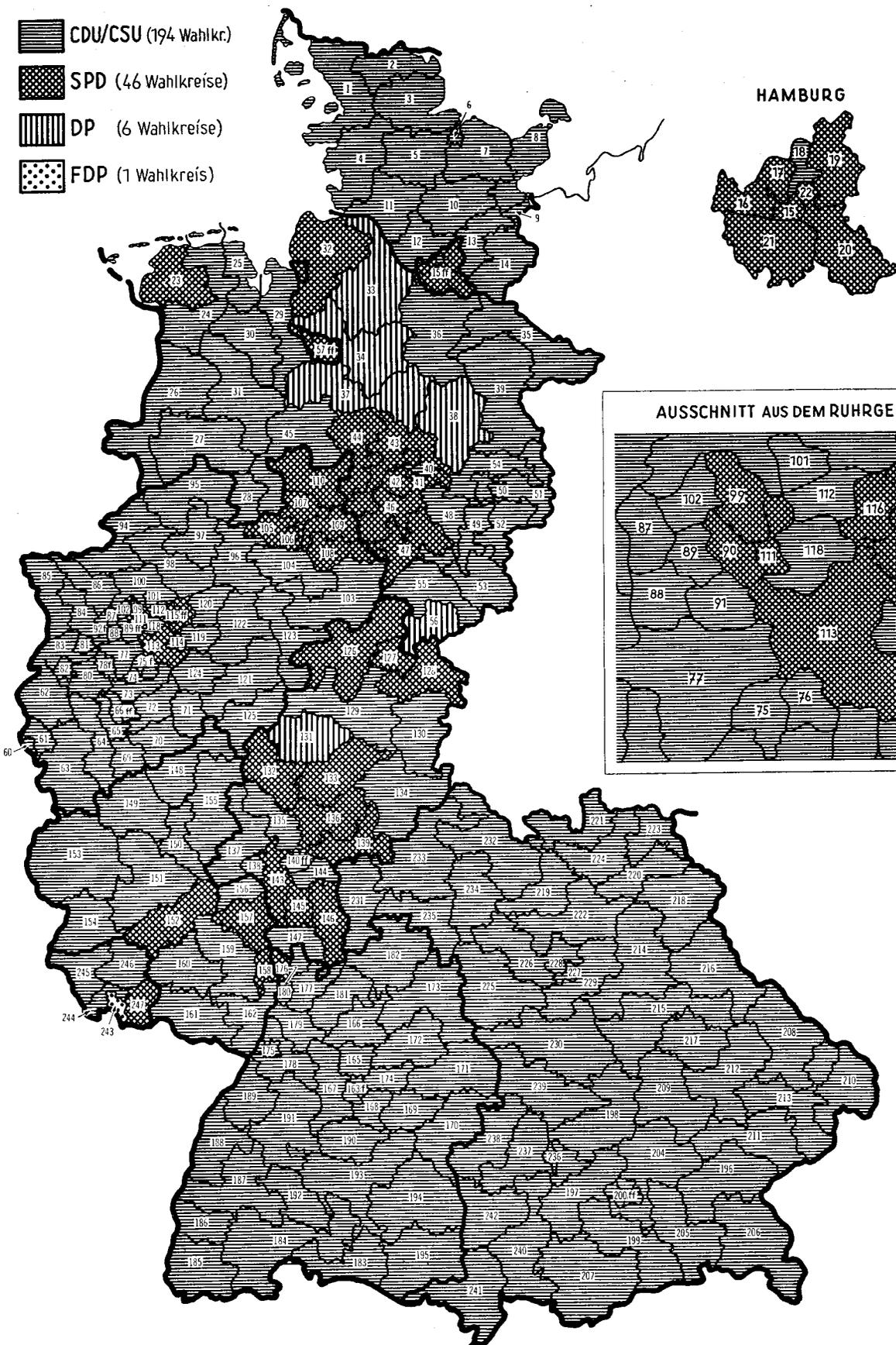
| Parteizugehörigkeit | Jahr der Wahl | | | |
|-----------------------|------------------|-----------------|---------------|--------------|
| | 1949 | 1953 | 1957 | |
| | | | ohne Saarland | mit Saarland |
| CDU/CSU | 115 | 172 | 191 | 194 |
| SPD | 96 | 45 | 45 | 46 |
| FDP | 12 | 14 | — | 1 |
| DP | 5 | 10 | 6 | 6 |
| FU | 11 ¹⁾ | 1 ²⁾ | — | — |
| Sonstige | 3 ²⁾ | — | — | — |
| Sitze insgesamt . . . | 242 | 242 | 242 | 247 |

¹⁾ Bayernpartei. — ²⁾ Zentrum. — ³⁾ Wählergruppen.

Danach haben 1957 nur die CDU/CSU (die CDU 147, die CSU 47), die SPD, die FDP und die DP Wahlkreissitze erhalten. Rund vier Fünftel der 247 Mandate entfallen auf die CDU/CSU. 1953 waren es nur etwas über zwei Drittel und 1949 noch nicht einmal die Hälfte. Die Zahl der Wahlkreismandate der SPD ist gegenüber 1953 im Bundesgebiet ohne Saarland gleichgeblieben, gegenüber 1949 hat sie jedoch nur halb soviel Wahlkreissitze errungen. Die FDP ist in allen 14 Wahlkreisen, in denen sie 1953 die meisten Stimmen erhielt, unterlegen; das einzige Direktmandat wurde im Wahlkreis 243 Saarbrücken-Stadt erzielt. Die DP, die 1953 in 10 Wahlkreisen den Sitz erhalten hatte, konnte 1957 ihre Wahlbewerber nur noch in 6 Wahlkreisen durchbringen. In 5 Wahlkreisen verdankt sie den Sitz weitgehend der Hilfe der CDU, die in den Wahlkreisen 34 Verden, 37 Fallinghobel, 38 Celle, 56 Göttingen und 131 Marburg keine Kreiswahlvorschläge eingereicht hat. Das Direktmandat im Wahlkreis 131 Marburg dürfte außerdem noch auf den Anschluß der Freien Volkspartei, eine Abspaltung der

DIE WAHLKREISE NACH DER PARTEIZUGEHÖRIGKEIT DER GEWÄHLTEN BEWERBER 1957

-  CDU/CSU (194 Wahlkr.)
-  SPD (46 Wahlkreise)
-  DP (6 Wahlkreise)
-  FDP (1 Wahlkreis)



AUSSCHNITT AUS DEM RUHRGEBIET

Die Namen der Wahlkreise sind dem Schaubild 12 zu entnehmen.

FDP, an die DP zurückzuführen sein. Nur dadurch, daß die DP in mehr als zwei Wahlkreisen Direktmandate erhalten hat, ist es ihr gelungen, in die Sitzverteilung zu kommen. Der Anteil der Zweitstimmen, der hierzu mindestens 5 vH betragen muß, hätte nicht ausgereicht. Wie 1953 ist es keinem Parteilosen gelungen, sich durchzusetzen. Auch die FU hat ihr Ziel, Wahlkreisbewerber durchzubringen, nicht erreicht, obgleich die SPD in 4 bayerischen Wahlkreisen zu ihren Gunsten keine Wahlvorschläge eingereicht hatte.

12. Abgeordnetensitze des 3. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

| Land | Abgeordnete | | | | | |
|-------------------------------|-------------|---------------------|------------|-----------|-----------|-----------|
| | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
| | | CDU | SPD | CSU | FDP | DP |
| Schleswig-Holstein | 23 | 14 | 7 | — | 1 | 1 |
| Hamburg | 19 | 7 | 9 | — | 2 | 1 |
| Niedersachsen | 61 | 27 | 22 | — | 4 | 8 |
| Bremen | 6 | 2 | 3 | — | — | 1 |
| Nordrhein-Westfalen | 154 | 87 | 54 | — | 11 | 2 |
| Hessen | 46 | 20 | 19 | — | 4 | 3 |
| Rheinland-Pfalz | 31 | 18 | 10 | — | 3 | — |
| Baden-Württemberg | 67 | 37 | 18 | — | 11 | 1 |
| Bayern | 82 | — | 25 | 53 | 4 | — |
| Saarland | 8 | 3 | 2 | 2 | 1 | — |
| Bundesgebiet | 497 | 215 | 169 | 55 | 41 | 17 |
| darunter in Wahlkreisen | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 14 | 14 | — | — | — | — |
| Hamburg | 8 | 1 | 7 | — | — | — |
| Niedersachsen | 34 | 21 | 8 | — | — | 5 |
| Bremen | 3 | — | 3 | — | — | — |
| Nordrhein-Westfalen | 66 | 53 | 13 | — | — | — |
| Hessen | 22 | 11 | 10 | — | — | 1 |
| Rheinland-Pfalz | 15 | 12 | 3 | — | — | — |
| Baden-Württemberg | 33 | 32 | 1 | — | — | — |
| Bayern | 47 | — | — | 47 | — | — |
| Saarland | 5 | 3 | 1 | — | 1 | — |
| Bundesgebiet | 247 | 147 | 46 | 47 | 1 | 6 |

Die CDU stellte in Schleswig-Holstein in sämtlichen 14 Wahlkreisen den Sieger. Sie hat dadurch in diesem Land 3 Sitze mehr erhalten als ihr nach den Zweitstimmen überhaupt zustanden. In Bayern hat die CSU sämtliche Wahlkreise erworben und in Baden-Württemberg die CDU 32 von 33; nur einer, der Wahlkreis 176 Mannheim-Stadt, ging dort an die SPD. Die SPD wiederum hat alle 3 Wahlkreissitze in Bremen bekommen und 7 der 8 Wahlkreissitze in Hamburg, nachdem sie dort 1953 infolge von Wahlabsprachen anderer Parteien nur einen Kandidaten durchgebracht hatte. In den übrigen fünf Ländern bekam die CDU mehr Wahlkreissitze als die SPD, und zwar vor allem in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, während in Hessen auf die CDU nur ein Wahlkreissitz mehr entfällt als auf die SPD. Von den Wahlkreisen mit DP-Mehrheiten liegen 5 in Niedersachsen und einer in Hessen. Die genaue Verteilung der Wahlkreissitze in den Ländern nach der Parteizugehörigkeit der Abgeordneten ist aus der Tabelle 12 zu ersehen und die Parteizugehörigkeit der Wahlkreissieger in den einzelnen Wahlkreisen aus der Karte auf S. 23. Sie zeigt eine gewisse Konzentration der Wahlkreise, in denen die SPD die Sieger gestellt hat. Neben dem großstädtischen Ruhrgebiet und neben Hamburg und Bremen sind dies Nordost-

Westfalen und Niedersachsen zwischen Bielefeld und Hannover, das nördlichste Hessen sowie Hessen um Frankfurt am Main.

2. Die Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen

Nach den Gesetzen für die drei Bundestagswahlen war derjenige Wahlkreisbewerber gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Obwohl danach die relative Mehrheit genügt, sind schon bei der 1. Bundestagswahl 28 Bewerber mit absoluter Mehrheit gewählt worden. 1953 konnten 115 und 1957 sogar 132, also mehr als die Hälfte aller Wahlkreissieger, die absolute Mehrheit der in einem Wahlkreis abgegebenen Erststimmen erhalten. Von diesen 132 Wahlkreissiegern mit absoluter Mehrheit der Erststimmen erhielten 16 über 70 vH, 48 zwischen 60 und 70 vH und 68 zwischen 50 und 60 vH.

Die CDU/CSU konnte 1949 nur etwas mehr als ein Fünftel ihrer Wahlkreissitze mit der absoluten Mehrheit gewinnen, bei der 2. Bundestagswahl jedoch schon mehr als die Hälfte und 1957 schließlich zwei Drittel. Bei der 3. Bundestagswahl gewannen auch 5 SPD-Bewerber die absolute Mehrheit, was bei den vorangegangenen Bundestagswahlen nur je einem ihrer Kandidaten möglich war. Neben den beiden größten Parteien konnten die FDP und DP bei der 2. Bundestagswahl 7 bzw. 3 absolute Mehrheiten erzielen, was ihnen bei der 1. und 3. Bundestagswahl in keinem Wahlkreis gelang. 1953 sind diese absoluten Mehrheiten offenbar durch Wahlabsprachen, und zwar entweder der CDU/CSU und der FDP allein (Nordrhein-Westfalen, Hessen) oder zwischen diesen Parteien und der DP (Hamburg, Niedersachsen, Bayern) zustande gekommen; denn die FDP und die DP gewannen in den drei zuletzt bezeichneten Ländern ihre absoluten Mehrheiten jeweils in Wahlkreisen, in denen die beiden anderen Parteien nicht auftraten, während die FDP in den Wahlkreisen 75 Wuppertal I und 126 Waldeck nur auf Grund des Kandidaturverzichts der CDU, aber gegen den Bewerber der DP mit dieser Mehrheit gewann.

Die CDU/CSU hat als einzige Partei Mehrheiten von über 60 vH erzielen können. 1957 gelang es dieser Partei 64 ihrer Wahlkreise oder rund ein Drittel mit dieser großen Mehrheit zu gewinnen, darunter 16 mit einer Mehrheit von über 70 vH (Niedersachsen 1, Nordrhein-Westfalen 6, Rheinland-Pfalz 2, Baden-Württemberg 3, Bayern 4).

Der SPD sind 1957 5 Wahlkreise mit einem Erststimmenanteil für diese Partei von 50 bis 60 vH zugefallen und 31 mit einem Anteil von 40 bis 50 vH. Bei der Wahl 1949 gelang es nur 21 und bei der Wahl 1953 nur 24 ihrer siegreichen Wahlkreisbewerber mehr als 40 vH der Erststimmen zu bekommen. Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Wahlen haben demnach nur noch 9 ihrer 45 Wahlkreisabgeordneten weniger als 40 vH der Wählerschaft ihres Wahlkreises hinter sich.

Die größten Mehrheiten bei den Bundestagswahlen hatten CDU-Abgeordnete, und zwar mit einem Anteil von rund 80 vH. Den überhaupt höchsten Stimmenanteil erreichte ein Bewerber der CDU mit 82,0 vH bei der 1. Bundestagswahl im Wahlkreis 194 Biberach und bei der Wahl 1957 wieder ein CDU-Bewerber im gleichen Wahlkreis mit 80 vH Erststimmen. Bei der Wahl 1949 gewann ein Bewerber der Bayernpartei noch mit 23,4 vH der im Wahlkreis 199 Miesbach abgegebenen Stimmen das Mandat. Hier hatte der Erstunterlegene — ein Bewerber der

13. Die von den Wahlkreissiegern gewonnenen Stimmenmehrheiten 1949, 1953 und 1957

| Anteil der gültigen Erststimmen in vH | Zahl der Wahlkreissieger mit nebenstehendem Stimmenanteil | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------------|---|------------|---------------|---------------|------------|---------------|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|-------------|----------|-----------|----------|------------------------|----------|----------|----------|
| | insgesamt | | | nach Parteien | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | CDU/CSU | | | SPD | | | FDP | | | DP | | | Sonstige u. Parteilose | | | |
| | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | |
| 70 und darüber | 3 | 10 | 16 | 3 | 10 | 16 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 60 bis unter 70 | 6 | 34 | 48 | 6 | 34 | 48 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 50 bis unter 60 | 19 | 71 | 68 | 18 | 60 | 63 | 1 | 1 | 5 | — | 7 | — | — | 3 | — | — | — | — | — |
| 40 bis unter 50 | 60 | 81 | 88(1) | 34 | 50 | 54(1) | 20 | 23 | 31 | 1 | 2 | — | 1 | 5 | 3 | 4 | 1 | — | — |
| 30 bis unter 40 | 129 | 41 | 22(4) | 47 | 17 | 10(2) | 64 | 19 | 9(1) | 8 | 5 | —(1) | 3 | — | 3 | 7 | — | — | — |
| 20 bis unter 30 | 25 | 5 | — | 7 | 1 | — | 11 | 2 | — | 3 | — | — | 1 | 2 | — | 3 | — | — | — |
| Zusammen: | 242 | 242 | 242(5) | 115 | 172 | 191(3) | 96 | 45 | 45(1) | 12 | 14 | —(1) | 5 | 10 | 6 | 14 | 1 | — | — |

Außerdem Wahlkreissieger 1957 im Saarland in Klammern.

14. Die Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber 1957

| Lfd. Nr. | Nummer und Name des Wahlkreises | Partei-zugehörig-keit des gewählten Bewerbers | Anteil an den gültigen Erststimmen in vH | Lfd. Nr. | Nummer und Name des Wahlkreises | Partei-zugehörig-keit des gewählten Bewerbers | Anteil an den gültigen Erststimmen in vH |
|--------------------|--|---|--|--------------------------|--|---|--|
| 80 vH und darüber | | | | noch: 50 bis unter 60 vH | | | |
| 1 | 194 Biberach | CDU | 80,0 | 19 | 73 Rhein-Wupper-Kreis-Leverkusen | CDU | 56,8 |
| 70 bis unter 80 vH | | | | 20 | 186 Freiburg | CDU | 56,1 |
| 1 | 153 Prüm | CDU | 79,6 | 21 | 71 Oberbergischer Kreis | CDU | 56,0 |
| 2 | 31 Vechta-Cloppenburg | CDU | 77,2 | 22 | 206 Traunstein | CSU | 55,8 |
| 3 | 85 Geldern-Kleve | CDU | 75,6 | 23 | 100 Recklinghausen-Land | CDU | 55,7 |
| 4 | 195 Ravensburg | CDU | 75,3 | 24 | 192 Rottweil | CDU | 55,6 |
| 5 | 94 Borken-Bochoit-Ahaus | CDU | 74,2 | 25 | 155 Montabaur | CDU | 55,5 |
| 6 | 230 Weißenburg | CSU | 74,2 | 26 | 226 Erlangen | CSU | 55,5 |
| 7 | 121 Meschede-Olpe | CDU | 74,0 | 27 | 68 Köln III | CDU | 55,0 |
| 8 | 149 Ahrweiler | CDU | 73,9 | 28 | 4 Norder- und Süderdithmarschen | CDU | 54,9 |
| 9 | 216 Cham | CSU | 73,4 | 29 | 197 Fürstfeldbruck | CSU | 54,5 |
| 10 | 63 Düren-Monschau-Schleiden | CDU | 73,0 | 30 | 185 Lörrach | CDU | 54,4 |
| 11 | 62 Geilenkirchen-Erkelenz-Jülich | CDU | 72,6 | 31 | 87 Oberhausen | CDU | 54,3 |
| 12 | 182 Tauberschoofheim | CDU | 71,4 | 32 | 77 Düsseldorf-Mettmann | CDU | 54,2 |
| 13 | 103 Warburg-Höxter-Büren | CDU | 70,5 | 33 | 21 Hamburg VII | SPD | 54,0 |
| 14 | 233 Karlstadt | CSU | 70,4 | 34 | 205 Rosenheim | CSU | 53,9 |
| 15 | 210 Passau | CSU | 70,4 | 35 | 178 Karlsruhe-Land | CDU | 53,8 |
| 60 bis unter 70 vH | | | | 36 | 236 Augsburg-Stadt | CSU | 53,4 |
| 1 | 239 Donauwörth | CSU | 69,2 | 37 | 5 Rendsburg | CDU | 53,4 |
| 2 | 98 Lüdinghausen-Coesfeld | CDU | 69,1 | 38 | 75 Wuppertal I | CDU | 53,4 |
| 3 | 69 Bonn-Stadt und -Land | CDU | 68,5 | 39 | 119 Iserlohn-Stadt und -Land | CDU | 53,3 |
| 4 | 222 Forchheim | CSU | 68,4 | 40 | 3 Schleswig-Eckernförde | CDU | 53,1 |
| 5 | 104 Paderborn-Wiedenbrück | CDU | 68,2 | 41 | 58 Bremen-West | SPD | 53,0 |
| 6 | 211 Pfarrkirchen | CSU | 68,2 | 42 | 10 Segeberg-Neumünster | CDU | 53,0 |
| 7 | 80 Neuß-Grevenbroich | CDU | 67,1 | 43 | 224 Kulmbach | CSU | 53,0 |
| 8 | 26 Emsland | CDU | 67,0 | 44 | 76 Wuppertal II | CDU | 52,8 |
| 9 | 154 Trier | CDU | 66,9 | 45 | 93 Duisburg II | CDU | 52,8 |
| 10 | 232 Rad Kissingen | CSU | 66,7 | 46 | 79 Düsseldorf II | CDU | 52,7 |
| 11 | 96 Beckum-Warendorf | CDU | 66,5 | 47 | 177 Heidelberg | CDU | 52,6 |
| 12 | 215 Burglengenfeld | CSU | 66,4 | 48 | 90 Essen II | SPD | 52,5 |
| 13 | 213 Vilshofen | CSU | 66,3 | 49 | 199 Miesbach | CSU | 52,4 |
| 14 | 179 Bruchsal | CDU | 65,9 | 50 | 28 Osnabrück-Stadt und -Land | CDU | 52,3 |
| 15 | 82 Rheydt-Mönchen-Gladbach-Viersen | CDU | 65,6 | 51 | 9 Lübeck | CDU | 52,3 |
| 16 | 83 Kempen-Krefeld | CDU | 65,5 | 52 | 161 Zweibrücken | CDU | 52,1 |
| 17 | 123 Lippstadt-Brilon | CDU | 65,5 | 53 | 41 Stadt Hannover-Süd | SPD | 52,1 |
| 18 | 70 Siegburg | CDU | 65,4 | 54 | 24 Leer | CDU | 52,0 |
| 19 | 151 Cochem | CDU | 65,4 | 55 | 14 Herzogtum Lauenburg | CDU | 51,8 |
| 20 | 225 Ansbach | CSU | 65,0 | 56 | 7 Plön-Eutin/Nord | CDU | 51,8 |
| 21 | 214 Amberg | CSU | 65,0 | 57 | 125 Siegen-Stadt u. -Land-Wittgenstein | CDU | 51,4 |
| 22 | 189 Rastatt | CDU | 64,9 | 58 | 181 Sinsheim | CDU | 50,8 |
| 23 | 97 Münster-Stadt und -Land | CDU | 64,8 | 59 | 102 Gladbeck-Bottrop | CDU | 50,8 |
| 24 | 72 Rheinisch-Bergischer Kreis | CDU | 64,4 | 60 | 74 Remscheid-Solingen | CDU | 50,7 |
| 25 | 241 Kempen | CSU | 64,3 | 61 | 147 Bergstraße | CDU | 50,6 |
| 26 | 242 Memmingen | CSU | 64,0 | 62 | 101 Recklinghausen-Stadt | CDU | 50,5 |
| 27 | 238 Dillingen | CSU | 63,8 | 63 | 84 Moers | CDU | 50,4 |
| 28 | 198 Ingolstadt | CSU | 63,6 | 64 | 117 Dortmund III-Lünen | SPD | 50,4 |
| 29 | 237 Augsburg-Land | CSU | 63,6 | 65 | 86 Rees-Dinslaken | CDU | 50,2 |
| 30 | 27 Bersenbrück-Lingen | CDU | 63,2 | 66 | 1 Husum-Sütdondern-Eiderstedt | CDU | 50,2 |
| 31 | 219 Bamberg | CSU | 63,1 | 67 | 167 Böblingen | CDU | 50,1 |
| 32 | 218 Tirschenreuth | CSU | 62,8 | 68 | 6 Kiel | CDU | 50,0 |
| 33 | 60 Aachen-Stadt | CDU | 62,6 | 40 bis unter 50 vH | | | |
| 34 | 240 Kaufbeuren | CSU | 62,6 | 1 | 180 Mannheim-Land | CDU | 49,9 |
| 35 | 184 Donaueschingen | CDU | 62,6 | 2 | 116 Dortmund II | SPD | 49,7 |
| 36 | 196 Altötting | CSU | 62,1 | 3 | 53 Harz | CDU | 49,7 |
| 37 | 171 Aalen | CDU | 62,0 | 4 | 168 Eßlingen | CDU | 49,6 |
| 38 | 208 Deggendorf | CSU | 61,8 | 5 | 229 Schwabach | CSU | 49,5 |
| 39 | 64 Bergheim-Euskirchen | CDU | 61,7 | 6 | 52 Wolfenbüttel-Goslar-Land | CDU | 49,4 |
| 40 | 150 Koblenz | CDU | 61,7 | 7 | 127 Kassel | SPD | 49,2 |
| 41 | 234 Schweinfurt | CSU | 61,7 | 8 | 92 Duisburg I | CDU | 48,8 |
| 42 | 204 München-Land | CDU | 61,7 | 9 | 175 Karlsruhe-Stadt | CDU | 48,8 |
| 43 | 122 Arnsberg-Soest | CDU | 61,6 | 10 | 172 Backnang | CDU | 48,8 |
| 44 | 183 Konstanz | CDU | 61,3 | 11 | 23 Aurich-Emden | SPD | 48,6 |
| 45 | 61 Aachen-Land | CDU | 61,3 | 12 | 169 Göppingen | CDU | 48,3 |
| 46 | 95 Steinfurt-Tecklenburg | CDU | 60,8 | 13 | 8 Oldenburg-Eutin/Süd | CDU | 48,3 |
| 47 | 67 Köln II | CDU | 60,6 | 14 | 49 Gandersheim-Salzgitter | CDU | 48,3 |
| 48 | 212 Straubing | CSU | 60,4 | 15 | 173 Crailsheim | CDU | 48,2 |
| 50 bis unter 60 vH | | | | 16 | 107 Herford-Stadt und -Land | SPD | 48,1 |
| 1 | 209 Landshut | CSU | 59,8 | 17 | 156 Mainz | CDU | 48,0 |
| 2 | 78 Düsseldorf I | CDU | 59,7 | 18 | 89 Essen I | CDU | 47,9 |
| 3 | 134 Fulda | CDU | 59,6 | 19 | 200 München-Nord | CSU | 47,9 |
| 4 | 193 Balingen | CDU | 59,5 | 20 | 112 Herne-Castrop-Rauxel | CDU | 47,9 |
| 5 | 231 Aschaffenburg | CSU | 58,9 | 21 | 84 Verden-Rotenburg-Osterholz | DP | 47,8 |
| 6 | 65 Köln-Land | CDU | 58,8 | 22 | 17 Hamburg III | SPD | 47,6 |
| 7 | 188 Offenburg | CDU | 58,5 | 23 | 13 Stormarn | CDU | 47,6 |
| 8 | 170 Ulm | CDU | 58,4 | 24 | 99 Gelsenkirchen | SPD | 47,5 |
| 9 | 66 Köln I | CDU | 58,4 | 25 | 118 Bochum | CDU | 47,2 |
| 10 | 187 Emmendingen | CDU | 58,4 | 26 | 190 Reutlingen | CDU | 47,1 |
| 11 | 137 Limburg | CDU | 58,2 | 27 | 203 München-West | CSU | 47,1 |
| 12 | 81 Krefeld | CDU | 58,1 | 28 | 111 Wattenscheid-Wanne-Eikel | SPD | 47,1 |
| 13 | 217 Regensburg | CSU | 57,8 | 29 | 114 Hagen | CDU | 47,0 |
| 14 | 207 Weillheim | CSU | 57,6 | 30 | 15 Hamburg I | SPD | 47,0 |
| 15 | 148 Altenkirchen (Westerwald) | CDU | 57,6 | 31 | 109 Lemgo | SPD | 46,7 |
| 16 | 235 Würzburg | CSU | 57,5 | 32 | 11 Steinburg | CDU | 46,6 |
| 17 | 162 Speyer | CDU | 56,8 | 33 | 20 Hamburg VI | SPD | 46,6 |
| 18 | 91 Essen III | CDU | 56,3 | 34 | 202 München-Süd | CSU | 46,5 |
| | | | | 35 | 223 Hof | CSU | 46,5 |
| | | | | 36 | 59 Bremerhaven-Bremen-Nord | SPD | 46,5 |
| | | | | 37 | 55 Northeim-Einbeck-Duderstadt | CDU | 46,4 |
| | | | | 38 | 19 Hamburg V | SPD | 46,3 |
| | | | | 39 | 115 Dortmund I | SPD | 46,3 |
| | | | | 40 | 37 Fallingb.-Hoya | DP | 46,2 |
| | | | | 41 | 113 Ennepe-Ruhr-Witten | SPD | 46,2 |

15. Durchschnittliche Stimmzahl für die in den Wahlkreisen gewählten Bewerber 1949, 1953 und 1957 nach Ländern

| Land | Wahlkreise | Bundestagswahl | | | | | |
|-------------------------------|------------|----------------|------------------|--------|------------------|--------|------------------|
| | | 1949 | | 1953 | | 1957 | |
| | | Anzahl | vH ¹⁾ | Anzahl | vH ¹⁾ | Anzahl | vH ¹⁾ |
| Schleswig-Holstein | 14 | 37 634 | 36,4 | 47 605 | 49,2 | 47 871 | 50,2 |
| Hamburg | 8 | 46 918 | 41,5 | 66 896 | 51,1 | 67 582 | 46,4 |
| Niedersachsen | 34 | 35 826 | 36,2 | 48 717 | 44,2 | 50 148 | 44,5 |
| Bremen | 3 | 34 836 | 34,4 | 47 198 | 39,4 | 62 882 | 46,5 |
| Nordrhein-Westfalen | 66 | 41 839 | 41,1 | 64 754 | 53,5 | 75 813 | 56,0 |
| Hessen | 22 | 35 511 | 36,7 | 46 635 | 39,3 | 55 733 | 44,4 |
| Rheinland-Pfalz | 15 | 48 863 | 51,2 | 62 771 | 53,4 | 69 470 | 54,6 |
| Baden-Württemberg | 33 | 35 563 | 42,7 | 56 088 | 51,4 | 64 065 | 53,5 |
| Bayern | 47 | 35 116 | 34,9 | 55 774 | 51,7 | 64 962 | 57,9 |
| Bundesgebiet ohne Saarld. | 242 | 38 531 | 39,2 | 56 666 | 49,8 | 64 230 | 52,6 |

¹⁾ Summe der für die erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgegebenen Stimmen dividiert durch die Anzahl der Wahlkreise. — ²⁾ Summe der für die erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgegebenen Stimmen bezogen auf die Summe der im Land abgegebenen gültigen Stimmen (1953 und 1957 Erststimmen) insgesamt.

In Hamburg und Rheinland-Pfalz war schon bei der 1. Bundestagswahl mit weniger als 30 vH der Stimmen kein Wahlkreissitz zu gewinnen. 1953 ist auch in den Wahlkreisen der meisten übrigen Länder (außer 4 in Niedersachsen und einem in Baden-Württemberg) mindestens etwa ein Drittel der Stimmen erforderlich gewesen, und bei der 3. Bundestagswahl schließlich mußten die Wahlkreisandidaten der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern für den Sieg mindestens 40 vH der Erststimmen auf sich vereinigen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß nunmehr fast alle Wahlkreisabgeordneten nahezu die absolute Mehrheit der Wählerschaft ihres Wahlkreises vertreten.

Für die Beantwortung der Frage, ob eine Entwicklung zum Zweiparteiensystem vorliegt, ist der Anteil der Stimmen von Bedeutung, der auf die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen gemeinsam entfällt.

Bei der 1. Bundestagswahl betrug der höchste Stimmenteil, den der Sieger und der Erstunterlegene zusammen in einem Wahl-

kreis gewinnen konnten, 90,5 vH (153 Prüm). Dieser Anteil vergrößerte sich 1953 auf 92,2 vH (100 Recklinghausen-Land) und erreichte bei der 3. Bundestagswahl 95,3 vH (102 Gladbeck-Bottrop). Während es bei der 1. Bundestagswahl 11 Wahlkreise und auch bei der Bundestagswahl 1953 noch einen Wahlkreis gab, in denen die beiden örtlich stärksten Parteien zusammen nicht einmal die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten, erreichten sie 1957 fast überall über 60 vH. Nur in 5 Wahlkreisen betrug dieser Anteil auch bei der 3. Bundestagswahl noch 55 bis 60 vH. In 187, also mehr als drei Viertel aller Wahlkreise, erhielten bei der letzten Bundestagswahl die beiden jeweils stärksten Parteien über 80 vH, darunter in 34 Wahlkreisen über 90 vH der Stimmen, gegenüber 80 vH in nur 20 Wahlkreisen 1949. In allen 34 Wahlkreisen, in denen 1957 über 90 vH aller Erststimmen der beiden erfolgreichsten Wahlkreisandidaten zufielen, gehörten diese der CDU/CSU oder SPD an.

Eine Untersuchung der Abstände zwischen dem Sieger und dem Erstunterlegenen zeigt, wieviel und welche Wahlkreise für eine Partei als „sicher“ anzusehen sind. Sie führt zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Wahlkreise mit größeren Abständen von 1949 bis 1957 zugenommen hat. Die beiden überhaupt größten Abstände traten bei der 1. und 2. Bundestagswahl im Wahlkreis 194 Biberach auf. Dort konnte die CDU mit einem Stimmenüberschuß von jeweils mehr als 70 vH im Vergleich zur Stimmzahl des ersten Unterlegenen den Sitz gewinnen. Bei der 3. Bundestagswahl war der Abstand in diesem Wahlkreis ebenfalls am größten und betrug 69,3 vH. Während es sich 1949 bei dem Unterlegenen um einen DVP-Bewerber (Demokratische Volkspartei) handelte, so 1953 und 1957 um SPD-Kandidaten. Insgesamt ließen 1957 21 Wahlkreissieger ihre nachfolgenden Bewerber mit einem Vorsprung von über 50 vH zurück. Wahlkreisgewinner war immer der Kandidat der CDU/CSU, Unterlegener, mit einer Ausnahme, der SPD-Bewerber. Im Wahlkreis 211 Pfarrkirchen trat infolge einer Wahlabsprache die FU an deren Stelle.

Andererseits gab es 1949 14, 1953 13 und auch 1957 noch 10 Wahlkreise, in denen der Sieg nur mit knappster Mehrheit erungen werden konnte. In allen diesen Fällen erzielte der Ge-

16. Die 5 Wahlkreise mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Stimmenanteil der beiden erfolgreichsten Kandidaten zusammen und mit dem jeweils größten und kleinsten Abstand zwischen dem Sieger und dem Erstunterlegenen 1949, 1953 und 1957 (Bundesgebiet ohne Saarland)

| 1949 | | 1953 | | 1957 | | 1949 | | 1953 | | 1957 | |
|---------------------------------|-------------------------|-----------------------------------|-------------------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------------|--------------------------|--------------------------------------|--------------------------|--------------------------------|--------------------------|
| Wahlkreis ¹⁾ | Anteil ²⁾ vH | Wahlkreis ¹⁾ | Anteil ²⁾ vH | Wahlkreis ¹⁾ | Anteil ²⁾ vH | Wahlkreis ¹⁾ | Abstand ³⁾ vH | Wahlkreis ¹⁾ | Abstand ³⁾ vH | Wahlkreis ¹⁾ | Abstand ³⁾ vH |
| Höchste Stimmenanteile | | | | | | Größte Abstände | | | | | |
| 153 (4) Prüm | 90,5 | 100 (5) Recklinghausen-Land | 92,2 | 102 (7) Gladbeck-Bottrop | 95,3 | 194 (5) Biberach | 74,5 | 194 (9) Biberach | 70,9 | 194 (5) Biberach | 69,3 |
| 194 (5) Biberach | 89,5 | 35 (7) Geldern-Kleve | 91,6 | 90 (7) Essen II | 94,6 | 153 (4) Prüm | 69,9 | 153 (5) Prüm | 69,3 | 31 (7) Vechta-Cloppenburg | 68,4 |
| 6 (11) Kiel | 88,6 | 98 (7) Lüdinghausen-Coesfeld | 91,3 | 112 (6) Herne-Castrop-Rauxel | 93,8 | 195 (5) Ravensburg | 62,3 | 31 (6) Vechta-Cloppenburg | 68,1 | 153 (7) Prüm | 67,5 |
| 195 (5) Ravensburg | 88,1 | 16 (6) Hamburg II | 91,1 | 100 (7) Recklinghausen-Land | 93,6 | 149 (4) Ahrweiler | 49,1 | 195 (8) Ravensburg | 65,1 | 195 (7) Ravensburg | 60,5 |
| 151 (4) Cochem | 87,4 | 121 (7) Meschede-Olpe | 91,0 | 149 (6) Ahrweiler | 93,5 | 154 (4) Trier | 46,3 | 94 (6) Borken-Bocholt-Ahaus | 59,4 | 182 (6) Tauber-bischofsheim | 59,0 |
| Niedrigste Stimmenanteile | | | | | | Kleinste Abstände | | | | | |
| 30 (9) Oldenburg-Ammerland | 44,6 | 35 (8) Lüneburg-Dannenberg | 48,4 | 45 (6) Diepholz-Melle-Wittlage | 56,5 | 87 (10) Oberhausen | 0,07 | 50 (8) Stadt Braunschweig | 0,21 | 144 (6) Offenbach/M | 0,02 |
| 200 (6) München-Nord | 45,3 | 38 (8) Celle | 50,1 | 39 (7) Uelzen | 57,8 | 114 (9) Hagen | 0,09 | 164 (9) Stuttgart II (Ost) | 0,28 | 133 (5) Gießen | 0,07 |
| 3 (10) Schleswig-Eckernförde | 45,5 | 39 (8) Ulzen | 51,1 | 30 (7) Oldenburg-Ammerland | 58,8 | 35 (9) Lüneburg-Dannenberg | 0,10 | 111 (6) Wattenscheid-Wanne-Eickel | 0,34 | 142 (7) Frankfurt/M III | 0,37 |
| 199 (6) Miesbach | 46,2 | 45 (7) Diepholz-Melle-Wittlage | 52,8 | 32 (9) Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde | 59,0 | 165 (5) Ludwigsburg | 0,19 | 165 (8) Ludwigsburg | 0,39 | 106 (6) Bielefeld-Stadt | 0,40 |
| 74 (8) Remscheid-Solingen | 46,4 | 132 (7) Wetzlar | 55,6 | 36 (8) Harburg-Soltau | 59,6 | 219 (6) Bamberg | 0,21 | 138 (7) Wiesbaden | 0,46 | 152 (8) Kreuznach | 0,55 |

¹⁾ In Klammern: Zahl der Bewerber im Wahlkreis. — ²⁾ Stimmenanteil des Wahlkreissiegers und des Erstunterlegenen zusammen. — ³⁾ Abstand zwischen dem Wahlkreissieger und dem Erstunterlegenen.

17. Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949, 1953 und 1957
(Bundesgebiet ohne Saarland)

| Abstand der Erststimmen in vH | Abstände insgesamt | | | Abstände zwischen | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|--------------------|------|------|-------------------|------|------|---------------|------|------|---------------------|------|------|-----------------|------|------|
| | | | | CDU/CSU — SPD | | | SPD — CDU/CSU | | | CDU/CSU — Sonstigen | | | SPD — Sonstigen | | |
| | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 |
| unter 1. | 14 | 13 | 10 | 3 | 5 | 4 | 1 | 5 | 5 | 1 | — | — | 3 | 1 | 1 |
| 1 bis unter 2. | 4 | 5 | 12 | — | 3 | 6 | 2 | 1 | 5 | 1 | — | — | — | — | — |
| 2 bis unter 5. | 33 | 23 | 22 | 8 | 9 | 9 | 8 | 6 | 10 | 5 | 1 | 2 | 8 | 2 | 1 |
| 5 bis unter 10. | 61 | 34 | 34 | 20 | 11 | 19 | 14 | 14 | 12 | 5 | — | — | 10 | 4 | — |
| 10 bis unter 15. | 50 | 25 | 27 | 10 | 16 | 21 | 21 | 4 | 4 | 7 | 1 | 1 | 6 | 2 | — |
| 15 bis unter 20. | 30 | 21 | 23 | 11 | 14 | 17 | 5 | 2 | 5 | 5 | — | — | 7 | 1 | — |
| 20 bis unter 30. | 30 | 49 | 36 | 16 | 37 | 31 | 5 | 2 | 2 | 4 | 4 | 3 | 5 | 1 | — |
| 30 bis unter 40. | 9 | 30 | 26 | 8 | 25 | 25 | — | — | — | 1 | 4 | 1 | — | — | — |
| 40 bis unter 50. | 8 | 25 | 31 | 5 | 24 | 29 | 1 | — | — | 2 | 1 | 2 | — | — | — |
| 50 bis unter 60. | — | 13 | 17 | — | 12 | 16 | — | — | — | — | 1 | 1 | — | — | — |
| 60 bis unter 70. | 2 | 3 | 4 | 2 | 2 | 4 | — | — | — | — | 1 | — | — | — | — |
| 70 und darüber | 1 | 1 | — | — | 1 | — | — | — | — | 1 | — | — | — | — | — |
| Zusammen | 242 | 242 | 242 | 83 | 159 | 181 | 57 | 34 | 43 | 32 | 13 | 10 | 39 | 11 | 2 |

winner nicht einmal 1 vH mehr Stimmen als der Unterlegene. Mit der überhaupt niedrigsten Mehrheit im Vergleich zum Unterlegenen kam ein Bewerber der CDU 1957 in den Bundestag. Von den gültigen Erststimmen im Wahlkreis 144 Offenbach/M. entfielen auf ihn 71 810 oder 42,92 vH und auf den unterlegenen Kandidaten der SPD 71 784 oder 42,90 vH. Bei der 1. und 2. Bundestagswahl betrugten die kleinsten Abstände 0,07 vH (87 Oberhausen) bzw. 0,21 vH (50 Stadt Braunschweig). Auch hier waren die größten Parteien die Gegner, aber mit dem Unterschied, daß 1949 die CDU vor der SPD und 1953 umgekehrt die SPD vor der CDU lag. Die 5 Wahlkreise, in denen 1949, 1953 oder 1957 die beiden erfolgreichsten Bewerber zusammen die höchsten oder niedrigsten Stimmenanteile erzielten, oder in denen die Abstände zwischen ihren Stimmenanteilen am größten oder kleinsten waren, sind in Tabelle 17 zusammengestellt. Die Zahl der in diesen Wahlkreisen aufgetretenen Bewerber ist neben der Wahlkreisnummer in Klammern angegeben.

Zwischen der Höhe des von den beiden erfolgreichsten Bewerbern zusammen gewonnenen Stimmenanteils, der Größe des Abstandes zwischen dem Anteil des Siegers und dem des Unterlegenen — ebenso wie der Mehrheit des Siegers selbst und der Zahl der in einem Wahlkreis überhaupt kandidierenden Bewerber besteht kaum ein Zusammenhang. Bei der 3., aber auch schon bei der 1. und 2. Bundestagswahl lassen sich Wahlkreise finden, in denen bei gleicher Gegnerzahl die beiden Ersten in einem Wahlkreis über mehr als neun Zehntel, in anderen Fällen aber gerade noch zusammen etwas mehr als die Hälfte der Erststimmen gewinnen konnten. Die Abstände zwischen der Wahlkreismehrheit und dem Stimmenanteil des Unterlegenen können bis zu rund 75 vH bei gleicher Bewerberzahl differieren.

Werden die durchschnittlichen Abstände zwischen den Stimmen der Sieger und Erstunterlegenen in Bund und Ländern für die drei Wahlen berechnet, so ergeben sich beim Vergleich der Länderergebnisse bemerkenswerte Unterschiede. Bei allen Wahlen zeigen die Länder Hamburg und Hessen die kleinsten Abstände. Während aber in Hamburg wie im Bund und in allen

übrigen Ländern die durchschnittlichen Abstände, mit denen die Wahlkreissieger ihren nachfolgenden Gegenkandidaten hinter sich ließen, von 1949 bis 1957 größer geworden sind, wurden sie in Hessen noch kleiner. Die Unregelmäßigkeit in Hamburg ist auf den schon besprochenen Zusammenschluß der CDU, FDP und DP nach Hamburg-Block bei der 2. Bundestagswahl zurückzuführen. Das größte Anwachsen ist in Bayern zu beobachten. Hier hat sich der durchschnittliche Abstand verdreifacht, in den Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen mehr als oder fast verdoppelt. Neben den durchschnittlichen Abständen für alle Wahlkreise sind die durchschnittlichen Abstände auch für die Wahlkreise berechnet worden, in denen Mehrheitsänderungen zur Parteiablösung führten, und ebenso für die Wahlkreise, die den Parteien über alle drei Wahlen verblieben sind.

In nur 145 der insgesamt 242 Wahlkreise im Bundesgebiet ohne Saarland ist die Parteizugehörigkeit der Wahlkreissieger bei allen drei Bundestagswahlen die gleiche geblieben (CDU/CSU 110, SPD 32, DP 3). Die DP erhielt die DP den niedersächsischen Wahlkreis 37 Fallingb.-Hoya gegen die Bewerber der CDU und FDP; im Wahlkreis 34 Verden-Rotenburg-Osterholz gab es keinen FDP-Bewerber. 1953 verzichteten die beiden letztgenannten Parteien auf die Aufstellung eigener Kandidaten in diesen beiden Wahlkreisen, während 1957 die DP hier lediglich mit Unterstützung der CDU siegte. Beim 3. Wahlkreis 33 Stade-Bremervörde, der jedesmal der DP zufiel, handelt es sich um den Wahlkreis, den die Partei, die 1957 als einzige⁴⁾ neben der CDU/CSU und SPD im Bundesgebiet (ohne Saarland) überhaupt Wahlkreissitze erringen konnte, zweifelsfrei ohne irgendwelche Wahlabsprachen gewann. 1953 gab es jedoch auch hier weder Kandidaten der CDU noch der FDP, wodurch die DP die absolute Mehrheit gewann, was ihr weder 1949 noch 1957 gelang. Wie sich die den Parteien von der 1. bis zur 3. Bundestagswahl verbliebenen Wahlkreissitze auf die Länder verteilen, weist Tabelle 19 aus.

⁴⁾ Die FDP gewann die Mehrheitswahl im Wahlkreis 243 Saarbrücken-Stadt, also in einem Wahlkreis des Saarlandes, das außerhalb dieser Untersuchung blieb.

18. Durchschnittliche Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949, 1953 und 1957 nach Ländern

| Land | Durchschnittliche Abstände | | | | | | | | |
|--------------------------------------|----------------------------|------|------|----------------|------|------|------|------|------|
| | in allen Wahlkreisen | | | in Wahlkreisen | | | | | |
| | | | | mit | | | ohne | | |
| | Parteiwechsel | | | | | | | | |
| 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | 1949 | 1953 | 1957 | |
| Schleswig-Holstein | 9,3 | 22,1 | 20,0 | 8,8 | 16,3 | 16,9 | 9,9 | 27,9 | 23,1 |
| Hamburg | 7,6 | 12,6 | 8,3 | 5,3 | 13,0 | 6,4 | 23,6 | 9,5 | 21,6 |
| Niedersachsen | 13,3 | 16,9 | 13,6 | 10,8 | 10,7 | 8,5 | 17,4 | 27,0 | 21,8 |
| Bremen | 15,4 | 15,4 | 16,0 | — | — | — | 15,4 | 15,4 | 16,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 12,7 | 22,7 | 23,5 | 5,7 | 6,5 | 8,8 | 14,6 | 27,0 | 27,5 |
| Hessen | 9,4 | 8,4 | 8,2 | 8,7 | 5,3 | 3,9 | 10,4 | 12,9 | 14,5 |
| Rheinland-Pfalz | 24,7 | 26,8 | 25,6 | 4,3 | 4,7 | 3,3 | 29,8 | 32,3 | 31,1 |
| Baden-Württemberg | 19,0 | 28,0 | 23,0 | 6,2 | 8,3 | 12,2 | 23,7 | 35,4 | 33,9 |
| Bayern | 11,9 | 28,5 | 33,2 | 9,9 | 18,7 | 23,5 | 13,7 | 38,0 | 42,4 |
| Bundesgebiet ohne Saarland | 13,6 | 22,2 | 22,5 | 8,4 | 11,4 | 12,1 | 17,1 | 29,5 | 29,5 |

19. Die Zahl der Wahlkreise, in denen die obsiegende Partei 1949, 1953 und 1957 nicht gewechselt hat, nach Ländern

| Land | Wahlkreise | | | Von den Wahlkreisen ohne Parteienwechsel entfallen auf | | |
|--------------------------------------|------------|---------------------|----------------------|--|-----|----|
| | insgesamt | davon | | CDU/CSU | SPD | DP |
| | | mit Parteienwechsel | ohne Parteienwechsel | | | |
| Schleswig-Holstein . . . | 14 | 7 | 7 | 7 | — | — |
| Hamburg | 8 | 7 | 1 | — | 1 | — |
| Niedersachsen | 34 | 21 | 13 | 4 | 6 | 3 |
| Bremen | 3 | — | 3 | — | 3 | — |
| Nordrhein-Westfalen . . . | 66 | 14 | 52 | 39 | 13 | — |
| Hessen | 22 | 13 | 9 | 3 | 6 | — |
| Rheinland-Pfalz | 15 | 3 | 12 | 10 | 2 | — |
| Baden-Württemberg | 33 | 9 | 24 | 23 | 1 | — |
| Bayern | 47 | 23 | 24 | 24 | — | — |
| Bundesgebiet ohne Saarland | 242 | 97 | 145 | 110 | 32 | 3 |

In 97 Wahlkreisen, und damit in einem reichlichen Drittel aller Wahlkreise, änderten sich die Mehrheitsverhältnisse so entscheidend, daß sie einen Wechsel der führenden Parteien von der 1. zur 2., 2. zur 3. oder von Bundestagswahl zu Bundestagswahl zur Folge hatten. Ein Wechsel von Wahl zu Wahl fand in 11 Wahlkreisen statt, wobei es sich nur in 4 Fällen um einen echten Wechsel handelte, indem jedesmal eine andere Partei den Wahlkreissitz gewann, nämlich in den niedersächsischen Wahlkreisen 39 Uelzen (SPD-DP-CDU) und 56 Göttingen-Münden (SPD-FDP-DP) und in den bayerischen Wahlkreisen 221 Coburg und 223 Hof (SPD-FDP-CSU). In Göttingen-Münden hat die CDU weder 1953 noch 1957 kandidiert, und in den bayerischen Wahlkreisen verzichtete die CSU zugunsten der FDP bei der 2. Bundestagswahl auf die Aufstellung eigener Kandidaten. Siebenmal konnte eine Partei bei der 3. Bundestagswahl ihr 1949er Mandat, das sie 1953 verloren hatte, zurückgewinnen. In 60 weiteren Wahlkreisen, in denen die Mehrheitsänderung zur Parteiablösung führte, wechselte die Parteizugehörigkeit des Wahlkreissiegers schon 1953, um auch bei der 3. Bundestagswahl der Partei zu verbleiben. In den restlichen 26 Wahlkreisen wurden Parteien erst bei der 3. Bundestagswahl von dem Bewerber einer anderen Partei abgelöst.

Durch die CDU bzw. CSU konnten bis 1957 insgesamt 79 Wahlkreise, darunter 57 allein von der SPD, hinzugewonnen werden. In mehr als zwei Drittel dieser Wahlkreise (44) unterlag die SPD schon bei der 2. Bundestagswahl, in 10 weiteren Wahlkreisen 1957 unmittelbar und in 3 Fällen erst, nachdem sie bei der 2. Bundestagswahl vorübergehend von einer dritten Partei (2 mal FDP, 1 mal DP) verdrängt worden war. In 19 Wahlkreisen, die bis 1957 zur CDU/CSU überwechselten, war diese größte Partei bei vorangegangenen Wahlen noch Kandidaten von anderen örtlich stärkeren kleineren Parteien unterlegen, und zwar der FDP (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in je einem Wahlkreis und in Hessen und Baden-Württemberg in je zwei Wahlkreisen), der DP in Niedersachsen (2) und der BP in Bayern (11). Schließlich gewann die CDU schon bei der 2. Bundestagswahl auch alle 3 Wahlkreissitze (2 Flensburg, 168 Eßlingen, 180 Mannheim-Land), die 1949 noch von einem Unabhängigen besetzt gewesen sind. Im Wahlkreis 2 einigten sich die meisten bürgerlichen Parteien 1949 auf einen parteilosen Kandidaten, um den Bewerber des damals noch sehr starken SSW (Südschleswigscher Wählerverband) auszuschalten. Auch 1953 kandidierte in diesem Wahlkreis weder die FDP noch die DP gegen den auf diese Weise siegreichen Bewerber der CDU. Bei allen drei Wahlen lag der SSW-Kandidat an 2. Stelle, gewann also mehr Stimmen als der Bewerber der SPD. Der Abstand zwischen dem jeweiligen Wahlkreissieger und dem unterlegenen SSW-Bewerber war 1953 aber etwa doppelt so groß wie 1949, verringerte sich jedoch wieder bei der Wahl 1957.

Die SPD hat 1957 gegenüber dem Stand von 1949 den anderen Parteien 8 Wahlkreise abgenommen. Fünf weitere Wahlkreise hatte sie bei der Bundestagswahl 1953 vorübergehend verloren, und zwar offenbar alle durch Wahlabsprachen zwischen der CDU, FDP und DP, die ihr als „Hamburg-Block“ drei der von ihr 1949 in Hamburg gewonnenen Wahlkreise abnahmen. Bei der 3. Bun-

20. Zahl der den Parteien von 1949 bis 1957 verbliebenen Wahlkreise und Zahl der Wahlkreise, die von anderen Parteien hinzugewonnen oder an andere Parteien verlorengegangen sind (Bundesgebiet ohne Saarland)

| Partei | Wahlkreissitze bei der vorhergehenden Wahl | Davon gingen bei der späteren Wahl an (die) | | | | | Sonstige und Parteilose |
|--------------------------------------|--|---|-----|-----|----|----|-------------------------|
| | | CDU/CSU | SPD | FDP | DP | | |
| Veränderungen von 1949 auf 1953 | | | | | | | |
| CDU/CSU | 115 | 113 | — | 1 | — | 1 | |
| SPD | 96 | 45 | 43 | 3 | 5 | — | |
| FDP | 12 | — | 2 | 10 | — | — | |
| DP | 5 | — | — | — | 5 | — | |
| Sonstige und Parteilose | 14 | 14 | — | — | — | — | |
| Wahlkreise 1953 | 242 | 172 | 45 | 14 | 10 | 1 | |
| Gegenüber 1949 verbliebene | 171 | 113 | 43 | 10 | 5 | — | |
| hinzugewonnene | 71 | 59 | 2 | 4 | 5 | 1 | |
| verlorene Wahlkreise | 71 | 2 | 53 | 2 | — | 14 | |
| Veränderungen von 1953 auf 1957 | | | | | | | |
| CDU/CSU | 172 | 168 | 4 | — | — | — | |
| SPD | 45 | 10 | 34 | — | 1 | — | |
| FDP | 14 | 9 | 3 | — | 2 | — | |
| DP | 10 | 3 | 4 | — | 3 | — | |
| Sonstige und Parteilose | 1 | 1 | — | — | — | — | |
| Wahlkreise 1957 | 242 | 191 | 45 | — | 6 | — | |
| Gegenüber 1953 verbliebene | 205 | 168 | 34 | — | 3 | — | |
| hinzugewonnene | 37 | 23 | 11 | — | 3 | — | |
| verlorene Wahlkreise | 37 | 4 | 11 | 14 | 7 | 1 | |
| Veränderungen von 1949 auf 1957 | | | | | | | |
| CDU/CSU | 115 | 112 | 3 | — | — | — | |
| SPD | 96 | 57 | 37 | — | 2 | — | |
| FDP | 12 | 6 | 5 | — | 1 | — | |
| DP | 5 | 2 | — | — | 3 | — | |
| Sonstige und Parteilose | 14 | 14 | — | — | — | — | |
| Wahlkreise 1957 | 242 | 191 | 45 | — | 6 | — | |
| Gegenüber 1949 verbliebene | 152 | 112 | 37 | — | 3 | — | |
| hinzugewonnene | 90 | 79 | 8 | — | 3 | — | |
| verlorene Wahlkreise | 90 | 3 | 59 | 12 | 2 | 14 | |

destagswahl gewann die SPD dort nicht nur diese 3 Wahlkreise zurück, sondern 3 weitere hinzu, von denen bei der 1. Bundestagswahl 2 die CDU und einen die FDP innehatten. Lediglich den Wahlkreis 18 Hamburg IV mit Ortsteilen der Bezirke Eimsbüttel und Hamburg-Nord, der schon 1949 der CDU zufiel, gewann diese Partei 1957 zurück, nachdem er 1953 laut Wahlabsprache an die FDP abgegeben war. Den Wahlkreis 21 Hamburg VII mit Ortsteilen der Bezirke Hamburg-Mitte und Harburg erhielt die SPD bei allen 3 Wahlen. Bei den restlichen 2 von der SPD lediglich zurückgewonnenen Wahlkreisen handelt es sich um die niedersächsischen Wahlkreise 32 Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde und 46 Hameln-Springe, die 1953 ebenfalls auf Grund von Wahlabsprachen von der DP gewonnen werden konnten. Außer den 3 schon genannten Wahlkreissiegen in Hamburg erzielte die SPD echte Gewinne in den hessischen Wahlkreisen 126 Waldeck, 132 Wetzlar, 133 Gießen und 145 Darmstadt, wo sie überall die FDP verdrängte, und im Wahlkreis 152 Kreuznach von Rheinland-Pfalz, den sie der CDU abnahm.

Nach Aufrechnung der Gewinne und Verluste hat die CDU/CSU gegenüber dem Stand von 1949 76 Wahlkreise hinzugewonnen und die SPD 51 Wahlkreise verloren, darunter den in Göttingen-Münden auf Grund einer Wahlabsprache zwischen der CDU und DP. Die DP hat, dank der erörterten Wahlabsprachen, den Stand von 1949 verbessern können (6 gegen 5). Alle politisch anders gebundenen oder freien Bewerber sind in der Mehrheitswahl zum 3. Bundestag unterlegen.

21. Die Wahlkreise, in denen die obsiegenden Parteien von der 1. zur 2., 2. zur 3. oder bei jeder Bundestagswahl gewechselt haben.

| Nummer und Name des Wahlkreises | Partei des Gewählten ¹⁾ | | | Nummer und Name des Wahlkreises | Partei des Gewählten ¹⁾ | | |
|--|------------------------------------|---------|---------|---|------------------------------------|-------------|---------|
| | [] mit absoluter Mehrheit | | | | [] mit absoluter Mehrheit | | |
| | 1949 | 1953 | 1957 | | 1949 | 1953 | 1957 |
| Parteienwechsel von 1949 auf 1953 | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | | | | noch: Bayern | | | |
| 2 Flensburg | Parteilos (7) | CDU (5) | CDU (6) | 209 Landshut | BP (5) | CSU (7) | CSU (5) |
| 8 Oldenburg-Eutin/Süd | SPD (8) | CDU (7) | CDU (7) | 211 Pfarrkirchen | BP (5) | CSU (7) | CSU (4) |
| 9 Lübeck | SPD (8) | CDU (9) | CDU (6) | 212 Straubing | BP (5) | CSU (7) | CSU (6) |
| 11 Steinburg | SPD (8) | CDU (6) | CDU (6) | 213 Vilshofen | BP (5) | CSU (7) | CSU (5) |
| 12 Pinneberg | SPD (8) | CDU (7) | CDU (6) | 224 Kulmbach | SPD (5) | CSU (7) | CSU (5) |
| 13 Stormarn | SPD (9) | CDU (7) | CDU (5) | 226 Erlangen | SPD (5) | CSU (7) | CSU (8) |
| 14 Herzogtum Lauenburg | SPD (9) | CDU (9) | CDU (5) | 229 Schwabach | SPD (5) | CSU (9) | CSU (8) |
| Niedersachsen | | | | Parteienwechsel von 1953 auf 1957 | | | |
| 24 Leer | SPD (7) | CDU (5) | CDU (5) | Hamburg | | | |
| 25 Wilhelmshaven-Friesland | SPD (8) | CDU (7) | CDU (6) | 15 Hamburg I | CDU (5) | CDU (5) | SPD (6) |
| 29 Delmenhorst-Wesermarsch | SPD (7) | CDU (4) | CDU (6) | 16 Hamburg II | CDU (6) | CDU (5) | SPD (6) |
| 35 Lüneburg-Dannenberg | SPD (8) | CDU (6) | CDU (7) | 22 Hamburg VIII | FDP (6) | FDP (5) | SPD (7) |
| 48 Hildesheim-Stadt und -Land | SPD (8) | CDU (5) | CDU (6) | Niedersachsen | | | |
| 49 Gandersheim-Salzgitter | SPD (7) | CDU (7) | CDU (6) | 30 Oldenburg-Ammerland | FDP (8) | FDP (5) | CDU (6) |
| 51 Braunschweig-Land-Helmstedt | SPD (8) | CDU (6) | CDU (6) | 36 Harburg-Soltau | DP (7) | DP (5) | CDU (7) |
| 52 Wolfenbüttel-Goslar-Land | SPD (8) | CDU (7) | CDU (5) | 38 Celle | SPD (8) | SPD (7) | DP (6) |
| 53 Harz | SPD (8) | CDU (6) | CDU (5) | 40 Stadt Hannover-Nord | SPD (7) | SPD (8) | CDU (7) |
| Nordrhein-Westfalen | | | | 45 Diepholz-Melle-Wittlage | DP (7) | DP (6) | CDU (5) |
| 74 Remscheid-Solingen | SPD (7) | CDU (6) | CDU (7) | 50 Stadt Braunschweig | SPD (7) | SPD (7) | CDU (7) |
| 84 Moers | SPD (8) | CDU (6) | CDU (6) | 54 Peine-Gifhorn | SPD (7) | SPD (6) | CDU (5) |
| 88 Mülheim | SPD (8) | CDU (6) | CDU (5) | 55 Northeim-Einbeck-Duderstadt | SPD (8) | SPD (7) | CDU (5) |
| 89 Essen I | SPD (7) | CDU (6) | CDU (6) | Nordrhein-Westfalen | | | |
| 92 Duisburg I | SPD (7) | CDU (7) | CDU (6) | 75 Wuppertal I | FDP (5) | FDP (6) | CDU (7) |
| 93 Duisburg II | SPD (7) | CDU (7) | CDU (7) | Hessen | | | |
| 102 Gladbeck-Bottrop | SPD (5) | CDU (6) | CDU (6) | 126 Waldeck | FDP (4) | FDP (5) | SPD (5) |
| 112 Herne-Castrop-Rauxel | SPD (8) | CDU (6) | CDU (5) | 129 Fritzlar-Homberg | FDP (5) | FDP (6) | CDU (5) |
| 118 Bochum | SPD (8) | CDU (5) | CDU (5) | 130 Hersfeld | SPD (4) | SPD (6) | CDU (5) |
| 119 Iserlohn-Stadt und -Land | SPD (8) | CDU (6) | CDU (6) | 131 Marburg | FDP (4) | FDP (7) | DP (5) |
| 120 Unna-Hamm | SPD (8) | CDU (6) | CDU (6) | 133 Gießen | FDP (4) | FDP (6) | SPD (5) |
| 124 Altena-Lüdenscheid | SPD (8) | CDU (6) | CDU (6) | 138 Wiesbaden | FDP (4) | FDP (6) | CDU (6) |
| Hessen | | | | 144 Offenbach/M | SPD (5) | SPD (6) | CDU (5) |
| 132 Wetzlar | FDP (4) | SPD (6) | SPD (5) | Rheinland-Pfalz | | | |
| 135 Obertaunuskreis | SPD (5) | CDU (6) | CDU (5) | 152 Kreuznach | CDU (3) | CDU (6) | SPD (7) |
| 140 Frankfurt/M I | SPD (4) | CDU (7) | CDU (6) | Baden-Württemberg | | | |
| 141 Frankfurt/M II | SPD (4) | CDU (7) | CDU (5) | 165 Ludwigsburg | SPD (4) | SPD (7) | CDU (5) |
| 142 Frankfurt/M III | SPD (4) | CDU (7) | CDU (6) | 166 Heilbronn | DVP (4) | FDP (7) | CDU (6) |
| 145 Darmstadt | FDP (4) | SPD (6) | SPD (6) | 174 Waiblingen | DVP (3) | FDP (5) | CDU (5) |
| Rheinland-Pfalz | | | | Bayern | | | |
| 159 Neustadt an der Weinstraße | SPD (3) | CDU (5) | CDU (5) | 220 Bayreuth | SPD (5) | SPD (7) | CSU (6) |
| 160 Kaiserslautern | SPD (3) | CDU (6) | CDU (5) | 227 Nürnberg | SPD (6) | SPD (8) | CSU (8) |
| Baden-Württemberg | | | | 228 Nürnberg-Fürth | SPD (5) | SPD (7) | CSU (7) |
| 163 Stuttgart I (West) | SPD (5) | CDU (7) | CDU (6) | 1957 wieder gewonnene Wahlkreise von 1949 | | | |
| 164 Stuttgart II (Ost) | SPD (5) | CDU (8) | CDU (6) | 17 Hamburg III | SPD (5) | DP (5) | SPD (7) |
| 168 Eßlingen | Parteilos (4) | CDU (7) | CDU (5) | 18 Hamburg IV | CDU (6) | FDP (5) | CDU (6) |
| 175 Karlsruhe-Stadt | SPD (4) | CDU (7) | CDU (6) | 19 Hamburg V | SPD (6) | DP (5) | SPD (6) |
| 180 Mannheim-Land | Parteilos (3) | CDU (6) | CDU (5) | 20 Hamburg VI | SPD (6) | CDU (5) | SPD (6) |
| 190 Reutlingen | SPD (4) | CDU (7) | CDU (5) | 32 Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde | SPD (6) | DP (4) | SPD (8) |
| Bayern | | | | 46 Hameln-Springe | SPD (8) | DP (5) | SPD (7) |
| 196 Altötting | BP (5) | CSU (7) | CSU (5) | 87 Oberhausen | CDU (9) | Zentrum (7) | CDU (7) |
| 198 Ingolstadt | BP (5) | CSU (9) | CSU (5) | Parteienwechsel bei jeder Wahl | | | |
| 199 Miesbach | BP (5) | CSU (9) | CSU (7) | 39 Uelzen | SPD (7) | DP (7) | CDU (6) |
| 200 München-Nord | SPD (5) | CSU (8) | CSU (7) | 56 Göttingen-Münden | SPD (8) | FDP (6) | DP (5) |
| 201 München-Ost | SPD (5) | CSU (8) | CSU (7) | 221 Coburg | SPD (5) | FDP (6) | CSU (6) |
| 202 München-Süd | SPD (5) | CSU (8) | CSU (6) | 223 Hof | SPD (5) | FDP (6) | CSU (6) |
| 203 München-West | SPD (5) | CSU (8) | CSU (7) | | | | |
| 204 München-Land | BP (5) | CSU (9) | CSU (5) | | | | |
| 205 Rosenheim | BP (5) | CSU (8) | CSU (6) | | | | |
| 206 Traunstein | BP (5) | CSU (8) | CSU (5) | | | | |
| 208 Deggendorf | BP (5) | CSU (8) | CSU (6) | | | | |

¹⁾ In der Klammer Zahl der Kandidaten.

In der Tabelle 20 ist neben der Zahl der den Parteien verbliebenen Wahlkreise zahlenmäßig auch der Parteienwechsel dargestellt. In der Tabelle 21 sind die vier behandelten Gruppen der übergewechselten Wahlkreise mit Nennung der Parteizugehörigkeit der bei den einzelnen Wahlen jeweils obsiegenden Bewerber einzeln aufgeführt. Parteien, die nach dem Wechsel gleichzeitig die absolute Mehrheit erringen konnten, sind dabei eingerahmt. Danach hat die CDU/CSU in 9 der 59 Wahlkreise, die sie 1953 Bewerbern anderer Parteien oder Unabhängigen abnehmen konnte, die absolute Mehrheit erzielt, die sie außer in den Wahlkreisen 2 Flensburg, 29 Delmenhorst-Wesermarsch und 190 Reutlingen auch bei der Wahl 1957 behauptete. Der Verlust der absoluten Mehrheit in den beiden erstgenannten Wahlkreisen hängt vermutlich damit zusammen, daß 1957 FDP und DP wieder eigene Kandidaten aufstellten, worauf sie bei der 2. Bundestagswahl in diesen Wahlkreisen verzichtet hatten. Weiterhin erzielte die CDU/CSU 1957 die absolute Mehrheit in weiteren 16 Wahlkreisen, die sie schon 1953 oder erst 1957 gewann, und in denen

sie 1949 noch dem Bewerber einer anderen Partei unterlegen war. Die SPD dagegen konnte in keinem der Wahlkreise, die sie bei der 3. Bundestagswahl gewann bzw. zurückgewann, diese Mehrheit erhalten. Wo FDP und DP 1953 absolute Mehrheiten haben, sind sie das Ergebnis von Wahlabsprachen.

Bei der Besprechung der Bundestagswahlkreise, in denen die obsiegende Partei einmal oder von Wahl zu Wahl gewechselt hat, ist das der Mehrheitswahl innewohnende Persönlichkeitsmoment nicht erwähnt worden. Mit letzter Genauigkeit läßt sich sein Einfluß nicht bestimmen. Jedoch kann schon die in manchen Wahlkreisen unterschiedliche Abgabe der Erst- und Zweitstimmen wertvolle Aufschlüsse hierzu vermitteln. Es sind nicht nur öfter Fälle feststellbar, in denen die Zahl der für den Kandidaten einer Partei abgegebenen Erststimmen die Zahl der für dieselbe Partei abgegebenen Zweitstimmen erheblich übersteigt; vereinzelt erhält auch der Kandidat einer Partei in der Mehrheits-(Persönlichkeits-)Wahl weniger Erststimmen als ihre Landesliste Zweitstimmen.

D. Die gültigen Zweitstimmen

Die Verteilung der Erststimmen auf die Parteien ist von Wahlabsprachen beeinflußt. In zahlreichen Fällen kam es vor, daß Parteien in einem Wahlkreis auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet und ihren Anhängern empfohlen haben, dem Kandidaten einer anderen Partei ihre Stimme zu geben, um eine Zersplitterung der Erststimmen zu vermeiden. Bei der Abgabe der Erststimmen spielt ferner die Persönlichkeit der Kandidaten eine gewisse Rolle. Ein zuverlässiges Bild von der politischen Einstellung der Wähler kann daher nur auf Grund der Zweitstimmen gewonnen werden, die auch entscheidend für die Sitzverteilung sind.

Die Zweitstimmen werden für die Landeslisten der Parteien mit einer beliebigen Anzahl von Wahlbewerbern abgegeben. Die fünf ersten Wahlbewerber einer Partei auf den Landeslisten, die bei der Sitzverteilung an erster Stelle zu berücksichtigen sind, müssen unter dem Namen der Partei auch auf den Stimmzettel übernommen werden. Der Wähler hat auf die Reihenfolge der zum Zuge kommenden Landeslistenbewerber einer Partei keinen Einfluß.

1. Die Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

1957 wurden im Bundesgebiet einschl. Saarland 29 905 428 gültige Zweitstimmen abgegeben.

Wie schon 1949 und 1953 ging auch 1957 die CDU mit 11 875 339 Zweitstimmen oder 39,7 vH aller gültigen Zweitstimmen aus der Wahl als stärkste Partei hervor. Auf die CSU entfielen 3 133 060 oder 10,5 vH Zweitstimmen. Für die CDU/CSU zusammen ergeben sich 15 008 399 oder 50,2 vH Zweitstimmen, d. h. die beiden Parteien haben knapp die absolute Mehrheit aller gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigt. Ohne Saarland betrug der Zweitstimmenanteil der CDU/CSU 50,1 vH im Vergleich zu 45,2 vH bei der Bundestagswahl 1953 und 31,0 vH, bei der Bundestagswahl 1949.

22. Verteilung der Stimmen auf die Parteien 1949, 1953 und 1957

| Partei | Bundestagswahl | | | |
|---|----------------|------|---------------|--------------|
| | 1949 | 1953 | 1957 | |
| | | | ohne Saarland | mit Saarland |
| Von 100 gültigen Stimmen ¹⁾ entfallen auf nebenstehende Parteien | | | | |
| CDU/CSU . . . | 31,0 | 45,2 | 50,1 | 50,2 |
| SPD | 29,2 | 28,8 | 31,9 | 31,8 |
| FDP | 11,9 | 9,5 | 7,5 | 7,7 |
| GB/BHE | — | 5,9 | 4,7 | 4,6 |
| DP | 4,0 | 3,3 | 3,4 | 3,4 |
| Sonstige | 23,9 | 7,4 | 2,4 | 2,4 |

¹⁾ 1953 und 1957 Zweitstimmen.

Die SPD ist weiterhin die zweitstärkste Partei geblieben und hat 9 495 571 oder 31,8 vH und ohne Saarland 31,9 vH der Zweit-

stimmen erhalten. 1953 stellte sich ihr Stimmenanteil auf 28,8 vH und 1949 auf 29,2 vH. Er hat sich damit weniger geändert als derjenige der CDU/CSU.

Auf die CDU/CSU und die SPD zusammen entfielen 24,5 Mill. oder 82,0 vH aller Zweitstimmen, 1953 dagegen auf beide Parteien 74,0 vH und 1949 lediglich 60,2 vH. Es ist also, wie schon bei den Erststimmen unter II C 2 dargelegt, eine sehr starke Entwicklung zum Zweiparteiensystem zu beobachten. Die Leidtragenden sind die mittleren und kleineren Parteien, deren Wählererschaft offenbar in starkem Maße zur CDU/CSU und SPD abgewandert ist.

Die FDP verlor gegenüber 1949 und 1953 sowohl absolut als auch relativ an Stimmen und brachte es auf insgesamt 2 307 135 oder 7,7 vH (ohne Saarland 7,5 vH) Zweitstimmen, während 1949 ihr Stimmenanteil 11,9 vH und 1953 immer noch 9,5 vH ausmachte. Trotz des Stimmenrückgangs konnte die FDP den 3. Platz behalten.

Einen Stimmenverlust erlitt auch der GB/BHE, der mit 1 374 066 oder 4,6 vH an 4. Stelle folgt. Die DP, die 1 007 282 oder 3,4 vH Zweitstimmen erhielt, ist sowohl absolut als auch relativ etwas stärker geworden. Auch die DRP mit 308 564 Zweitstimmen hat etwas zugenommen, konnte aber nur einen Stimmenanteil von 1,0 vH erreichen. Die FU erhielt 254 322 oder 0,9 vH Stimmen und blieb damit weit hinter der Zahl von 682 719 oder 2,5 vH Stimmen zurück, die 1953 für die Bayernpartei und für das Zentrum zusammen abgegeben worden sind. Der BdD, der Mittelstand, die DG und die VU haben zusammen nur 117 827 oder 0,4 vH Zweitstimmen auf sich vereinigt und müssen auf Grund dieses Abschneidens bei der 3. Bundestagswahl als bedeutungslose Splittergruppen betrachtet werden. Den SSW wählten 32 262 Personen gegenüber 44 585 im Jahre 1953.

Im Vergleich zu 1953 hat die Zahl der Zweitstimmen (ohne Saarland) für die CDU/CSU um 2,3 Mill. oder 18,2 vH, für die SPD um 1,4 Mill. oder 17,8 vH und für die DP um 0,1 Mill. oder 11,9 vH zugenommen, die Zahl der Zweitstimmen für die FDP um 0,4 Mill. oder 16,1 vH und für den GB/BHE um 0,2 Mill. oder 15,1 vH abgenommen. Um diese Stimmenzunahmen oder Stimmenverluste richtig beurteilen zu können, muß man beachten, daß die Zahl der Wahlberechtigten und die Wahlbeteiligung und damit auch die Zahl der Wähler und die Zahl der gültigen Zweitstimmen seit 1953 erheblich angestiegen sind. So wurden 1957 1,8 Mill. oder 6,5 vH gültige Zweitstimmen mehr abgegeben als 1953. Stellt man dies in Rechnung, indem man die 1957 für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen relativ gleichmäßig auf die gültigen Zweitstimmen von 1953 (27,6 Mill.) reduziert, so beträgt der Stimmenzuwachs bei der CDU/CSU nur noch 10,9 vH, bei der SPD 10,6 vH und bei der DP 4,5 vH, der Stimmenverlust bei der FDP 21,4 vH und beim GB/BHE 19,9 vH.

Auch in den Ländern erweist sich die CDU/CSU fast überall als die stärkste Partei. Ihr Stimmenanteil ist 1953 nur in drei, 1957 nur noch in zwei Ländern, nämlich den Stadtstaaten Ham-

23. Veränderung der Zahl der auf die Parteien entfallenden Zweitstimmen von 1953 auf 1957
(Bundesgebiet ohne Saarland)

| Landesliste | Zweitstimmen | | | Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der Zweitstimmen 1957 gegenüber 1953 | | | |
|-------------------------|--------------|--|------------|--|--------|--|--------|
| | 1957 | | 1953 | tatsächlich | | ohne Berücksichtigung der Veränderung der Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen | |
| | tatsächlich | unter Zugrunde- legung der Ges- amtzahl der gültigen Zweit- stimmen ¹⁾ von 1953 | | | | | |
| | Anzahl | | | Anzahl | vH | Anzahl | vH |
| CDU/CSU | 14 707 808 | 13 803 187 | 12 443 981 | + 2 263 827 | + 18,2 | + 1 359 206 | + 10,9 |
| SPD | 9 357 262 | 8 788 856 | 7 944 943 | + 1 412 319 | + 17,8 | + 843 913 | + 10,6 |
| FDP | 2 207 055 | 2 066 345 | 2 629 163 | - 422 108 | - 16,1 | - 562 818 | - 21,4 |
| GB/BHE | 1 372 600 | 1 294 910 | 1 616 953 | - 244 353 | - 15,1 | - 322 043 | - 19,9 |
| DP | 1 003 213 | 936 743 | 896 128 | + 107 085 | + 11,9 | + 40 615 | + 4,5 |
| DRP | 305 244 | 275 513 | 295 739 | + 9 555 | + 3,2 | - 20 226 | - 6,8 |
| FU (BP-Z) | 254 322 | 247 962 | 682 719 | - 428 397 | - 62,7 | - 434 757 | - 63,7 |
| BdD | 56 302 | 55 103 | — | + 56 302 | — | + 55 103 | — |
| Mittelstand | 36 592 | 27 551 | — | + 36 592 | — | + 27 551 | — |
| SSW | 32 262 | 27 551 | 44 585 | - 12 323 | - 27,0 | - 17 034 | - 38,2 |
| DG | 16 607 | 27 551 | — | + 16 607 | — | + 27 551 | — |
| VU | 5 020 | — | — | + 5 020 | — | — | — |
| DNS, GVP, KPD | — | — | 997 061 | - 997 061 | - 100 | - 997 061 | - 100 |
| Insgesamt | 29 354 337 | 27 551 272 | 27 551 272 | + 1 803 065 | - 6,5 | — | — |

¹⁾ Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen 1953, aufgeteilt nach den Stimmanteilen der Parteien 1957.

burg und Bremen von der SPD übertroffen worden. In Hessen, dem 3. Land mit einer knappen SPD-Mehrheit 1953, gewann die CDU ebenso wie in Niedersachsen 1957 nur einen geringen Vorsprung. Dafür aber hatte die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern bei der 3. Bundestagswahl einen mehr als doppelt so hohen Anteil wie die SPD. Ebenso wie hier erhielt die CDU 1957 mehr als die Hälfte der Zweitstimmen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.

An 3. Stelle steht in sechs der zehn Länder die FDP. In Schleswig-Holstein und in Bayern wird der 3. Platz durch den GB/BHE mit 8,3 vH bzw. 6,8 vH Stimmen eingenommen, in

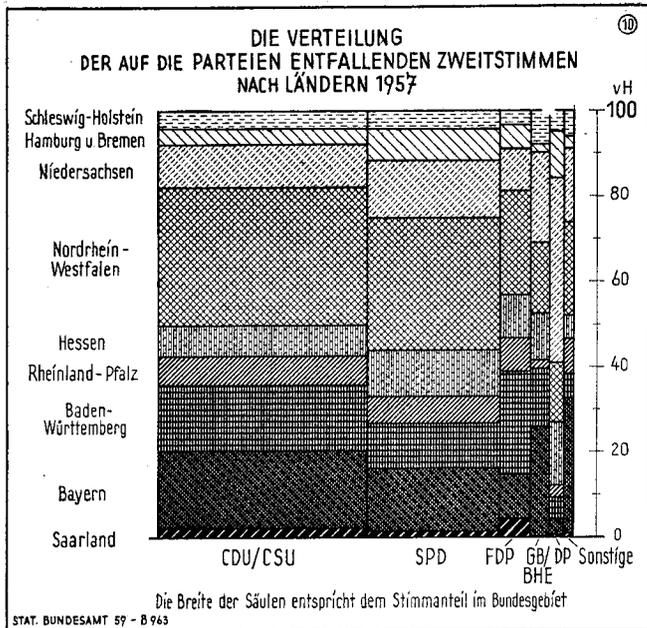
Niedersachsen und Bremen durch die DP mit 11,4 vH bzw. 13,8 vH Stimmen. Dadurch fiel die FDP in Schleswig-Holstein, Bremen und Bayern auf den 4. Platz zurück und in Niedersachsen sogar auf den 5., da dort der 4. Platz vom GB/BHE eingenommen wird. In Schleswig-Holstein haben noch die Stimmen für den SSW (3,3 vH) einige Bedeutung, in Niedersachsen (2,3 vH) und in Rheinland-Pfalz (2,7 vH) die Stimmen für die DRP und in Bayern die Stimmen für die FU (3,2 vH).

Das Schwergewicht der Stimmen für die CDU/CSU und für die SPD liegt mit fast einem Drittel in Nordrhein-Westfalen; die FDP-Stimmen kommen zu jeweils fast einem Viertel aus Baden-

24. Die von den Parteien gewonnenen Zweitstimmenanteile 1957 nach Ländern

| Land | Gültige Zweitstimmen | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------------|----------------------|---------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|-----------|------------------------|-----------|
| | insgesamt | davon nach Parteien | | | | | | | | | | | |
| | | CDU/CSU | SPD | FDP | GB/BHE | DP | Übrige | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 100 4,4 | 48,1 — | — 4,2 | 30,8 — | — 4,3 | 5,6 — | — 3,2 | 8,3 — | — 8,0 | 3,8 — | — 4,9 | 3,3 — | — 6,1 |
| Hamburg | 100 3,9 | 37,4 — | — 2,9 | 45,8 — | — 5,6 | 9,4 — | — 4,7 | 1,5 — | — 1,2 | 4,7 — | — 5,4 | 1,2 — | — 2,0 |
| Niedersachsen | 100 12,8 | 39,1 — | — 10,0 | 32,8 — | — 13,2 | 5,9 — | — 9,8 | 7,6 — | — 21,2 | 11,4 — | — 43,3 | 3,2 — | — 17,2 |
| Bremen | 100 1,3 | 30,4 — | — 0,8 | 46,2 — | — 1,9 | 5,8 — | — 1,0 | 2,0 — | — 0,6 | 13,8 — | — 5,5 | 1,7 — | — 0,9 |
| Nordrhein-Westfalen | 100 29,6 | 54,4 — | — 32,1 | 33,5 — | — 31,2 | 6,3 — | — 24,0 | 2,5 — | — 16,4 | 1,6 — | — 14,0 | 1,7 — | — 21,7 |
| Hessen | 100 9,1 | 40,9 — | — 7,4 | 38,0 — | — 10,9 | 8,5 — | — 10,1 | 5,6 — | — 11,1 | 5,5 — | — 14,8 | 1,5 — | — 5,6 |
| Rheinland-Pfalz | 100 6,4 | 53,7 — | — 6,8 | 30,4 — | — 6,1 | 9,8 — | — 8,0 | 1,5 — | — 2,0 | 1,6 — | — 2,9 | 3,1 — | — 8,2 |
| Baden-Württemberg | 100 13,1 | 52,8 — | — 13,7 | 25,8 — | — 10,6 | 14,4 — | — 24,3 | 4,7 — | — 13,5 | 1,3 — | — 5,0 | 1,0 — | — 5,7 |
| Bayern | 100 17,6 | 57,2 — | — 20,1 | 26,4 — | — 14,7 | 4,6 — | — 10,4 | 6,8 — | — 26,0 | 0,7 — | — 3,9 | 4,3 — | — 31,7 |
| Saarland | 100 1,8 | 54,5 — | — 2,0 | 25,1 — | — 1,5 | 18,2 — | — 4,3 | 0,3 — | — 0,1 | 0,7 — | — 0,4 | 1,2 — | — 0,9 |
| Bundesgebiet | 100 100 | 50,2 — | — 100 | 31,8 — | — 100 | 7,7 — | — 100 | 4,6 — | — 100 | 3,4 — | — 100 | 2,4 ¹⁾ — | — 100 |
| Bundesgebiet ohne Saarland | 100 | 50,1 | — | 31,9 | — | 7,5 | — | 4,7 | — | 3,4 | — | 2,4 ¹⁾ | — |
| 1953 | 100 | 45,2 | — | 28,8 | — | 9,5 | — | 5,9 | — | 3,3 | — | 7,8 ²⁾ | — |
| 1949 ³⁾ | 100 | 31,0 | — | 29,2 | — | 11,9 | — | — | — | 4,0 | — | 23,9 ⁴⁾ | — |

¹⁾ Davon: DRP=1,0 vH; FU (BP-Z)=0,9 vH; BdD=0,2 vH; Mittelstand=0,1 vH; DG=0,1 vH; SSW=0,1 vH; VU=0,0 vH. — ²⁾ Davon: KPD=2,2 vH; BP=1,7 vH; GVP=1,2 vH; DRP=1,1 vH; Zentrum=0,8 vH; DNS=0,3 vH; SSW=0,2 vH. — ³⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme. — ⁴⁾ Davon: KPD=5,7 vH; Parteilose=4,8 vH; BP=4,2 vH; Zentrum=3,1 vH; WAV=2,9 vH; DKP/DRP=1,8 vH; RSF=0,9 vH; SSW=0,3 vH; EVD=0,1 vH; RWVP=0,1 vH.



25. Der von den vier im 3. Bundestag vertretenen Parteien in den Ländern gewonnene Stimmenanteil bei Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1957

| Land | Wahl | Jahr | Von 100 gültigen Stimmen ¹⁾ entfallen auf | | | | |
|-------------------------------|------|------|--|------|------|------|----------|
| | | | CDU/CSU | SPD | FDP | DP | Sonstige |
| Schleswig-Holstein. | BW | 49 | 30,7 | 29,6 | 7,4 | 12,1 | 20,2 |
| | LW | 50 | 19,8 | 27,5 | 7,1 | 9,6 | 36,0 |
| | BW | 53 | 47,1 | 26,5 | 4,5 | 4,0 | 17,9 |
| | LW | 54 | 32,2 | 33,2 | 7,5 | — | 27,1 |
| | BW | 57 | 48,1 | 30,8 | 5,6 | 3,8 | 11,7 |
| Hamburg | BW | 49 | 19,7 | 39,6 | 15,8 | 13,1 | 11,8 |
| | LW | 49 | 34,5 ²⁾ | 42,8 | — | 13,3 | 9,4 |
| | BW | 53 | 36,7 | 38,1 | 10,3 | 5,9 | 9,0 |
| | LW | 53 | 50,0 ³⁾ | 45,2 | — | — | 4,8 |
| | BW | 57 | 37,4 | 45,8 | 9,4 | 4,7 | 2,7 |
| Niedersachsen | BW | 49 | 17,6 | 33,4 | 7,5 | 17,8 | 23,7 |
| | LW | 51 | 23,7 ⁴⁾ | 33,7 | 8,3 | — | 34,3 |
| | BW | 53 | 35,2 | 30,1 | 6,9 | 11,9 | 15,9 |
| | LW | 55 | 26,6 | 35,2 | 7,9 | 12,4 | 17,9 |
| | BW | 57 | 39,1 | 32,8 | 5,9 | 11,4 | 10,8 |
| Bremen | BW | 49 | 16,9 | 34,4 | 12,0 | 18,0 | 17,8 |
| | LW | 51 | 9,0 | 39,1 | 11,8 | 14,7 | 25,4 |
| | BW | 53 | 24,8 | 39,0 | 7,5 | 17,0 | 11,7 |
| | LW | 55 | 18,0 | 47,7 | 8,6 | 16,6 | 9,1 |
| | BW | 57 | 30,4 | 46,2 | 5,8 | 13,8 | 3,8 |
| Nordrhein-Westfalen | BW | 49 | 36,9 | 31,4 | 8,6 | — | 23,1 |
| | LW | 50 | 36,9 | 32,3 | 12,1 | 1,7 | 17,0 |
| | BW | 53 | 48,9 | 31,9 | 8,5 | 1,0 | 9,7 |
| | LW | 54 | 41,3 | 34,5 | 11,5 | 0,0 | 12,7 |
| | BW | 57 | 54,4 | 33,5 | 6,3 | 1,6 | 4,2 |
| Hessen | BW | 49 | 21,4 | 32,1 | 28,1 | — | 18,4 |
| | LW | 50 | 18,8 | 44,4 | 31,8 | — | 5,0 |
| | BW | 53 | 33,2 | 33,7 | 19,7 | 2,8 | 10,6 |
| | LW | 54 | 24,1 | 42,6 | 20,5 | 1,2 | 11,6 |
| | BW | 57 | 40,9 | 38,0 | 8,5 | 5,5 | 7,1 |
| Rheinland-Pfalz | BW | 49 | 49,0 | 28,6 | 15,8 | — | 6,6 |
| | LW | 51 | 39,2 | 34,0 | 16,7 | — | 10,1 |
| | BW | 53 | 52,1 | 27,2 | 12,1 | 1,1 | 7,5 |
| | LW | 55 | 46,8 | 31,7 | 12,7 | — | 8,8 |
| | BW | 57 | 53,7 | 30,4 | 9,8 | 1,0 | 4,5 |
| Baden-Württemberg | BW | 49 | 39,6 | 23,9 | 17,6 | — | 18,9 |
| | LW | 52 | 36,0 | 23,0 | 18,0 | — | 18,0 |
| | BW | 53 | 52,4 | 23,0 | 12,7 | 1,6 | 10,3 |
| | LW | 56 | 42,6 | 28,9 | 16,6 | — | 11,9 |
| | BW | 57 | 52,8 | 25,8 | 14,4 | 1,3 | 5,7 |
| Bayern | BW | 49 | 29,2 | 22,7 | 8,5 | — | 39,6 |
| | LW | 50 | 27,4 | 28,0 | 7,1 | — | 37,5 |
| | BW | 53 | 47,8 | 23,3 | 6,2 | 0,9 | 21,8 |
| | LW | 54 | 38,0 | 28,1 | 7,2 | — | 26,7 |
| | BW | 57 | 57,2 | 26,4 | 4,6 | 0,7 | 11,1 |
| Saarland | LW | 52 | 54,7 ⁵⁾ | 32,4 | — | — | 12,9 |
| | LW | 55 | 47,2 ⁶⁾ | 20,1 | 24,2 | — | 8,5 |
| | BW | 57 | 54,5 | 25,1 | 18,2 | 0,7 | 1,5 |

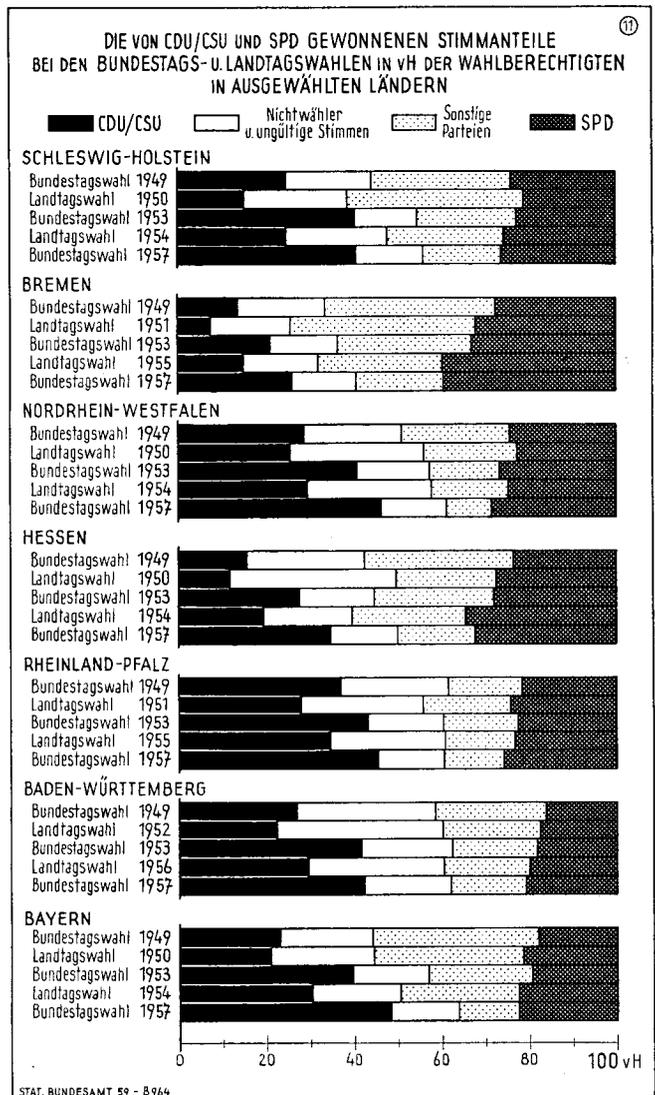
¹⁾ Bei BW 1953 und 1957 Zweitstimmen. — ²⁾ CDU/FDP/DKP, die im Vaterstädtischen Bund Hamburg (VBH) zusammengeschlossen waren. — ³⁾ CDU/FDP/DP, die als Hamburg-Block kandidierten. — ⁴⁾ CDU/DP, die die Niederdeutsche Union bildeten. — ⁵⁾ Nur CVP (Christliche Volkspartei). — ⁶⁾ CDU und CVP.

Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die GB/BHE-Stimmen zu mehr als einem Viertel aus Bayern und zu mehr als einem Fünftel aus Niedersachsen und die Stimmen der DP zu über 40 vH aus Niedersachsen.

Der Stärke der DP in Niedersachsen ist es auch zuzuschreiben, daß die mittleren und kleineren Parteien zusammen nur hier mehr als ein Viertel (28,1 vH) aller Zweitstimmen gewonnen haben. In Schleswig-Holstein (21,0 vH), Bremen (23,3 vH), Hessen (21,1 vH), Baden-Württemberg (21,4 vH) und im Saarland (20,4 vH) gaben etwas mehr als ein Fünftel der Wähler ihre Zweitstimmen für diese Parteien ab. Am schwächsten sind die mittleren und kleineren Parteien in Nordrhein-Westfalen. Hier entfielen 87,9 vH der Zweitstimmen auf die CDU und SPD.

Wie sich die Stimmenanteile der vier im 3. Bundestag vertretenen Parteien in den Ländern seit 1949 entwickelt haben, wird aus der Tabelle 25 ersichtlich. Darin sind auch die Ergebnisse der Landtagswahlen zwischen 1949 und 1957 berücksichtigt. Es zeigt sich zunächst, daß der Anteil der CDU/CSU- und der Anteil der SPD-Stimmen seit 1949 auch in den Ländern angestiegen ist, ausgenommen Niedersachsen, mit einem kleinen Rückgang der SPD-Stimmen gegenüber 1949.

Die Zunahme der CDU/CSU-Stimmen ist im allgemeinen größer. Bei Landtagswahlen erleidet diese Partei gegenüber der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl immer mehr oder weniger große Stimmeneinbußen, während die SPD entweder ihren Stimmenanteil etwa behaupten oder meistens sogar steigern kann. Letzteres hängt offenbar in hohem Maße mit dem Verhalten der Wahlberechtigten zusammen, die zwar zum Bundestag wählen, aber bei Landtagswahlen, mit immer niedrigerer Wahlbeteiligung, der Wahlurne fernbleiben. Bezieht man nämlich die für die Parteien abgegebenen Stimmen nicht, wie üblich, auf die



Wähler mit gültigen Stimmen, sondern auf die Wahlberechtigten, so zeigen die Stimmenanteile für die SPD bei den Bundestags- und Landtagswahlen geringere Schwankungen. (Vgl. Schaubild 11 in dem die Länder Hamburg und Niedersachsen wegen Blockbildungen unberücksichtigt geblieben sind.) Das gleiche gilt noch mehr für die CDU/CSU, wenn man zu deren Stimmen die Nichtwähler hinzurechnet. Das gute Abschneiden der CDU/CSU bei Bundestagswahlen scheint damit wesentlich davon beeinflusst, daß es ihr bei diesen Wahlen gelingt, den größten Teil der politisch weniger interessierten Schichten für sich zu gewinnen.

2. Die Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Da für die 13 Parteien mit Landeslisten nicht in allen Ländern Landeslisten eingereicht und zugelassen worden sind, liegen auch nicht für alle diese Parteien Wahlkreisergebnisse vor. In wieviel Wahlkreisen für die einzelnen Parteien Zweitstimmen abgegeben worden sind, ist aus der Summenzahl der Tabelle 26 zu ersehen. Dabei sind durch die Zahl 247 die Parteien bezeichnet, für die in allen Ländern Landeslisten vorhanden waren. Fälle, in denen für eine Partei in einem Wahlkreis keine Stimmen abgegeben worden sind, obwohl dies nach dem Stimmzettel möglich war, kamen nicht vor.

Für die Zweitstimmenanteile der Parteien in den Wahlkreisen ergibt sich ein ähnliches Bild wie für die Erststimmen, da die Wähler im großen und ganzen mit der Zweitstimme nicht anders gewählt haben wie mit der Erststimme (vgl. E. Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen). Soweit zwischen den Zahlen in der Tabelle 26 und den Zahlen in der entsprechenden Tabelle 13 über die Erststimmenanteile der Parteien Abweichungen bestehen, sind sie im wesentlichen durch die in den Wahlkreisen getroffenen Wahlabsprachen bedingt.

Der Fall, daß eine Partei in einem Wahlkreis mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte, kommt nur bei der CDU/CSU und bei der SPD vor. Die CDU/CSU hat in 118 und die SPD in 4 Wahlkreisen über 50 vH der Zweitstimmen erhalten. Dabei sind in den Wahlkreisen des Saarlandes, wo die CSU neben der CDU aufgetreten ist, die Stimmen für diese beiden Parteien zusammengefaßt. Über 70 vH der Zweitstimmen entfielen in 14 Wahlkreisen auf die CDU/CSU. Der Wahlkreis mit dem überhaupt höchsten Stimmenanteil der CDU/CSU von 80,1 vH war der Wahlkreis 194 Biberach in Baden-Württemberg, dicht gefolgt vom Wahlkreis 153 Prüm in Rheinland-Pfalz mit 79,1 vH; weniger als 30 vH Zweitstimmen hatte die CDU/CSU in 8 Wahlkreisen. Die Wahlkreise mit den kleinsten Stimmenanteilen dieser Partei sind der Wahlkreis 33 Stade-Bremervörde (24,8 vH) und der Wahlkreis 32 Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde (26,5 vH) in Niedersachsen.

Die SPD hatte ihren höchsten Stimmenanteil im Wahlkreis 21 Hamburg VII mit 53,7 vH und im Wahlkreis 58 Bremen-West mit 52,5 vH. Sie hat in fast der Hälfte aller Wahlkreise weniger als 30 vH der Zweitstimmen bekommen. Den niedrigsten Stimmenanteil von nur 8,8 vH erzielte sie im Wahlkreis 31 Vechta-Cloppenburg in Niedersachsen.

Größere Zweitstimmenanteile in den Wahlkreisen haben nur noch die FDP, der GB/BHE und die DP, wenn man vom SSW ab-

sieht, der im Wahlkreis 1 Husum-Südtondern-Eiderstedt einen Anteil von 8,3 vH erreichen konnte. Die meisten FDP-Stimmen

27. Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenanteil für die CDU/CSU, SPD, FDP, den GB/BHE und die DP 1957 (jeweils 10 Wahlkreise)

| Nummer und Name des Wahlkreises | | Anteil an den gültigen Zweitstimmen in vH |
|---------------------------------|--|---|
| CDU/CSU | | |
| 194 | Biberach | 80,1 |
| 153 | Prüm | 79,1 |
| 31 | Vechta-Cloppenburg | 77,1 |
| 85 | Geldern-Kleve | 75,4 |
| 94 | Borken-Bocholt-Ahaus | 74,0 |
| 149 | Ahrweiler | 73,7 |
| 195 | Ravensburg | 73,6 |
| 121 | Meschede-Olpe | 73,6 |
| 63 | Düren-Monschau-Schleiden | 73,3 |
| 62 | Geilenkirchen-Erkelezen-Jülich | 72,0 |
| SPD | | |
| 21 | Hamburg VII | 53,7 |
| 58 | Bremen-West | 52,5 |
| 90 | Essen II | 52,1 |
| 41 | Stadt Hannover-Süd | 51,7 |
| 117 | Dortmund III-Lünen | 49,7 |
| 127 | Kassel | 48,9 |
| 116 | Dortmund II | 48,7 |
| 23 | Aurich-Emden | 48,0 |
| 107 | Herford-Stadt und -Land | 47,2 |
| 17 | Hamburg III | 47,1 |
| FDP | | |
| 243 | Saarbrücken-Stadt | 31,7 |
| 173 | Crailsheim | 25,7 |
| 166 | Heilbronn | 25,2 |
| 174 | Waiblingen | 23,2 |
| 163 | Stuttgart I (West) | 22,1 |
| 191 | Calw | 21,1 |
| 172 | Backnang | 20,6 |
| 164 | Stuttgart II (Ost) | 20,5 |
| 244 | Saarbrücken-Land | 19,9 |
| 190 | Reutlingen | 19,7 |
| GB/BHE | | |
| 8 | Oldenburg-Eutin/Süd | 13,5 |
| 39 | Uelzen | 12,7 |
| 47 | Alfeld-Holzminde | 11,7 |
| 43 | Neustadt-Grafschaft Schaumburg | 11,5 |
| 240 | Kaufbeuren | 11,5 |
| 46 | Hamein-Springe | 11,3 |
| 211 | Pfarrkirchen | 11,3 |
| 54 | Peine-Gifhorn | 10,8 |
| 239 | Donauwörth | 10,6 |
| 196 | Altötting | 10,4 |
| DP | | |
| 33 | Stade-Bremervörde | 32,9 |
| 36 | Harburg-Soltau | 25,2 |
| 32 | Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde | 24,3 |
| 45 | Diepholz-Melle-Wittlage | 23,4 |
| 39 | Uelzen | 22,6 |
| 34 | Verden-Rotenburg-Osterholz | 22,3 |
| 37 | Fallingb.-Hoya | 21,7 |
| 35 | Lüneburg-Dannenberg | 18,1 |
| 59 | Bremerhaven-Bremen-Nord | 16,2 |
| 46 | Hamein-Springe | 14,4 |

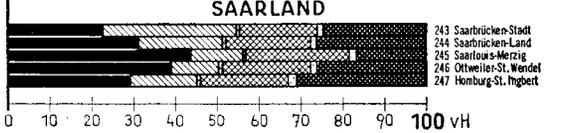
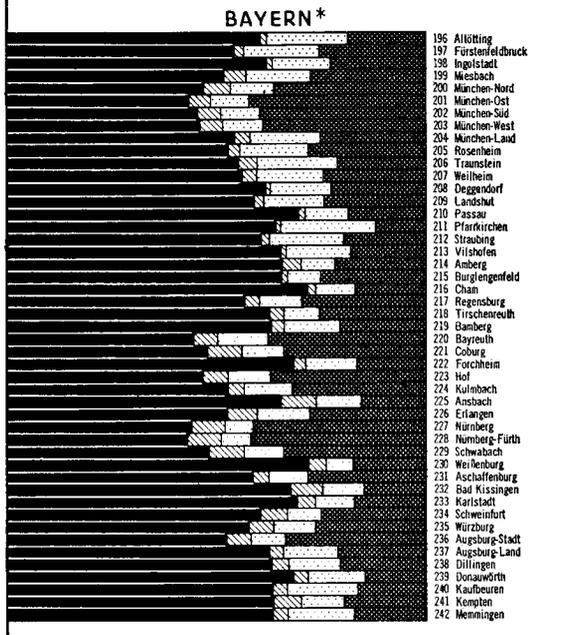
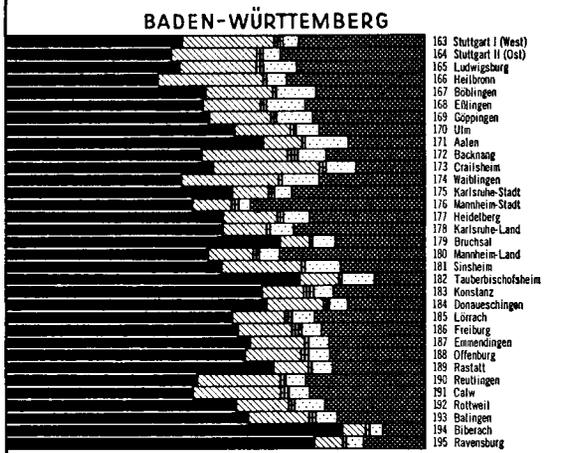
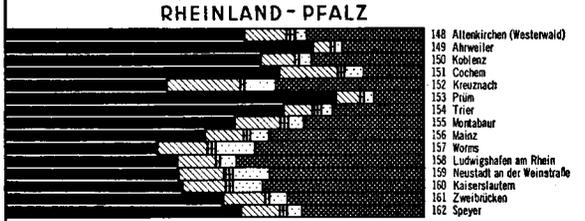
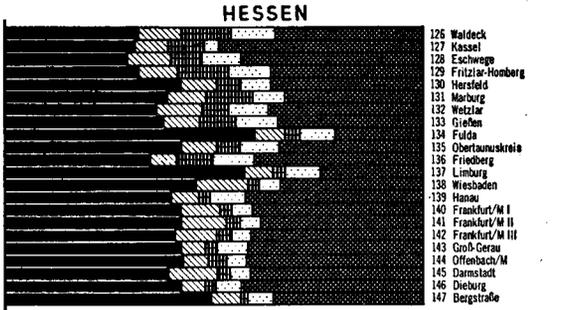
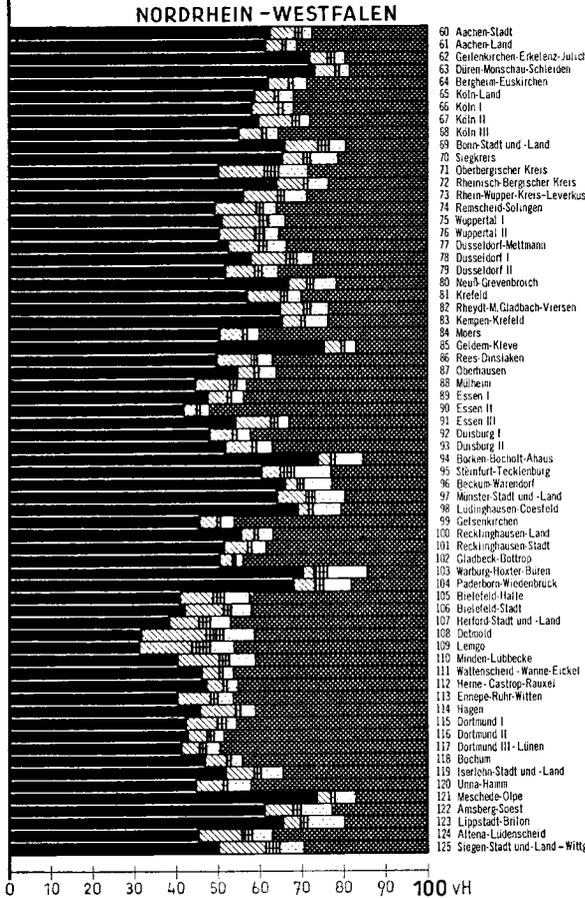
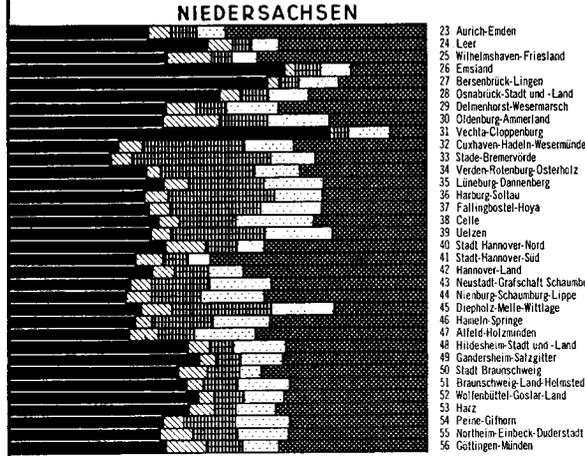
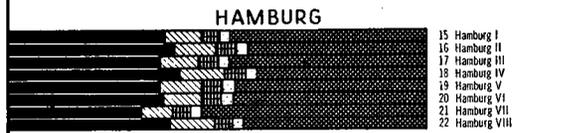
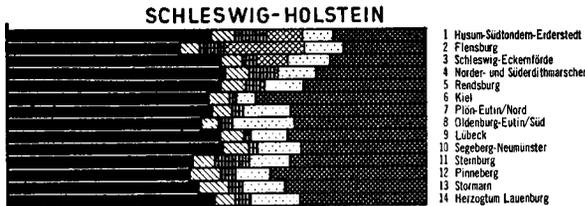
26. Die Parteien nach ihrem Zweitstimmenanteil in den Wahlkreisen 1957

| Anteil an den gültigen Zweitstimmen in vH | Zahl der Wahlkreise, in denen nachstehende Parteien nebenstehenden Anteil an den gültigen Zweitstimmen erreicht haben | | | | | | | | | | | |
|---|---|-----|-----|--------|-----|-----|-----------|-----|-------------|-----|-----|----|
| | CDU/CSU | SPD | FDP | GB/BHE | DP | DRP | FU (BP-Z) | BdD | Mittelstand | SSW | DG | VU |
| 70 und darüber | 14 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 60 bis unter 70 | 50 ^{*)} | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 50 bis unter 60 | 54 ^{*)} | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 40 bis unter 50 | 71 ^{*)} | 50 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 30 bis unter 40 | 50 | 75 | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — |
| 20 bis unter 30 | 8 | 81 | 7 | — | 6 | — | — | — | — | — | — | — |
| 10 bis unter 20 | — | 36 | 46 | 19 | 14 | — | — | — | — | 1 | — | — |
| unter 10 | — | 1 | 193 | 228 | 226 | 247 | 147 | 247 | 147 | 13 | 134 | 47 |
| Insgesamt | 247 | 247 | 247 | 247 | 247 | 247 | 147 | 247 | 147 | 14 | 134 | 47 |

^{*)} Einschl. 2 Wahlkreise, ^{*)} 1 Wahlkreis im Saarland mit den Stimmen für die CDU und CSU.

Die Verteilung der Zweitstimmen in den Wahlkreisen 1957

CDU/CSU
 FDP
 DP
 SSW/CSU Saar
 SONSTIGE
 SPD

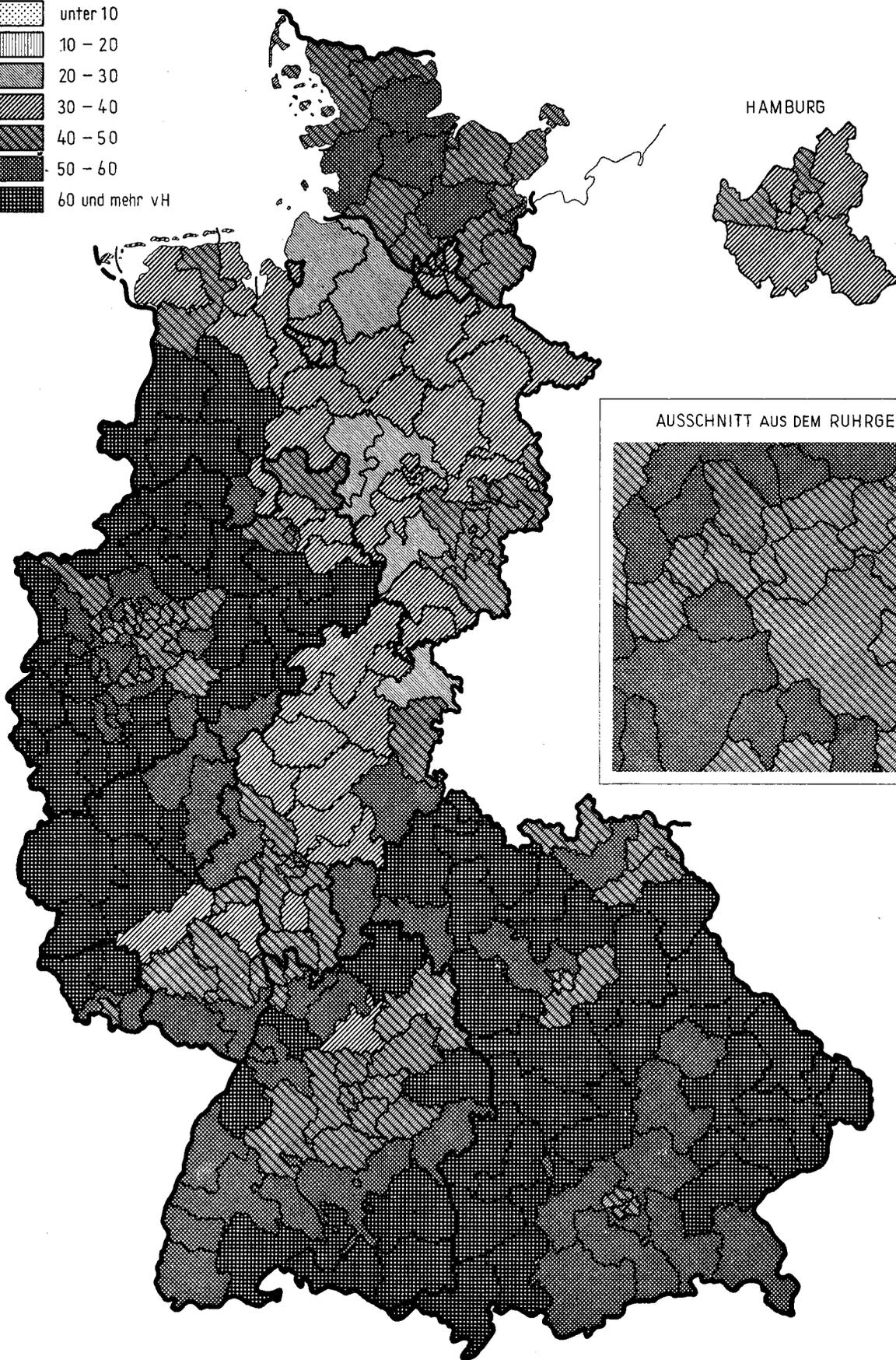
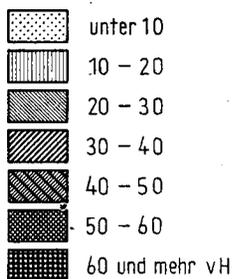


0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 vH

0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 vH

* Die DP wurde in Bayern mit der Gruppe SONSTIGE zusammengefaßt.

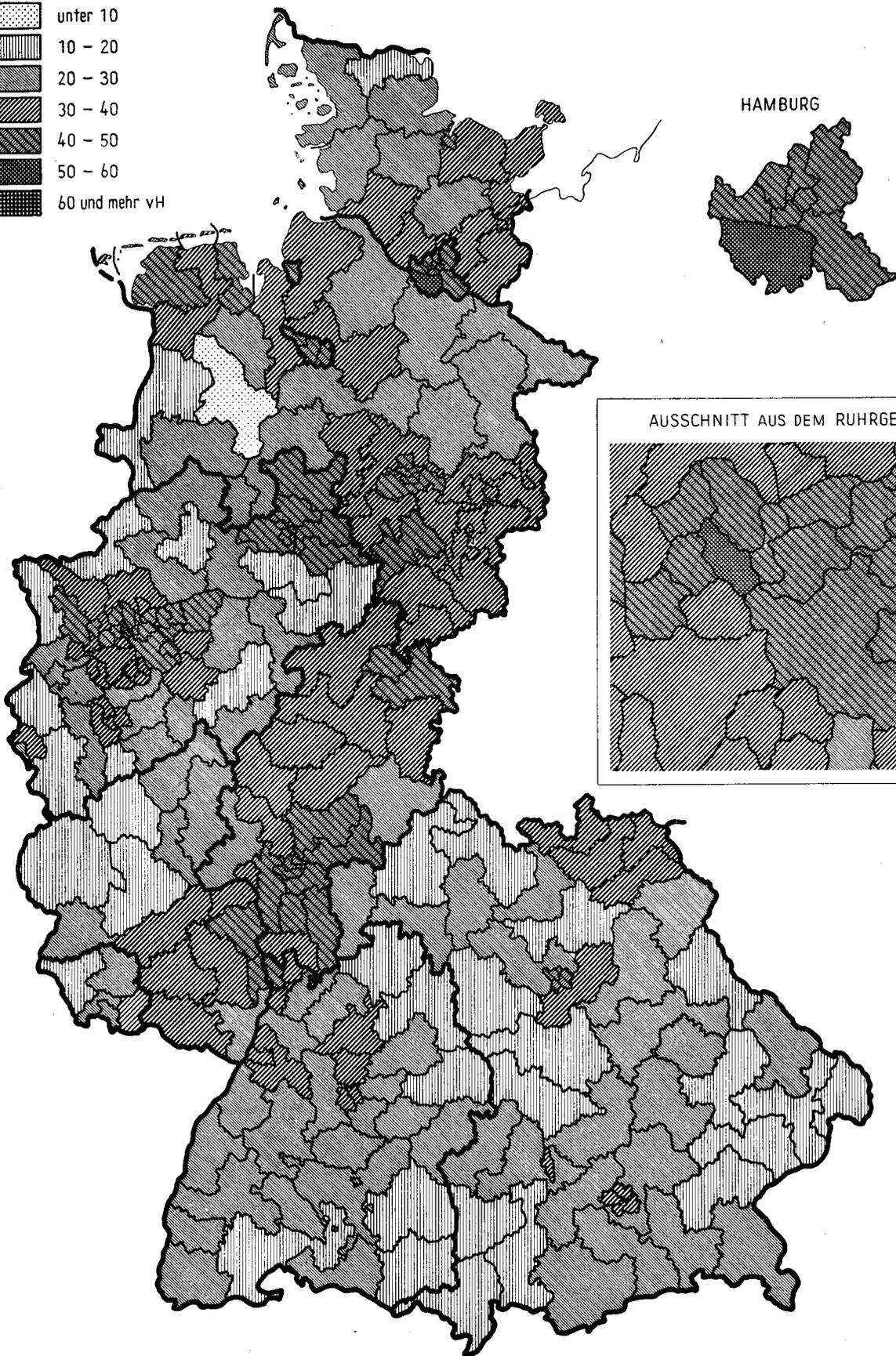
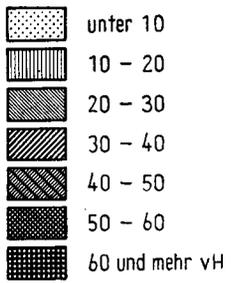
DER ANTEIL DER ZWEITSTIMMEN FÜR DIE CDU/CSU IN DEN WAHLKREISEN 1957



Die Nummern und Namen der Wahlkreise sind den Schaubildern 8 und 12 zu entnehmen.

DER ANTEIL DER ZWEITSTIMMEN FÜR DIE SPD IN DEN WAHLKREISEN 1957

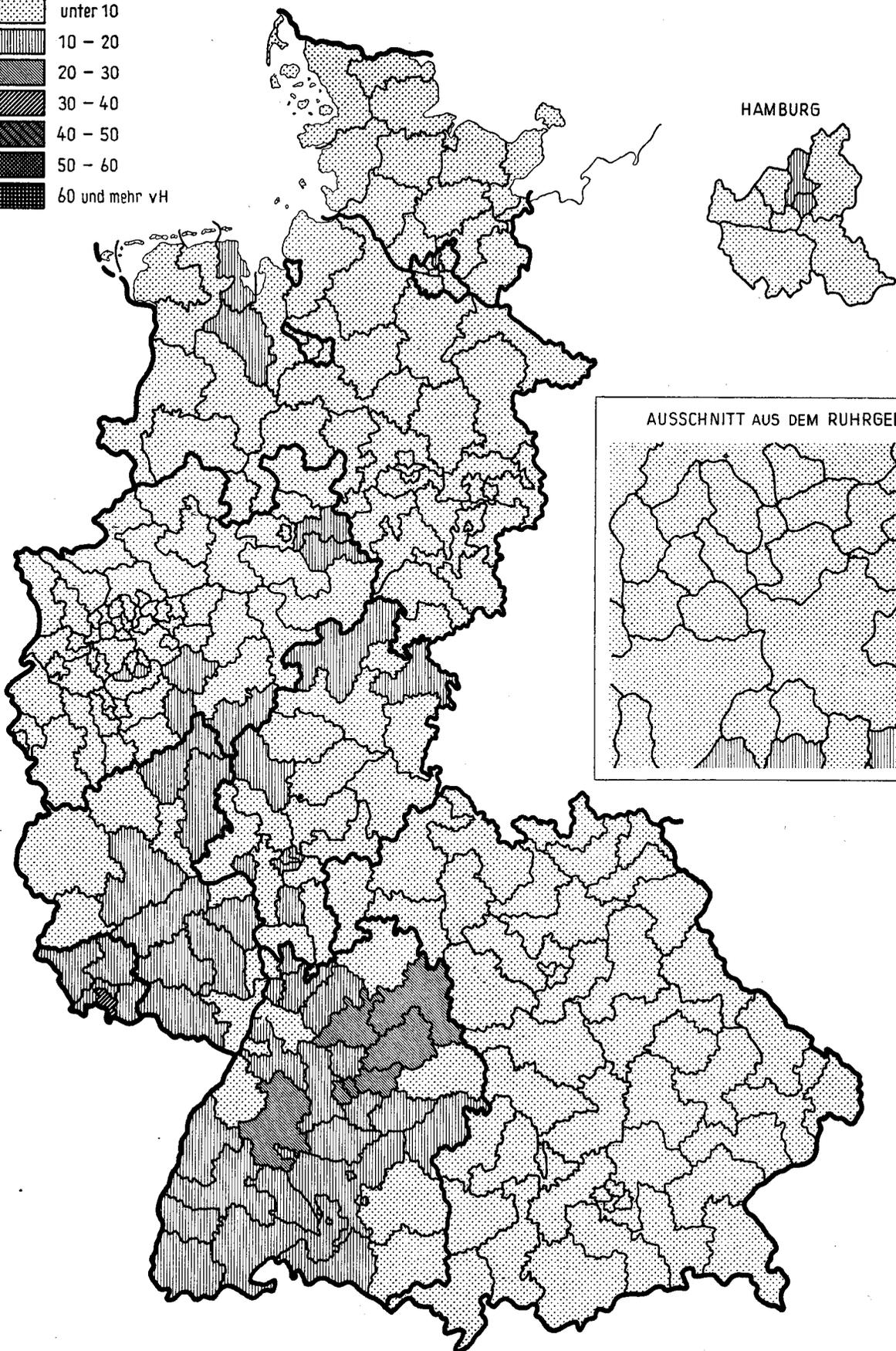
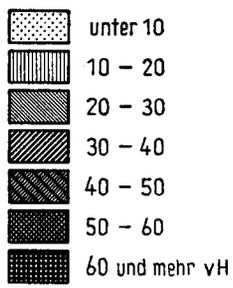
19



AUSSCHNITT AUS DEM RUHRGEBIET

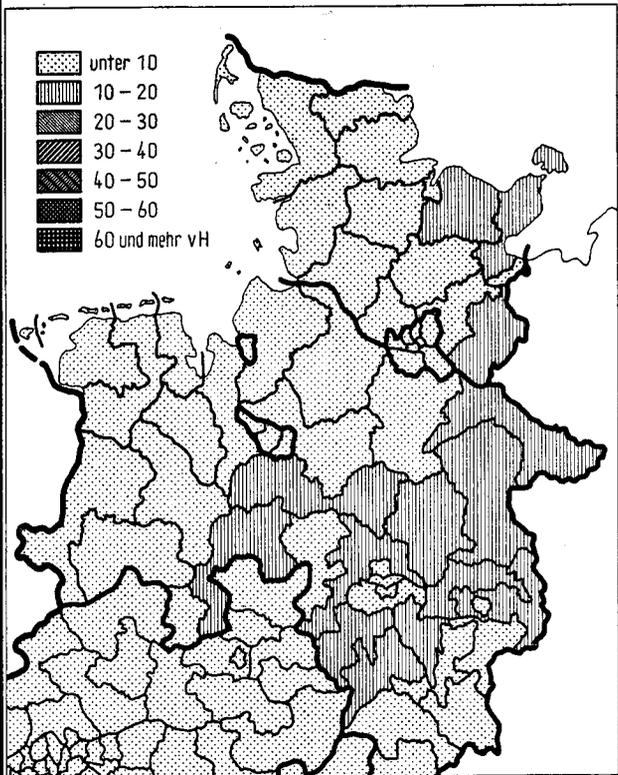
Die Nummern und Namen der Wahlkreise sind den Schaubildern 8 und 12 zu entnehmen.

DER ANTEIL DER ZWEITSTIMMEN FÜR DIE FDP IN DEN WAHLKREISEN 1957

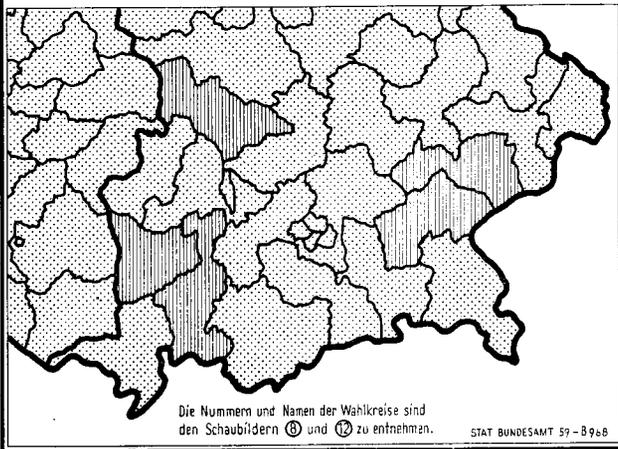


AUSSCHNITT AUS DEM RUHRGEBIET

DER ANTEIL DER ZWEITSTIMMEN FÜR DEN GB/BHE 1957
NACH WAHLKREISEN
IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND NIEDERSACHSEN



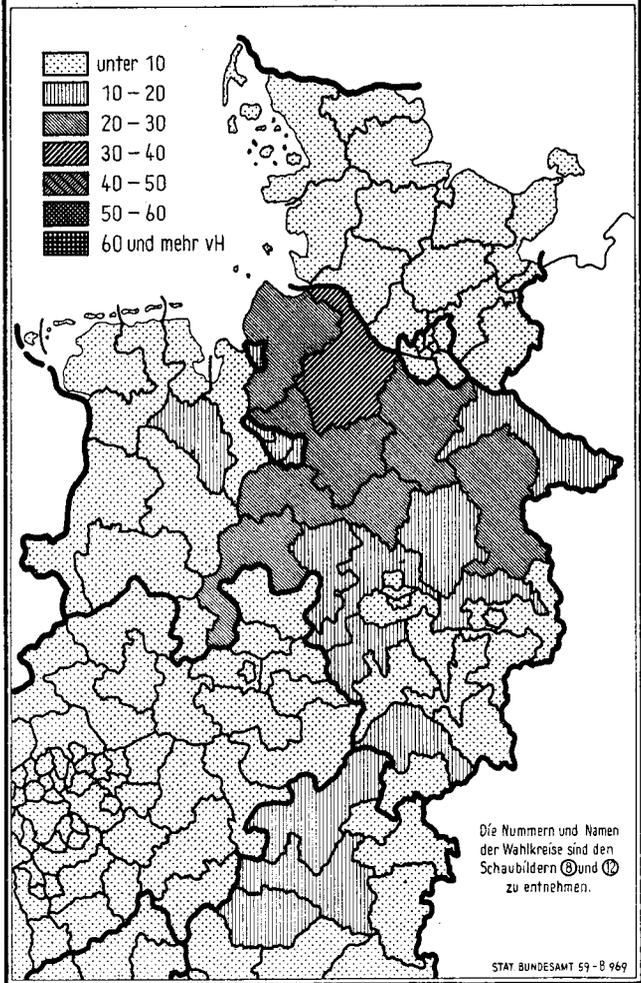
IN BAYERN (SÜDLICHER TEIL)



Die Nummern und Namen der Wahlkreise sind den Schaubildern ⑧ und ⑨ zu entnehmen.

STAT BUNDESAMT 59-B 968

DER ANTEIL DER ZWEITSTIMMEN FÜR DIE DP 1957
NACH WAHLKREISEN
IN NIEDERSACHSEN UND HESSEN



Die Nummern und Namen der Wahlkreise sind den Schaubildern ⑩ und ⑪ zu entnehmen.

STAT BUNDESAMT 59-B 969

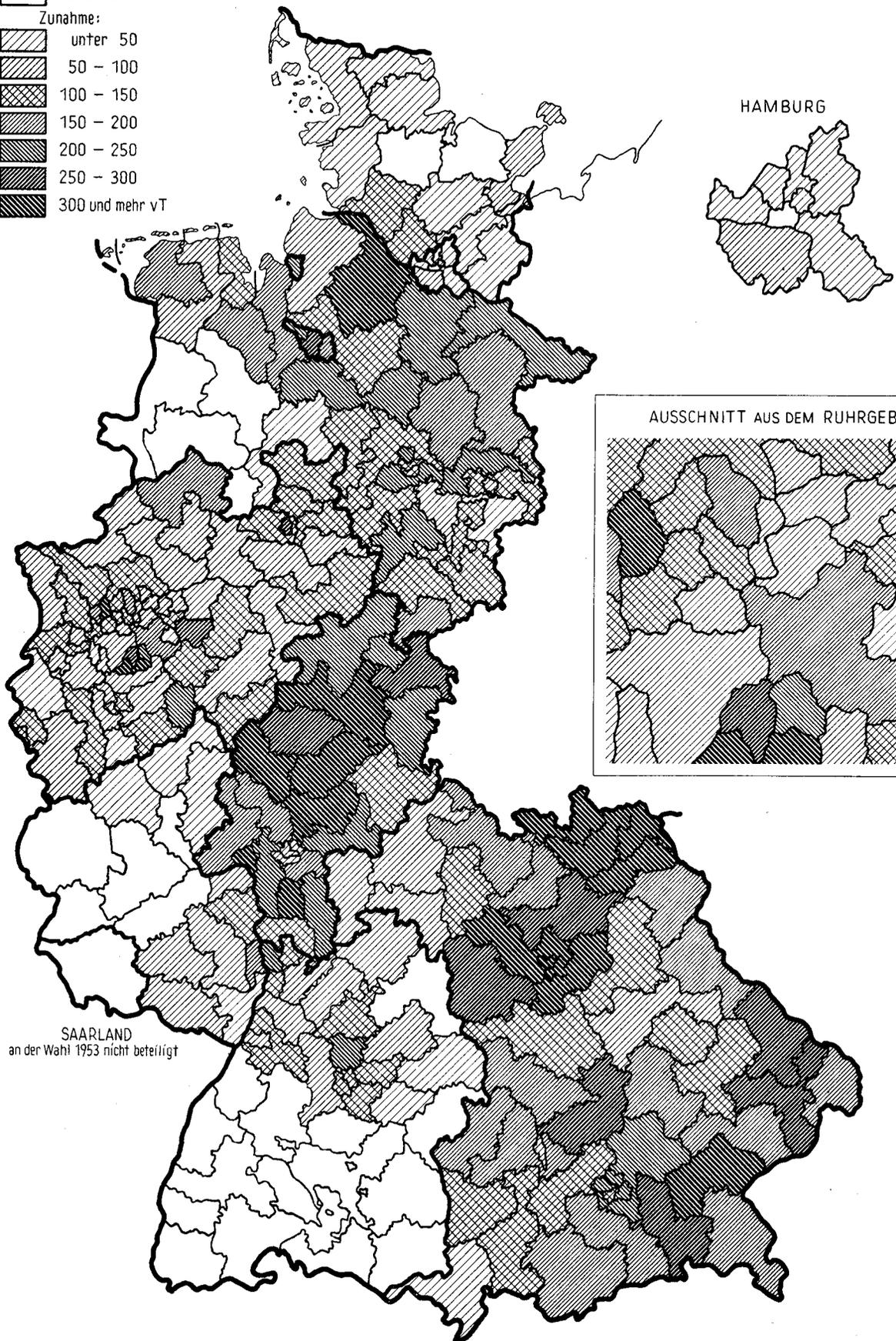
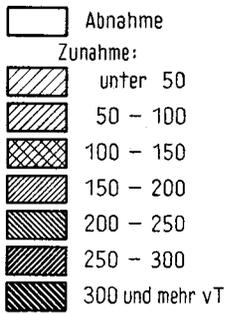
kamen im Wahlkreis 243 Saarbrücken Stadt (31,7 vH) und die meisten DP-Stimmen im Wahlkreis 33 Stade-Bremervörde (32,9 vH) in Niedersachsen zusammen. Das sind die einzigen Fälle, in denen FDP und DP 1957 mehr als 30 vH der Zweitstimmen gewonnen haben. Zwischen 20 und 30 vH der Zweitstimmen erhielt die FDP in 7 und die DP in 6 Wahlkreisen. Diese liegen bei der FDP in Baden-Württemberg und bei der DP in Niedersachsen. Um welche Wahlkreise es sich hierbei im einzelnen handelt, ist aus der Tabelle 27 zu entnehmen, in der auch für die CDU/CSU, die SPD und den GB/BHE die Wahlkreise namentlich aufgeführt sind, in denen diese Parteien 1957 die relativ meisten Stimmen bekamen.

Um einen besseren Überblick über die regionale Verteilung der Wählerschaft der einzelnen Parteien im Bundesgebiet zu gewinnen, ist der Anteil der Zweitstimmen für die CDU/CSU, die SPD, die FDP, den GB/BHE und die DP in den Wahlkreisen auch kartographisch dargestellt worden. Die Darstellung für den GB/BHE und die DP beschränkt sich dabei auf Kartenausschnitte. In den fehlenden Wahlkreisen betrug der Zweitstimmenanteil dieser beiden Parteien weniger als 10 vH.

Bei der CDU/CSU treten 2 Schwerpunkte stärker hervor: Der eine liegt im Westen des Bundesgebietes und umfaßt im wesentlichen das Land-Nordrhein-Westfalen, unter teilweiser Aussparung des Ruhrgebietes und des Reg.-Bez. Detmold, aber mit Ausläufern nach dem westlichen Teil von Niedersachsen im Norden, sowie nach dem nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz und nach dem Saarland im Süden; der andere liegt im Süden und Südosten des Bundesgebietes und deckt sich etwa mit dem Land Bayern und den Südtteilen von Baden-Württemberg. Mit jeweils mehr als 40 vH der Zweitstimmen ist die CDU/CSU jedoch auch noch im Ruhrgebiet, in Schleswig-Holstein, im Süden von Rheinland-Pfalz sowie in allen übrigen Teilen von Baden-Württemberg mit Ausnahme der Wahlkreise 166 Heilbronn und 164 Stuttgart II (Ost) vertreten. Verhältnismäßig schwach ist der Zweitstimmenanteil der CDU/CSU dagegen in großen Teilen von Niedersachsen und von Mittel- und Nordhessen. Jedoch befinden sich auch unter den 34 Wahlkreisen von Niedersachsen nur 5, nämlich die Wahlkreise 32 Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde, 33 Stade-Bremervörde, 43 Neustadt-Grafschaft Schaumburg, 44 Nienburg-Schaumburg-Lippe und 47 Alfeld-Holzwinden, in denen die CDU/CSU lediglich zwischen 20 und 30 vH der Zweitstimmen erhielt; unter den 22 Wahlkreisen von Hessen gibt es sogar nur einen, nämlich den Wahlkreis 128 Eschwege, mit einem gleich niedrigen CDU-Stimmenanteil.

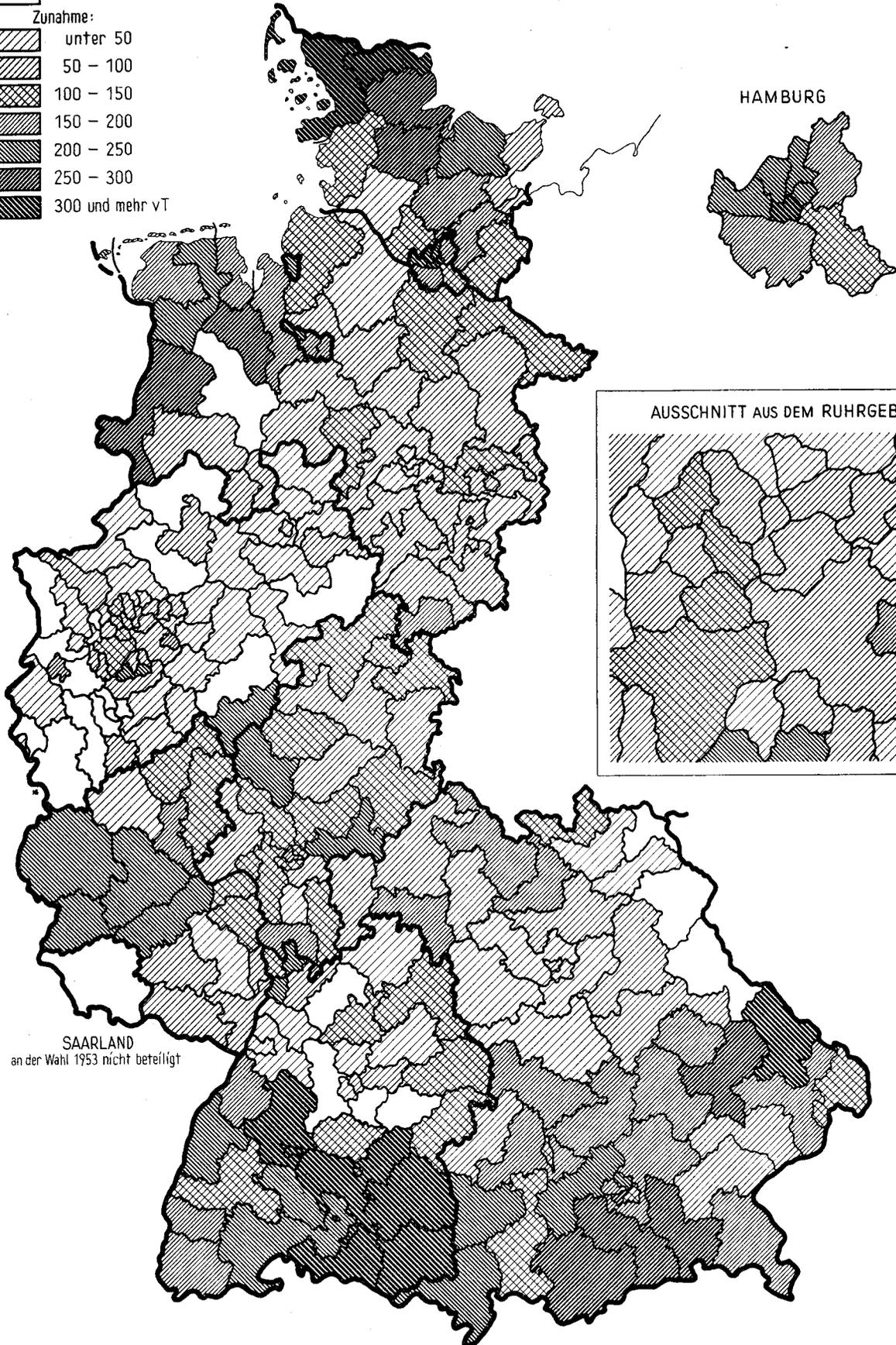
In den Gebieten mit relativ wenig CDU/CSU-Stimmen tritt die SPD nur zum Teil an deren Stelle. Dies ist im großen und ganzen im Ruhrgebiet der Fall, wo auf die SPD immer über 30 vH, oft sogar zwischen 40 bis 50 vH der Zweitstimmen entfielen. Ähnliche Stimmanteile ergaben sich dort aber auch schon für die CDU/CSU. Die übrigen Parteien wie die FDP, der GB/BHE und die DP spielen im Ruhrgebiet also kaum eine Rolle.

VERÄNDERUNG DER ZWEITSTIMMENANTEILE DER CDU/CSU VON 1953 AUF 1957 NACH WAHLKREISEN



VERÄNDERUNG DER ZWEITSTIMMENANTEILE DER SPD VON 1953 AUF 1957 NACH WAHLKREISEN

- Abnahme
- Zunahme:
 - unter 50
 - 50 - 100
 - 100 - 150
 - 150 - 200
 - 200 - 250
 - 250 - 300
 - 300 und mehr vT



HAMBURG

AUSSCHNITT AUS DEM RUHRGEBIET

SAARLAND
an der Wahl 1953 nicht beteiligt

Die Nummern und Namen der Wahlkreise sind den Schaubildern 18 und 17 zu entnehmen.

Außer im Ruhrgebiet finden sich größere Stimmanteile der SPD in Nordwest-Niedersachsen sowie in Hamburg und Bremen, ferner in der Nordostecke von Nordrhein-Westfalen (Reg.-Bez. Detmold), im ganzen Süden von Niedersachsen, in Hessen, hier vor allem im Mittel- und Südteil, schließlich auch in Rheinhessen und in der Pfalz. In Baden-Württemberg und in Bayern kamen auf die SPD im allgemeinen nur in den großstädtischen Wahlkreisen und in Nordostbayern mehr als 30 vH Zweitstimmen.

Die FDP hat ihr Schwergewicht in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und im Saarland. In Baden-Württemberg kam sie in 18 von 33 Wahlkreisen auf 10 bis unter 20 vH und in 7 Wahlkreisen auf 20 bis unter 30 vH Zweitstimmen, in 4 der 5 Wahlkreise des Saarlandes auf 10 bis unter 20 vH und in dem schon erwähnten Wahlkreis 243 Saarbrücken Stadt auf fast ein Drittel aller Zweitstimmen. Außer in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland betrugen die Anteile der FDP zwischen 10 und 20 vH in 6 Wahlkreisen von Hessen, in 6 Wahlkreisen von Nordrhein-Westfalen und in 2 Wahlkreisen von Niedersachsen.

Der GB/BHE, der in keinem Wahlkreis auf über 20 vH Zweitstimmen kam, erreichte 13,5 vH im Wahlkreis 8 Oldenburg-Eutin/Süd in Schleswig-Holstein und um 10 vH in 2 weiteren Wahlkreisen dieses Landes; weiterhin etwas über 10 vH in 11 Wahlkreisen von Niedersachsen und in 5 Wahlkreisen von Bayern. Damit haben sich die Wähler nur in den Ländern mit dem höchsten Anteil von Vertriebenen an der Bevölkerung in einigen Wahlkreisen in diesem stärkeren Umfang für den GB/BHE entschieden.

Ähnlich wie bei der FDP in Südwestdeutschland, konzentrieren sich die Wählerstimmen für die DP auf Niedersachsen, wo diese Partei auch entstanden ist. Außer im Wahlkreis 59 Bremerhaven-Bremen-Nord hat die DP in keinem der Wahlkreise der übrigen Länder über 10 vH der Stimmen erhalten. Eine Ausnahme machen lediglich die 3 Wahlkreise 126, 129 und 131 in Nordhessen, in denen ein Teil der Wähler, die früher für die FDP gestimmt haben, zur DP übergegangen ist. In Niedersachsen sind es vor allem die Gebiete zwischen Weser und Elbe, deren Bevölkerung in größerem Umfang für die DP gestimmt hat; im Westen und Nordwesten sowie im Südosten von Niedersachsen ist dagegen die Zahl der DP-Stimmen wieder gering.

Über die Veränderungen der Stimmanteile der CDU/CSU und der SPD in den Wahlkreisen seit der Bundestagswahl 1953 geben die Schaubilder 18 und 19 Aufschluß.

Der Anteil der für die CDU/CSU abgegebenen Zweitstimmen hat sich lediglich in 28 der insgesamt 242 Wahlkreise des Bundesgebietes ohne Saarland vermindert; in allen anderen 214 Wahlkreisen mehr oder weniger erhöht. Von den Wahlkreisen, in denen die Zweitstimmenanteile der CDU/CSU zurückgegangen sind, liegen einer in Hamburg, 3 in Schleswig-Holstein, 4 in Niedersachsen, 5 in Rheinland-Pfalz und 15 in Baden-Württemberg. Die Wahlkreise, in denen sich die Stimmanteile der CDU/CSU am stärksten vermindert haben, befinden sich in Baden-Württemberg. Sehr stark zugenommen haben die Stimmanteile der CDU/CSU vor allem in Nordost-Niedersachsen, in fast ganz Hessen, in Mittelfranken und Nordost-Bayern sowie in einigen Teilen von Ober- und Niederbayern.

Die SPD hat ihre Zweitstimmenanteile in 217 Wahlkreisen verbessern können und in 2 Wahlkreisen gehalten; in 23 Wahlkreisen haben sie abgenommen. In diesen Wahlkreisen ist im allgemeinen ein Stimmenzuwachs der CDU festzustellen, woraus geschlossen werden kann, daß hier ein Teil der Wähler zur CDU übergegangen ist. Es handelt sich dabei vor allem um die Wahlkreise 65 Köln-Land, 66 Köln I, 83 Kempen-Krefeld, 95 Steinfurt-Tecklenburg, 103 Warburg-Höxter-Büren, 168 Eblingen, 216 Cham, 218 Tirschenreuth und 223 Hof. Auf der anderen Seite ist zu beobachten, daß der Anteil der für die SPD abgegebenen Zweitstimmen im großen und ganzen dort stark zugenommen hat, wo für die CDU/CSU Einbußen im Anteil der für sie abgegebenen Stimmen zu verzeichnen sind. Das ist besonders in 2 der drei Wahlkreise mit Verlusten der CDU/CSU in Schleswig-Holstein der Fall, ferner in den Wahlkreisen 26 Emsland und 27 Bersenbrück-Lingen von Niedersachsen, vor allem aber in 5 Wahlkreisen der Regierungsbezirke Koblenz und

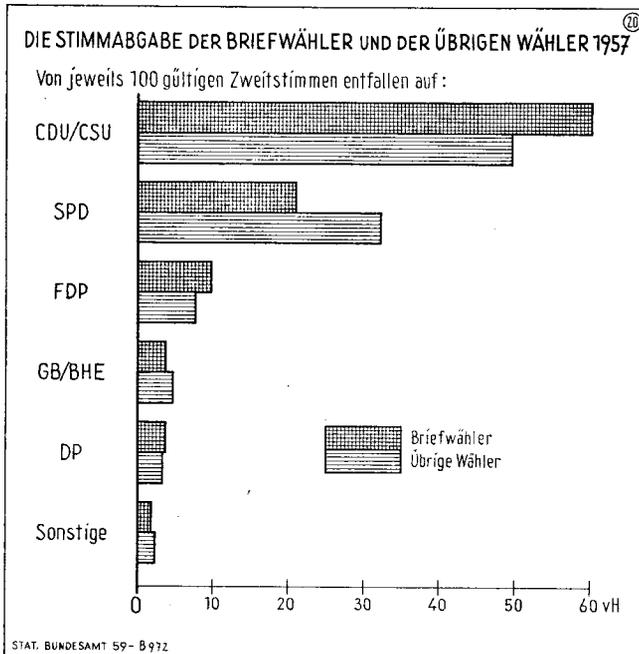
Trier in Rheinland-Pfalz und im Südteil von Baden-Württemberg. Hier liegen die meisten Wahlkreise, in denen die SPD ihren Stimmanteil besonders stark verbessern konnte.

In der Masse der Wahlkreise sind sowohl die Stimmanteile für die CDU/CSU wie auch diejenigen für die SPD angestiegen, so daß hier die Gewinne auf Kosten der übrigen Parteien, vor allem der FDP und des GB/BHE gegangen sein müssen. Dies trifft besonders für die nördlichen Wahlkreise von Schleswig-Holstein mit einem Rückgang der GB/BHE-Stimmen sowie für fast ganz Hessen, Mittelfranken und Nordostbayern mit einem starken Rückgang der FDP-Stimmen zu.

3. Die Stimmabgabe der Briefwähler

Nach den Ausführungen unter B II A haben über 1,5 Mill. Wahlberechtigte oder 4,9 vH ihre Stimme mit Wahlbrief abgegeben. Die Zahl der gültigen Zweitstimmen, die mit Wahlbrief abgegeben worden sind, beläuft sich auf 1 511 593. Von den 29 905 428 gültigen Zweitstimmen überhaupt kamen demnach 5,1 vH von Briefwählern.

Der Anteil der Briefwahlstimmen an den Stimmen für die einzelnen Parteien weicht von diesem Durchschnitt erheblich ab (Tabelle 28). Er beträgt bei der FDP 6,3 vH, bei der CDU/CSU 6,1 vH, bei der DP 5,4 vH, beim GB/BHE 3,9 vH und bei der SPD sogar nur 3,3 vH. Für die CDU/CSU haben 911 664 oder 60,3 vH der Briefwähler ihre Zweitstimme abgegeben, während von den übrigen Wählern nur 49,6 vH für diese beiden Parteien stimmten. Die Zahl der SPD-Briefwähler war nur ein Drittel so groß und betrug 317 337 oder 21,0 vH, bei einem Anteil der SPD an den übrigen Stimmen von 32,3 vH. Auf die FDP entfielen 9,7 vH der Briefwahl- und 7,6 vH der übrigen Stimmen, auf den GB/BHE, 3,6 bzw. 4,6 und auf die DP 3,6 bzw. 3,4 vH. Das Ergebnis der Briefwahl ist also für die CDU/CSU, FDP und DP günstiger und für die SPD und alle im Bundestag nicht vertretenen Parteien ungünstiger als das Ergebnis der Wahl im Wahllokal. Diese Tendenz läßt sich mit ganz wenigen Ausnahmen in allen Ländern und auch bei den Erststimmen verfolgen. Beim Bundesergebnis besteht der relativ größte Unterschied zugunsten der Briefwahlstimmen bei der FDP und zuungunsten der Briefwahlstimmen bei der SPD.



Die von der Stimmabgabe der übrigen Wähler abweichende Stimmabgabe der Briefwähler wirkt sich selbstverständlich auch auf die Anteile der Parteien an allen Stimmen aus. Diese Auswirkungen sind jedoch nicht sehr bedeutend. Der Grund dafür liegt darin, daß die Briefwahlstimmen, gemessen an der Gesamtzahl der Stimmen, nur einen geringen Prozentsatz ausmachen und die Briefwähler nicht grundsätzlich anders gestimmt haben wie die übrigen Wähler.

28. Stimmabgabe 1957 nach Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Briefwähler

| Land a = ohne Briefwähler b = Briefwähler c = insgesamt | Gültige Stimmen | | | | | | | | | | |
|--|-----------------|--|------|-----------|------|-----------|------|-----------|------|-----------|------|
| | insgesamt | davon für Wahlbewerber bzw. Landeslisten der | | | | | | | | | |
| | | CDU/CSU | | SPD | | FDP | | DP | | Sonstigen | |
| | | Anzahl | vH | Anzahl | vH | Anzahl | vH | Anzahl | vH | Anzahl | vH |
| Erststimmen | | | | | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein a | 1 270 690 | 632 083 | 49,7 | 399 003 | 31,4 | 62 660 | 4,9 | 40 462 | 3,2 | 136 482 | 10,7 |
| b | 63 958 | 38 116 | 59,6 | 13 558 | 21,2 | 4 504 | 7,0 | 2 078 | 3,2 | 5 702 | 8,9 |
| Hamburg a | 1 092 792 | 407 998 | 37,3 | 516 136 | 47,2 | 97 224 | 8,9 | 45 516 | 4,2 | 25 018 | 2,4 |
| b | 73 288 | 37 151 | 50,7 | 22 711 | 31,0 | 8 334 | 11,4 | 3 821 | 4,5 | 1 771 | 2,4 |
| Niedersachsen a | 3 644 309 | 1 344 021 | 36,9 | 1 237 021 | 33,9 | 207 624 | 5,7 | 478 607 | 13,1 | 377 036 | 10,3 |
| b | 183 387 | 84 279 | 46,0 | 42 180 | 23,0 | 15 897 | 8,7 | 25 008 | 13,6 | 16 023 | 8,7 |
| Bremen a | 384 859 | 115 935 | 30,1 | 182 612 | 47,4 | 20 147 | 5,2 | 52 891 | 13,7 | 13 274 | 3,4 |
| b | 20 898 | 8 753 | 41,9 | 6 035 | 28,9 | 1 978 | 9,5 | 3 499 | 16,7 | 633 | 3,0 |
| Nordrhein-Westfalen a | 8 463 290 | 4 589 616 | 54,2 | 2 953 959 | 34,9 | 492 186 | 5,8 | 101 597 | 1,2 | 325 932 | 3,9 |
| b | 473 673 | 321 684 | 67,9 | 95 358 | 20,1 | 36 121 | 7,6 | 6 912 | 1,5 | 13 598 | 2,9 |
| Hessen a | 2 614 423 | 992 593 | 38,0 | 1 030 518 | 39,4 | 227 862 | 8,7 | 184 496 | 7,1 | 178 954 | 6,8 |
| b | 145 762 | 71 873 | 49,3 | 40 704 | 27,9 | 16 015 | 11,0 | 9 923 | 6,8 | 7 247 | 5,0 |
| Rheinland-Pfalz a | 1 818 572 | 973 353 | 53,5 | 567 070 | 31,2 | 176 537 | 9,7 | 25 818 | 1,4 | 75 794 | 4,2 |
| b | 89 645 | 57 996 | 64,7 | 19 054 | 21,3 | 8 763 | 9,8 | 1 407 | 1,6 | 2 425 | 2,7 |
| Baden-Württemberg a | 3 765 158 | 1 993 235 | 52,9 | 1 019 257 | 27,1 | 518 763 | 13,8 | 38 361 | 1,0 | 195 492 | 5,2 |
| b | 189 599 | 118 041 | 62,3 | 34 114 | 18,0 | 28 247 | 14,9 | 2 555 | 1,3 | 6 642 | 3,5 |
| Bayern a | 5 049 804 | 2 904 385 | 57,5 | 1 287 761 | 25,5 | 233 643 | 4,6 | 34 051 | 0,7 | 589 964 | 11,7 |
| b | 253 560 | 164 033 | 64,7 | 44 295 | 17,5 | 18 698 | 7,4 | 2 026 | 0,8 | 24 508 | 9,7 |
| Saarland a | 539 411 | 294 852 | 54,7 | 137 246 | 25,4 | 96 776 | 17,9 | 3 642 | 0,7 | 6 895 | 1,3 |
| b | 19 136 | 11 503 | 60,1 | 3 077 | 16,1 | 4 255 | 22,2 | 123 | 0,6 | 178 | 0,9 |
| Bundesgebiet a | 28 643 308 | 14 248 121 | 49,7 | 9 330 583 | 32,6 | 2 133 422 | 7,4 | 1 005 441 | 3,5 | 1 925 741 | 6,7 |
| b | 1 512 906 | 913 429 | 60,4 | 321 036 | 21,2 | 142 812 | 9,4 | 56 852 | 3,8 | 78 727 | 5,2 |
| c | 30 156 214 | 15 161 550 | 50,3 | 9 651 609 | 32,0 | 2 276 234 | 7,5 | 1 062 293 | 3,5 | 2 004 468 | 6,6 |
| Zweitstimmen | | | | | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein a | 1 248 405 | 594 576 | 47,6 | 391 213 | 31,3 | 68 665 | 5,5 | 46 848 | 3,8 | 147 103 | 11,8 |
| b | 63 640 | 36 571 | 57,5 | 13 382 | 21,0 | 4 991 | 7,8 | 2 491 | 3,9 | 6 205 | 9,8 |
| Hamburg a | 1 081 451 | 396 069 | 36,6 | 506 286 | 46,8 | 99 885 | 9,2 | 50 414 | 4,7 | 23 797 | 2,7 |
| b | 72 808 | 36 193 | 49,7 | 22 359 | 30,7 | 8 566 | 11,8 | 3 730 | 5,1 | 1 960 | 2,7 |
| Niedersachsen a | 3 642 316 | 1 405 188 | 38,6 | 1 213 695 | 33,3 | 210 798 | 5,8 | 415 474 | 11,4 | 397 211 | 10,9 |
| b | 184 097 | 90 205 | 49,0 | 41 509 | 22,5 | 15 665 | 8,5 | 20 462 | 11,1 | 16 256 | 8,8 |
| Bremen a | 377 809 | 112 513 | 29,8 | 178 067 | 47,1 | 21 255 | 5,6 | 51 727 | 13,7 | 14 247 | 3,8 |
| b | 20 791 | 8 751 | 42,1 | 5 936 | 28,6 | 2 036 | 9,9 | 3 391 | 16,3 | 657 | 3,2 |
| Nordrhein-Westfalen a | 8 382 232 | 4 497 526 | 53,7 | 2 872 474 | 34,3 | 516 223 | 6,2 | 131 549 | 1,6 | 364 460 | 4,3 |
| b | 473 039 | 316 470 | 66,9 | 93 142 | 19,7 | 38 558 | 8,2 | 9 781 | 2,1 | 15 088 | 3,2 |
| Hessen a | 2 581 399 | 1 040 205 | 40,3 | 997 250 | 38,6 | 217 838 | 8,4 | 141 512 | 5,5 | 184 594 | 7,2 |
| b | 145 864 | 76 289 | 52,3 | 39 916 | 27,4 | 15 034 | 10,3 | 7 280 | 5,0 | 7 345 | 5,0 |
| Rheinland-Pfalz a | 1 809 716 | 962 537 | 53,2 | 559 377 | 30,9 | 176 313 | 9,7 | 27 933 | 1,5 | 83 506 | 4,6 |
| b | 89 289 | 57 172 | 64,0 | 18 826 | 21,1 | 8 975 | 10,1 | 1 715 | 1,9 | 2 601 | 2,9 |
| Baden-Württemberg a | 3 718 631 | 1 945 203 | 52,3 | 976 576 | 26,3 | 531 956 | 14,3 | 46 830 | 1,3 | 218 066 | 5,9 |
| b | 189 209 | 116 498 | 61,6 | 32 443 | 17,1 | 29 582 | 15,6 | 3 220 | 1,7 | 7 466 | 3,9 |
| Bayern a | 5 019 885 | 2 853 857 | 56,9 | 1 348 060 | 26,9 | 222 303 | 4,4 | 36 426 | 0,7 | 559 239 | 11,1 |
| b | 253 756 | 162 035 | 63,9 | 46 751 | 18,4 | 18 392 | 7,2 | 2 380 | 0,9 | 24 198 | 9,5 |
| Saarland a | 531 991 | 289 111 | 54,3 | 135 236 | 25,4 | 95 871 | 18,0 | 3 928 | 0,7 | 7 845 | 1,5 |
| b | 19 100 | 11 480 | 60,1 | 3 073 | 16,1 | 4 209 | 22,0 | 141 | 0,7 | 197 | 1,0 |
| Bundesgebiet a | 28 393 835 | 14 096 735 | 49,6 | 9 178 234 | 32,3 | 2 161 107 | 7,6 | 952 691 | 3,4 | 2 005 068 | 7,1 |
| b | 1 511 593 | 911 664 | 60,3 | 317 337 | 21,0 | 146 028 | 9,7 | 54 591 | 3,6 | 81 973 | 5,4 |
| c | 29 905 428 | 15 008 399 | 50,2 | 9 495 571 | 31,8 | 2 307 135 | 7,7 | 1 007 282 | 3,4 | 2 087 041 | 7,0 |

Eine Berechnung der Sitzverteilung im Bundestag unter Weglassung der Briefwahlstimmen ergäbe (die tatsächliche Zahl der Sitze in Klammern) für die CDU/CSU 267 (270) Sitze, für die SPD 173 (169), für die FDP 40 (41) und für die DP 17 (17), also eine leichte Verschiebung zugunsten der SPD. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, daß ohne Einführung der Briefwahl der Bundestag diese Zusammensetzung haben würde. Der größte Teil der Briefwähler hätte in diesem Fall einen gewöhnlichen Wahlschein benutzt und dann seine Stimme den gleichen Parteien gegeben wie auf dem Stimmzettel im Wahlbrief.

4. Die Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik 1957 über Geschlecht und Alter der Wähler können unter dem Gesichtspunkt der Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien und unter dem Gesichtspunkt der Stimmabgabe der Männer und Frauen studiert werden.

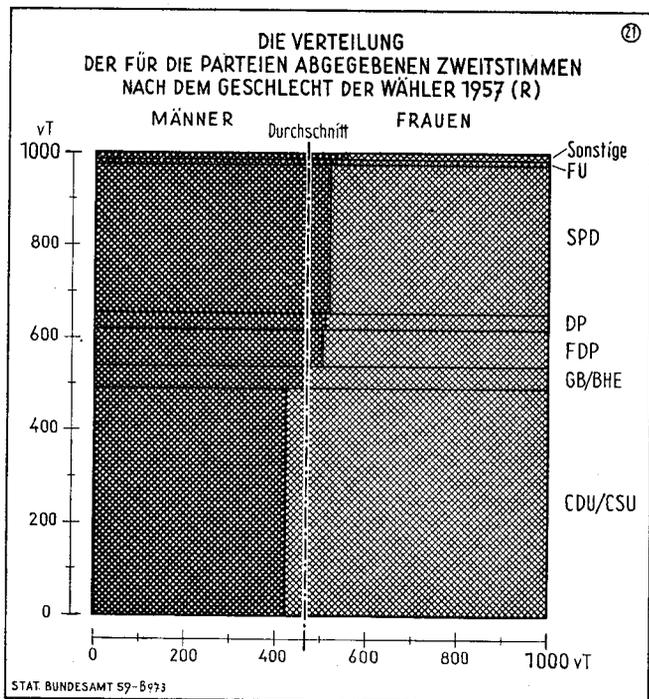
Nach der Höhe des Anteils der Frauenstimmen geordnet, ergibt sich für die Parteien nebenstehende Reihenfolge.

Danach überwiegen nur bei der CDU/CSU und beim GB/BHE die Frauenstimmen, obwohl sich die Männerstimmen zu den Frauenstimmen im Durchschnitt wie 467 : 533 verhalten, bzw. auf 1000 Männerstimmen 1141 Frauenstimmen kommen. Ungefähr wie im Durchschnitt verteilen sich die Stimmen für den

GB/BHE; bei der CDU/CSU liegt der Frauenanteil um 8 vH darüber und der Männeranteil um 10 vH darunter. Die Männer überwiegen, abgesehen von den Splittergruppen mit den meisten männlichen Wählern, am stärksten bei der FU und dann bei der SPD. Bei der SPD liegt der Männeranteil um 11 vH über und der Frauenanteil um 9 vH unter dem Durchschnitt. Drückt man schließlich den Anteil der Männer und Frauen unter den SPD-Wählern im Verhältnis zum Anteil der Männer und Frauen unter den CDU/CSU-Wählern aus, so ist bei der SPD der Anteil der Männerstimmen um 22 vH höher und der Anteil der Frauenstimmen um 16 vH niedriger als bei der CDU/CSU. Im Vergleich zwischen CDU/CSU und SPD dominieren also bei der CDU/CSU sehr stark die Frauen und bei der SPD sehr stark die Männer.

| Partei | Von 1000 Zweitstimmen für nebenstehende Partei entfallen auf | |
|----------------------------|--|---------------|
| | Männerstimmen | Frauenstimmen |
| CDU/CSU | 422 | 578 |
| GB/BHE | 462 | 538 |
| FDP | 502 | 498 |
| DP | 507 | 493 |
| SPD | 517 | 483 |
| FU | 529 | 471 |
| Sonstige | 553 | 447 |
| Zweitstimmen insgesamt . . | 467 | 533 |

Unter den Wählern der FDP und DP halten sich die Männer und Frauen etwa die Waage. Etwa das gleiche Bild ergab sich schon 1953.



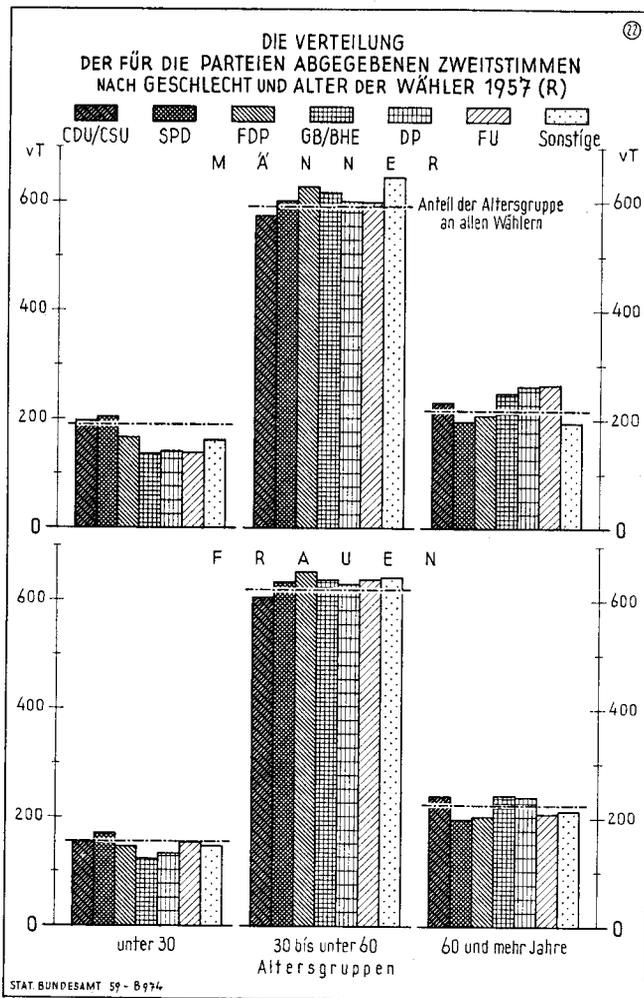
Die Partei mit den meisten jüngeren Wählern ist die SPD. Von 1000 ihrer männlichen Wähler waren über 200 und von 1000 ihrer weiblichen Wähler etwa 170 noch keine 30 Jahre alt. Bei der CDU beträgt der Anteil der Männer unter 30 Jahren nicht ganz 200 aT und derjenige der Frauen etwas über 150 aT. Das entspricht in beiden Fällen ungefähr dem Anteil der unter 30jährigen an allen Wählern.

29. Verteilung der für die Parteien abgegebenen Zweitstimmen 1953 und 1957 nach Geschlecht und Alter der Wähler (R)

| Partei | Von je 1000 Wählern der nebenstehenden Parteien standen im Alter von ... Jahren | | | | | |
|-------------------------------|---|------|-----------------|------|-------------|------|
| | unter 30 | | 30 bis unter 60 | | 60 und mehr | |
| | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 |
| Männer | | | | | | |
| CDU/CSU | 196 | 186 | 574 | 580 | 230 | 234 |
| SPD | 203 | 184 | 601 | 617 | 196 | 199 |
| FDP | 166 | 149 | 628 | 641 | 207 | 210 |
| GB/BHE | 135 | 147 | 617 | 644 | 248 | 209 |
| DP | 140 | . | 600 | . | 261 | . |
| FU | 138 | . | 599 | . | 263 | . |
| Sonstige | 161 | . | 645 | . | 194 | . |
| Gültige Zweitstimmen zusammen | 190 | 174 | 593 | 610 | 217 | 216 |
| Frauen | | | | | | |
| CDU/CSU | 155 | 159 | 605 | 610 | 240 | 231 |
| SPD | 170 | 163 | 634 | 648 | 197 | 189 |
| FDP | 146 | 140 | 652 | 665 | 202 | 195 |
| GB/BHE | 122 | 132 | 637 | 671 | 241 | 197 |
| DP | 132 | . | 629 | . | 238 | . |
| FU | 154 | . | 638 | . | 208 | . |
| Sonstige | 146 | . | 642 | . | 212 | . |
| Gültige Zweitstimmen zusammen | 156 | 155 | 620 | 633 | 224 | 212 |

Bei den übrigen Parteien ergeben sich Anteile für die unter 30jährigen, die mehr oder weniger unter dem Durchschnitt liegen. Das gilt bei den Männern insbesondere für den GB/BHE, die DP und die FU, bei den Frauen für den GB/BHE und die DP. Von allen Parteien hat der GB/BHE die wenigsten jungen Wähler.

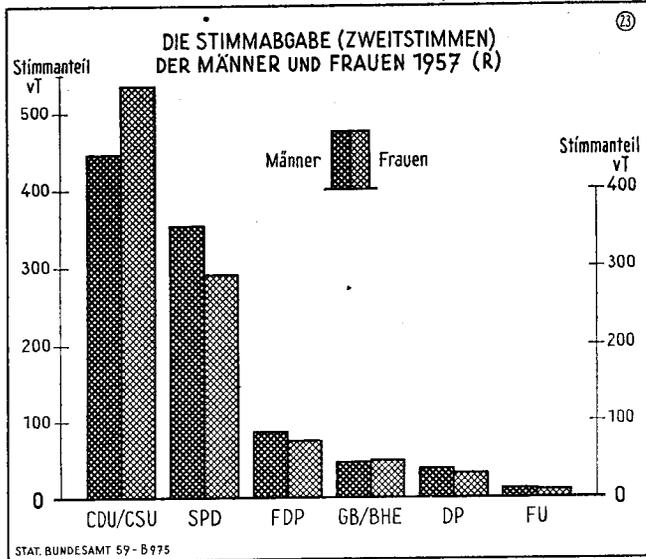
Die Parteien mit den wenigsten jungen Wählern hatten andererseits die meisten Wähler über 60 Jahre. Bei den Männern stehen die FU, die DP und der GB/BHE, bei den Frauen der GB/BHE, die CDU/CSU und die DP an der Spitze. Die wenigsten alten Wähler hatte die SPD. Die Altersgruppe der 30- bis 60-jährigen ist am stärksten bei der FDP und am schwächsten bei der CDU/CSU vertreten.



Verglichen mit 1953 hat sich der Anteil der Wähler unter 30 bei der SPD stärker erhöht als bei der CDU/CSU, der Anteil der Wähler zwischen 30 und 60 Jahren bei der SPD stärker vermindert als bei der CDU/CSU. Etwa gleich geblieben sind die Anteile für die über 60jährigen. Beim GB/BHE hat im Gegensatz zu den Veränderungen der durchschnittlichen Altersverteilung eine starke Verschiebung nach den Wählern über 60 Jahren stattgefunden, der ein entsprechender Rückgang der Anteilziffern für die unter 30 und für die 30- bis 60jährigen Wähler gegenübersteht.

Im Wahlverhalten der Männer und Frauen bestehen große Ähnlichkeiten, gleich, ob man von den Männer- und Frauenstimmen insgesamt ausgeht oder von den Stimmen, die die Männer und Frauen der einzelnen Altersgruppen abgegeben haben. Dasselbe wird sich in den späteren Abschnitten ergeben, in denen die Stimmabgabe der Männer und Frauen noch nach Stadt und Land, in Abhängigkeit von der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung und in Abhängigkeit vom Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung in den Gemeinden untersucht werden wird.

Bei keinem Geschlecht und in keiner Altersgruppe weicht die Reihenfolge der Stimmanteile der in die Sonderauszählungen einbezogenen Parteien von der Reihenfolge ab, die sich ohne Unterscheidung nach Geschlecht und Alter ergibt. Von den Männern gaben etwa 45 vH ihre Stimmen der CDU/CSU und von den Frauen rund 54 vH. Wenn die CDU/CSU knapp mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, und dadurch auch die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag er-



hielt, so verdankt sie diese Mehrheit den Frauenstimmen. Die SPD steht mit einem Stimmanteil von etwa 35 vH bei den Männern, aber lediglich 29 vH bei den Frauen an zweiter Stelle. Im Vergleich zu 1953 hat sich der Anteil der auf die SPD entfallenden Frauenstimmen kaum geändert, während die Männer 1957 in merklich größerem Umfang SPD gewählt haben als 1953. Der Anteil der CDU/CSU-Stimmen hat sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen zugenommen. Der Anteil der FDP-, DP- und FU-Stimmen war bei den Männern größer als bei den Frauen; für den GB/BHE ergaben sich bei Männern und Frauen etwa die gleichen Stimmanteile.

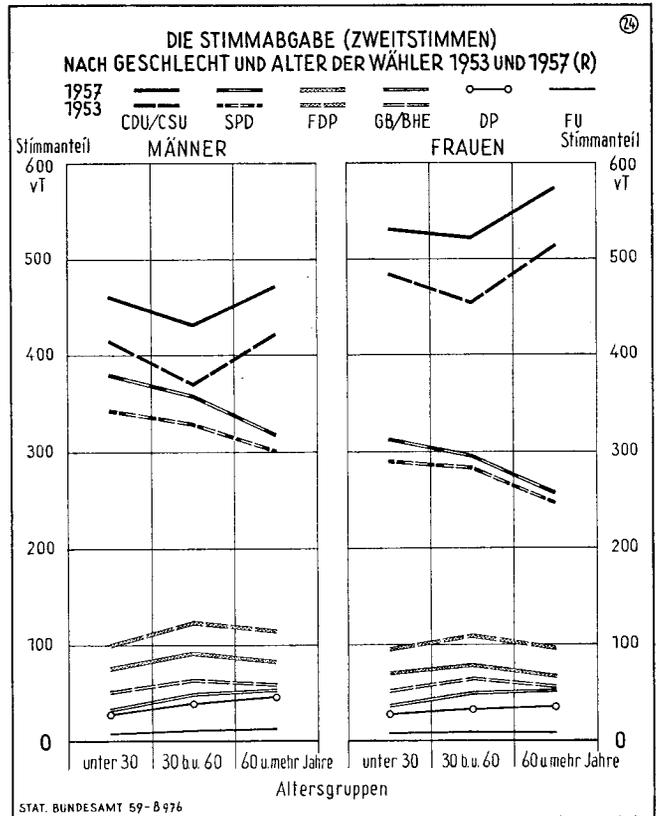
30. Stimmabgabe (Zweitstimmen) 1953 und 1957 nach Geschlecht und Alter der Wähler (R)

| Partei | Von 1000 gültigen Zweitstimmen entfallen auf nebenstehende Parteien | | | | | | | |
|---------------|---|------|--------------------------------|------|-----------------|------|-------------|------|
| | Wähler insgesamt | | Wähler im Alter von ... Jahren | | | | | |
| | 1957 | 1953 | unter 30 | | 30 bis unter 60 | | 60 und mehr | |
| Männer | | | | | | | | |
| CDU/CSU | 446 | 339 | 461 | 414 | 432 | 370 | 471 | 422 |
| SPD | 353 | 325 | 379 | 343 | 358 | 329 | 313 | 301 |
| FDP | 86 | 117 | 75 | 100 | 91 | 123 | 82 | 114 |
| GB/BHE | 47 | 60 | 33 | 51 | 49 | 63 | 53 | 58 |
| DP | 38 | . | 28 | . | 39 | . | 46 | . |
| FU | 11 | . | 8 | . | 11 | . | 13 | . |
| Sonstige | 19 | . | 16 | . | 21 | . | 17 | . |
| Zusammen | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 |
| Frauen | | | | | | | | |
| CDU/CSU | 535 | 472 | 531 | 484 | 522 | 454 | 574 | 514 |
| SPD | 289 | 276 | 313 | 290 | 295 | 283 | 253 | 247 |
| FDP | 74 | 104 | 70 | 95 | 78 | 109 | 67 | 96 |
| GB/BHE | 48 | 60 | 37 | 51 | 49 | 64 | 51 | 56 |
| DP | 32 | . | 28 | . | 33 | . | 35 | . |
| FU | 9 | . | 8 | . | 9 | . | 8 | . |
| Sonstige | 14 | . | 13 | . | 14 | . | 13 | . |
| Zusammen | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 | 1000 |

Die Männer haben in allen Altersgruppen für die CDU/CSU weniger Stimmen abgegeben als die Frauen und in allen Altersgruppen mehr Stimmen für die SPD als die Frauen. Am wenigsten neigten die 30- bis 60jährigen Männer und Frauen dazu, CDU/CSU zu wählen und am stärksten die über 60jährigen; die Anteile für die unter 30jährigen liegen dazwischen. Der größte Unterschied in der Stimmabgabe für die CDU/CSU besteht zwischen den 30- bis 60jährigen Männern und den über 60jährigen Frauen. Während erstere nur zu 43 vH CDU/CSU wählten, betrug unter letzteren der Anteil der CDU/CSU-Wähler 57 vH.

Anders als bei der CDU/CSU nimmt bei der SPD der Stimmanteil mit wachsendem Alter ab. Einem Stimmanteil von fast 40 vH bei den unter 30jährigen Männern und von rund 30 vH

bei den unter 30jährigen Frauen steht ein solcher von nur etwas über 30 vH bei den mehr als 60jährigen Männern und von rund 25 vH bei den mehr als 60jährigen Frauen gegenüber. Dem besonders großen Stimmanteil der CDU/CSU bei den alten Wählern entspricht bei der SPD ein besonders geringer Anteil in dieser Altersgruppe.



Da sich für die CDU/CSU und für die SPD bei den 30- bis 60jährigen niedrigere Stimmanteile ergeben als bei den jüngeren Wählern, ist zu erwarten, daß bei den übrigen Parteien die Stimmanteile mit zunehmendem Alter zunächst ansteigen. Das ist bei der FDP, dem GB/BHE, der DP und der FU auch tatsächlich der Fall. Für alle diese Parteien haben die 30- bis 60jährigen Männer und Frauen mehr Stimmen abgegeben als die unter 30jährigen. Noch höhere Stimmanteile weist die DP, der GB/BHE und die FU unter den über 60jährigen auf. Die FDP dagegen verliert bei den über 60jährigen wieder an Anziehungskraft.

Im Wahlverhalten der Männer und Frauen nach dem Alter hat sich seit 1953 grundsätzlich kaum etwas geändert. Kleinere Unterschiede, wie sie sich insbesondere aus den Kurven im Schaubild ergeben, können auch darauf beruhen, daß der Vergleich mit 1953 nicht genau durchgeführt werden kann, da in den Ergebnissen von 1953 die Länder Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland fehlen, und in den Ergebnissen von 1957 die Briefwahlstimmen. Wichtig ist jedoch, daß die Anteile der CDU/CSU- und die Anteile der SPD-Stimmen in allen Altersgruppen der Männer und Frauen größer geworden sind, während FDP und GB/BHE in allen Altersgruppen der beiden Geschlechter Stimmenverluste erlitten haben. Die CDU/CSU hat die meisten Stimmen unter den 30- bis 60jährigen hinzugewonnen und die SPD unter den jüngsten Wählern. Die Stimmenverluste der FDP sind in der Hauptsache bei den 30- bis 60jährigen zu finden und die Einbußen des GB/BHE bei den Wählern unter 60 Jahren. Die über 60jährigen haben diese Partei auch 1957 in kaum geringerem Umfang gewählt als 1953.

Abschließend seien in der Tabelle 31 auch noch die absoluten Zahlen der von den Männern und Frauen verschiedenen Alters für die Parteien abgegebenen Stimmen wiedergegeben. Es handelt sich um hochgerechnete Zahlen der repräsentativen Wahlstatistik. Daher können die Summen der Stimmen aller Altersgruppen der Männer und Frauen für die einzelnen Parteien nicht genau mit dem tatsächlichen Wahlergebnis übereinstimmen.

**31. Stimmabgabe der Männer und Frauen 1957
nach Altersgruppen (R)**
(ohne Briefwähler in 1000)

| Partei | 1 = Erststimmen 2 = Zweitstimmen | Gültige Stimmen insgesamt | Von Wählern im Alter von ... Jahren | | |
|--------------------------|-------------------------------------|---------------------------|-------------------------------------|-------|-------------|
| | | | unter 30 | 30-60 | 60 und mehr |
| Männer | | | | | |
| CDU/CSU | 1 | 5 967 | 1 160 | 3 422 | 1 385 |
| | 2 | 5 908 | 1 158 | 3 394 | 1 356 |
| SPD . . . | 1 | 4 739 | 967 | 2 847 | 925 |
| | 2 | 4 684 | 952 | 2 815 | 917 |
| FDP . . . | 1 | 1 112 | 185 | 696 | 232 |
| | 2 | 1 138 | 189 | 714 | 235 |
| GB/BHE. | 1 | 594 | 83 | 368 | 143 |
| | 2 | 620 | 84 | 383 | 154 |
| DP | 1 | 528 | 79 | 316 | 133 |
| | 2 | 506 | 71 | 304 | 132 |
| FU | 1 | 163 | 24 | 101 | 38 |
| | 2 | 145 | 20 | 87 | 38 |
| Sonstige . | 1 | 217 | 39 | 138 | 40 |
| | 2 | 253 | 41 | 163 | 49 |
| Frauen | | | | | |
| CDU/CSU | 1 | 8 144 | 1 257 | 4 915 | 1 972 |
| | 2 | 8 099 | 1 256 | 4 897 | 1 946 |
| SPD . . . | 1 | 4 453 | 758 | 2 823 | 873 |
| | 2 | 4 369 | 741 | 2 770 | 859 |
| FDP . . . | 1 | 1 129 | 167 | 736 | 226 |
| | 2 | 1 128 | 165 | 735 | 228 |
| GB/BHE. | 1 | 707 | 90 | 452 | 166 |
| | 2 | 721 | 88 | 460 | 174 |
| DP | 1 | 547 | 74 | 344 | 130 |
| | 2 | 492 | 65 | 310 | 117 |
| FU | 1 | 145 | 22 | 95 | 28 |
| | 2 | 129 | 20 | 82 | 27 |
| Sonstige . | 1 | 169 | 25 | 108 | 36 |
| | 2 | 205 | 30 | 131 | 43 |
| Männer und Frauen | | | | | |
| CDU/CSU | 1 | 14 111 | 2 417 | 8 337 | 3 357 |
| | 2 | 14 008 | 2 414 | 8 291 | 3 302 |
| SPD . . . | 1 | 9 192 | 1 725 | 5 669 | 1 798 |
| | 2 | 9 052 | 1 693 | 5 584 | 1 775 |
| FDP . . . | 1 | 2 241 | 352 | 1 432 | 457 |
| | 2 | 2 266 | 354 | 1 450 | 463 |
| GB/BHE. | 1 | 1 301 | 173 | 820 | 309 |
| | 2 | 1 342 | 172 | 843 | 327 |
| DP | 1 | 1 075 | 153 | 660 | 263 |
| | 2 | 998 | 136 | 613 | 249 |
| FU | 1 | 308 | 46 | 196 | 66 |
| | 2 | 273 | 40 | 169 | 65 |
| Sonstige . | 1 | 386 | 64 | 246 | 76 |
| | 2 | 458 | 71 | 295 | 93 |

Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, daher bei den Zahlen ohne Unterscheidung nach Geschlecht und Alter keine volle Übereinstimmung mit den tatsächlichen Zahlen.

5. Die Stimmabgabe in Stadt und Land

Für eine Untersuchung der Stimmabgabe in der Stadt und auf dem Lande stehen aus der repräsentativen Wahlstatistik Angaben über die Verteilung der Stimmen auf die Parteien in den Gemeinden

- unter 3 000 Einwohnern
- mit 3 000 bis unter 50 000 Einwohnern und
- mit 50 000 und mehr Einwohnern

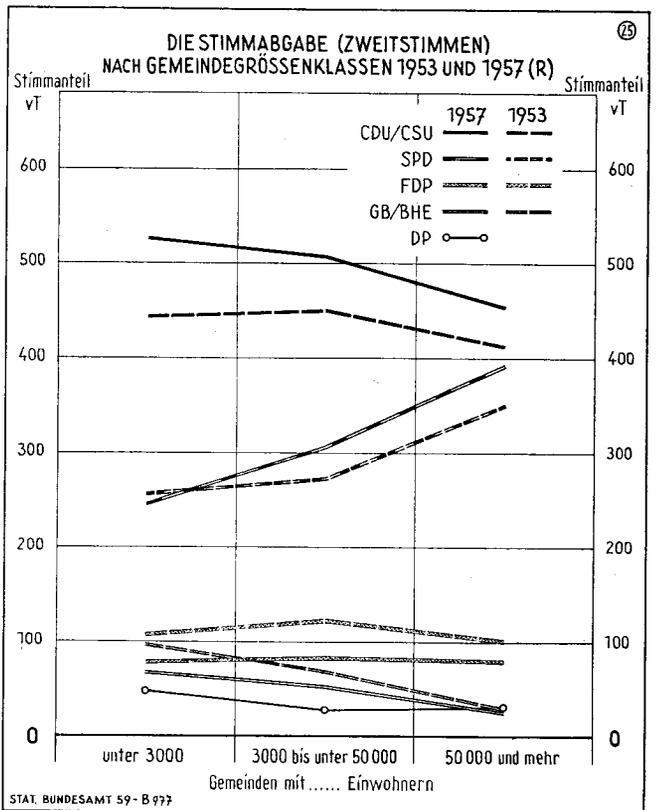
zur Verfügung, auf die, grob gerechnet, jeweils ein Drittel der Bevölkerung, der Wahlberechtigten und der Wähler entfällt.

Die in den folgenden Schaubildern enthaltenen Kurven verlaufen sehr unregelmäßig. Danach müssen zwischen der Stimmabgabe auf dem Land und in der Stadt erhebliche Unterschiede bestehen. Beispielsweise gilt die am Gesamtergebnis festgestellte

**32. Stimmabgabe (Zweitstimmen) in Stadt und Land
1953 und 1957 (R)**

| Partei | Von 1000 gültigen Zweitstimmen entfallen auf die nebenstehenden Parteien in Gemeinden mit ... Einwohnern | | | | | |
|------------|--|------|----------------------|------|----------------|------|
| | unter 3000 | | 3000 bis unter 50000 | | 50000 und mehr | |
| | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 |
| CDU/CSU | 526 | 443 | 506 | 450 | 454 | 412 |
| SPD . . . | 246 | 257 | 307 | 273 | 392 | 350 |
| FDP . . . | 78 | 108 | 82 | 122 | 79 | 101 |
| GB/BHE. | 67 | 97 | 53 | 67 | 25 | 29 |
| DP | 48 | . | 28 | . | 31 | . |
| FU | 16 | . | 8 | . | 6 | . |
| Sonstige . | 18 | 95 | 17 | 88 | 14 | 108 |

Reihenfolge der Stärke der Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, FU) nur für die Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern. In den Gemeinden über 50 000 Einwohner liegt die DP vor dem GB/BHE.



Der Anteil der CDU/CSU-Zweitstimmen nimmt nach den größeren Gemeinden hin leicht ab, und zwar bei den Männern etwas stärker als bei den Frauen. In den kleinen Gemeinden haben fast die Hälfte der Männer CDU/CSU gewählt, in den mittleren Gemeinden etwa 45 vH und in den größeren Gemeinden nur noch rd. 40 vH. Die entsprechenden Stimmanteile bei den Frauen betragen zwischen 60 und 50 vH. Faßt man die Männer- und Frauenstimmen zusammen, so ergibt sich in den Gemeinden über 50 000 Einwohner für die CDU/CSU keine absolute Mehrheit mehr. Auf der anderen Seite nimmt die Stärke der SPD mit wachsender Einwohnerzahl der Gemeinden erheblich zu. Einen Anteil von weniger als 30 vH SPD-Männerstimmen in den kleinsten Gemeinden steht ein solcher von 43 vH in den größeren der unterschiedenen drei Gruppen gegenüber; und bei den Frauen schwanken die SPD-Stimmanteile zwischen etwa einem Viertel bis einem Drittel. Auf die SPD entfielen dadurch in den großen Gemeinden mehr Männerstimmen als auf die CDU/CSU. Trotzdem hat die SPD in den Gemeinden über 50 000 Einwohner im Durchschnitt nicht die absolute Mehrheit der Männerstimmen auf sich vereinigen können. Die für die SPD abgegebenen Frauenstimmen bleiben auch noch in diesen Gemeinden hinter den Frauenstimmen für die CDU/CSU zurück. Ohne Unterscheidung nach dem Geschlecht kommt die SPD im Durchschnitt in den

kleinen Gemeinden auf etwa 25 vH, in den mittleren auf etwa 30 vH und in den großen auf etwa 40 vH der Stimmen.

Im Vergleich zu 1953 haben die CDU/CSU-Stimmen vor allem auf dem Lande zugenommen. Die SPD konnte dort keine Stimmen hinzugewinnen, wohl aber in den mittleren und besonders in den großen Gemeinden. In letzteren war der Stimmenzuwachs so groß wie bei der CDU/CSU.

Die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern, in denen die CDU/CSU anteilmäßig mehr Zweitstimmen (ohne Briefwahlstimmen) als die SPD erhalten hat, sind nach der Größe der Stimmanteile geordnet im einzelnen folgende:

| CDU/CSU-Zweitstimmenanteil in vH | CDU/CSU-Zweitstimmenanteil in vH |
|-------------------------------------|-------------------------------------|
| Mönchen-Gladbach | Duisburg |
| Bonn | Remscheid |
| Münster (Westf.) | Kiel |
| Aachen | Solingen |
| Köln | Essen |
| Krefeld | Herne |
| Würzburg | München |
| Oberhausen | Osnabrück |
| Düsseldorf | Bochum |
| Karlsruhe | Mainz |
| Salzgitter | Hagen |
| Regensburg | Wiesbaden |
| Augsburg | Mannheim |
| Botrop | Nürnberg |
| Freiburg i. Br. | Saarbrücken |
| Lübeck | Darmstadt |
| Recklinghausen | Stuttgart |
| Heidelberg | Oldenburg (Oldbg.) |
| Wuppertal | |

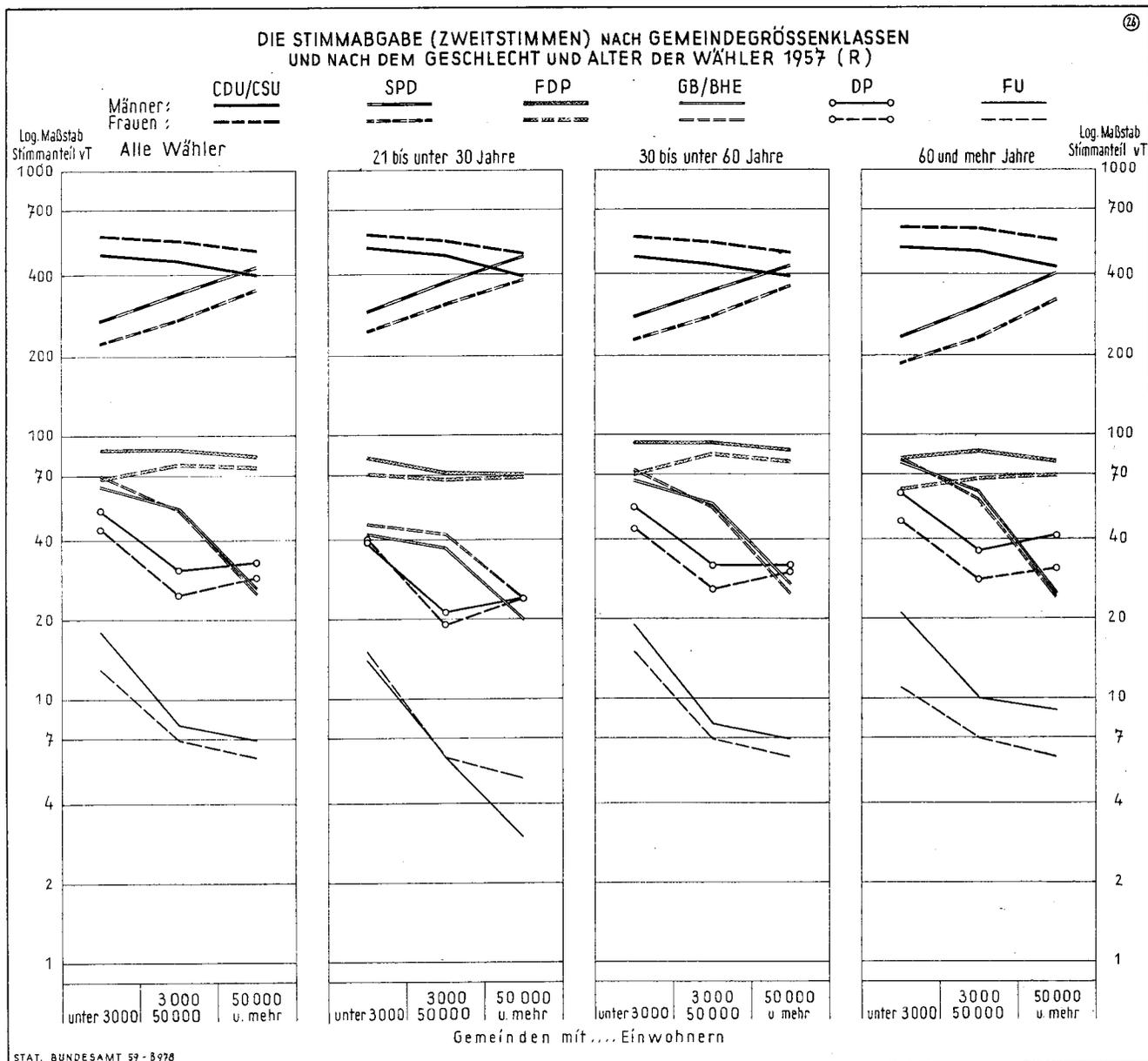
Unter diesen 37 von insgesamt 51 Großstädten überhaupt befinden sich 17, in denen die CDU/CSU nach den Zweitstimmen auch die absolute Mehrheit erhalten hat. Die Großstädte mit mehr als 60 vH CDU/CSU-Stimmen sind Mönchen-Gladbach, Bonn, Münster und Aachen. Mehr als 70 vH der Stimmen entfielen in keiner dieser Städte auf die CDU/CSU.

Die SPD erzielte einen höheren Stimmenanteil als die CDU/CSU in folgenden Großstädten:

| SPD-Zweitstimmenanteil in vH | SPD-Zweitstimmenanteil in vH |
|---------------------------------|---------------------------------|
| Dortmund | Kassel |
| Wanne-Eickel | Hannover |
| Bremen | Offenbach a. M. |
| Hamburg | Mülheim a. d. Ruhr |
| Gelsenkirchen | Bielefeld |
| Bremerhaven | Frankfurt a. M. |
| Ludwigshafen a. Rh. | Braunschweig |

Die SPD hat demnach zwar in 14 Großstädten mehr Zweitstimmen erhalten als die CDU/CSU, aber in keiner über 50 vH. Fast 50 vH erreichte sie in Dortmund.

Der Anteil der FDP-Stimmen war in allen drei Gemeindegrößenklassen mit etwa 8 vH ungefähr gleich. Für den GB/BHE ergibt sich demgegenüber im Zusammenhang mit dem Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung vom Land zur Stadt eine Abnahme der Stimmen um mehr als die Hälfte. Der Stimmanteil der DP nimmt dagegen nach einem starken Rückgang von den kleineren zu den mittleren Gemeinden wieder etwas zu, so daß



STAT. BUNDESAMT 59 - 5978

in den Gemeinden über 50 000 Einwohner auf die DP mehr Stimmen als auf den GB/BHE entfielen. Ein mit zunehmender Größe der Gemeinde immer geringer werdender Stimmanteil kommt schließlich auf die FU.

Sowohl die FDP als auch der GB/BHE haben gegenüber 1953 auf dem Lande wie in der Stadt Stimmen verloren. Besonders eindrucksvoll ist der Stimmenverlust des GB/BHE von einem Drittel in den kleinen Gemeinden. Er dürfte sich in der Hauptsache dadurch erklären, daß der GB/BHE durch die Abwanderung der Vertriebenen nach der Stadt auf dem Lande einen erheblichen Teil seines Wählerstamms eingebüßt hat. Auf die Veränderungen beim GB/BHE wird unter II D 7 noch näher eingegangen.

Die aufgezeigten Tendenzen wiederholen sich, wenn in einer weiteren Untergliederung des Materials noch nach Altersgruppen unterschieden wird. Die Kurven für die unter 30-, 30- bis unter 60- und über 60jährigen im Schaubild 26 befinden sich entsprechend den Ausführungen über die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht unter IID 4 lediglich auf einem anderen Niveau. Das bedeutet, daß einmal Alter und Geschlecht und zum anderen die Siedlungsweise voneinander unabhängige Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens sind. An einem Beispiel sei dies verdeutlicht: Für die SPD wurden in der Stadt im Durchschnitt stets mehr Stimmen abgegeben als auf dem Lande, gleich, ob es sich um jüngere Wähler, Wähler im mittleren Alter oder ältere Wähler handelt; auf der anderen Seite haben die jüngeren Wähler für die SPD im Durchschnitt stets mehr Stimmen abgegeben als die Wähler im mittleren oder im fortgeschrittenen Alter, gleich, ob es sich um ländliche oder um städtische Wahlbezirke handelt.

Gleichwohl ergeben sich bei Betrachtung des Schaubildes 26, in dem für die drei Gemeindegrößenklassen die Abhängigkeit der Stimmabgabe vom Alter dargestellt ist, einige Besonderheiten. Wenn soeben gesagt worden ist, daß der Anteil der SPD-Männerstimmen in den Gemeinden über 50 000 Einwohner den Anteil der CDU/CSU-Männerstimmen übertrifft, so gilt das in diesen Gemeinden nur für die unter 60jährigen. Ferner kommt in den Gemeinden über 50 000 Einwohner bei den Frauen unter 30 Jahren der Anteil der SPD-Stimmen dem Anteil der CDU/CSU-Stimmen, der von allen Gemeindegrößenklassen hier bei den Frauen am geringsten ist, schon ziemlich nahe. Die relativ meisten CDU/CSU- und die wenigsten SPD-Männer- und Frauenstimmen geben die über 60jährigen auf dem Lande ab.

Für die FDP wurden von der mittleren Altersgruppe der Männer und Frauen in allen Gemeindegrößenklassen die meisten Stimmen abgegeben. Das Überwiegen der DP-Stimmen über die GB/BHE-Stimmen in den Gemeinden über 50 000 Einwohner betrifft alle Altersgruppen der Männer und Frauen. Die relativ wenigsten Stimmen hat der GB/BHE von den unter 30jährigen in den Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern (etwas über 2 vH) und die meisten Stimmen von den über 60jährigen auf dem Lande (rd. 8 vH) erhalten. Auch die DP hat von den über 60jährigen auf dem Lande die meisten Stimmen bekommen (rd. 5 vH) und die wenigsten Stimmen von den jüngsten Wählern in den Gemeinden mittlerer Größe (rd. 2 vH). Neben dem GB/BHE und der DP hat schließlich noch die FU unter den alten Leuten auf dem Lande besonders viele Wähler.

6. Die Stimmabgabe nach der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in den Gemeinden

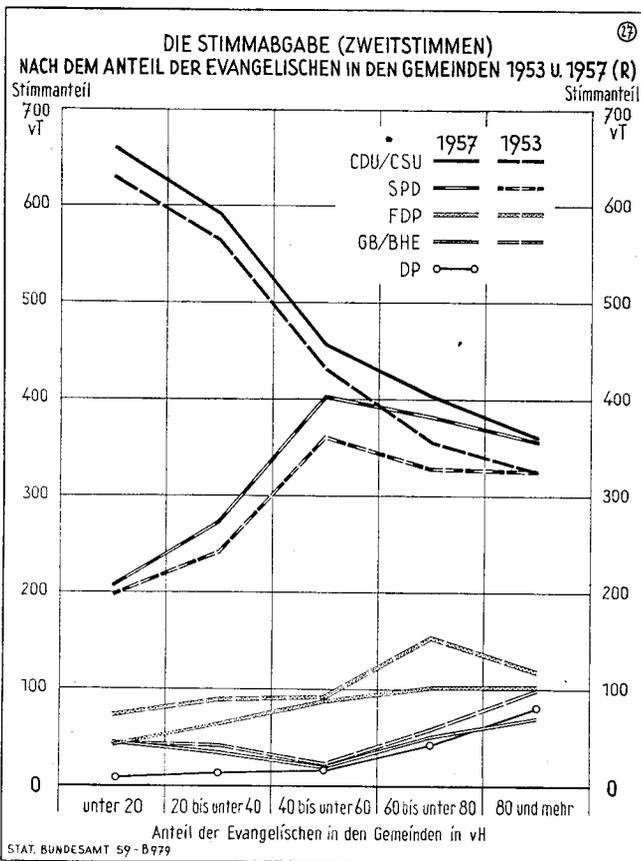
Für Untersuchungen über die Stimmabgabe im Zusammenhang mit der Religionszugehörigkeit wurden die in die repräsentative Wahlstatistik einbezogenen Wahlbezirke nach dem Anteil der evangelischen Bevölkerung in den Gemeinden, in denen sie liegen, gegliedert. Eine Unterscheidung der Wähler nach ihrer Religionszugehörigkeit ist nicht vorgenommen worden. Die Zahlen geben damit den Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und Stimmabgabe nur indirekt wieder. Da die Evangelischen und die Katholiken im Bundesdurchschnitt über 96 vH der Bevölkerung ausmachen, kann man davon ausgehen, daß beispielsweise in den Gemeinden mit 20 bis 40 vH Evangelischen der Rest der Bevölkerung katholisch ist. Es wird natürlich häufig vorkommen, daß die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung

und damit auch der Wahlberechtigten und Wähler in den Wahlbezirken einer Gemeinde vom Gemeindedurchschnitt nach der einen oder anderen Richtung abweicht. Durch Abweichungen nach der entgegengesetzten Richtung in anderen Wahlbezirken dürfte jedoch weitgehendst ein Ausgleich erfolgt sein. Ein genaueres Verfahren zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Stimmabgabe und dem religiösen Bekenntnis wäre die Zusammenstellung von Wahlergebnissen für ganze Gemeinden mit bestimmter Verteilung der Bekenntnisse gewesen. Dann hätte man aber auf die Untergliederung der Ergebnisse nach Geschlecht und Alter der Wähler verzichten müssen. Das gleiche gilt für die Stimmabgabe nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden im folgenden Abschnitt.

33. Stimmabgabe (Zweitstimmen) 1953 und 1957 nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden (R)

| Partei | Wahl | Von 1000 gültigen Zweitstimmen in den Gemeinden mit einem Anteil der evangelischen Bevölkerung in vH von | | | | |
|--------------------------------------|------|--|-----------------|-----------------|-----------------|-------------|
| | | weniger als 20 | 20 bis unter 40 | 40 bis unter 60 | 60 bis unter 80 | 80 und mehr |
| entfallen auf nebenstehende Parteien | | | | | | |
| CDU/CSU | 1957 | 661 | 592 | 457 | 403 | 361 |
| | 1953 | 630 | 565 | 431 | 355 | 325 |
| SPD | 1957 | 207 | 274 | 402 | 382 | 356 |
| | 1953 | 198 | 242 | 361 | 328 | 325 |
| FDP | 1957 | 42 | 65 | 87 | 102 | 103 |
| | 1953 | 73 | 89 | 92 | 153 | 119 |
| GB/BHE | 1957 | 45 | 34 | 20 | 50 | 70 |
| | 1953 | 43 | 42 | 23 | 58 | 99 |
| DP | 1957 | 9 | 14 | 17 | 42 | 81 |
| FU | 1957 | 27 | 11 | 4 | 2 | 1 |
| Sonstige | 1957 | 8 | 9 | 13 | 20 | 28 |

Die CDU/CSU hat unter der katholischen Bevölkerung eine größere Anhängerschaft als unter der evangelischen. Das geht eindeutig daraus hervor, daß der Anteil der CDU/CSU-Stimmen in den Gemeinden mit weniger als 20 vH Evangelischen rund zwei Drittel, in den Gemeinden mit mehr als 80 vH Evange-



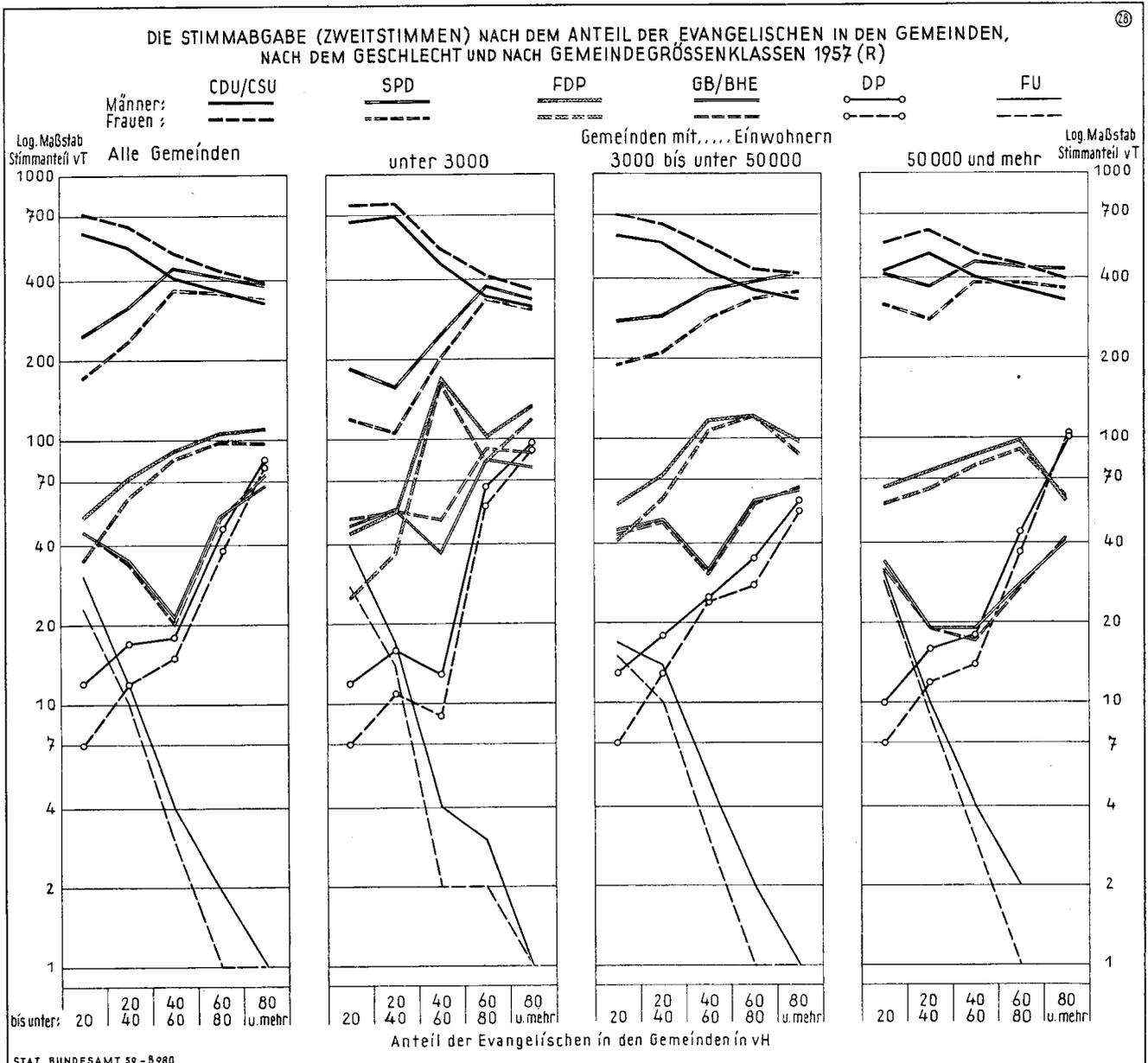
lichen aber nur noch etwas über ein Drittel beträgt. Die gleiche fallende Tendenz der Stimmanteile mit wachsender Zahl der Evangelischen ist auch bei einer Unterscheidung nach Männern und Frauen (vgl. Schaubilder) festzustellen. In den Gemeinden mit weniger als 20 vH Evangelischen, in denen die CDU/CSU, wie gesagt, die meisten Stimmen erhalten hat, ist andererseits der Stimmanteil der SPD mit etwa einem Fünftel am niedrigsten. Er steigt dann bis auf rd. zwei Fünftel in den Gemeinden mit etwa gleich viel Evangelischen wie Katholiken an, um schließlich in den Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung wieder abzunehmen. In den Gemeinden mit mehr als 80 vH Evangelischen beträgt er, wie bei der CDU/CSU, nur noch etwas über ein Drittel. Auch hier ergibt sich das gleiche Bild, wenn man die Männer- und Frauenstimmen getrennt betrachtet.

Alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der FU, haben in den Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung mehr Zweitstimmen auf sich vereinigen können als in den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Die FDP, der GB/BHE und die DP haben demnach ihren stärksten Rückhalt in evangelischen Bevölkerungskreisen. Der Anteil der FDP- und DP-Stimmen nimmt auch schon in den Gemeinden mit starker konfessioneller Mischung ziemlich stark zu. Der bereits in diesen Gemeinden zu beobachtende Rückgang der CDU/CSU-Stimmen hat darin aber nur zum Teil seine Ursache; denn die Zu-

nahme der SPD-Stimmen ist hier noch größer. Die gegenläufigen Veränderungen der SPD- und GB/BHE-Stimmanteile lassen andererseits vermuten, daß in den gemischten Gemeinden viele Wähler ihre Stimme der SPD statt dem GB/BHE gegeben haben. Bei der FU ist bekannt, daß sie sich fast ausschließlich auf katholische Wähler stützt. In den Gemeinden mit mehr als der Hälfte evangelischer Bevölkerung sind daher für diese Partei fast keine Stimmen abgegeben worden.

Im Vergleich zu 1953 haben die CDU/CSU und die SPD offenbar vor allem unter den Evangelischen neue Wähler für sich gewinnen können; denn in den Gemeinden mit überwiegend Evangelischen ist der Stimmenzuwachs bei ihnen am größten. In den fast rein katholischen Gemeinden hat sich der Anteil der SPD-Stimmen nur wenig geändert.

Betrachtet man die Entwicklung der auf die Parteien entfallenen Zweitstimmen außer nach der Verteilung der Bekenntnisse in den Gemeinden auch noch nach Stadt und Land, so fällt auf, daß in den Gemeinden unter 3000 und über 50 000 Einwohnern der Anteil der CDU/CSU-Wähler mit wachsendem Bevölkerungsanteil der Evangelischen zunächst etwas zunimmt und erst dann zurückgeht. Umgekehrt verhält es sich hier bei der SPD. Bei ihr erhöhen sich die Stimmanteile nur in den Gemeinden zwischen 3000 bis 50 000 Einwohnern stetig mit wachsendem Anteil der Evangelischen; in den Gemeinden unter 3000 und



über 50 000 Einwohnern fallen sie dagegen zunächst leicht ab. Ob auch in diesem Falle eine Wechselwirkung zwischen den CDU/CSU- und den SPD-Stimmen besteht, ist nicht sicher. Wenn die CDU/CSU in den Gemeinden unter 3000 und über 50 000 Einwohnern mit weniger als 20 vH Evangelischen anteilmäßig nicht so viele Stimmen bekam wie in den Gemeinden dieser Größenklassen mit 20 bis 40 vH Evangelischen, so kann das auch darauf beruhen, daß in den Gemeinden der zuerst genannten Gruppe die FU stärker ist als in allen anderen Gemeindekategorien.

Überprüft man schließlich noch bei gegebener Verteilung der Bevölkerung auf Evangelische und Katholiken das Wahlverhalten auf dem Land und in der Stadt, so kommt man zu folgenden Ergebnissen: Beträgt der Anteil der Evangelischen 40 bis 60, 60 bis 80 oder 80 und mehr vH, so besteht bezüglich der Stimmabgabe für CDU/CSU in keiner dieser Gruppen von Gemeinden ein großer Unterschied zwischen Stadt und Land. Die Stimmen für die CDU/CSU gehen nur in den Gemeinden mit weniger als der Hälfte Evangelischen mit zunehmender Einwohnerzahl der Gemeinden stärker zurück.

Dem entspricht bei der SPD eine hohe Zunahme der Stimmanteile mit wachsender Größe der Gemeinden bis in die Gruppe der Gemeinden mit 40 bis 60 vH Evangelischen. In den Gemeinden mit 60 und mehr vH Evangelischen ist es für die SPD-Stimmen nicht mehr so ausschlaggebend, ob es sich um ländliche oder städtische Gemeinden handelt. Man kann das wohl so auslegen, daß für die Stimmabgabe der katholischen Wähler die ländliche oder städtische Umwelt eine größere Rolle spielt als für die Stimmabgabe der Evangelischen.

Die CDU/CSU verzeichnet mit rund drei Viertel aller Stimmen den überhaupt höchsten Stimmanteil in den Gemeinden unter 3000 Einwohnern mit 20 bis 40 vH Evangelischen und den niedrigsten in den Gemeinden über 50 000 Einwohnern und über 80 vH Evangelischen. Die SPD hat die relativ meisten Stimmen (über zwei Fünftel) in den Gemeinden über 50 000 Einwohnern und 40 bis 60 vH Evangelischen und den kleinsten in den schon bei der CDU/CSU erwähnten Gemeinden unter 3000 Einwohnern und 20 bis 40 vH Evangelischen.

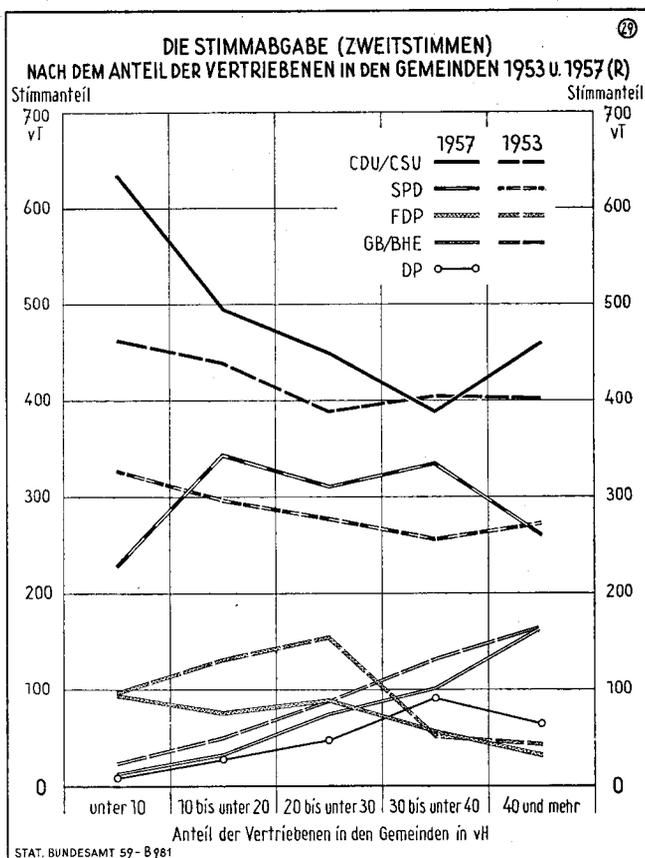
Bei den übrigen Parteien ist der Zusammenhang zwischen der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung in Verbindung mit Stadt und Land zu unübersichtlich, als daß er im einzelnen beschrieben werden könnte. Teilweise sind die Ergebnisse auch nicht sicher genug, um eindeutige Aussagen zuzulassen.

7. Die Stimmabgabe nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden

Ähnlich wie bei der Auszählung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nach dem Anteil der Evangelischen wurde auch eine Unterscheidung nach dem Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung vorgenommen. Auch hier gilt die Einschränkung, daß es sich immer nur um den Anteil an der ganzen Bevölkerung der Gemeinde handelt; in den Wahlbezirken mit Sonderauszählungen über die Stimmabgabe der Männer und Frauen

34. Stimmabgabe (Zweitstimmen) 1953 und 1957 nach dem Anteil der Vertriebenen in den Gemeinden (R)

| Partei | Wahl | Von 1000 gültigen Zweitstimmen in den Gemeinden mit einem Anteil der vertriebenen Bevölkerung in vH von | | | | |
|--------------------------------------|------|---|-----------------|-----------------|-----------------|-------------|
| | | weniger als 10 | 10 bis unter 20 | 20 bis unter 30 | 30 bis unter 40 | 40 und mehr |
| entfallen auf nebenstehende Parteien | | | | | | |
| CDU/CSU | 1957 | 636 | 494 | 450 | 388 | 459 |
| | 1953 | 462 | 439 | 389 | 404 | 402 |
| SPD | 1957 | 229 | 343 | 311 | 334 | 260 |
| | 1953 | 327 | 296 | 277 | 255 | 272 |
| FDP | 1957 | 94 | 77 | 89 | 57 | 32 |
| | 1953 | 97 | 131 | 154 | 51 | 43 |
| GB/BHE | 1957 | 13 | 33 | 74 | 101 | 162 |
| | 1953 | 24 | 50 | 87 | 132 | 164 |
| DP | 1957 | 9 | 28 | 47 | 91 | 65 |
| FU | 1957 | 5 | 12 | 9 | 5 | 1 |
| Sonstige | 1957 | 14 | 14 | 21 | 24 | 21 |



nach dem Alter braucht der Anteil der Vertriebenen mit dem Durchschnitt für die ganze Gemeinde nicht unbedingt übereinzustimmen.

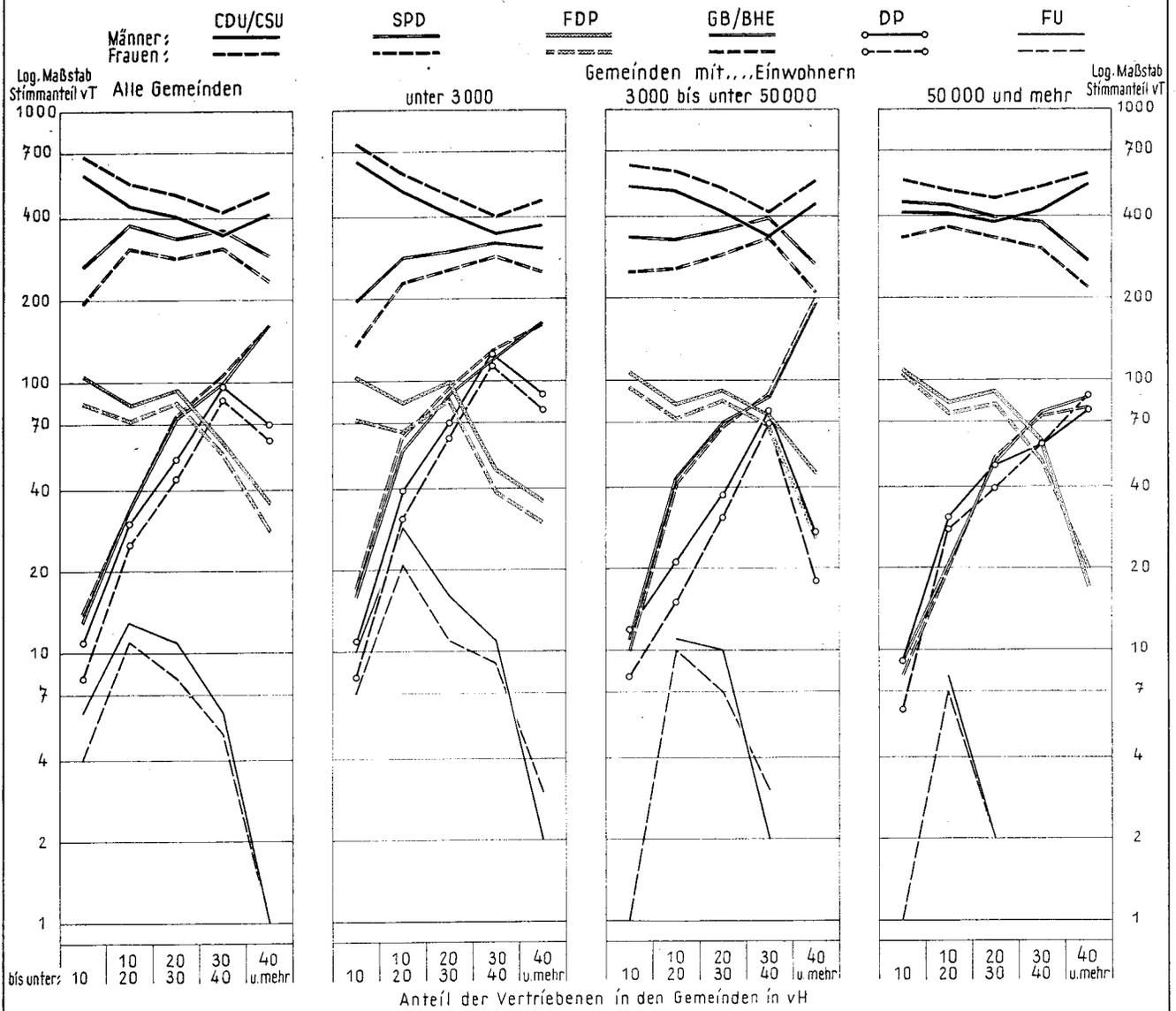
Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Anteil der Vertriebenenbevölkerung und der Stimmabgabe ergibt sich nur für den GB/BHE. Der Anteil der für diese Partei abgegebenen Stimmen nimmt mit wachsendem Vertriebenenanteil fast völlig gleichmäßig zu. Er ist in den Gemeinden mit weniger als 10 vH Vertriebenen nahezu bedeutungslos, beträgt in den Gemeinden mit 20 bis 30 vH Vertriebenen etwa 7 vH und in den Gemeinden mit mehr als 40 vH Vertriebenen um 16 vH.

Das gleiche Bild wiederholt sich bei einer weiteren Untergliederung der Ergebnisse nach Stadt und Land. Die meisten Stimmen hat der GB/BHE in den kleineren und mittleren Gemeinden mit mehr als 40 vH Vertriebenen erhalten (in den Gemeinden mit 3000 bis 50 000 Einwohnern fast 20 vH), den kleinsten in den großen Gemeinden mit weniger als 10 vH Vertriebenen. Der GB/BHE erweist sich damit, wie schon der Name besagt (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) als ausgesprochene Vertriebenenpartei. Daraus kann allerdings nicht gefolgert werden, daß alle Vertriebenen den GB/BHE gewählt haben. Dies dürfte vielmehr nur für etwa jeden 4. Vertriebenen anzunehmen sein, wenn man in Rechnung stellt, daß sich neben den Vertriebenen sicherlich auch noch andere Personenkreise zu dieser Partei bekannt haben.

Der wachsende Stimmanteil des GB/BHE mit wachsendem Bevölkerungsanteil der Vertriebenen muß sich bei den anderen Parteien in einem entsprechenden Rückgang der Stimmen bemerkbar machen. Dies ist deutlich bei der CDU/CSU der Fall, auf die in den Gemeinden mit weniger als 10 vH Vertriebenen fast zwei Drittel aller Stimmen, in den Gemeinden mit 30 bis 40 vH Vertriebenen aber nur noch rund zwei Fünftel entfielen. In den Gemeinden mit mehr als 40 vH Vertriebenen nimmt der Stimmanteil der CDU/CSU wieder etwas zu. Besonders stark gehen die Stimmen für die CDU/CSU in den Gemeinden unter 3000 Einwohnern zurück. In den Gemeinden dieser Größenklasse mit weniger als 10 vH Vertriebenen bekam die CDU/CSU rund 70 vH und in den Gemeinden der gleichen Größenklasse aber über 30 vH Vertriebenen nur noch rund 40 vH. In den Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern ist die Abhängigkeit der

DIE STIMMABGABE (ZWEITSTIMMEN) NACH DEM ANTEIL DER VERTRIEBENEN IN DEN GEMEINDEN,
NACH DEM GESCHLECHT UND NACH GEMEINDEGRÖSSENKLASSEN 1957 (R)

30



CDU/CSU-Stimmen vom Anteil der Vertriebenenbevölkerung nur noch gering.

Die Abnahme der CDU/CSU-Stimmen bis zu den Gemeinden mit 30 bis 40 vH Vertriebenen ist zweifellos nicht allein im Zusammenhang mit den GB/BHE-Stimmen zu beurteilen. Das ergibt sich z. B. deutlich daraus, daß in den schon erwähnten Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern und einem besonders starken Rückgang der CDU/CSU-Stimmen mit wachsendem Anteil der Vertriebenenbevölkerung gleichzeitig nicht nur ein Ansteigen der GB/BHE-Stimmen, sondern auch der SPD-Stimmen zu beobachten ist. Dasselbe trifft für die Gemeinden mit 3000 bis 50 000 Einwohnern zu. Nur in den Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern nimmt der Anteil der SPD-Stimmen mit wachsender Vertriebenenbevölkerung ab, was andererseits bewirkt, daß sich — wie schon erwähnt — in diesen Gemeinden die Stimmanteile der CDU/CSU mit dem Anteil der Vertriebenen nur unwesentlich ändern. Im Durchschnitt der Gemeinden hat dies zur Folge, daß der SPD-Zweitstimmenanteil von den Gemeinden mit weniger als 10 vH Vertriebenen zu den Gemeinden mit 10 bis 20 vH Vertriebenen zunächst von fast einem Viertel auf über ein Drittel zunimmt, dann etwa gleichbleibt und schließlich in den Gemeinden mit mehr als 40 vH Vertriebenen auf etwas über ein Viertel absinkt. Die Abnahme der SPD-Stimmen in den Gemeinden mit mehr als 40 vH Vertriebenen ist in den Gemeinden mit 3000 bis 50 000 Einwohnern am stärksten; gleichzeitig verzeichnet dort der GB/BHE besonders viele Stimmen und kommt da-

durch ziemlich nahe an die SPD heran. Mindestens ein Teil der geringeren Zahl von SPD-Stimmen in den Gemeinden mit mehr als 40 vH Vertriebenen dürfte daher darauf beruhen, daß in diesen Gemeinden die Wähler in besonders großem Maße bereit sind, den GB/BHE zu wählen. In den besagten Gemeinden ist ferner ein sehr schwacher Anteil von FDP-, DP- und FU-Stimmen zu beobachten.

In den Gemeinden mit weniger als 30 vH Vertriebenen liegt der Zweitstimmenanteil für die FDP über demjenigen für den GB/BHE und der DP; in den Gemeinden mit mehr als 30 vH Vertriebenen um so stärker darunter, je größer der Vertriebenenanteil ist. Zwischen dem Anteil der Vertriebenenbevölkerung und den Stimmen für die DP ist ein ähnlicher Zusammenhang festzustellen wie beim GB/BHE; die Stimmanteile für die DP sind aber im allgemeinen niedriger. Eine Ausnahme bilden lediglich die größeren Städte, in denen der GB/BHE und die DP etwa gleich stark sind. Dabei spielt eine Rolle, daß für den GB/BHE auch bei gleichem Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in den Städten immer weniger Stimmen abgegeben werden als auf dem Land.

Bei den Ergebnissen für die kleineren Parteien ist zu beachten, daß sie mit einer erheblichen Unsicherheit belastet sind, da sie auf um so weniger Einzelbeobachtungen beruhen, je stärker das Material auf bestimmte Merkmale aufgesplittet ist. Die Ergebnisse für die kleineren Parteien spiegeln daher in den meisten Fällen nur noch Tendenzen wider.

E. Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Wie schon mehrfach erwähnt worden ist, hat der Wähler zwei Stimmen: Eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisbewerbers und eine Zweitstimme für die Wahl nach Landeslisten (Parteien). Die beiden Stimmen können unabhängig voneinander abgegeben werden, d. h. der Wähler braucht seine Erststimme nicht dem Wahlwerber der Partei zu geben, die er mit seiner Zweitstimme wählt. Inwieweit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht worden ist, kann auf Grund der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik 1957 untersucht werden, bei der, wie schon 1953, in ausgewählten Wahlbezirken die Erst- und Zweitstimmen auch in ihrer Kombination ausgezählt worden sind. Die Ergebnisse liegen getrennt für Männer und Frauen, nach drei Altersgruppen und für drei Gemeindegrößenklassen vor.

35. Gleichlautende Stimmabgabe der Männer und Frauen 1957 nach Parteien (R) (Bundesgebiet ohne Saarland)

| Partei | Von 1000 Wählern, die mit ihrer | | | | | |
|----------------------|---|--------|-------------------------|-------------|--------|-------------------------|
| | Erststimme | | | Zweitstimme | | |
| | nebenstehende Partei oder ungültig wählen, gaben in der gleichen Weise ab ihre | | | | | |
| | Zweitstimme | | | Erststimme | | |
| | Männer | Frauen | Männer und Frauen | Männer | Frauen | Männer und Frauen |
| CDU/CSU | 924 | 931 | 928 | 933 | 935 | 934 |
| SPD | 944 | 929 | 936 | 954 | 946 | 950 |
| FDP | 869 | 855 | 862 | 846 | 854 | 850 |
| GB/BHE | 869 | 853 | 861 | 831 | 834 | 833 |
| DP | 708 | 673 | 690 | 737 | 747 | 742 |
| FU | 711 | 705 | 708 | 798 | 790 | 794 |
| Sonstige | 853 | 835 | 845 | 719 | 684 | 704 |
| Ungültige Stimmen | 430 | 356 | 386 | 379 | 286 | 321 |
| Insgesamt | 899 | 889 | 893 | 899 | 889 | 893 |

Nach den Sonderauszählungen haben im Bundesgebiet ohne Saarland von 1000 Wählern 893 mit ihrer Erststimme genau so gewählt wie mit ihrer Zweitstimme und 107 verschieden. 1953 betrug die Zahl der von 1000 Wählern übereinstimmend abgegebenen Erst- und Zweitstimmen im Bundesgebiet ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland 874. Die 893 Wähler von 1957 mit gleicher Erst- und Zweitstimme verteilen sich auf 881, die mit beiden Stimmen die gleiche Partei gewählt haben und 12, die mit beiden Stimmen ungültig gewählt haben. Rechnet man die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik hoch, so gab es 1957 im Bundesgebiet einschließlich Saarland rund 400 000 Wähler mit ungültigen Erst- und Zweitstimmen. Von den insgesamt 917 000 Wählern mit ungültigen Erststimmen haben also über 500 000 ihre Zweitstimme gültig abgegeben und von den insgesamt 1 167 000 Wählern mit ungültigen Zweitstimmen haben über 750 000 ihre Erststimme gültig abgegeben. Die 400 000 Wähler, die mit ihrer Erst- und Zweitstimme ungültig gewählt haben, mögen das Ausfüllen des Stimmzettels als Ganzes nicht richtig verstanden oder von vornherein keinen ernstlichen Willen gehabt haben, ihre Stimme einem der Wahlvorschläge zu geben; die 500 000 Wähler, die zwar ihre Zweitstimme, aber nicht ihre Erststimme gültig abgegeben haben, dürften sich in der Hauptsache aus solchen Wählern zusammensetzen, denen keiner der vorgeschlagenen Wahlkreisandidaten zusagte, besonders dann, wenn sie bei Wahlabsprachen keinen Kandidaten ihrer Partei fanden. Die 750 000 Wähler schließlich, die eine gültige Erststimme, aber eine ungültige Zweitstimme abgegeben haben, können Wähler sein, die zwar die Erststimme einem ihnen genehmen Wahlkreisandidaten, ihre Zweitstimme aber keiner Parteiliste geben wollten oder auch Wähler, die die doppelte Stimmabgabe nicht verstanden haben und glaubten es genüge, nur auf dem linken, für die Abgabe der Erststimme vorgesehenen Teil des Stimmzettels zu wählen, zumal dort im Normalfall ohne Wahlabsprache dieselbe Partei angegeben ist, wie in der gleichen Zeile auf der rechten Seite des Stimmzettels. Oft ist sogar derselbe Bewerber namentlich hier wie dort aufgeführt, insbesondere dann, wenn es sich um Wahlkreise von Spitzenkan-

didaten einer Partei handelt, die auch auf einer Landesliste ihrer Partei kandidieren.

In den Teilen des Bundesgebietes, in denen — soweit bekannt — keine Wahlabsprachen stattgefunden haben, also keine Partei auf die Aufstellung von Wahlkreisandidaten zugunsten einer anderen Partei verzichtet hat und damit ihren Wählern nicht empfahl, die Erststimme der befreundeten Partei zu geben, ist die Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen durchweg größer als in den Gebieten mit Wahlabsprachen. Das zeigt folgende Gegenüberstellung nach Ländern:

| Länder mit Wahlabsprachen | Von 1000 Wählern gaben ihre Erst- und Zweitstimme übereinstimmend ab |
|-------------------------------|--|
| Niedersachsen | 853 |
| Hessen | 857 |
| Bayern | 881 |
| | |
| Länder ohne Wahlabsprachen | |
| Schleswig-Holstein | 907 |
| Hamburg | 941 |
| Bremen | 919 |
| Nordrhein-Westfalen | 923 |
| Rheinland-Pfalz | 918 |
| Baden-Württemberg | 882 |
| Saarland | 915 |

In den Ländern mit Wahlabsprachen liegt der Anteil der gleichlautenden Erst- und Zweitstimmen durchweg nur zwischen 80 und 90 vH und in den Ländern ohne Wahlabsprachen fast immer über 90 vH.

Bei der Gliederung der Ergebnisse nach Männern und Frauen, nach Altersgruppen und nach Stadt und Land ergeben sich keine großen Unterschiede. Bei den Frauen ist die Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen etwas geringer als bei den Männern. Da diese Beobachtung für alle Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen gilt, dürfte sie statistisch gesichert sein. Die Stimmkombinationen bei den jüngeren und älteren Wählern weisen keine markanten Unterschiede auf. Auf dem Land ist die Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen geringer als in der Stadt.

36. Der Anteil der Wähler mit gleichlautenden Erst- und Zweitstimmen 1957 nach Geschlecht, Alter und Gemeindegrößenklassen (R) (Bundesgebiet ohne Saarland)

| Alter der Wähler in Jahren | Von 1000 Wählern nebenstehenden Alters gaben ihre Erst- und Zweitstimme übereinstimmend ab | | |
|--|---|--------|-------------------------|
| | Männer | Frauen | Männer und Frauen |
| in allen Gemeinden | | | |
| unter 30 .. | 895 | 886 | 891 |
| 30 bis unter 60 .. | 899 | 891 | 894 |
| 60 und darüber .. | 902 | 885 | 893 |
| zusammen | 899 | 889 | 893 |
| in Gemeinden unter 3000 Einwohnern | | | |
| unter 30 .. | 886 | 881 | 884 |
| 30 bis unter 60 .. | 885 | 884 | 885 |
| 60 und darüber .. | 885 | 879 | 881 |
| zusammen | 885 | 883 | 884 |
| in Gemeinden von 3000 bis unter 50000 Einwohnern | | | |
| unter 30 .. | 897 | 892 | 894 |
| 30 bis unter 60 .. | 900 | 893 | 896 |
| 60 und darüber .. | 903 | 888 | 895 |
| zusammen | 900 | 892 | 896 |
| in Gemeinden mit 50000 und mehr Einwohnern | | | |
| unter 30 .. | 903 | 885 | 894 |
| 30 bis unter 60 .. | 908 | 894 | 900 |
| 60 und darüber .. | 916 | 888 | 901 |
| zusammen | 909 | 891 | 900 |

37. Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1957 (R)
(Bundesgebiet ohne Saarland)

| Partei | Von 1000 Wählern, die mit ihrer Erststimme bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer anderen Stimme | | | | | | | | |
|--------------------|--|-----|------|--------|------|-----|----------|----------|-----------|
| | CDU/CSU | SPD | FDP | GB/BHE | DP | FU | Sonstige | ungültig | Insgesamt |
| Zweitstimme | | | | | | | | | |
| | Erststimme | | | | | | | | |
| CDU/CSU | 934 | 10 | 9 | 7 | 18 | 2 | 1 | 19 | 1000 |
| SPD | 13 | 950 | 5 | 3 | 1 | (5) | 1 | 21 | 1000 |
| FDP | 75 | 38 | 850 | 5 | 9 | 2 | 4 | 16 | 1000 |
| GB/BHE | 96 | 30 | 13 | 833 | (6) | (1) | (2) | 20 | 1000 |
| DP | 188 | 11 | 25 | (5) | 742 | (2) | 6 | 20 | 1000 |
| FU | 117 | 33 | (15) | (3) | (8) | 794 | (3) | 26 | 1000 |
| Sonstige | 92 | 45 | (42) | (15) | (31) | (8) | 704 | 63 | 1000 |
| Ungültig | 299 | 252 | 57 | 29 | 21 | (8) | 11 | 321 | 1000 |
| Erststimme | | | | | | | | | |
| | Zweitstimme | | | | | | | | |
| CDU/CSU | 928 | 8 | 12 | 9 | 14 | 2 | 3 | 24 | 1000 |
| SPD | 15 | 936 | 9 | 5 | 1 | (1) | 2 | 31 | 1000 |
| FDP | 57 | 21 | 862 | 8 | 12 | 2 | 9 | 29 | 1000 |
| GB/BHE | 73 | 23 | 9 | 861 | (3) | (1) | (5) | 25 | 1000 |
| DP | 235 | 12 | 19 | (7) | 690 | (2) | 13 | 22 | 1000 |
| FU | 90 | 139 | (12) | (3) | (8) | 708 | (12) | (28) | 1000 |
| Sonstige | 49 | 27 | (22) | (6) | (16) | (2) | 845 | 32 | 1000 |
| Ungültig | 281 | 205 | 37 | 29 | 22 | (8) | 32 | 336 | 1000 |

Zahlen, die auf weniger als 100 Beobachtungen beruhen, sind zur Kennzeichnung ihrer geringen Zuverlässigkeit eingeklammert.

Für eine nähere Untersuchung der Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen kann man von den Erst- oder Zweitstimmen ausgehen. Am zweckmäßigsten erscheint es von den Zweitstimmen auszugehen, da sie die politische Einstellung der Wähler am besten zum Ausdruck bringen. Bei der Abgabe der Erststimmen spielen wahltaktische Gesichtspunkte eine Rolle. Hier ist nämlich vom Wähler zu überlegen, ob die Stimmabgabe für den Kandidaten seiner Partei überhaupt Sinn habe, wenn es sich um eine kleinere Partei handelt, und ob es daher nicht besser sein würde, die Erststimme dafür dem Kandidaten einer anderen Partei mit einiger Aussicht auf Erfolg zu geben. Ferner hat der Wähler mit der Erststimme die Möglichkeit unter Zurückstellung parteipolitischer Gesichtspunkte einer Person seines Vertrauens die Stimme zu geben.

Am größten ist die Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen bei der SPD. Von 1000 Wählern, die ihre Zweitstimme der SPD gaben, wählten 950 diese Partei auch mit ihrer Erststimme; die übrigen Erststimmen entfielen vorwiegend auf die CDU/CSU, die FDP und die FU oder waren ungültig.

Die nächstgrößte Übereinstimmung zwischen Erst- und Zweitstimmen besteht bei der CDU/CSU. Von 1000 Zweitstimmenwählern dieser Partei haben 934 auch die Erststimme einem ihrer Wahlkreisbewerber gegeben; der Rest der Erststimmen entfällt hier in erster Linie auf die DP oder war ungültig. Der hohe Anteil der nicht auf die CDU/CSU, sondern auf die DP entfallenden Erststimmen hängt mit den Wahlabsprachen zwischen der CDU/CSU und DP zusammen, durch die ein Teil der CDU/CSU-Anhänger veranlaßt worden ist, in den Wahlkreisen ohne CDU/CSU-Kandidaten die Erststimme der DP zu geben.

Die Anhänger der übrigen Parteien mußten damit rechnen, daß ihre Wahlkreisandidaten keine sehr großen oder überhaupt keine Aussichten haben würden, die relative Mehrheit der Erststimmen im Wahlkreis auf sich zu vereinigen. Sie haben daher zu den kleinsten Parteien hin in zunehmendem Maße davon Gebrauch gemacht, mit der Erststimme anders als mit der Zweitstimme zu wählen. Auf 1000 für die FDP und auf 1000 für den GB/BHE abgegebenen Zweitstimmen kommen allerdings noch immer 850 bzw. 833 Erststimmen für die gleiche Partei. Die restlichen Erststimmen kamen vorwiegend der CDU/CSU und erst in größerem Abstand der SPD zugute. Im ersten Fall hat die CDU/CSU einen doppelten und im zweiten Fall einen dreimal so hohen Anteil der restlichen Erststimmen erhalten wie die SPD. Die FDP-Anhänger, besonders aber die Anhänger des GB/BHE waren also, wenn sie ihre Erststimme nicht ebenfalls

diesen Parteien geben wollten, eher geneigt, diese Stimme der CDU/CSU zugute kommen zu lassen als der SPD.

Von den Zweitstimmenwählern der DP gaben nur etwa drei Viertel dieser Partei auch ihre Erststimme und fast ein Fünftel der CDU/CSU. Ausschlaggebend hierfür sind die schon erwähnten Wahlabsprachen zwischen CDU/CSU und DP. Von den Wählern mit einer Zweitstimme für die FU schließlich, gaben etwa vier Fünftel dieser Partei ihre Erststimme. Dieser gegenüber der DP höhere Anteil ist wohl damit zu erklären, daß die FU gewisse Aussichten hatte, wenigstens in einem der vier bayerischen Wahlkreise einen Wahlkreisandidaten durchzubringen, in denen die SPD zugunsten der FU auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet hatte. Soweit die Erststimmen nicht ebenfalls für die FU abgegeben wurden, brachten sie in erster Linie nicht der SPD, sondern der CDU/CSU einen Zuwachs an Erststimmen. Das gilt nicht nur für den Bundesdurchschnitt, sondern auch für Bayern.

Von den Wählern, die ihre Zweitstimmen den übrigen Parteien gegeben haben, konnte man erwarten, daß sie ihre Erststimmen in sehr viel geringerem Umfang den Kandidaten der gleichen Parteien geben würden, für die keine Aussicht auf die Erlangung des Wahlkreismandats bestand. Das trifft auch zu; denn nur 70 vH der Wähler, die ihre Zweitstimmen einer der sonstigen Parteien gegeben haben, wählten mit der Erststimme übereinstimmend. Dieser Anteil hätte bei der Aussichtslosigkeit ein Wahlkreismandat zu erringen, noch niedriger sein können. Sicherlich wollten aber viele Anhänger der ganz kleinen Parteien ihre politische Einstellung auch mit der Erststimme wenigstens demonstrieren. Der Rest der Erststimmen entfiel vor allem auf die CDU/CSU und SPD. Besonders groß ist hier auch der Anteil der ungültig abgegebenen Erststimmen. In der Erkenntnis, daß der Kandidat einer „sonstigen“ Partei im Wahlkreis nicht zum Zuge kommen konnte, vermied es offenbar ein Teil ihrer Anhänger, seine Erststimmen dem Kandidaten einer aussichtsreicheren Partei zu geben. Teilweise sind von den sonstigen Parteien auch keine Wahlkreisandidaten aufgestellt worden.

Die bisher behandelten Zahlen über die Kombination der Erst- und Zweitstimmen betreffen das Bundesgebiet ohne Saarland. Das Saarland blieb insbesondere deshalb unberücksichtigt, weil hier die CSU neben der CDU aufgetreten ist. Im Saarland haben von den Wählern, die ihre Zweitstimme der CDU gaben, 960 aT der CDU auch ihre Erststimme gegeben und von den Zweitstimmenwählern der CSU sogar 970 aT der gleichen Partei. Es ist also nur selten vorgekommen, daß die saarländischen Wäh-

ler mit der einen Stimme CDU und mit der anderen CSU gewählt haben.

Zur Frage, ob die Wähler das System der doppelten Stimmabgabe gemeistert haben, ist zunächst festzustellen, daß nach den Ergebnissen über die Kombination der Erst- und Zweitstimmen der größte Teil der Abweichungen zwischen Erst- und Zweitstimmen offensichtlich vernünftige Ursachen hat. Auch die zunächst weniger sinnvoll erscheinenden Kombinationen können vom Standpunkt des einzelnen Wählers her gesehen in vielen Fällen noch durchaus begründet sein. Die daneben noch vorgekommenen Irrtümer bei der Kennzeichnung der Stimmzettel dürften demgegenüber zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen. Damit kann unterstellt werden, daß die Wähler, und zwar Män-

ner und Frauen jeden Alters, mit dem Problem der doppelten Stimmabgabe zumindest technisch fertig geworden sind. Ein Teil der Wähler hat offenbar auch recht gut die hinter diesem System stehenden Auswirkungen auf das Wahlergebnis (Sitzverteilung) verstanden, da es sonst nicht ausreichend erklärt werden könnte, daß die Übereinstimmung der Erst- und der Zweitstimmen nach den kleineren Parteien hin, mit wenig Aussicht auf einen Wahlsieg, stark abnimmt. Auf der anderen Seite geht aus der großen Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen bei den Wählern der großen Parteien mit Aussicht auf einen Wahlkreissitz aber auch hervor, daß die Person des Wahlkreiskandidaten bei der Wahlentscheidung der Wähler längst nicht die Rolle spielt wie seine Parteizugehörigkeit.

F. Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

Die Sitzverteilung erfolgte bei allen bisherigen drei Bundestagswahlen nach dem Grundsatz einer „von einem vollen Verhältnisgleich überwölbten Mehrheitswahl“. Im einzelnen ist dieser Grundsatz jedoch jeweils recht verschiedenartig verwirklicht worden. Die Verfahrensregeln bei den Wahlen 1949 und 1953 sind in Abschnitt I A kurz erläutert. Nachfolgend wird nur das Sitzverteilungsverfahren nach dem BWG 56, das bei der 3. Bundestagswahl angewendet worden ist, ausführlich besprochen. Auf Abweichungen gegenüber den Verfahren bei vorangegangenen Wahlen wird jeweils hingewiesen.

1. Das Sitzverteilungsverfahren 1957

Für die Wahl zum 3. Bundestag erhöhte sich die Zahl der Abgeordnetensitze durch das Hinzutreten des Saarlandes mit 5 Wahlkreisen von 484 auf 494, von denen 247 auf Grund der Erststimmen in den Wahlkreisen und 247 auf Grund der Zweitstimmen nach Landeslisten zu wählen waren. Nach BWG 56, § 1 besteht der Bundestag allerdings aus 516 Abgeordneten. Von diesen kommen 22 aus dem Land Berlin. Da der vollen Anwendung des Bundeswahlgesetzes im Land Berlin noch Hindernisse entgegenstehen, ist im § 54 des BWG 56 als Übergangsregelung bestimmt worden, daß die 22 Abgeordneten des Landes Berlin durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt werden. Die Zahl der von der wahlberechtigten Bevölkerung im übrigen Bundesgebiet zu wählenden Abgeordneten betrug demnach nur 494.

Im Gegensatz zu 1949 und 1953 werden die Abgeordnetensitze nicht mehr durch Gesetz auf die Länder verteilt; mit welcher Abgeordnetenzahl die Länder im neuen Bundestag vertreten sind, ergibt sich neuerdings erst aus dem Ergebnis der Sitzverteilung. Grundlage für die Berechnung der Sitzverteilung bilden wie 1953 die auf die einzelnen Parteien entfallenden Zweitstimmen. Nicht zu berücksichtigen sind hierbei die Zweitstimmen derjenigen Parteien (mit Ausnahme der Parteien nationaler Minderheiten), deren Stimmenanteil an den gültigen Zweitstimmen überhaupt im Bundesgebiet weniger als 5 vH beträgt oder die durch die Erststimmen in Wahlkreisen nicht wenigstens

drei Mandate erhalten haben. Für die Sitzverteilung kamen 1957 danach nur noch folgende Parteien in Frage:

Die CDU mit 39,7 vH aller gültigen Zweitstimmen
 die SPD mit 31,8 vH aller gültigen Zweitstimmen
 die CSU mit 10,5 vH aller gültigen Zweitstimmen
 die FDP mit 7,7 vH aller gültigen Zweitstimmen
 die DP mit 3,4 vH aller gültigen Zweitstimmen
 aber 6 Wahlkreissitzen und
 der SSW als Partei einer nationalen Minderheit.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen bei der Auszählung außerdem die Zweitstimmen derjenigen Wähler unberücksichtigt bleiben, die mit der Erststimme im Wahlkreis einem parteilosen Bewerber oder dem Bewerber einer Partei zum Siege verholfen haben, für die keine Landesliste eingereicht oder zugelassen war; so gewonnene Abgeordnetensitze sind weiterhin von den insgesamt zu verteilenden abziehen. Jedoch traten solche Fälle, die die Feststellung der Sitzverteilung sehr erschwert und stark verzögert hätten, bei den beiden letzten Wahlen nicht auf.

Die Verteilung der (494) Sitze auf die vorgenannten 6 Parteien erfolgt neuerdings in zwei Stufen. Zunächst sind auf Grund der im gesamten Wahlgebiet erhaltenen Zweitstimmen die Sitze nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf Bundesebene, anschließend die von jeder Partei auf Bundesebene errungenen Abgeordnetensitze — wieder nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren — auf die Landeslisten der betreffenden Parteien zu verteilen und sodann mit den bereits durch die Erststimmen errungenen Wahlkreissitzen zu verrechnen. Erhält eine Partei in den Wahlkreisen eines Landes mehr Sitze als ihr im Land nach den Zweitstimmen zustehen, so bleiben ihr diese Sitze erhalten. Dieser Fall trat 1957 in Schleswig-Holstein ein, wo die CDU drei Sitze mehr erhielt, als ihr auf Grund der Zweitstimmen zustanden.

Nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren ist die Gesamtzahl der für eine Partei im ganzen Wahlgebiet bzw. im Land

38. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze 1957
(1. Stufe)

| CDU | | | SPD | | | CSU | | | FDP | | | DP | | | SSW | | | |
|--------|--------------|-----------|--------|--------------|-----------|--------|--------------|-----------|--------|--------------|-----------|--------|--------------|-----------|--------|--------------|-----------|---|
| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | |
| 1 | 11 875 339 | 1 | 1 | 9 495 571 | 2 | 1 | 3 133 060 | 7 | 1 | 2 307 135 | 11 | 1 | 1 007 282 | 26 | 1 | 32 262 | — | |
| 22 | 5 937 669 | 3 | 2 | 4 747 785 | 4 | 2 | 1 566 530 | 16 | 2 | 1 153 567 | 22 | 2 | 503 641 | 53 | | | | |
| . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| 211 | 56 281 | 491 | 168 | 56 521 | 490 | 54 | 58 019 | 477 | 40 | 57 678 | 480 | 16 | 62 955 | 439 | | | | |
| 212 | 56 015 | 494 | 169 | 56 186 | 493 | 55 | 56 964 | 486 | 41 | 56 271 | 492 | 17 | 59 251 | 467 | | | | |
| 213 | 55 752 | — | 170 | 55 856 | — | 56 | 55 947 | — | 42 | 54 931 | — | 18 | 55 960 | — | | | | |

39. Berechnung der auf die Landeslisten der CDU entfallenden Sitze 1957

(2. Stufe)

| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge |
|----------------------------|------------------|-----------|
| Schleswig-Holstein | | |
| 1 | 631 147 | 15 |
| 2 | 315 573 | 34 |
| . | . | . |
| 10 | 63 114 | 183 |
| 11 | 57 377 | 203 |
| 12 | 52 595 | — |
| Hamburg | | |
| 1 | 432 262 | 24 |
| 2 | 216 131 | 50 |
| . | . | . |
| 6 | 72 043 | 160 |
| 7 | 61 751 | 188 |
| 8 | 54 032 | — |
| Niedersachsen | | |
| 1 | 1 495 343 | 5 |
| 2 | 747 671 | 12 |
| . | . | . |
| 26 | 57 513 | 202 |
| 27 | 55 383 | 211 |
| 28 | 53 405 | — |
| Bremen | | |
| 1 | 121 264 | 95 |
| 2 | 60 632 | 193 |
| 3 | 40 421 | — |
| Nordrhein-Westfalen | | |
| 1 | 4 813 996 | 1 |
| 2 | 2 406 998 | 2 |
| . | . | . |
| 86 | 55 976 | 208 |
| 87 | 55 333 | 212 |
| 88 | 54 704 | — |
| Hessen | | |
| 1 | 1 116 494 | 7 |
| 2 | 558 247 | 17 |
| . | . | . |
| 19 | 58 762 | 199 |
| 20 | 55 824 | 209 |
| 21 | 53 166 | — |
| Rheinland-Pfalz | | |
| 1 | 1 019 709 | 9 |
| 2 | 509 854 | 20 |
| . | . | . |
| 17 | 50 982 | 195 |
| 18 | 56 650 | 206 |
| 19 | 53 668 | — |
| Baden-Württemberg | | |
| 1 | 2 061 701 | 3 |
| 2 | 1 030 850 | 8 |
| . | . | . |
| 36 | 57 269 | 205 |
| 37 | 55 721 | 210 |
| 38 | 54 255 | — |
| Saarland | | |
| 1 | 183 423 | 62 |
| 2 | 91 711 | 126 |
| 3 | 61 141 | 190 |
| 4 | 45 855 | — |

abgegebenen Stimmen zunächst fortlaufend mit 1, 2, 3, usw. zu dividieren. Auf die dabei gewonnenen Teilungszahlen sind sodann, beginnend mit der höchsten und daran anschließend der nächst niedrigeren, so lange Sitze zu verteilen, bis die vorbestimmte Zahl vergeben ist. Die erste Stufe des Verfahrens bei der 3. Bundestagswahl, nämlich die Verteilung der Sitze auf Bundesebene, ist abgekürzt in der Tabelle 38 und ausführlich in der Tabelle IIa des Anhangs wiedergegeben. Die in der 1. Zeile rechts vom Teiler 1 stehenden fettgedruckten Zahlen sind die Gesamtzahlen der für eine Partei im Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen; die Spalte „Sitzfolge“ bezeichnet die Reihenfolge, mit der die Sitze auf Grund der Teilungszahlen zugewiesen worden sind; die unter der gestrichelten Linie stehenden Teilungszahlen sind diejenigen, die nicht mehr mit einem Sitz bedacht werden konnten; die letzten über der gestrichelten Linie stehenden Teiler bezeichnen die Gesamtzahl der von den einzelnen Parteien errungenen Sitze.

Nach der gleichen Methode hat die Verteilung der Sitze in der 2. Stufe auf die Landeslisten der einzelnen Parteien zu erfolgen, nur daß hier die Zahl der zu verteilenden Sitze nicht durch das Gesetz, sondern durch die Zahl der von einer Partei auf Bundesebene errungenen Sitze gegeben ist und an Stelle der von den Parteien im gesamten Wahlgebiet erhaltenen Zweitstimmen die Zweitstimmen einer Partei für ihre einzelnen Landeslisten treten. Als Beispiel ist in der Tabelle 39, wieder abgekürzt, die Verteilung der Sitze der CDU auf deren Landeslisten wiedergegeben. Die vollständige Durchführung des Verfahrens enthält die Tabelle II b des Anhangs.

Dieses zweistufige Verfahren gilt aber nur für den Fall, daß nach BWG 56, § 7 die Landeslisten der gleichen Partei für die Verteilung der Abgeordnetensitze verbunden sind. 1957 haben alle Parteien, die in die Sitzverteilung kamen, von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Ohne Listenverbindung muß die Berechnung der Sitze in einem Verfahren nach dem Schema der Tabelle 40 erfolgen, d. h. nur nach den für jede einzelne Landesliste abgegebenen Zweitstimmen. Entsprechend der Zahl der Landeslisten der Parteien, die 1957 für die Sitzverteilung in Betracht kamen, hätten also nebeneinander für 39 Landeslisten die Teilungszahlen berechnet und hierauf die vorgesehenen 494 Sitze vergeben werden müssen. Dadurch wären den einzelnen Parteien ebenso viele Stimmenreste verloren gegangen, wie sie Landeslisten hatten.

Das geschilderte Sitzverteilungsverfahren ist in jedem Fall außerordentlich zeitraubend. Es wurde daher in voller Ausführlichkeit lediglich angewandt, um das auf kürzerem Weg ermittelte Ergebnis nachträglich zu überprüfen. Bei der abgekürzten Berechnung wurde davon ausgegangen, daß das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren die Sitze annähernd proportional zu den abgegebenen Stimmen verteilt. Auf Grund dieser Überlegung wurden statt 494 zunächst 500 Sitze, also 6 Sitze zu viel, an die vorgenannten 6 Parteien im genauen Verhältnis ihrer Zweitstimmen verteilt. Dabei ergaben sich beispielsweise für die CDU 214 Sitze. Anschließend wurden für den nächstfolgenden 215. Sitz und die Sitze 213 und 212 ebenfalls die Teilungszahlen berechnet, d. h. die Gesamtzahl der Zweitstimmen der CDU durch 215 bzw. 213 und 212 dividiert. Bei den anderen Parteien wurde entsprechend verfahren. Beginnend mit der niedrigsten, wurden dann von den Teilungszahlen aller Parteien so viele gestrichen, bis die Zahl von 494 tatsächlich zu verteilender Sitze erreicht war. Für die Feststellung der Sitzverteilung auf Bundesebene genügte also die Berechnung von etwa 15 bis 20 Teilungszahlen, während beim ausführlichen Verfahren die Berechnung von mindestens 494 Teilungszahlen erforderlich ist. In gleicher Weise erfolgte eine Abkürzung des Verfahrens bei der Feststellung der auf die Landeslisten der Parteien entfallenden Sitze.

40. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze 1957 ohne Listenverbindungen
(Beispiel für CDU und SPD)

| CDU | | | | | | SPD | | | | | | | |
|--------------------|--------------|-----------|---------|--------------|-----------|------------------------------|--------------------|--------------|-----------|---------|--------------|-----------|------------------------------|
| Schleswig-Holstein | | | Hamburg | | | usw. bis Saar- land | Schleswig-Holstein | | | Hamburg | | | usw. bis Saar- land |
| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | |
| 1 | 631 147 | 28 | 1 | 432 262 | 50 | | 1 | 404 595 | 55 | 1 | 528 645 | 38 | |
| 2 | 315 573 | 71 | 2 | 216 131 | 109 | | 2 | 202 297 | 119 | 2 | 264 322 | 87 | |
| . | . | . | . | . | . | | . | . | . | . | . | . | |
| . | . | . | . | . | . | | . | . | . | . | . | . | |
| . | . | . | . | . | . | | . | . | . | . | . | . | |
| 10 | 63 114 | 416 | 6 | 72 043 | 367 | | 6 | 67 432 | 392 | 8 | 66 080 | 399 | |
| 11 | 57 377 | 465 | 7 | 61 751 | 439 | | 7 | 57 799 | 462 | 9 | 58 738 | 453 | |
| 12 | 52 596 | — | 8 | 54 033 | — | | 8 | 50 574 | — | 10 | 52 865 | — | |

2. Das Ergebnis der Sitzverteilung

Das Ergebnis der Sitzverteilung ist aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen. Die in den Spalten „zusammen“ ausgewiesenen Zahlen bezeichnen die auf Grund der Zweitstimmen zugeordneten Sitze, von denen die durch die Erststimmen schon erhaltenen Mandate in den Wahlkreisen (Wkr.) abgezogen wurden. Nur der Rest der Sitze war aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der Bewerber zu besetzen. Für Schleswig-Holstein ergab die Auszählung, daß die CDU auf Grund der Erststimmen 1957 drei Direktmandate mehr errungen hatte, als

ihr auf Grund der Zweitstimmen in diesem Lande überhaupt zugestanden hätten. Diese Sitze bleiben der CDU als sogenannte Überhangmandate erhalten (vgl. auch unter I A 1). Die Gesamtzahl der Abgeordneten des 3. Deutschen Bundestages (ohne die Abgeordneten des Landes Berlin) erhöhte sich dadurch von 494 auf 497, von denen 247 in Wahlkreisen und 250 aus Landeslisten gewählt worden sind.

Von den 6 Parteien, die in die Sitzverteilung gekommen sind, haben nur die CDU, die SPD, die CSU, die FDP und die DP Abgeordnetensitze erhalten. Der SSW mit 32 262 Zweitstimmen konnte bei einem Durchschnitt von 56 378 Zweitstimmen für

41. Sitzverteilung 1949, 1953 und 1957

| Land | Wahl | Sitze insgesamt | | davon entfallen auf | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------|--------------------|-------------------|-------------------|---------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--------|------|------|-------------------------------------|-----------------|------------------|------|------|
| | | | | CDU | | | SPD | | | CSU | | | FDP | | | DP | | | GB/BHE | | | Sonstige Parteien und Wählergruppen | | | | |
| | | Zus. | Wkr. | LL | zus. | Wkr. | LL | zus. | Wkr. | LL | zus. | Wkr. | LL | zus. | Wkr. | LL | zus. | Wkr. | LL | zus. | Wkr. | LL | | | | |
| Schleswig-Holstein | 49 | 23 | 14 | 9 | 8 | 7 | 1 | 8 | 6 | 2 | — | — | — | 2 | — | 2 | 3 | — | 3 | — | — | — | 2 | 1 | 1 | |
| | 53 | 26 | 14 | 12 | 14 | 14 | — | 7 | — | 7 | — | — | — | 1 | — | 1 | 1 | — | 1 | — | 3 | — | — | — | — | |
| | 57 | 23 | 14 | 9 | 14 | 14 | — | 7 | — | 7 | — | — | — | 1 | — | 1 | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | |
| Hamburg | 49 | 13 | 8 | 5 | 3 | 3 | — | 6 | 4 | 2 | — | — | — | 2 | 1 | 1 | 1 | — | 1 | — | — | — | 1 | — | 1 | |
| | 53 | 18 | 8 | 10 | 7 | 3 | 4 | 7 | 1 | 6 | — | — | — | 2 | 2 | — | 2 | 2 | — | — | — | — | — | — | — | |
| | 57 | 19 | 8 | 11 | 7 | 1 | 6 | 9 | 7 | 2 | — | — | — | 2 | — | 2 | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | |
| Niedersachsen . . . | 49 | 58 | 34 | 24 | 12 | 4 | 8 | 24 | 24 | — | — | — | — | 5 | 1 | 4 | 12 | 5 | 7 | — | — | — | 5 | — | 5 | |
| | 53 | 66 | 34 | 32 | 25 | 13 | 12 | 21 | 11 | 10 | — | — | — | 5 | 2 | 3 | 8 | 8 | — | 7 | — | — | 7 | — | — | |
| | 57 | 61 | 34 | 27 | 27 | 21 | 6 | 22 | 8 | 14 | — | — | — | 4 | — | 4 | 8 | 5 | 3 | — | — | — | — | — | — | |
| Bremen | 49 | 5 | 3 | 2 | 1 | — | 1 | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | |
| | 53 | 6 | 3 | 3 | 2 | — | 2 | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | |
| | 57 | 6 | 3 | 3 | 2 | — | 2 | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | |
| Nordrhein-Westf.. | 49 | 109 | 66 | 43 | 43 | 40 | 3 | 37 | 25 | 12 | — | — | — | 10 | 1 | 9 | — | — | — | — | — | — | 19 | — | 19 | |
| | 53 | 138 | 66 | 72 | 72 | 51 | 21 | 47 | 13 | 34 | — | — | — | 12 | 1 | 11 | 1 | — | 1 | — | 3 | — | 3 | 3 ¹⁾ | 1 | 2 |
| | 57 | 154 | 66 | 88 | 87 | 53 | 34 | 54 | 13 | 41 | — | — | — | 11 | — | 11 | 2 | — | 2 | — | — | — | — | — | — | — |
| Hessen | 49 | 36 | 22 | 14 | 9 | 3 | 6 | 13 | 12 | 1 | — | — | — | 12 | 7 | 5 | — | — | — | — | — | — | — | 2 | — | 2 |
| | 53 | 44 | 22 | 22 | 15 | 7 | 8 | 16 | 10 | 6 | — | — | — | 9 | 5 | 4 | 1 | — | 1 | — | 3 | — | 3 | — | — | — |
| | 57 | 46 | 22 | 24 | 20 | 11 | 9 | 19 | 10 | 9 | — | — | — | 4 | — | 4 | 3 | 1 | 2 | — | — | — | — | — | — | — |
| Rheinland-Pfalz . . | 49 | 25 | 15 | 10 | 13 | 11 | 2 | 7 | 4 | 3 | — | — | — | 4 | — | 4 | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | 1 |
| | 53 | 31 | 15 | 16 | 18 | 13 | 5 | 9 | 2 | 7 | — | — | — | 4 | — | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 57 | 31 | 15 | 16 | 18 | 12 | 6 | 10 | 3 | 7 | — | — | — | 3 | — | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Baden-Württbg. . . | 49 | 55 | 33 | 22 | 26 | 23 | 3 | 15 | 6 | 9 | — | — | — | 10 | 2 | 8 | — | — | — | — | — | — | 4 | 2 | 2 | |
| | 53 | 67 | 33 | 34 | 38 | 29 | 9 | 16 | 2 | 14 | — | — | — | 9 | 2 | 7 | 1 | — | 1 | — | 3 | — | 3 | — | — | |
| | 57 | 67 | 33 | 34 | 37 | 32 | 5 | 18 | 1 | 17 | — | — | — | 11 | — | 11 | 1 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | |
| Bayern | 49 | 78 | 47 | 31 | — | — | — | 18 | 12 | 6 | 24 | 24 | — | 7 | — | 7 | — | — | — | — | — | — | 29 | 11 | 18 | |
| | 53 | 91 | 47 | 44 | — | — | — | 25 | 3 | 22 | 52 | 42 | 10 | 6 | 2 | 4 | — | — | — | — | 8 | — | 8 | — | — | |
| | 57 | 82 | 47 | 35 | — | — | — | 25 | — | 25 | 53 | 47 | 6 | 4 | — | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | |
| Saarland | 57 | 8 | 5 | 3 | 3 | 3 | — | 2 | 1 | 1 | 2 | — | 2 | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Bundesgebiet . . . | 49 | 402 ²⁾ | 242 | 160 | 115 | 91 | 24 | 131 | 96 | 35 | 24 | 24 | — | 52 | 12 | 40 | 17 | 5 | 12 | — | — | — | 63 ³⁾ | 14 | 49 |
| | | vH | 100 | 60,2 | 39,8 | 100 | 79,1 | 20,9 | 100 | 73,3 | 26,7 | 100 | 100 | — | 100 | 23,1 | 76,9 | 100 | 29,4 | 70,6 | — | — | — | 100 | 22,2 | 77,8 |
| vH | 53 | 487 ²⁾ | 242 | 245 | 191 | 130 | 61 | 151 | 45 | 106 | 52 | 42 | 10 | 48 | 14 | 34 | 15 | 10 | 5 | 27 | — | 27 | 3 ¹⁾ | 1 | 2 | |
| vH | 100 | 49,7 | 50,3 | 100 | 68,1 | 31,9 | 100 | 29,8 | 70,2 | 100 | 80,8 | 19,2 | 100 | 29,2 | 70,8 | 100 | 66,7 | 33,3 | 100 | — | 100 | 100 | 33,3 | 66,7 | | |
| einschl. Saarland . | 57 | 497 ²⁾ | 247 | 250 | 215 | 147 | 68 | 169 | 46 | 123 | 55 | 47 | 8 | 41 | 1 | 40 | 17 | 6 | 11 | — | — | — | — | — | — | |
| | vH | 100 | 49,7 | 50,3 | 100 | 68,4 | 31,6 | 100 | 27,2 | 72,8 | 100 | 85,5 | 14,5 | 100 | 2,4 | 97,6 | 100 | 35,3 | 64,7 | — | — | — | — | — | — | |
| ohne Saarland . . | 57 | 489 | 242 | 247 | 212 | 144 | 68 | 167 | 45 | 122 | 53 | 47 | 6 | 40 | — | 40 | 17 | 6 | 11 | — | — | — | — | — | — | |
| | vH | 100 | 49,5 | 50,5 | 100 | 67,9 | 32,1 | 100 | 26,9 | 73,1 | 100 | 88,7 | 11,3 | 100 | — | 100 | 100 | 35,3 | 64,7 | — | — | — | — | — | — | |

¹⁾ Deutsche Zentrumspartei, darunter ein Mitglied der CDU, das über die Landesliste der Deutschen Zentrumspartei gewählt worden ist. — ²⁾ Einschl. der Überhangmandate, 1949: 2 (CDU in Baden-Württemberg, SPD in Bremen), 1953: 3 (2 CDU in Schleswig-Holstein, 1 DP in Hamburg), 1957: 3 (CDU in Schleswig-Holstein). — ³⁾ Davon: Bayernpartei: 17 (11 in Wkr.), Kommunistische Partei Deutschlands 15, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung 12, Deutsche Zentrumspartei 10 (auf LL), Deutsche Reichspartei 5, Südschleswiger Wählerverband 1, Wählergruppe 3 (in Wkr.).

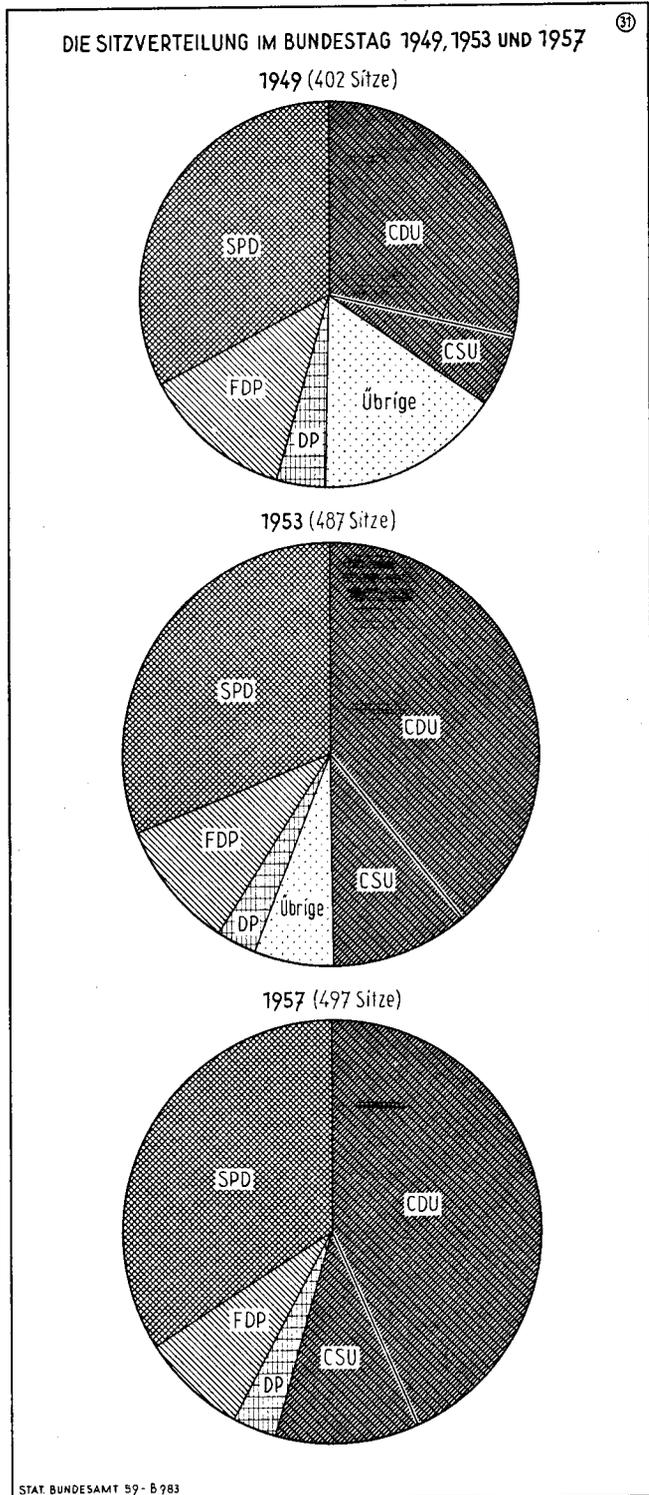
einen Abgeordneten keinen Sitz mehr bekommen. Von den 497 Abgeordneten entfallen auf die

| | |
|-----|-----|
| CDU | 215 |
| SPD | 169 |
| CSU | 55 |
| FDP | 41 |
| DP | 17 |

Dazu kommen die 22 Abgeordneten des Landes Berlin, die von folgenden Parteien gestellt wurden:

| | |
|-----|----|
| SPD | 12 |
| CDU | 7 |
| FDP | 2 |

Freie Deutsche Volkspartei 1



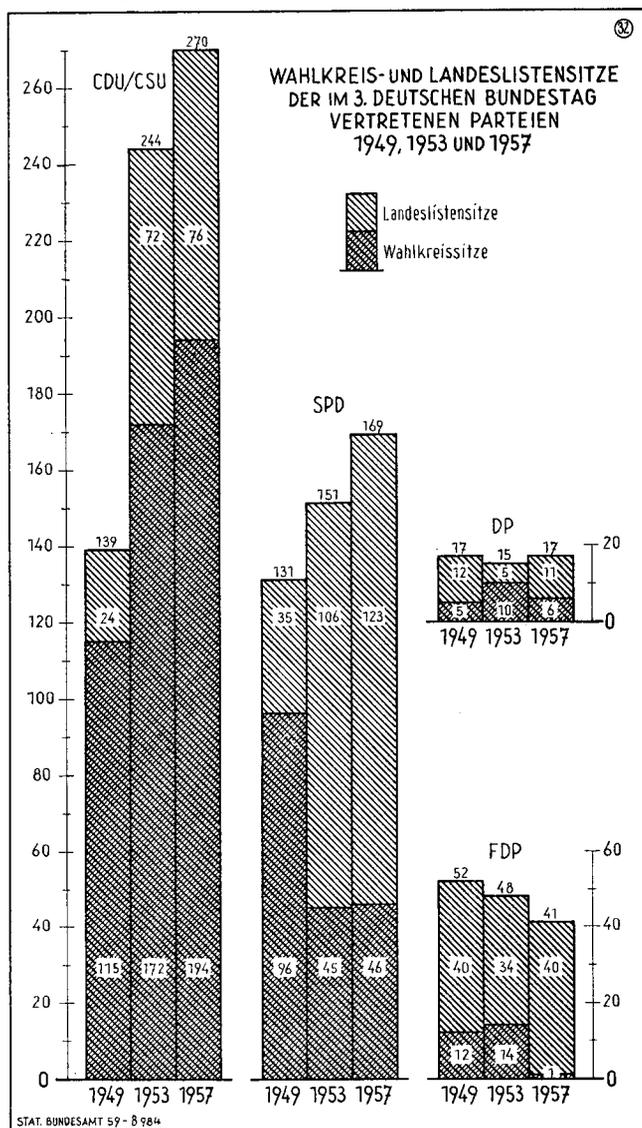
Die Zahl der Abgeordneten der CDU erhöhte sich dadurch auf 222, die der SPD auf 181, diejenige der FDP auf 43. Nicht

mehr im 3. Deutschen Bundestag vertreten sind das Zentrum und der GB/BHE, der 1953 27 Abgeordnete zählte. Die Zahl der Abgeordneten der CDU/CSU hat sich ständig erhöht. 1949 entfielen auf diese beiden Parteien 139 oder 34,6 vH aller Sitze, 1953 aber bereits 243 und einschließlich des über die Landesliste Nordrhein-Westfalen der deutschen Zentrumspartei gewählten CDU-Abgeordneten 244, wodurch bei insgesamt 487 Abgeordneten gerade die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag erreicht war. Weitere 26 Sitze wurden 1957 hinzugewonnen, und damit eine sicherere Mehrheit von 54,4 vH erzielt. Von den zusätzlichen Sitzen entfallen 5 auf das Saarland und 21 auf die übrigen Bundesländer.

Die SPD stellte bei allen drei Bundestagswahlen etwa 1/3 der Abgeordneten, für den 3. Bundestag genau 34,0 vH. Sie hat 1957 18 Sitze mehr als 1953 erhalten, von denen 2 im Saarland und 16 in den übrigen Bundesländern gewonnen wurden.

Bei der FDP ist ein ständiger Rückgang der Zahl der Abgeordneten zu beobachten. 1949 waren es 52 oder 12,9 vH, 1953 trotz Vergrößerung der Mitgliederzahl des Bundestages nur noch 48 oder 9,9 vH und 1957 trotz Hinzutretens eines Abgeordneten aus dem Saarland lediglich 41 oder 8,2 vH.

Die Zahl der Abgeordneten der DP blieb mit 17 bei der Wahl 1949, 15 bei der Wahl 1953 und wieder 17 oder 3,4 vH im Jahr 1957 etwa gleich.



Von den Abgeordneten der CDU wurden 1957 über zwei Drittel mit den Erststimmen in den Wahlkreisen gewählt. Noch höher ist der Anteil der Direktmandate mit 86 vH bei der CSU. Von den 169 Abgeordneten der SPD waren lediglich 46 oder etwas über ein Viertel Wahlkreiskandidaten und von den 41 Abgeordneten der FDP sogar nur einer. Bei der DP beträgt der

Anteil der Wahlkreisabgeordneten über ein Drittel. Verglichen mit 1953 ist die Quote der mit den Erststimmen gewählten Abgeordneten bei der CDU/CSU und der SPD etwa gleich geblieben; bei den übrigen Parteien hat sie sich stark vermindert.

3. Die Sitzverteilung 1957 bei anderen Zuteilungsverfahren

Das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren verteilt die Sitze nur annähernd im Verhältnis der abgegebenen Stimmen. Dabei schneiden die größeren Parteien etwas besser ab, weil die zu berechnenden Teilungszahlen um so langsamer kleiner werden, je größer die Ausgangszahl ist. Diese Auswirkungen werden vermindert, wenn wie 1957 die Möglichkeit von Listenverbindungen besteht. Diese Möglichkeit hatte gleichzeitig zur Folge, daß auch die Parteien (FDP und DP) noch die für ihre einzelnen Landeslisten abgegebenen Stimmen ausnutzen konnten, die geringer waren, als für ein Mandat mindestens benötigt wurden.

Welche Sitzverteilung sich ohne Listenverbindung ergeben hätte, zeigt Spalte I der Tabelle 42. Die CDU hätte in diesem Fall (ohne die 3 Überhangmandate in Schleswig-Holstein) 214 statt 212, die SPD 170 statt 169 und die CSU 57 statt 55, dafür aber die FDP nur 39 statt 41 und die DP sogar nur 14 statt 17 Sitze erhalten. Die größeren Parteien haben also durch die Listenverbindungen weniger Sitze und die kleineren Parteien mehr Sitze erhalten als bei einer Zuteilung ohne Listenverbindungen.

Die CDU hat durch diese Neuerung je einen Landeslistensitz in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg weniger erhalten; das durch die Listenverbindungen verursachte Minus bei der SPD betraf ihre Landesliste von Niedersachsen; die CSU hat dadurch in Bayern 2 Sitze eingebüßt. Der FDP fielen die beiden zusätzlichen Sitze in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu, der DP die drei zusätzlichen Sitze in Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg. Für Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg hat sich durch die Listenverbindungen die Zahl der Abgeordneten aller Parteien um je einen erhöht, für Niedersachsen um einen und in Bayern um zwei vermindert.

Würden die Sitze proportional zu den für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen verteilt worden sein (vgl. Spalte II der Tabelle), so würden im Vergleich zur tatsächlichen Sitzverteilung CDU und FDP je ein Mandat und die SPD zwei Mandate weniger, die DP drei Mandate mehr als tatsächlich nach dem d'Hondt'schen Verfahren bekommen haben und auch noch für den SSW ein Sitz angefallen sein. Zieht man dagegen die für die einzelnen Parteien im gesamten Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen zusammen und

verteilt man hiernach die Sitze proportional, so ergibt sich folgende Verteilung:

| | |
|-----|-----|
| CDU | 211 |
| SPD | 168 |
| CSU | 56 |
| FDP | 41 |
| DP | 18 |

In diesem Falle hätte gegenüber der tatsächlichen Verteilung neben der CDU auch die SPD nur einen Sitz weniger und bei unveränderter Zahl der Sitze für die FDP die CSU und DP je einen mehr erhalten.

Ginge man von dieser letzteren Berechnungsmethode aus, bei der gegenüber der ersteren das föderalistische Moment zugunsten einer größeren „Gerechtigkeit“ bei der Verteilung der Mandate auf die Parteien in den Hintergrund tritt, so hätte sich die mit dem d'Hondt'schen Sitzverteilungsverfahren notwendigerweise verbundene „Benachteiligung“ der kleineren Parteien dank der Listenverbindungen fast nicht mehr ausgewirkt. Das zeigt sich auch, wenn man die Zahl der gültigen Zweitstimmen je Mandat für die führenden Parteien, die in die Sitzverteilung kamen, miteinander vergleicht. Sie betrug 1957 in der Reihenfolge der benötigten Stimmen für die

| | |
|-----|------------|
| CDU | 56 016 |
| SPD | 56 187 |
| FDP | 56 272 |
| CSU | 56 965 |
| DP | 59 252 und |

im Bundesdurchschnitt 56 378.

Danach nimmt die Zahl der für ein Mandat benötigten Stimmen bei den kleineren Parteien zwar zu, der Unterschied ist jedoch, wenn man von der DP absieht, nicht allzu groß. Wenn das d'Hondt'sche Sitzverteilungsverfahren bei Listenverbindung zu einer Sitzverteilung führt, die einer Verteilung genau proportional zu den abgegebenen Zweitstimmen annähernd entspricht, so ist die Ursache hierfür allerdings auch darin zu suchen, daß durch die Sperrklauseln der größte Teil der kleineren Parteien schon von vornherein für die Sitzverteilung ausgeschaltet ist.

Geringfügige Änderungen würden sich bei einer Verteilung der Sitze proportional zu den für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen auch für die auf die einzelnen Länder entfallenden Mandate ergeben. Die Zahl der von Schleswig-Holstein, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und dem Saarland zu stellenden Abgeordneten würde sich um je einen erhöhen, die Zahl der Abgeordneten aus Hessen und Baden-Württemberg um je einen und aus Nordrhein-Westfalen um drei vermindern.

Eine andere als die tatsächliche Verteilung der Abgeordneten auf die Länder ergibt sich auch, wenn man die Verteilung der Sitze auf Bundesebene zwar nach d'Hondt, aber die Weiterverteilung auf die einzelnen Landeslisten proportional nach den für die Landeslisten der einzelnen Parteien abgegebenen Zweit-

42. Sitzverteilung bei verschiedenen Berechnungsmethoden

(ohne Überhangmandate)

I = Sitzverteilung ohne Listenverbindungen; II = Sitzverteilung proportional zu den für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen; III = Sitzverteilung für Bund nach d'Hondt, auf die Länder proportional zu den für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen.

| Land | Sitze insgesamt | | | | davon entfallen auf | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------|-----------------|-----|-------------------|-----|---------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|----|-----|-----|----|-----|----|----|-----|----|----|----|----|
| | Tatsächlich | I | | | Tatsächlich | CDU | | | SPD | | | CSU | | | FDP | | | DP | | | | | | |
| | | I | II | III | | I | II | III | I | II | III | I | II | III | I | II | III | I | II | III | | | | |
| Sitze insgesamt | 494 | 494 | 494 ¹⁾ | 494 | 212 | 214 | 211 | 212 | 169 | 170 | 167 | 169 | 55 | 57 | 55 | 55 | 41 | 39 | 40 | 41 | 17 | 14 | 20 | 17 |
| davon auf Grund der Stimmen in | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 20 | 19 | 21 ¹⁾ | 20 | 11 | 11 | 11 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | — | — | — | — | 1 | 1 | 1 | 1 | — | — | 1 | 1 |
| Hamburg | 19 | 19 | 20 | 20 | 7 | 7 | 8 | 8 | 9 | 9 | 9 | 9 | — | — | — | — | 2 | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Niedersachsen | 61 | 62 | 61 | 60 | 27 | 27 | 27 | 27 | 22 | 23 | 22 | 22 | — | — | — | — | 4 | 4 | 4 | 4 | 8 | 8 | 8 | 7 |
| Bremen | 6 | 6 | 6 | 7 | 2 | 2 | 2 | 2 | 3 | 3 | 3 | 3 | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Nordrhein-Westfalen | 154 | 154 | 151 | 151 | 87 | 88 | 85 | 86 | 54 | 54 | 53 | 53 | — | — | — | — | 11 | 10 | 10 | 10 | 2 | 2 | 3 | 2 |
| Hessen | 46 | 45 | 45 | 46 | 20 | 20 | 20 | 20 | 19 | 19 | 18 | 19 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Rheinland-Pfalz | 31 | 31 | 32 | 31 | 18 | 18 | 18 | 18 | 10 | 10 | 10 | 10 | — | — | — | — | 3 | 3 | 3 | 3 | — | — | 1 | 1 |
| Baden-Württemberg | 67 | 66 | 66 | 66 | 37 | 38 | 37 | 37 | 18 | 18 | 18 | 18 | — | — | — | — | 11 | 10 | 10 | 10 | 1 | — | 1 | 1 |
| Bayern | 82 | 84 | 83 | 83 | — | — | — | — | 25 | 25 | 25 | 25 | 53 | 55 | 53 | 53 | 4 | 4 | 4 | 4 | — | — | 1 | 1 |
| Saarland | 8 | 8 | 9 | 10 | 3 | 3 | 3 | 3 | 2 | 2 | 2 | 3 | 2 | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 2 | 2 | — | — | — | — |

¹⁾ Einschl. 1 Sitz des SSW.

stimmen vornimmt (vgl. Spalte III der Tabelle). In diesem Falle würde sich die Zahl der in Hamburg, Bremen und Bayern gewählten Abgeordneten um je einen und die Zahl der im Saarland gewählten um zwei erhöhen, während Niedersachsen und Baden-Württemberg je einen und Nordrhein-Westfalen drei Abgeordnete weniger zu stellen hätten. Der Grund für diese Verschiebungen liegt auch hier wieder in der Eigenschaft des d'Hondt'schen Verfahrens, die „Großen“, d. h. in diesem Fall die Landeslisten mit vielen Stimmen zu begünstigen. Dadurch sind den Ländern mit vielen Stimmen für eine Partei Sitze zugefallen, die bei rein proportionaler Verteilung eigentlich aus den Landeslisten zu besetzen gewesen wären, auf die weniger Stimmen abgegeben wurden.

4. Der Erfolgswert der Wählerstimmen

In den Auseinandersetzungen über die Wahlsysteme spielt die grundsätzliche Forderung nach der Gleichheit der Wahl eine erhebliche Rolle. In diesem Zusammenhang ist das Streben nach einem gleichen Erfolgs- oder Nutzwert der Stimmen von großer Bedeutung. Bei einem reinen Verhältniswahlrecht mit Verrechnung der Stimmen über das ganze Wahlgebiet und ohne jegliche Sperrklauseln wird die Wahlrechtsgleichheit am besten erreicht. Diese Beurteilung ist allerdings sehr formalistisch, und es ist in der Rechtsprechung der Verfassungsgerichtshöfe — z. B. bei den Auseinandersetzungen um die Zulässigkeit von Sperrklauseln — durchaus anerkannt, daß Einschränkungen der Wahlrechtsgleichheit durch Modifikation des Verhältniswahlrechts aus staatspolitischen Gründen gerechtfertigt sein können und zulässig sind.

Ohne auf diese grundsätzlichen Erörterungen weiter einzugehen, soll in Ergänzung der Ausführungen unter I A 2 und II F 3 gezeigt werden, inwieweit eine Wahlrechtsgleichheit — wenigstens soweit es die für die Sitzverteilung fast allein ausschlaggebenden Zweitstimmen betrifft — schon bei der Bundestagswahl 1957 erreicht worden ist und inwieweit sie sich gegenüber 1953 verbessert oder verschlechtert hat. Dazu ist für die 2. und die 3. Bundestagswahl berechnet worden, wieviel Einwohner, Wahlberechtigte und Wähler im Bundesgebiet und in den Ländern auf ein Mandat entfallen. Die jeweils drei Überhangmandate bleiben dabei unberücksichtigt.

Die Entwicklung des Wahlrechts der 2. und 3. Bundestagswahl ist, wie schon erwähnt, u. a. durch folgendes gekennzeichnet: 1953 wurde die Zahl der Abgeordneten für die einzelnen Länder schon vor der Wahl entsprechend dem Bevölkerungsanteil festgelegt. 1957 dagegen erfolgte zunächst die Verteilung der Sitze auf die Parteien zentral für den Bund; erst in einem zweiten Rechengang sind die Sitze der einzelnen Parteien auf die Länder verteilt worden. Ferner ergab sich im Zusammenhang mit der Verbindung von Landeslisten gleicher Parteien die Mög-

lichkeit, die beim d'Hondt'schen Verfahren anfallenden Reststimmen besser auszunutzen. Durch alle diese Neuerungen hat die Zahl der Einwohner, Wahlberechtigten und Zweitstimmenwähler je Mandat erhebliche Änderungen erfahren.

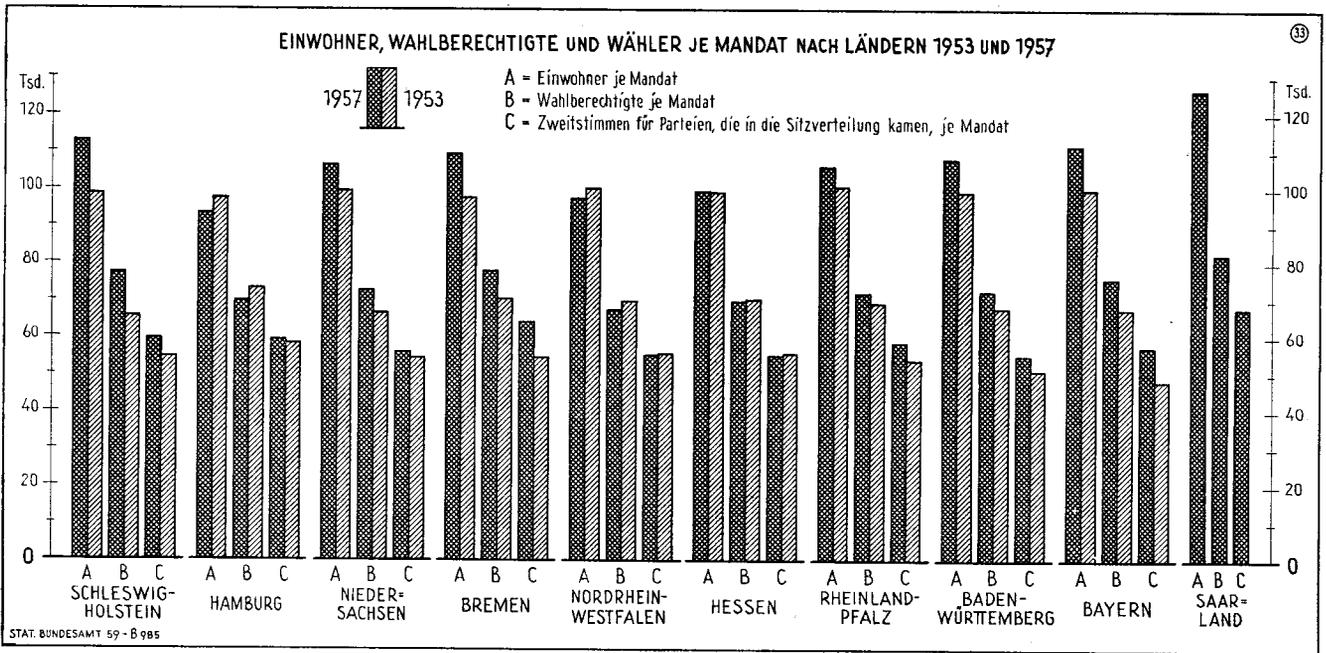
Die Zahl der Einwohner je Bundestagsmandat war 1953 in allen Ländern entsprechend dem bereits erwähnten Verfahren, die Zahl der Abgeordneten für die Länder schon vor der Wahl auf Grund der Einwohnerzahl festzulegen, annähernd gleich. Sie bewegte sich zwischen 97 353 für Hamburg und 100 613 für Rheinland-Pfalz und zeigte lediglich bei Hamburg und Bremen eine geringe Bevorzugung der kleinsten Länder. Das gleiche trifft auch für die Zahl der Wahlberechtigten je Mandat zu, mit dem Unterschied, daß hier die Zahlen für Hamburg und Bremen wegen des größeren Bevölkerungsanteils der über 21jährigen höher liegen als in den übrigen Ländern. Die Zahl der gültigen Stimmen, die für ein Bundestagsmandat benötigt wurden, zeigte demgegenüber eine recht große Streuung um den Bundesdurchschnitt von 53 291. In Bayern wurden lediglich 48 226 gültige Zweitstimmen für ein Bundestagsmandat benötigt, in Hamburg dagegen 58 219. Wird die Zahl der Stimmen je Mandat für die einzelnen Parteien betrachtet, so zeigen sich noch größere Unterschiede. Einen Sonderfall bildet das Zentrum, das mit 108 539 Zweitstimmen in Nordrhein-Westfalen nur einen Abgeordneten erhielt und bei dem ein außerordentlich großer Rest nicht ausgenutzt wurde. Selbst wenn man von diesem Fall absieht, so zeigen sich noch Unterschiede, die nahezu entweder einen halben oder umgekehrt doppelten Nutzwert der Stimmen im Vergleich von Land zu Land bei den Parteien ergeben.

Aus den Zahlen für die 3. Bundestagswahl ergibt sich zunächst, daß die Zahl der Einwohner je Mandat jetzt sehr verschieden war. Während 1953 der Unterschied zwischen dem Minimum und dem Maximum rund 3300 betragen hatte, vergrößerte er sich bei der 3. Bundestagswahl auf 33 300. In Hamburg kam ein Abgeordneter auf 93 284 Einwohner, in Schleswig-Holstein auf 112 840 und im Saarland sogar erst auf 126 575. Nicht mehr die Zahl der Einwohner und Wahlberechtigten, sondern ihr wahlpolitisches Verhalten im allgemeinen und ihre Wahlbeteiligung im besonderen sind 1957 maßgebend für die Zahl der Abgeordneten. Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto geringer braucht die Zahl der Einwohner und Wahlberechtigten zu sein, die dem einzelnen Land einen Abgeordneten im Bundestag sichern. Mit anderen Worten: Bei der Wahl 1957 ist das „Mitbestimmungsrecht der Nicht-Wähler“ abgeschafft und die Zahl der Abgeordneten aus den Ländern wird nicht mehr durch den Anteil dieser Personen beeinträchtigt. Von Einfluß ist jetzt in kleinerem Umfang der Anteil der ungültigen Stimmen und im großen Maße der Anteil der Wähler, die ihre Stimmen den Parteien geben, die nicht in die Sitzverteilung kommen.

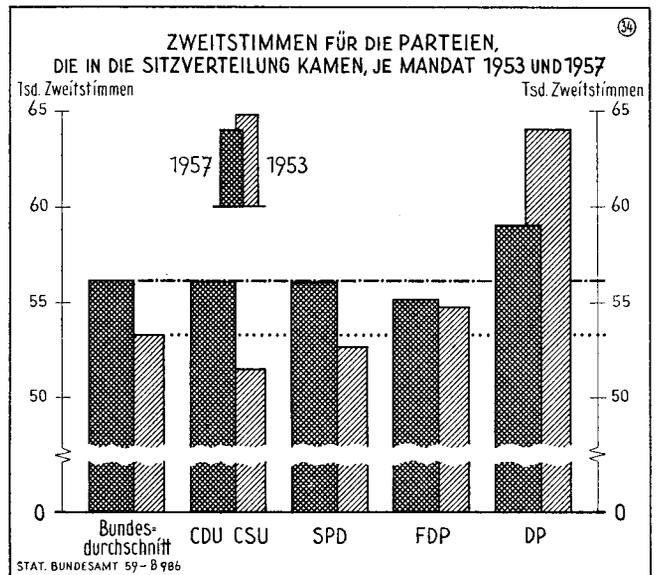
43. Einwohner, Wahlberechtigte und Wähler in den Ländern je Mandat 1953 und 1957

| Land | Jahr der Wahl | Einwohner ¹⁾ | Wahlberechtigte | Abgegebene Zweitstimmen (Wähler) | | Abgegebene gültige Zweitstimmen (Wähler) für Parteien, die in die Sitzverteilung kamen | | | | | | |
|--------------------------------------|---------------|-------------------------|-----------------|----------------------------------|------------------|--|----------------------|--------|---------|--------|--------|---------|
| | | | | überhaupt | darunter gültige | insgesamt | davon | | | | | |
| | | | | | | | CDU, CSU | SPD | FDP | GB/BHE | DP | Z |
| je Mandat (ausschl. Überhangmandate) | | | | | | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 1953 | 98 542 | 65 562 | 57 990 | 56 336 | 54 655 | 53 048 | 51 114 | 61 486 | 52 367 | 54 170 | --- |
| | 1957 | 112 840 | 77 060 | 68 361 | 65 602 | 59 550 | 57 377 | 57 799 | 73 656 | --- | 49 339 | --- |
| Hamburg | 1953 | 97 353 | 73 052 | 63 840 | 62 352 | 58 219 | 55 619 | 57 630 | 54 361 | --- | 62 123 | --- |
| | 1957 | 93 284 | 69 750 | 62 378 | 60 750 | 59 132 | 61 752 | 58 738 | 54 226 | --- | 54 144 | --- |
| Niedersachsen | 1953 | 99 470 | 66 497 | 59 011 | 57 282 | 54 312 | 53 239 | 54 120 | 52 179 | 58 139 | 56 150 | --- |
| | 1957 | 106 289 | 72 447 | 64 758 | 62 728 | 55 950 | 55 383 | 57 055 | 56 616 | --- | 54 492 | --- |
| Bremen | 1953 | 97 500 | 70 160 | 61 320 | 59 367 | 54 358 | 44 228 | 46 282 | --- | --- | 60 464 | --- |
| | 1957 | 109 250 | 77 756 | 69 083 | 66 433 | 63 949 | 60 632 | 61 334 | --- | --- | 55 118 | --- |
| Nordrhein-Westfalen | 1953 | 100 051 | 69 559 | 59 790 | 58 032 | 55 524 | 53 635 | 54 319 | 56 909 | 71 317 | 80 034 | 108 539 |
| | 1957 | 97 592 | 67 225 | 59 474 | 57 502 | 55 037 | 55 333 | 54 919 | 50 435 | --- | 70 665 | --- |
| Hessen | 1953 | 99 182 | 70 041 | 60 730 | 58 113 | 55 649 | 56 608 | 53 919 | 55 839 | 54 500 | 70 704 | --- |
| | 1957 | 99 385 | 69 678 | 62 241 | 59 288 | 55 116 | 55 825 | 54 588 | 58 218 | --- | 49 597 | --- |
| Rheinland-Pfalz | 1953 | 100 613 | 69 140 | 59 442 | 57 270 | 53 818 | 51 385 | 53 632 | 53 701 | --- | --- | --- |
| | 1957 | 106 103 | 71 907 | 63 749 | 61 258 | 58 481 | 56 651 | 57 820 | 61 763 | --- | --- | --- |
| Baden-Württemberg | 1953 | 99 179 | 67 713 | 55 377 | 53 554 | 50 939 | 49 523 | 51 607 | 50 615 | 64 511 | 56 268 | --- |
| | 1957 | 108 069 | 72 160 | 61 158 | 58 326 | 54 960 | 55 722 | 56 057 | 51 049 | --- | 50 050 | --- |
| Bayern | 1953 | 99 758 | 67 416 | 57 844 | 55 753 | 48 226 | 46 681 | 47 370 | 52 582 | 52 244 | --- | --- |
| | 1957 | 111 678 | 75 760 | 66 712 | 64 313 | 57 198 | 56 904 | 55 792 | 60 174 | --- | --- | --- |
| Saarland | 1953 | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| | 1957 | 126 575 | 82 409 | 73 697 | 68 886 | 67 881 | 60 118 ²⁾ | 69 155 | 100 080 | --- | --- | --- |
| Bundesgebiet ohne Saarland | 1953 | 99 552 | 68 432 | 58 842 | 56 924 | 53 291 | 51 421 | 52 616 | 54 774 | 59 887 | 64 009 | 108 539 |
| | 1957 | 103 820 | 71 165 | 62 723 | 60 400 | 56 188 | 56 137 | 56 032 | 55 176 | --- | 59 013 | --- |
| Bundesgebiet einschl. Saarland | 1957 | 104 188 | 71 347 | 62 901 | 60 537 | 56 378 | 55 587 | 56 187 | 56 272 | --- | 59 252 | --- |

¹⁾ Wahl 1953: Stand vom 30. 6. 1953, Wahl 1957: Stand vom 30. 6. 1957. — ²⁾ CDU 61 141; CSU 58 584.



Neben dem Unterschied in den Bevölkerungszahlen je Mandat haben sich auch die Unterschiede bei den Zahlen je Mandat für die Wahlberechtigten, die Zweitstimmen überhaupt und die gültigen Zweitstimmen zwischen den einzelnen Ländern von 1953 auf 1957 vergrößert. Andererseits sind die Abweichungen bei den gültigen Zweitstimmen, die für die Parteien, die in die Sitzverteilung kamen, insgesamt abgegeben worden sind und in stärkerem Umfange bei den Zweitstimmen, die die einzelnen erfolgreichen Parteien für ein Mandat benötigten, geringer geworden. Für CDU/CSU und SPD verringerte sich der Unterschied der Stimmzahlen, die sie in den einzelnen Ländern je Mandat benötigten, von 1953 auf 1957 um die Hälfte. Weniger günstig war die Entwicklung bei den kleineren Parteien, brauchte doch z. B. die DP für einen Sitz in Nordrhein-Westfalen über 70 000 und die FDP für einen Sitz im Saarland sogar über 100 000 Stimmen, bei einer durchschnittlichen Stimmzahl im Bundesgebiet je Mandat von rund 56 000. Der Grund hierfür liegt in den ungleich hohen Reststimmzahlen, die sich bei der Sitzverteilung nach d'Hondt ergeben. Alles in allem kann man jedoch feststellen, daß das bei der 3. Bundestagswahl zur Anwendung gekommene System der Sitzverteilung den Wählern, die eine bei der Sitzverteilung zu berücksichtigende Partei gewählt haben, eine erheblich größere Gleichheit des Erfolgswertes ihrer Stimmen gebracht hat als 1953.



G. Die personelle Zusammensetzung des 3. Deutschen Bundestages

Bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957 haben sich 2714 Personen um ein Mandat beworben, darunter 208 Frauen. In den Wahlkreisen stellten sich 1700 Bewerber zur Wahl. Auf die Landeslisten entfielen somit, wenn man die 1059 Wahlbewerber, für die gleichzeitig auch ein Kreiswahlvorschlag vorlag, nicht einrechnet, 1014 Bewerber. Gewählt wurden 497 Abgeordnete, dazu 22 aus den Reihen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sieht man von den Fällen ab,

in denen Abgeordnete nicht unmittelbar nach der jeweiligen Wahl, sondern erst durch Ausscheiden eines anderen Abgeordneten infolge von Mandatsverzichten oder Todesfällen in den Bundestag kamen, so wurden 183 oder etwas mehr als ein Drittel der Abgeordneten zum ersten Mal Mitglied des Deutschen Bundestages; alle übrigen sind schon zum zweiten oder dritten Mal gewählt. Die Zahl der schon zum dritten Mal Gewählten beträgt 169, und die Zahl derjenigen, die Abgeordnete im 2. Bundestag

44. Die alten und neuen Abgeordneten im 3. Deutschen Bundestag

| Abgeordnete, die in den Bundestag gewählt worden sind | Abgeordnete insgesamt | | | davon nach Parteien | | | | | | | | | | | | | | |
|---|-----------------------|-----------|------------|---------------------|-----------|------------|------------|-----------|------------|-----------|----------|-----------|-----------|----------|-----------|------------------------|----------|------------------------|
| | | | | CDU | | | SPD | | | CSU | | | FDP | | | DP ¹⁾ | | |
| | Männer | Frauen | zusammen | Männer | Frauen | zusammen | Männer | Frauen | zusammen | Männer | Frauen | zusammen | Männer | Frauen | zusammen | Männer | Frauen | zusammen |
| zum erstenmal | 168 | 15 | 183 | 72 | 9 | 81 | 50 | 4 | 54 | 18 | — | 18 | 24 | 2 | 26 | 4 | — | 4 |
| auch 1949 und 1953 | 150 | 19 | 169 | 60 | 7 | 67 | 64 | 11 | 75 | 11 | 1 | 12 | 8 | — | 8 | 7 | — | 7 |
| auch 1953, aber nicht 1949 | 148 | 12 | 160 | 69 | 3 | 72 | 44 | 6 | 50 | 22 | 2 | 24 | 8 | 1 | 9 | 5 ¹⁾ | — | 5 ¹⁾ |
| auch 1949, aber nicht 1953 | 5 | 2 | 7 | 2 | — | 2 | 1 | 1 | 2 | 1 | — | 1 | — | — | — | 1 | 1 | 2 |
| Abgeordnete insgesamt | 471 | 48 | 519 | 203 | 19 | 222 | 150 | 22 | 181 | 52 | 3 | 55 | 40 | 3 | 43 | 17¹⁾ | 1 | 18¹⁾ |

Einschl. der 22 Abgeordneten von Berlin. Aufgestellt auf Grund der Verzeichnisse der Abgeordneten unmittelbar nach der jeweiligen Wahl, also ohne Berücksichtigung von Nachfolgern. — ¹⁾ Einschl. 1 Abgeordneter der FDV in Berlin.

45. Abgeordnete des 3. Deutschen Bundestages
nach Alter, Geschlecht und Parteien

| Geburtsjahrgang | Alter am 31. 12. 1957 in Jahren | Abgeordnete insgesamt | | | davon nach Parteien | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------|---------------------------------|-----------------------|----------|----------|---------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|------------------|----|------|------------------|---|------------------|------|
| | | | | | CDU | | | | SPD | | | | CSU | | | | FDP | | DP ¹⁾ | | | | | | |
| | | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | | | | | | |
| Anzahl | | | vH | | | Anzahl | | | vH | | | Anzahl | | | vH | | | Anzahl | | vH | | | | | |
| 1923 u. später | unter 35 | 90 | 1 | 21 | 4,0 | 8 | 1 | 9 | 4,1 | 9 | — | 9 | 5,0 | 2 | — | 2 | 3,6 | 1 | — | 1 | 2,3 | — | — | — | — |
| 1913 bis 1922 | 35 bis unter 45 | 22 | 7 | 99 | 19,1 | 27 | 2 | 29 | 13,1 | 36 | 5 | 41 | 22,7 | 15 | — | 15 | 27,3 | 11 | — | 11 | 25,6 | 3 | — | 3 | 17,7 |
| 1903 bis 1912 | 45 bis unter 55 | 163 | 16 | 179 | 34,5 | 71 | 4 | 75 | 33,8 | 52 | 8 | 60 | 33,1 | 18 | 2 | 20 | 36,4 | 14 | 1 | 15 | 34,9 | 8 | 1 | 9 | 52,9 |
| 1893 bis 1902 | 55 bis unter 65 | 158 | 16 | 174 | 33,5 | 77 | 6 | 83 | 37,4 | 50 | 8 | 58 | 32,0 | 14 | 1 | 15 | 27,3 | 11 | 1 | 12 | 27,9 | 6 ¹⁾ | — | 6 ¹⁾ | 29,4 |
| 1883 bis 1892 | 65 bis unter 75 | 36 | 6 | 42 | 8,1 | 18 | 5 | 23 | 10,4 | 12 | 1 | 13 | 7,2 | 3 | — | 3 | 5,4 | 3 | — | 3 | 7,0 | — | — | — | — |
| 1882 u. früher | 75 und älter | 2 | 2 | 4 | 0,8 | 2 | 1 | 3 | 1,4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 | 1 | 2,3 | — | — | — | — |
| Insgesamt | | 471 | 48 | 519 | 100 | 203 | 19 | 222 | 100 | 159 | 22 | 181 | 100 | 52 | 3 | 55 | 100 | 40 | 3 | 43 | 100 | 17 ¹⁾ | 1 | 18 ¹⁾ | 100 |

Einschließlich der 22 Abgeordneten von Berlin. — ¹⁾ Einschließlich 1 Abgeordneter der FDV in Berlin.

waren, sogar 329 oder fast zwei Drittel. Sieben Abgeordnete, die dem ersten Bundestag angehörten, sind erst 1957 wieder gewählt worden.

Betrachtet man die einzelnen Parteien, so hat die FDP den verhältnismäßig größten Anteil neuer Abgeordneter (mehr als die Hälfte). Bei der CDU beträgt der Anteil über ein Drittel bei der CDU genau und bei der SPD und DP weniger als ein Drittel. Abgeordnete, die auch 1953 in den Bundestag eingezogen sind, finden sich bei der CDU und SPD relativ etwa gleich viele; während aber von den jetzigen Abgeordneten der CDU nur 30 vH ununterbrochen seit 1949 dem Bundestag angehört haben, sind es bei der SPD 42 vH. Die zuletzt genannten vH-Sätze werden allerdings durch die verschieden starke Zunahme der Parteien beeinflusst. Geht man von 1949 aus, so sind die Unterschiede nur gering. Von den damaligen 139 Abgeordneten der CDU/CSU sind 82 auch im 3. Bundestag vertreten, von den damaligen 131 Abgeordneten der SPD 77.

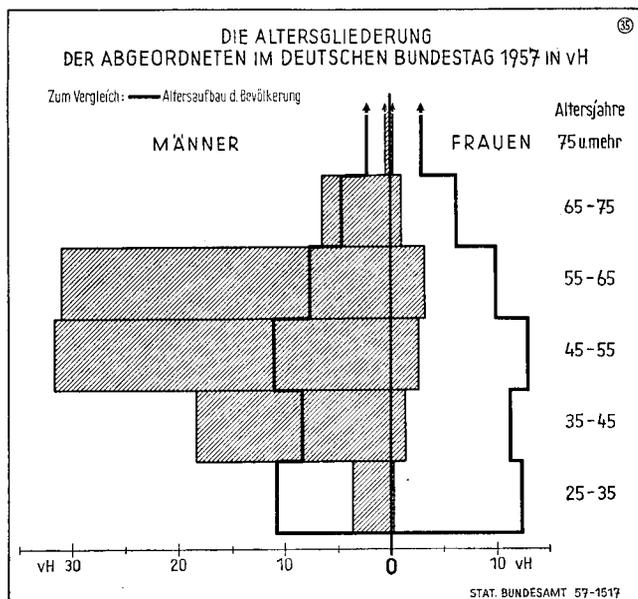
Unter den 497 unmittelbar gewählten Abgeordneten befinden sich 43, unter den 22 Abgeordneten des Landes Berlin 5 Frauen. Der Bundestag setzt sich demnach aus 471 Männern, aber nur 48 Frauen zusammen, während unter den Wählern die Frauen um 2,3 Millionen überwiegen. Im Vergleich zum 2. Bundestag hat sich die Zahl der Frauen um drei Abgeordnete aus unmittelbarer Wahl erhöht. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten aus Berlin ist die gleiche geblieben.

Die meisten weiblichen Abgeordneten — nämlich 22 — stellt sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer 181 Mandate die SPD. Unter den 222 Abgeordneten der CDU befinden sich nur 19 Frauen. Der CSU und der FDP gehören jeweils drei Frauen und der DP eine Frau als Abgeordnete an. 34 der 43 weiblichen Abgeordneten aus unmittelbarer Wahl wurden auf Landeslisten gewählt, in den Wahlkreisen nur neun, und zwar drei der CDU, vier der SPD und je eine der CSU und DP.

Voraussetzung für die Wahl zum Abgeordneten ist die Vollendung des 25. Lebensjahres. Jüngere Abgeordnete sind jedoch selten. Unter 35 Jahre alt sind nur 4,0 vH, zwischen 35 und 45 Jahren dagegen etwa 19,1 vH, zwischen 45 und 55 und 55 und 65 34,5 bzw. 33,5 vH und über 65 Jahre 8,9 vH. Rund zwei Drittel der Abgeordneten stehen demnach im 45. bis 65. Lebensjahr. Das jüngste Mitglied des Bundestages ist der Abgeordnete Börner, SPD, mit 26 Jahren (Wahlkreis 127). Es folgen der Abgeordnete Dr. Stoltenberg, CDU (Wahlkreis 3), 28 Jahre, sowie die Abgeordneten Lohmar und Iven, beide SPD (Landesliste Nordrhein-Westfalen) mit 29 Jahren. Unter 35 Jahre alt sind noch weitere 17 Abgeordnete, und zwar sieben von der CDU, darunter eine Frau, sechs von der SPD, vier von der CSU und einer von der FDP. Der älteste Abgeordnete ist Dr. Adenauer, CDU, der im Wahljahr 1957 81 Jahre alt geworden ist, gefolgt von Frau Dr. Lüders, FDP, die 79jährig in Berlin gewählt wurde, sowie von Dr. Pferdenges und Frau Dr. Weber, beide CDU, mit 77 und 76 Jahren. Außerdem sind noch acht Abgeordnete über 70 Jahre alt, von denen fünf der CDU, zwei der SPD und einer der CSU angehören.

Die meisten jüngeren Abgeordneten zählt die SPD, bei der 27,7 vH unter 45 Jahre alt sind. Ebenfalls verhältnismäßig groß ist der Anteil der unter 45jährigen bei der CSU (30,9 vH) und FDP (27,9 vH). Bei der CDU stehen dagegen nur 17,2 vH in

diesem Alter. Diese weist andererseits mit 11,8 vH den höchsten Anteil über 65jähriger auf, der bei der SPD nur 7,2 vH, bei der CSU 5,4 vH und bei der FDP 9,3 vH beträgt. Die DP hat keinen Abgeordneten über 65.



In den Wahlkreisen wurde etwa die gleiche Anzahl von Abgeordneten unter 45 Jahren (53) gewählt wie auf Landeslisten (54). Über 65 Jahre sind von den Wahlkreisabgeordneten 22 und von den Landeslistenabgeordneten 18, während auf die Altersgruppe der 45- bis 65jährigen 172 Wahlkreis- und 168 Landeslistenabgeordnete entfallen. Es besteht also zwischen der Altersgliederung der Abgeordneten, die in den Wahlkreisen gewählt worden sind, und den Abgeordneten aus den Landeslisten kaum ein Unterschied. Die CDU, SPD, FDP und DP haben die jüngeren Abgeordneten in den Wahlkreisen weniger stark herausgestellt und ihnen Plätze auf den Landeslisten eingeräumt. Bei der CSU dagegen sind alle 17 Abgeordneten unter 45 Jahren in den Wahlkreisen gewählt worden.

Zu der Beantwortung der Frage nach der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit der Abgeordneten stehen Angaben über den Geburtsort zur Verfügung, aus denen aber nur beschränkte Aufschlüsse gewonnen werden können.

324 der insgesamt 519 Abgeordneten sind in dem Land, in dem sie gewählt wurden, auch geboren. Die größte Übereinstimmung zwischen Land der Wahl und Geburtsort besteht im Saarland, da von den insgesamt acht saarländischen Abgeordneten nur einer außerhalb des Landes geboren ist. Sieht man die im Land der Wahl Geborenen unter Vorbehalt als „Einheimische“ an, so ist der Anteil der einheimischen Abgeordneten weiterhin verhältnismäßig groß in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz; verhältnismäßig klein in Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen. Unter den sechs Abgeordneten aus Bremen befindet sich überhaupt kein gebürtiger Bremer.

46. Abgeordnete des 3. Deutschen Bundestages
nach dem Land der Geburt und nach Parteien

| Der Geburtsort liegt | Abgeordnete insgesamt | davon nach Parteien | | | | |
|---|-----------------------|---------------------|-----|-----|-----|------------------|
| | | CDU | SPD | CSU | FDP | DP ¹⁾ |
| Im Land der Wahl ¹⁾ | 324 | 138 | 106 | 46 | 23 | 11 ²⁾ |
| In einem anderen Land des Bundesgebietes | 90 | 49 | 26 | 3 | 10 | 2 |
| In Berlin ²⁾ | 14 | 4 | 7 | 1 | 1 | 1 |
| In der sowjetischen Besatzungszone | 29 | 10 | 14 | — | 5 | — |
| In den Ostgebieten des deutschen Reichs (Stand 31. 12. 1937) z. Z. unter fremder Verwaltung | 26 | 8 | 15 | 1 | 1 | 1 |
| Im Ausland | 25 | 10 | 8 | 3 | 1 | 3 |
| Nicht festzustellen | 11 | 3 | 5 | 1 | 2 | — |
| Insgesamt | 519 | 222 | 181 | 55 | 43 | 18 ³⁾ |

Einschließlich der 22 Abgeordneten von Berlin. — ¹⁾ Einschließlich — ²⁾ ohne die Abgeordneten von Berlin, die in Berlin geboren sind. — ³⁾ Einschließlich 1 Abgeordneter der FDV in Berlin.

Den höchsten Anteil Einheimischer stellt mit 84 vH die CSU. Bei der CDU beträgt der Anteil 62 vH, bei der SPD und DP 59 vH und bei der FDP 53 vH.

Die Frage, welche Abgeordnete Vertriebene sind, läßt sich annäherungsweise aus der Tabelle beantworten, sofern man als Vertriebene alle Personen ansieht, deren Geburtsort in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder im Ausland liegt. Es handelt sich dabei um 51 Abgeordnete, von denen 18 der CDU, 23 der SPD, 4 der CSU, 2 der FDP und 4 der DP angehören. Im 2. Bundestag gab es 81 solcher Abgeordneter. Ihre Zahl hat sich vor allem dadurch verringert, daß der GB/BHE im 1957 gewählten Bundestag nicht mehr vertreten ist.

Eine Gliederung der Abgeordneten nach dem Beruf kann hier nur auf Grund der in den Wahlvorschlägen enthaltenen Berufs- oder Standesbezeichnungen erfolgen. Sie ist daher nur sehr unbestimmt, z. T. überhaupt nicht möglich. Das gilt vor allem für die häufigen Fälle, in denen es sich um Angaben wie Kauf-

mann, Geschäftsführer, oder einen akademischen Grad wie Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Volkswirt und dgl. handelt. In der Tabelle 46 ist daher auf eine vollständige Aufgliederung der Abgeordneten nach dem Beruf zugunsten einer Auswahl von Tätigkeiten, die ein besonderes Interesse beanspruchen dürften, verzichtet worden.

Eine sehr starke Gruppe unter den Abgeordneten bilden die 61 Landwirte, zu denen etwa jedes achte Mitglied des Bundestages gehört. Sie sind besonders stark bei der CDU, FDP und DP, noch stärker aber bei der CSU vertreten, deren Abgeordnete sich zu einem Viertel aus Landwirten zusammensetzen. Unter den 181 Abgeordneten der SPD gibt es nur fünf Landwirte. Eine andere große Gruppe bilden die 52 Rechtsanwälte, zu denen hier noch einige Abgeordnete mit der Berufsangabe Wirtschaftsprüfer oder Syndikus genommen worden sind. Anteilmäßig am stärksten sind die Rechtsanwälte mit 10 von insgesamt 43 Abgeordneten bei der FDP vorhanden. Bei der CDU ist etwa jeder zehnte, bei der SPD aber erst jeder 17. Abgeordnete Rechtsanwalt. Ungefähr genau so stark vertreten sind die Beamten des höheren Verwaltungsdienstes, die vor allem bei der CSU und nicht ganz so stark bei der CDU eine Rolle spielen. Der 3. Bundestag umfaßt weiterhin 13 Professoren und Dozenten, und zwar fünf Professoren bei der CDU und sechs bei der SPD, 21 Lehrer und Studienräte, 5 Ärzte und 4 Pfarrer. Auffallend ist die große Zahl von Redakteuren, Verlegern, Journalisten, Schriftstellern usw. (30), von denen allein 19 der SPD angehören. Handwerksmeister und Arbeiter wurden jeweils 17 ermittelt. Bei der verhältnismäßig großen Gruppe der Geschäftsführer läßt sich nicht feststellen, ob es sich um Geschäftsführer wirtschaftlicher Unternehmen, von Wirtschaftsverbänden, Parteien usw. handelt. Sie wurden in der Tabelle zusammen mit den Gewerkschafts-, Arbeiter-, Parteisekretären und dgl. ausgewiesen.

Unter den 48 weiblichen Abgeordneten sind 17 Hausfrauen, und zwar 9 bei der CDU und 7 bei der SPD. 6 Frauen sind Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 4 Lehrerinnen oder Studienrätinnen, 3 Ärztinnen und 2 Rechtsanwältinnen. Schließlich sind als Abgeordnete der SPD noch 3 Fürsorgerinnen zu erwähnen.

47. Abgeordnete des 3. Deutschen Bundestages
nach dem Beruf und nach Parteien

| Beruf | Abgeordnete insgesamt | | davon nach Parteien | | | | | | | | | |
|---|-----------------------|----------|---------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|------------------|----------|
| | | | CDU | | SPD | | CSU | | FDP | | DP ¹⁾ | |
| | männlich | weiblich | männlich | weiblich | männlich | weiblich | männlich | weiblich | männlich | weiblich | männlich | weiblich |
| Abgeordnete insgesamt | 471 | 48 | 203 | 19 | 159 | 22 | 52 | 3 | 40 | 3 | 17 ¹⁾ | 1 |
| darunter: | | | | | | | | | | | | |
| Professoren, Dozenten | 13 | — | 5 | — | 6 | — | 1 | — | 1 | — | — | — |
| Lehrer, Studienräte | 17 | 4 | 9 | 1 | 8 | — | — | 1 | — | 2 | — | — |
| Pfarrer | 4 | — | 2 | — | 2 | — | — | — | — | — | — | — |
| Ärzte | 2 | 3 | 1 | 2 | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — |
| Verwaltungsbeamte im höheren Dienst | 46 | 6 | 21 | 5 | 7 | — | 12 | 1 | 4 | — | 2 ¹⁾ | — |
| Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Syndici | 50 | 2 | 22 | 1 | 11 | — | 7 | — | 9 | 1 | 1 | — |
| Redakteure, Verleger, Journalisten, Schriftsteller | 29 | 1 | 9 | — | 18 | 1 | 1 | — | 1 | — | — | — |
| Landwirte | 61 | — | 32 | — | 5 | — | 13 | — | 8 | — | 3 | — |
| Handwerksmeister | 17 | — | 9 | — | 8 | — | — | — | — | — | — | — |
| Arbeiter | 17 | — | 5 | — | 12 | — | — | — | — | — | — | — |
| Geschäftsführer, Gewerkschafts-, Arbeiter-, Parteisekretäre u. dgl. | 46 | 4 | 18 | — | 23 | 4 | 2 | — | 2 | — | 1 | — |
| Fürsorgerinnen | — | 3 | — | — | — | 3 | — | — | — | — | — | — |
| Hausfrauen | — | 17 | — | 9 | — | 7 | — | 1 | — | — | — | — |

Einschließlich der 22 Abgeordneten von Berlin. — ¹⁾ Einschließlich 1 Abgeordneter der FDV in Berlin.

III. Anhang

A. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe im Bundesgebiet

| Gegenstand | 1 = Erst-, 2 = Zweit- stimmen | Schleswig-Holstein | | Hamburg | | Niedersachsen | | Bremen | | Nordrhein- Westfalen | |
|---|-------------------------------------|--------------------|-----------|-----------|-----------|---------------|-----------|---------|---------|-------------------------|------------|
| | | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 |
| Wahlberechtigte | | 1573 480 | 1548 961 | 1241 880 | 1328 657 | 4 388 818 | 4 438 885 | 420 958 | 467 250 | 9 599 109 | 10 407 006 |
| Wähler | | 1391 768 | 1367 225 | 1 085 279 | 1 185 178 | 3 894 742 | 3 950 248 | 367 920 | 414 498 | 8 250 961 | 9 158 928 |
| Wahlbeteiligung | vH | 88,5 | 88,3 | 87,4 | 89,2 | 88,7 | 89,0 | 87,4 | 88,7 | 86,0 | 88,0 |
| Ungültige Stimmen | 1 | 37 590 | 32 577 | 37 601 | 19 098 | 145 707 | 122 552 | 8 088 | 8 741 | 256 275 | 221 965 |
| | vH | 2,7 | 2,4 | 3,5 | 1,6 | 3,7 | 3,1 | 2,2 | 2,1 | 3,1 | 2,4 |
| | 2 | 39 706 | 55 180 | 25 296 | 30 919 | 114 146 | 123 835 | 11 720 | 15 898 | 242 532 | 303 657 |
| | vH | 2,9 | 4,0 | 2,3 | 2,6 | 2,9 | 3,1 | 3,2 | 3,8 | 2,9 | 3,3 |
| Gültige Stimmen | 1 | 1 354 178 | 1 334 648 | 1 047 678 | 1 166 080 | 3 749 035 | 3 827 696 | 359 832 | 405 757 | 7 994 686 | 8 936 963 |
| | vH | 97,3 | 96,5 | 96,5 | 98,4 | 96,3 | 96,9 | 97,8 | 97,9 | 96,9 | 97,6 |
| | 2 | 1 352 062 | 1 312 045 | 1 059 983 | 1 154 259 | 3 780 596 | 3 826 413 | 356 200 | 393 600 | 8 008 429 | 8 855 271 |
| | vH | 97,1 | 96,0 | 97,7 | 97,4 | 97,1 | 96,9 | 96,8 | 96,2 | 97,1 | 96,7 |
| Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf: | | | | | | | | | | | |
| CDU bzw. CSU | 1 | 666 475 | 670 199 | 215 376 | 445 149 | 1 049 883 | 1 428 300 | 85 669 | 124 688 | 4 034 990 | 4 911 300 |
| Christlich Demokratische Union bzw. Christlich-Soziale Union | vH | 49,2 | 50,2 | 20,6 | 38,2 | 28,0 | 37,3 | 23,8 | 30,7 | 50,5 | 55,0 |
| | 2 | 636 570 | 631 147 | 389 335 | 432 262 | 1 330 982 | 1 495 343 | 88 456 | 121 264 | 3 915 320 | 4 813 996 |
| | vH | 47,1 | 48,1 | 36,7 | 37,4 | 35,2 | 39,1 | 24,8 | 30,4 | 48,9 | 54,4 |
| SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands | 1 | 361 264 | 412 561 | 416 865 | 538 847 | 1 162 311 | 1 279 201 | 141 596 | 188 647 | 2 609 048 | 3 049 317 |
| | vH | 26,7 | 30,9 | 39,8 | 46,2 | 31,0 | 33,4 | 39,4 | 46,5 | 32,6 | 34,1 |
| | 2 | 357 798 | 404 595 | 403 410 | 528 645 | 1 136 522 | 1 255 204 | 138 846 | 184 003 | 2 555 014 | 2 965 616 |
| | vH | 26,5 | 30,8 | 38,1 | 45,8 | 30,1 | 32,8 | 39,0 | 46,2 | 31,9 | 33,5 |
| FDP Freie Demokratische Partei | 1 | 51 684 | 67 164 | 186 694 | 105 558 | 308 663 | 223 521 | 28 169 | 22 125 | 683 465 | 528 307 |
| | vH | 3,8 | 5,0 | 17,8 | 9,1 | 8,2 | 5,8 | 7,8 | 5,5 | 8,5 | 5,9 |
| | 2 | 61 486 | 73 656 | 108 722 | 108 451 | 260 894 | 226 463 | 26 777 | 23 311 | 682 902 | 554 781 |
| | vH | 4,5 | 5,6 | 10,3 | 9,4 | 6,9 | 5,9 | 7,5 | 5,8 | 8,5 | 6,3 |
| GB/BHE Gesamtdeutscher Block/BHE | 1 | 145 852 | 98 511 | 31 348 | 14 950 | 432 646 | 285 432 | 11 317 | 7 501 | 203 203 | 207 568 |
| | vH | 10,8 | 7,4 | 3,0 | 1,3 | 11,5 | 7,5 | 3,1 | 1,8 | 2,5 | 2,3 |
| | 2 | 157 100 | 109 510 | 26 133 | 16 757 | 406 971 | 291 163 | 11 604 | 8 162 | 213 951 | 224 928 |
| | vH | 11,6 | 8,3 | 2,5 | 1,5 | 10,8 | 7,6 | 3,3 | 2,0 | 2,7 | 2,5 |
| DP Deutsche Partei | 1 | 45 359 | 42 540 | 120 958 | 48 837 | 619 275 | 503 615 | 63 993 | 56 390 | 69 067 | 108 509 |
| | vH | 3,3 | 3,2 | 11,5 | 4,2 | 16,5 | 13,2 | 17,8 | 13,9 | 0,9 | 1,2 |
| | 2 | 54 170 | 49 339 | 62 123 | 54 144 | 449 203 | 435 936 | 60 464 | 55 118 | 80 034 | 141 330 |
| | vH | 4,0 | 3,8 | 5,9 | 4,7 | 11,9 | 11,4 | 17,0 | 13,8 | 1,0 | 1,6 |
| DRP Deutsche Reichs-Partei | 1 | 5 893 | 8 169 | 22 169 | 8 369 | 112 037 | 86 662 | 10 179 | 5 230 | 5 000 | 54 469 |
| | vH | 0,4 | 0,6 | 2,1 | 0,7 | 3,0 | 2,3 | 2,8 | 1,3 | 0,1 | 0,6 |
| | 2 | 12 794 | 9 009 | 17 101 | 9 050 | 132 057 | 88 963 | 10 552 | 5 488 | — | 57 755 |
| | vH | 0,9 | 0,7 | 1,6 | 0,8 | 3,5 | 2,3 | 3,0 | 1,4 | — | 0,7 |
| FU Föderalistische Union (Bayernpartei-Zentrum) | 1 | — | — | — | — | — | 13 444 | — | — | — | 69 530 |
| | vH | — | — | — | — | — | 0,4 | — | — | — | 0,8 |
| | 2 | — | — | — | — | — | 13 549 | — | — | — | 72 563 |
| | vH | — | — | — | — | — | 0,4 | — | — | — | 0,8 |
| BdD Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden u. Freiheit | 1 | — | 1 752 | — | 4 190 | — | 4 446 | — | 1 176 | — | 3 897 |
| | vH | — | 0,1 | — | 0,4 | — | 0,1 | — | 0,3 | — | 0,0 |
| | 2 | — | 2 527 | — | 4 950 | — | 6 812 | — | 1 254 | — | 9 890 |
| | vH | — | 0,2 | — | 0,4 | — | 0,2 | — | 0,3 | — | 0,1 |
| Mittelstand Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittel- standsparteien-UDM) | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 024 |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,0 |
| | 2 | — | — | — | — | — | 9 660 | — | — | — | 14 412 |
| | vH | — | — | — | — | — | 0,3 | — | — | — | 0,2 |
| SSW Südschleswigscher Wählerverband | 1 | 44 339 | 33 463 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | 3,3 | 2,5 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 2 | 44 585 | 32 262 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | 3,3 | 2,5 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| DG Deutsche Gemeinschaft | 1 | — | 289 | — | 180 | — | 3 075 | — | — | — | 805 |
| | vH | — | 0,0 | — | 0,0 | — | 0,1 | — | — | — | 0,0 |
| | 2 | — | — | — | — | — | 3 320 | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | 0,1 | — | — | — | — |
| VU Vaterländische Union | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| PdgD Partei der guten Deutschen | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| DFWG Deutsche Friedens- Wahlgemeinschaft | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| WGSch Wählergruppe Schumacher | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 237 |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,0 |
| | 2 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | vH | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Sonstige | 1 | 33 312 | — | 54 268 | — | 64 220 | — | 18 909 | — | 389 913 | — |
| | vH | 2,5 | — | 5,2 | — | 1,7 | — | 5,3 | — | 4,9 | — |
| | 2 | 27 559 | — | 53 159 | — | 63 967 | — | 19 501 | — | 563 208 | — |
| | vH | 2,0 | — | 5,0 | — | 1,7 | — | 5,5 | — | 7,0 | — |

¹⁾ Davon: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD): 611 317 = 2,2 vH; Bayernpartei (BP): 399 070 = 1,5 vH; Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP): 286 465 = 1,0 vH; Nationale Sammlung (DNS): 78 356 = 0,3 vH; Deutsche Zentrumspartei (Z): 55 835 = 0,2 vH; Wählervereinigung Freudenberg „parteilos“: 15 709 = 0,1 vH; Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP): 6 269 = 0,0 vH; Parteifreie Wählerschaft: 1 231 = 0,0 vH; Notgemeinschaft Bayerisches Grenzland: 173 = 0,0 vH; Freie Wählerschaft Süß: 72 = 0,0 vH. — ²⁾ Davon: KPD 607 860 = 2,2 vH; BP 465 641 = 1,7 vH; GVP 318 475 = 1,2 vH; Z 217 078 = 0,8 vH; DNS 70 726 = 0,3 vH.

und in den Ländern 1953 und 1957

| Hessen | | Rheinland-Pfalz | | Baden-Württemberg | | Bayern | | Saarland | | Bundesgebiet | | | | 1= Erst-, 2= Zweit- stimmen | Gegen- stand |
|-----------|-----------|-----------------|-----------|-------------------|-----------|-----------|-----------|----------|---------|-------------------------|------------|------------|----|---|-----------------|
| 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | 1953 | 1957 | | | | |
| | | | | | | | | | | | Saarland | | | | |
| 3 081 788 | 3 214 856 | 2 143 337 | 2 237 023 | 4 536 755 | 4 857 815 | 6 134 820 | 6 240 499 | — | 659 971 | 33 120 940 | 34 740 952 | 35 400 923 | | | |
| 2 672 103 | 2 863 092 | 1 842 707 | 1 976 225 | 3 710 253 | 4 097 575 | 5 263 817 | 5 470 347 | — | 589 578 | 28 479 550 | 30 483 316 | 31 072 894 | vH | Wahl- berechtigte Wähler | |
| 86,7 | 89,1 | 86,0 | 88,3 | 81,8 | 84,4 | 85,8 | 87,7 | — | 89,3 | 86,0 | 87,7 | 87,8 | | Wahl- beteiligung | |
| 94 570 | 102 907 | 80 662 | 68 008 | 109 125 | 142 818 | 190 172 | 166 983 | — | 31 031 | 959 700 | 885 649 | 916 680 | 1 | Ungültige Stimmen | |
| 3,5 | 3,6 | 4,4 | 3,4 | 2,9 | 3,5 | 3,6 | 3,1 | — | 5,3 | 3,4 | 2,9 | 3,0 | vH | | |
| 115 151 | 135 829 | 67 344 | 77 220 | 122 122 | 189 735 | 190 261 | 196 706 | — | 38 487 | 928 278 | 1 128 979 | 1 167 466 | 2 | | |
| 4,3 | 4,7 | 3,7 | 3,9 | 3,3 | 4,6 | 3,6 | 3,6 | — | 6,5 | 3,3 | 3,7 | 3,8 | vH | | |
| 2 577 533 | 2 760 185 | 1 762 045 | 1 908 217 | 3 601 128 | 3 954 757 | 5 073 645 | 5 303 364 | — | 558 547 | 27 519 760 | 29 597 667 | 30 156 214 | 1 | Gültige Stimmen | |
| 96,5 | 96,4 | 95,6 | 96,6 | 97,1 | 96,5 | 96,4 | 96,9 | — | 94,7 | 96,6 | 97,1 | 97,0 | vH | | |
| 2 556 952 | 2 727 263 | 1 775 363 | 1 899 005 | 3 588 131 | 3 907 840 | 5 073 556 | 5 273 641 | — | 551 091 | 27 551 272 | 29 354 337 | 29 905 428 | 2 | | |
| 95,7 | 95,3 | 96,3 | 96,1 | 96,7 | 95,4 | 96,4 | 96,4 | — | 93,5 | 96,7 | 96,3 | 96,2 | vH | | |
| 760 423 | 1 064 466 | 925 829 | 1 031 349 | 1 839 014 | 2 111 326 | 2 450 286 | 3 068 418 | — | 306 355 | 12 027 945 | 14 855 195 | 15 161 550 | 1 | Von den abge- gebenen gülti- gen Stimmen entfallen auf: CDU/CSU | |
| 29,5 | 33,6 | 52,5 | 54,0 | 51,1 | 53,4 | 43,3 | 57,9 | — | 54,8 | 43,7 | 50,2 | 50,3 | vH | | |
| 849 125 | 1 116 494 | 924 932 | 1 019 709 | 1 881 874 | 2 061 701 | 2 427 387 | 3 015 392 | — | 300 591 | 12 443 981 | 14 707 808 | 15 003 399 | 2 | | |
| 33,2 | 40,9 | 52,1 | 53,7 | 52,4 | 53,7 | 47,8 | 57,2 | — | 54,5 | 45,2 | 50,1 | 50,2 | vH | | |
| 889 040 | 1 071 222 | 493 443 | 586 124 | 843 299 | 1 053 371 | 1 214 391 | 1 332 056 | — | 140 323 | 8 131 257 | 9 511 346 | 9 651 669 | 1 | SPD | |
| 34,5 | 38,8 | 28,0 | 30,7 | 23,4 | 26,6 | 23,9 | 25,1 | — | 25,1 | 29,5 | 32,1 | 32,0 | vH | | |
| 862 701 | 1 037 166 | 482 686 | 578 203 | 825 704 | 1 009 019 | 1 184 262 | 1 394 811 | — | 138 309 | 7 944 943 | 9 357 262 | 9 495 571 | 2 | | |
| 33,7 | 38,0 | 27,2 | 30,4 | 23,0 | 25,8 | 23,3 | 26,4 | — | 25,1 | 28,8 | 31,9 | 31,8 | vH | | |
| 610 534 | 243 877 | 226 874 | 185 300 | 502 041 | 547 010 | 369 442 | 252 341 | — | 101 031 | 2 967 566 | 2 175 203 | 2 276 234 | 1 | FDP | |
| 23,7 | 3,8 | 12,9 | 9,7 | 13,9 | 13,8 | 7,3 | 4,8 | — | 18,1 | 10,8 | 7,3 | 7,5 | vH | | |
| 502 548 | 232 872 | 214 805 | 185 288 | 455 535 | 561 538 | 319 494 | 240 695 | — | 100 080 | 2 629 163 | 2 207 055 | 2 307 135 | 2 | | |
| 19,7 | 8,5 | 12,1 | 9,8 | 12,7 | 14,4 | 6,2 | 4,6 | — | 18,2 | 9,5 | 7,5 | 7,7 | vH | | |
| 153 882 | 149 953 | 25 744 | 25 936 | 193 207 | 171 218 | 416 016 | 362 455 | — | 1 112 | 1 613 215 | 1 323 524 | 1 324 636 | 1 | GB/BHE | |
| 6,0 | 5,4 | 1,5 | 1,4 | 5,4 | 4,3 | 8,2 | 6,8 | — | 0,2 | 5,9 | 4,5 | 4,4 | vH | | |
| 163 490 | 151 972 | 26 210 | 27 775 | 193 532 | 185 214 | 417 953 | 357 119 | — | 1 466 | 1 616 953 | 1 372 600 | 1 374 066 | 2 | | |
| 6,4 | 5,6 | 1,5 | 1,5 | 5,4 | 4,7 | 8,2 | 6,8 | — | 0,3 | 5,9 | 4,7 | 4,6 | vH | | |
| 55 223 | 194 419 | 22 938 | 27 225 | 42 859 | 40 916 | 33 359 | 36 077 | — | 3 765 | 1 073 031 | 1 058 528 | 1 062 293 | 1 | DP | |
| 2,1 | 7,0 | 1,3 | 1,4 | 1,2 | 1,0 | 0,7 | 0,7 | — | 0,7 | 3,9 | 3,6 | 3,5 | vH | | |
| 70 704 | 148 792 | 19 731 | 29 698 | 56 268 | 50 050 | 43 431 | 38 806 | — | 4 069 | 896 128 | 1 003 213 | 1 007 282 | 2 | | |
| 2,8 | 5,5 | 1,1 | 1,6 | 1,6 | 1,3 | 0,9 | 0,7 | — | 0,7 | 3,3 | 3,4 | 3,4 | vH | | |
| 4 257 | 32 332 | — | 46 326 | 2 222 | 19 621 | 42 968 | 26 304 | — | 3 140 | 204 725 | 237 482 | 290 622 | 1 | DRP | |
| 0,2 | 1,2 | — | 2,4 | 0,1 | 0,5 | 0,8 | 0,5 | — | 0,6 | 0,7 | 1,0 | 1,0 | vH | | |
| — | 33 881 | 45 073 | 51 350 | — | 24 896 | 78 162 | 24 902 | — | 3 270 | 295 739 | 305 294 | 308 564 | 2 | | |
| — | 1,2 | 2,5 | 2,7 | — | 0,6 | 1,5 | 0,5 | — | 0,6 | 1,1 | 1,0 | 1,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 212 559 | — | — | — | 295 533 | 295 533 | 1 | FU | |
| — | — | — | — | — | — | — | 4,0 | — | — | — | 1,0 | 1,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 168 210 | — | — | — | 254 322 | 254 322 | 2 | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 3,2 | — | — | — | 0,9 | 0,9 | vH | | |
| — | 3 127 | — | 4 134 | — | 5 770 | — | 6 333 | — | 2 504 | — | 34 825 | 37 329 | 1 | BdD | |
| — | 0,1 | — | 0,2 | — | 0,1 | — | 0,1 | — | 0,4 | — | 0,1 | 0,1 | vH | | |
| — | 6 086 | — | 4 788 | — | 9 320 | — | 10 675 | — | 2 423 | — | 56 302 | 58 725 | 2 | | |
| — | 0,2 | — | 0,3 | — | 0,2 | — | 0,2 | — | 0,4 | — | 0,2 | 0,2 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 024 | 3 024 | 1 | Mittel- stand | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,0 | 0,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 12 520 | — | — | — | 36 592 | 36 592 | 2 | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 0,2 | — | — | — | 0,1 | 0,1 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 44 339 | 33 463 | 1 | SSW | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,2 | 0,1 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 44 585 | 32 262 | 2 | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,1 | 0,1 | vH | | |
| — | 789 | — | 1 467 | — | 4 917 | — | 4 571 | — | 317 | — | 16 093 | 16 410 | 1 | DG | |
| — | 0,0 | — | 0,1 | — | 0,1 | — | 0,1 | — | 0,1 | — | 0,1 | 0,1 | vH | | |
| — | — | — | 2 194 | — | 6 102 | — | 4 991 | — | 883 | — | 16 607 | 17 490 | 2 | | |
| — | — | — | 0,1 | — | 0,2 | — | 0,1 | — | 0,2 | — | 0,1 | 0,1 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | 2 531 | 2 250 | — | — | 2 531 | 2 250 | 2 250 | 1 | VU | |
| — | — | — | — | — | — | 0,1 | 0,0 | — | — | 0,0 | 0,0 | 0,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 5 020 | — | — | — | 5 020 | 5 020 | 2 | | |
| — | — | — | — | — | — | — | 0,1 | — | — | — | 0,0 | 0,0 | vH | | |
| — | — | 654 | 356 | — | — | — | — | — | — | 654 | 356 | 356 | 1 | PdgD | |
| — | — | 0,0 | 0,0 | — | — | — | — | — | — | 0,0 | 0,0 | 0,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | | |
| — | — | — | — | — | — | 608 | — | — | — | — | 608 | 608 | 1 | DFWG | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,0 | 0,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 237 | 237 | 1 | WGSch | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,0 | 0,0 | vH | | |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | | |
| 104 174 | — | 66 563 | — | 178 486 | — | 544 652 | — | — | — | 1 454 497 ¹⁾ | — | — | 1 | Sonstige | |
| 4,0 | — | 3,8 | — | 5,0 | — | 10,7 | — | — | — | 5,3 | — | — | vH | | |
| 108 375 | — | 61 026 | — | 175 218 | — | 606 867 | — | — | — | 1 679 780 ²⁾ | — | — | 2 | | |
| 4,2 | — | 3,5 | — | 4,9 | — | 12,0 | — | — | — | 6,1 | — | — | vH | | |

B. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze für den 3. Deutschen Bundestag

a) Auf die Listenverbindungen der Parteien entfallende Sitze

| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge |
|------------|--------------------------|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|-------------------------|-----------|
| CDU | | | noch: CDU | | | noch: CDU | | | noch: CDU | | |
| 1 | 11 875 339 ¹⁾ | 1 | 67 | 177 243 | 155 | 132 | 89 964 | 307 | 198 | 59 976 | 462 |
| 2 | 5 937 669 | 3 | 68 | 174 637 | 157 | 133 | 89 288 | 310 | 199 | 59 675 | 464 |
| 3 | 3 958 446 | 5 | 69 | 172 106 | 160 | 134 | 88 621 | 313 | 200 | 59 376 | 465 |
| 4 | 2 968 834 | 8 | 70 | 169 647 | 161 | 135 | 87 965 | 314 | | | |
| 5 | 2 375 067 | 9 | | | | 136 | 87 318 | 316 | 201 | 59 081 | 470 |
| 6 | 1 979 223 | 12 | 71 | 167 258 | 164 | 137 | 86 681 | 319 | 202 | 58 788 | 472 |
| 7 | 1 696 477 | 14 | 72 | 164 935 | 166 | 138 | 86 053 | 321 | 203 | 58 499 | 474 |
| 8 | 1 484 417 | 17 | 73 | 162 675 | 170 | 139 | 85 434 | 324 | 204 | 58 212 | 476 |
| 9 | 1 319 482 | 19 | 74 | 160 477 | 172 | 140 | 84 823 | 325 | 205 | 57 928 | 478 |
| 10 | 1 187 533 | 20 | 75 | 158 337 | 173 | | | | 206 | 57 647 | 481 |
| | | | 76 | 156 254 | 176 | 141 | 84 222 | 328 | 207 | 57 368 | 483 |
| 11 | 1 079 576 | 23 | 77 | 154 225 | 178 | 142 | 83 629 | 331 | 208 | 57 092 | 485 |
| 12 | 989 611 | 27 | 78 | 152 247 | 181 | 143 | 83 044 | 333 | 209 | 56 819 | 488 |
| 13 | 913 487 | 29 | 79 | 150 320 | 183 | 144 | 82 467 | 335 | 210 | 56 549 | 489 |
| 14 | 848 238 | 31 | 80 | 148 441 | 185 | 145 | 81 898 | 338 | | | |
| 15 | 791 689 | 32 | | | | 146 | 81 337 | 340 | 211 | 56 281 | 491 |
| 16 | 742 208 | 36 | 81 | 146 609 | 187 | 147 | 80 784 | 342 | 212 | 56 015 | 494 |
| 17 | 698 549 | 38 | 82 | 144 821 | 189 | 148 | 80 238 | 345 | | | |
| 18 | 659 741 | 40 | 83 | 143 076 | 193 | 149 | 79 700 | 347 | | | |
| 19 | 625 017 | 43 | 84 | 141 373 | 196 | 150 | 79 168 | 349 | | | |
| 20 | 593 766 | 44 | 85 | 139 709 | 197 | | | | | | |
| | | | 86 | 138 085 | 199 | 151 | 78 644 | 351 | 1 | 9 495 571 ²⁾ | 2 |
| 21 | 565 492 | 47 | 87 | 136 498 | 201 | 152 | 78 127 | 354 | 2 | 4 747 785 | 4 |
| 22 | 539 788 | 49 | 88 | 134 947 | 205 | 153 | 77 616 | 356 | 3 | 3 165 190 | 6 |
| 23 | 516 319 | 52 | 89 | 133 430 | 207 | 154 | 77 112 | 359 | 4 | 2 373 892 | 10 |
| 24 | 494 805 | 55 | 90 | 131 948 | 208 | 155 | 76 615 | 361 | 5 | 1 899 114 | 13 |
| 25 | 475 013 | 56 | | | | 156 | 76 123 | 364 | 6 | 1 582 595 | 15 |
| 26 | 456 743 | 59 | 91 | 130 498 | 211 | 157 | 75 639 | 366 | 7 | 1 356 510 | 18 |
| 27 | 439 827 | 62 | 92 | 129 079 | 213 | 158 | 75 160 | 368 | 8 | 1 186 946 | 21 |
| 28 | 424 119 | 64 | 93 | 127 691 | 216 | 159 | 74 687 | 370 | 9 | 1 055 063 | 24 |
| 29 | 409 494 | 66 | 94 | 126 333 | 218 | 160 | 74 220 | 373 | 10 | 949 557 | 28 |
| 30 | 395 844 | 67 | 95 | 125 003 | 221 | | | | | | |
| | | | 96 | 123 701 | 223 | 161 | 73 759 | 375 | 11 | 863 233 | 30 |
| 31 | 383 075 | 71 | 97 | 122 426 | 225 | 162 | 73 304 | 377 | 12 | 791 297 | 33 |
| 32 | 371 104 | 73 | 98 | 121 176 | 228 | 163 | 72 854 | 380 | 13 | 730 428 | 37 |
| 33 | 359 858 | 75 | 99 | 119 952 | 231 | 164 | 72 410 | 382 | 14 | 678 255 | 39 |
| 34 | 349 274 | 77 | 100 | 118 753 | 232 | 165 | 71 971 | 384 | 15 | 633 038 | 41 |
| 35 | 339 295 | 79 | | | | 166 | 71 538 | 387 | 16 | 593 473 | 45 |
| 36 | 329 870 | 82 | 101 | 117 577 | 234 | 167 | 71 109 | 390 | 17 | 558 563 | 48 |
| 37 | 320 955 | 85 | 102 | 116 424 | 236 | 168 | 70 686 | 392 | 18 | 527 531 | 50 |
| 38 | 312 508 | 88 | 103 | 115 294 | 240 | 169 | 70 268 | 394 | 19 | 499 766 | 54 |
| 39 | 304 495 | 90 | 104 | 114 185 | 242 | 170 | 69 854 | 396 | 20 | 474 778 | 57 |
| 40 | 296 883 | 91 | 105 | 113 098 | 243 | | | | | | |
| | | | 106 | 112 031 | 245 | 171 | 69 446 | 399 | 21 | 452 170 | 60 |
| 41 | 289 642 | 93 | 107 | 110 984 | 249 | 172 | 69 042 | 401 | 22 | 431 616 | 63 |
| 42 | 282 746 | 97 | 108 | 109 956 | 251 | 173 | 68 643 | 403 | 23 | 412 850 | 65 |
| 43 | 276 170 | 99 | 109 | 108 948 | 254 | 174 | 68 249 | 405 | 24 | 395 648 | 68 |
| 44 | 269 894 | 101 | 110 | 107 957 | 256 | 175 | 67 859 | 407 | 25 | 379 822 | 72 |
| 45 | 263 896 | 102 | | | | 176 | 67 473 | 410 | 26 | 365 214 | 74 |
| 46 | 258 159 | 105 | 111 | 106 985 | 258 | 177 | 67 092 | 413 | 27 | 351 687 | 76 |
| 47 | 252 666 | 108 | 112 | 106 029 | 260 | 178 | 66 715 | 415 | 28 | 339 127 | 80 |
| 48 | 247 402 | 111 | 113 | 105 091 | 262 | 179 | 66 342 | 418 | 29 | 327 433 | 84 |
| 49 | 242 353 | 113 | 114 | 104 169 | 266 | 180 | 65 974 | 419 | 30 | 316 519 | 86 |
| 50 | 237 506 | 115 | 115 | 103 263 | 267 | | | | | | |
| | | | 116 | 102 373 | 269 | 181 | 65 609 | 422 | 31 | 306 308 | 89 |
| 51 | 232 849 | 117 | 117 | 101 498 | 271 | 182 | 65 249 | 425 | 32 | 296 736 | 92 |
| 52 | 228 371 | 120 | 118 | 100 638 | 275 | 183 | 64 892 | 427 | 33 | 287 744 | 95 |
| 53 | 224 063 | 122 | 119 | 99 792 | 278 | 184 | 64 539 | 429 | 34 | 279 281 | 98 |
| 54 | 219 913 | 125 | 120 | 98 961 | 279 | 185 | 64 191 | 430 | 35 | 271 302 | 100 |
| 55 | 215 915 | 126 | | | | 186 | 63 845 | 434 | 36 | 263 765 | 103 |
| 56 | 212 059 | 128 | 121 | 98 143 | 281 | 187 | 63 504 | 436 | 37 | 256 637 | 106 |
| 57 | 208 339 | 132 | 122 | 97 338 | 284 | 188 | 63 166 | 438 | 38 | 249 883 | 110 |
| 58 | 204 747 | 134 | 123 | 96 547 | 286 | 189 | 62 832 | 441 | 39 | 243 476 | 112 |
| 59 | 201 276 | 137 | 124 | 95 768 | 289 | 190 | 62 501 | 443 | 40 | 237 380 | 116 |
| 60 | 197 922 | 138 | 125 | 95 002 | 290 | | | | | | |
| | | | 126 | 94 248 | 293 | 191 | 62 174 | 446 | 41 | 231 599 | 118 |
| 61 | 194 677 | 141 | 127 | 93 506 | 295 | 192 | 61 850 | 448 | 42 | 226 085 | 121 |
| 62 | 191 537 | 144 | 128 | 92 776 | 297 | 193 | 61 530 | 450 | 43 | 220 827 | 124 |
| 63 | 188 497 | 146 | 129 | 92 056 | 301 | 194 | 61 213 | 453 | 44 | 215 808 | 127 |
| 64 | 185 552 | 148 | 130 | 91 348 | 303 | 195 | 60 899 | 454 | 45 | 211 012 | 129 |
| 65 | 182 697 | 150 | | | | 196 | 60 588 | 457 | 46 | 206 425 | 133 |
| 66 | 179 929 | 152 | 131 | 90 651 | 305 | 197 | 60 280 | 459 | 47 | 202 033 | 135 |

Für ¹⁾ die CDU, ²⁾ die SPD im ganzen Wahlgebiet abgegebene Zweitstimmen.

noch: B. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze für den 3. Deutschen Bundestag

noch: a) Auf die Listenverbindungen der Parteien entfallende Sitze

| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge |
|-----------|--------------|-----------|-----------|-------------------------|-----------|-----------|-------------------------|-----------|--|-------------------------|-----------|
| noch: SPD | | | noch: SPD | | | noch: CSU | | | noch: FDP | | |
| 48 | 197 824 | 139 | 113 | 84 031 | 329 | 7 | 447 580 | 61 | 14 | 164 795 | 168 |
| 49 | 193 787 | 142 | 114 | 83 294 | 332 | 8 | 391 632 | 69 | 15 | 153 809 | 179 |
| 50 | 189 911 | 145 | 115 | 82 570 | 334 | 9 | 348 117 | 78 | 16 | 144 195 | 190 |
| | | | 116 | 81 858 | 339 | 10 | 313 306 | 87 | 17 | 135 713 | 208 |
| 51 | 186 187 | 147 | 117 | 81 158 | 341 | | | | 18 | 128 174 | 215 |
| 52 | 182 607 | 151 | 118 | 80 470 | 343 | 11 | 284 823 | 96 | 19 | 121 428 | 227 |
| 53 | 179 161 | 153 | 119 | 79 794 | 346 | 12 | 261 088 | 104 | 20 | 115 356 | 239 |
| 54 | 175 843 | 156 | 120 | 79 129 | 350 | 13 | 241 004 | 114 | | | |
| 55 | 172 646 | 159 | | | | 14 | 223 790 | 123 | 21 | 109 863 | 252 |
| 56 | 169 563 | 162 | 121 | 78 475 | 352 | 15 | 208 870 | 131 | 22 | 104 869 | 263 |
| 57 | 166 588 | 165 | 122 | 77 832 | 355 | 16 | 195 816 | 140 | 23 | 100 310 | 276 |
| 58 | 163 716 | 169 | 123 | 77 199 | 358 | 17 | 184 297 | 149 | 24 | 96 130 | 287 |
| 59 | 160 941 | 171 | 124 | 76 577 | 362 | 18 | 174 058 | 158 | 25 | 92 285 | 298 |
| 60 | 158 259 | 174 | 125 | 75 964 | 365 | 19 | 164 897 | 167 | 26 | 88 735 | 312 |
| | | | 126 | 75 361 | 367 | 20 | 156 653 | 175 | 27 | 85 449 | 323 |
| 61 | 155 665 | 177 | 127 | 74 768 | 369 | | | | 28 | 82 397 | 337 |
| 62 | 153 154 | 180 | 128 | 74 184 | 374 | 21 | 149 193 | 184 | 29 | 79 556 | 348 |
| 63 | 150 723 | 182 | 129 | 73 609 | 376 | 22 | 142 411 | 194 | 30 | 76 904 | 360 |
| 64 | 148 368 | 186 | 130 | 73 042 | 378 | 23 | 136 220 | 202 | | | |
| 65 | 146 085 | 188 | | | | 24 | 130 544 | 210 | 31 | 74 423 | 372 |
| 66 | 143 872 | 192 | 131 | 72 485 | 381 | 25 | 125 322 | 220 | 32 | 72 097 | 383 |
| 67 | 141 724 | 195 | 132 | 71 936 | 386 | 26 | 120 502 | 229 | 33 | 69 913 | 395 |
| 68 | 139 640 | 198 | 133 | 71 395 | 388 | 27 | 116 039 | 237 | 34 | 67 856 | 408 |
| 69 | 137 616 | 200 | 134 | 70 862 | 391 | 28 | 111 895 | 247 | 35 | 65 918 | 421 |
| 70 | 135 651 | 204 | 135 | 70 337 | 393 | 29 | 108 036 | 255 | 36 | 64 087 | 432 |
| | | | 136 | 69 820 | 397 | 30 | 104 435 | 264 | 37 | 62 355 | 445 |
| 71 | 133 740 | 206 | 137 | 69 310 | 400 | | | | 38 | 60 714 | 456 |
| 72 | 131 882 | 209 | 138 | 68 808 | 402 | 31 | 101 066 | 272 | 39 | 59 157 | 468 |
| 73 | 130 076 | 212 | 139 | 68 313 | 404 | 32 | 97 908 | 282 | 40 | 57 678 | 480 |
| 74 | 128 318 | 214 | 140 | 67 825 | 409 | 33 | 94 941 | 292 | | | |
| 75 | 126 607 | 217 | | | | 34 | 92 148 | 300 | 41 | 56 271 | 492 |
| 76 | 124 941 | 222 | 141 | 67 344 | 411 | 35 | 89 516 | 309 | | | |
| 77 | 123 319 | 224 | 142 | 66 870 | 414 | 36 | 87 029 | 318 | DP | | |
| 78 | 121 738 | 226 | 143 | 66 402 | 417 | 37 | 84 677 | 327 | 1 | 1 007 282 ^{*)} | 26 |
| 79 | 120 197 | 230 | 144 | 65 941 | 420 | 38 | 82 448 | 336 | 2 | 503 641 | 53 |
| 80 | 118 694 | 233 | 145 | 65 486 | 423 | 39 | 80 334 | 344 | 3 | 335 760 | 81 |
| | | | 146 | 65 038 | 426 | 40 | 78 326 | 353 | 4 | 251 820 | 109 |
| 81 | 117 229 | 235 | 147 | 64 595 | 428 | | | | 5 | 201 456 | 136 |
| 82 | 115 799 | 238 | 148 | 64 159 | 431 | 41 | 76 416 | 363 | 6 | 167 880 | 163 |
| 83 | 114 404 | 241 | 149 | 63 728 | 435 | 42 | 74 596 | 371 | 7 | 143 897 | 191 |
| 84 | 113 042 | 244 | 150 | 63 303 | 437 | 43 | 72 861 | 379 | 8 | 125 910 | 219 |
| 85 | 111 712 | 248 | | | | 44 | 71 205 | 389 | 9 | 111 920 | 246 |
| 86 | 110 413 | 250 | 151 | 62 884 | 440 | 45 | 69 623 | 398 | 10 | 100 728 | 274 |
| 87 | 109 144 | 253 | 152 | 62 470 | 444 | 46 | 68 110 | 406 | | | |
| 88 | 107 904 | 257 | 153 | 62 062 | 447 | 47 | 66 660 | 416 | 11 | 91 571 | 302 |
| 89 | 106 691 | 259 | 154 | 61 659 | 449 | 48 | 65 272 | 424 | 12 | 83 940 | 330 |
| 90 | 105 506 | 261 | 155 | 61 261 | 452 | 49 | 63 940 | 433 | 13 | 77 483 | 357 |
| | | | 156 | 60 869 | 455 | 50 | 62 661 | 442 | 14 | 71 948 | 385 |
| 91 | 104 346 | 265 | 157 | 60 481 | 458 | | | | 15 | 67 152 | 412 |
| 92 | 103 212 | 268 | 158 | 60 098 | 461 | 51 | 61 432 | 451 | 16 | 62 955 | 439 |
| 93 | 102 102 | 270 | 159 | 59 720 | 463 | 52 | 60 251 | 460 | 17 | 59 251 | 467 |
| 94 | 101 016 | 273 | 160 | 59 347 | 466 | 53 | 59 114 | 469 | | | |
| 95 | 99 953 | 277 | | | | 54 | 58 019 | 477 | SSW | | |
| 96 | 98 912 | 280 | 161 | 58 978 | 471 | 55 | 56 964 | 486 | 1 | 32 262 ^{*)} | — |
| 97 | 97 892 | 283 | 162 | 58 614 | 473 | | | | Ergebnis der Berechnungen Gesamtzahl der nach den Zweitstimmen zustehenden Sitze: (jeweils der letzte Teiler außer SSW) CDU: 212 SPD: 169 CSU: 55 FDP: 41 DP: 17 SSW: — Insgesamt: 494 | | |
| 98 | 96 893 | 285 | 163 | 58 255 | 475 | | | | | | |
| 99 | 95 914 | 288 | 164 | 57 899 | 479 | FDP | | | | | |
| 100 | 94 955 | 291 | 165 | 57 548 | 482 | 1 | 2 307 135 ^{*)} | 11 | | | |
| | | | 166 | 57 202 | 484 | 2 | 1 153 567 | 22 | | | |
| 101 | 94 015 | 294 | 167 | 56 859 | 487 | 3 | 769 045 | 35 | | | |
| 102 | 93 093 | 296 | 168 | 56 521 | 490 | 4 | 576 783 | 46 | | | |
| 103 | 92 190 | 299 | 169 | 56 186 | 493 | 5 | 461 427 | 58 | | | |
| 104 | 91 303 | 304 | | | | 6 | 384 522 | 70 | | | |
| 105 | 90 434 | 306 | | | | 7 | 329 590 | 83 | | | |
| 106 | 89 580 | 308 | | | | 8 | 288 391 | 94 | | | |
| 107 | 88 743 | 311 | | | | 9 | 256 348 | 107 | | | |
| 108 | 87 921 | 315 | 1 | 3 133 060 ^{*)} | 7 | 10 | 230 713 | 119 | | | |
| 109 | 87 115 | 317 | 2 | 1 566 530 | 16 | | | | | | |
| 110 | 86 323 | 320 | 3 | 1 044 353 | 25 | | | | | | |
| | | | 4 | 783 265 | 34 | 11 | 209 739 | 130 | | | |
| 111 | 85 545 | 322 | 5 | 626 612 | 42 | 12 | 192 261 | 143 | | | |
| 112 | 84 781 | 326 | 6 | 522 176 | 51 | 13 | 177 471 | 154 | | | |

Für ¹⁾ die CSU, ²⁾ die FDP, ³⁾ die DP, ⁴⁾ den SSW im ganzen Wahlgebiet abgegebene Zweitstimmen.

noch: B. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze für den 3. Deutschen Bundestag

b) Verteilung der auf die Listenverbindungen entfallenden Sitze auf die Landeslisten der Parteien

| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge |
|---|--------------|-----------|---------------------------|--------------|-----------|----------------------|--------------|-----------|-------------------------------|--------------|-----------|
| CDU (zu verteilen sind 212 Sitze) | | | noch: CDU | | | noch: CDU | | | noch: CDU | | |
| LL Schleswig-Holstein | | | noch: Nordrhein-Westfalen | | | LL Hessen | | | noch: Baden-Württemberg | | |
| 1 | 631 147 | 15 | 17 | 283 176 | 38 | 1 | 1 116 494 | 7 | 31 | 66 506 | 174 |
| 2 | 315 573 | 34 | 18 | 267 444 | 40 | 2 | 558 247 | 17 | 32 | 64 428 | 179 |
| 3 | 210 382 | 52 | 19 | 253 368 | 43 | 3 | 372 164 | 28 | 33 | 62 475 | 185 |
| 4 | 157 786 | 72 | 20 | 240 699 | 45 | 4 | 279 123 | 39 | 34 | 60 638 | 192 |
| 5 | 126 229 | 90 | 21 | 229 237 | 46 | 5 | 223 298 | 48 | 35 | 58 905 | 198 |
| 6 | 105 191 | 109 | 22 | 218 818 | 49 | 6 | 186 082 | 60 | 36 | 57 269 | 205 |
| 7 | 90 163 | 128 | 23 | 209 304 | 53 | 7 | 159 499 | 70 | 37 | 55 721 | 210 |
| 8 | 78 893 | 147 | 24 | 200 583 | 56 | 8 | 139 561 | 81 | LL Saarland | | |
| 9 | 70 127 | 165 | 25 | 192 559 | 57 | 9 | 124 054 | 92 | 1 | 183 423 | 62 |
| 10 | 63 114 | 183 | 26 | 185 153 | 61 | 10 | 111 649 | 103 | 2 | 91 711 | 126 |
| 11 | 57 377 | 203 | 27 | 178 296 | 63 | 11 | 101 499 | 114 | 3 | 61 141 | 190 |
| LL Hamburg | | | 28 | 171 928 | 64 | 12 | 93 041 | 123 | SPD | | |
| 1 | 432 262 | 24 | 29 | 165 999 | 68 | 13 | 85 884 | 136 | (zu verteilen sind 169 Sitze) | | |
| 2 | 216 131 | 50 | 30 | 160 466 | 69 | 14 | 79 749 | 144 | LL Schleswig-Holstein | | |
| 3 | 144 087 | 79 | 31 | 155 290 | 73 | 15 | 74 432 | 155 | 1 | 404 595 | 20 |
| 4 | 108 065 | 106 | 32 | 150 437 | 74 | 16 | 69 780 | 166 | 2 | 202 297 | 41 |
| 5 | 86 452 | 133 | 33 | 145 878 | 77 | 17 | 63 676 | 176 | 3 | 134 865 | 66 |
| 6 | 72 043 | 160 | 34 | 141 588 | 80 | 18 | 62 027 | 187 | 4 | 101 148 | 89 |
| 7 | 61 751 | 188 | 35 | 137 542 | 82 | 19 | 58 762 | 199 | 5 | 80 919 | 113 |
| LL Niedersachsen | | | 36 | 133 722 | 85 | 20 | 55 824 | 209 | 6 | 67 432 | 135 |
| 1 | 1 495 343 | 5 | 37 | 130 108 | 86 | LL Rheinland-Pfalz | | | 7 | 57 799 | 161 |
| 2 | 747 671 | 12 | 38 | 126 684 | 89 | 1 | 1 019 709 | 9 | LL Hamburg | | |
| 3 | 498 447 | 21 | 39 | 123 435 | 93 | 2 | 509 854 | 20 | 1 | 528 645 | 13 |
| 4 | 373 835 | 27 | 40 | 120 349 | 96 | 3 | 339 903 | 32 | 2 | 264 322 | 31 |
| 5 | 299 068 | 36 | 41 | 117 414 | 97 | 4 | 254 927 | 42 | 3 | 176 215 | 49 |
| 6 | 249 223 | 44 | 42 | 114 618 | 99 | 5 | 203 941 | 55 | 4 | 132 161 | 68 |
| 7 | 213 620 | 51 | 43 | 111 953 | 102 | 6 | 169 951 | 66 | 5 | 105 729 | 85 |
| 8 | 186 917 | 59 | 44 | 109 409 | 104 | 7 | 145 672 | 78 | 6 | 88 107 | 103 |
| 9 | 166 149 | 67 | 45 | 106 977 | 107 | 8 | 127 463 | 88 | 7 | 75 520 | 121 |
| 10 | 149 534 | 75 | 46 | 104 652 | 110 | 9 | 113 301 | 101 | 8 | 66 080 | 139 |
| 11 | 135 940 | 84 | 47 | 102 425 | 112 | 10 | 101 970 | 113 | 9 | 58 738 | 157 |
| 12 | 124 611 | 91 | 48 | 100 291 | 115 | 11 | 92 700 | 124 | LL Niedersachsen | | |
| 13 | 115 026 | 98 | 49 | 98 244 | 117 | 12 | 84 975 | 137 | 1 | 1 255 204 | 4 |
| 14 | 106 810 | 108 | 50 | 96 279 | 119 | 13 | 78 439 | 149 | 2 | 627 602 | 10 |
| 15 | 99 689 | 116 | 51 | 94 392 | 120 | 14 | 72 836 | 159 | 3 | 418 401 | 19 |
| 16 | 93 458 | 122 | 52 | 92 576 | 125 | 15 | 67 980 | 170 | 4 | 313 801 | 26 |
| 17 | 87 961 | 131 | 53 | 90 830 | 127 | 16 | 63 731 | 181 | 5 | 251 040 | 34 |
| 18 | 83 074 | 139 | 54 | 89 148 | 130 | 17 | 59 982 | 195 | 6 | 209 200 | 39 |
| 19 | 78 702 | 148 | 55 | 87 527 | 132 | 18 | 56 650 | 206 | 7 | 179 314 | 48 |
| 20 | 74 767 | 154 | 56 | 85 964 | 134 | LL Baden-Württemberg | | | 8 | 156 900 | 55 |
| 21 | 71 206 | 162 | 57 | 84 456 | 138 | 1 | 2 061 701 | 3 | 9 | 139 467 | 64 |
| 22 | 67 970 | 171 | 58 | 82 999 | 140 | 2 | 1 030 850 | 8 | 10 | 125 520 | 73 |
| 23 | 65 014 | 178 | 59 | 81 593 | 142 | 3 | 687 233 | 14 | 11 | 114 109 | 79 |
| 24 | 62 305 | 186 | 60 | 80 233 | 143 | 4 | 515 425 | 19 | 12 | 104 600 | 86 |
| 25 | 59 813 | 196 | 61 | 78 917 | 146 | 5 | 412 340 | 25 | 13 | 96 554 | 93 |
| 26 | 57 513 | 202 | 62 | 77 645 | 150 | 6 | 343 616 | 31 | 14 | 89 657 | 102 |
| 27 | 55 383 | 211 | 63 | 76 412 | 151 | 7 | 294 528 | 37 | 15 | 83 680 | 109 |
| LL Bremen | | | 64 | 75 218 | 153 | 8 | 257 712 | 41 | 16 | 78 450 | 116 |
| 1 | 121 264 | 95 | 65 | 74 061 | 156 | 9 | 229 077 | 47 | 17 | 73 835 | 124 |
| 2 | 60 632 | 193 | 66 | 72 939 | 158 | 10 | 206 170 | 54 | 18 | 69 733 | 131 |
| LL Nordrhein-Westfalen | | | 67 | 71 850 | 161 | 11 | 187 427 | 58 | 19 | 66 063 | 140 |
| 1 | 4 813 996 | 1 | 68 | 70 794 | 164 | 12 | 171 808 | 65 | 20 | 62 760 | 148 |
| 2 | 2 406 998 | 2 | 69 | 69 768 | 167 | 13 | 158 592 | 71 | 21 | 59 771 | 154 |
| 3 | 1 604 665 | 4 | 70 | 68 771 | 168 | 14 | 147 264 | 76 | 22 | 57 054 | 163 |
| 4 | 1 203 499 | 6 | 71 | 67 802 | 172 | 15 | 137 446 | 83 | LL Bremen | | |
| 5 | 962 799 | 10 | 72 | 66 861 | 173 | 16 | 128 856 | 87 | 1 | 184 003 | 47 |
| 6 | 802 332 | 11 | 73 | 65 945 | 175 | 17 | 121 276 | 94 | 2 | 92 001 | 99 |
| 7 | 687 713 | 13 | 74 | 65 054 | 177 | 18 | 114 538 | 100 | 3 | 61 334 | 150 |
| 8 | 601 749 | 16 | 75 | 64 186 | 180 | 19 | 108 510 | 105 | LL Nordrhein-Westfalen | | |
| 9 | 534 888 | 18 | 76 | 63 342 | 182 | 20 | 103 085 | 111 | 1 | 2 965 616 | 1 |
| 10 | 481 399 | 22 | 77 | 62 519 | 184 | 21 | 98 176 | 118 | 2 | 1 482 808 | 2 |
| 11 | 437 636 | 23 | 78 | 61 717 | 189 | 22 | 93 713 | 121 | 3 | 988 538 | 7 |
| 12 | 401 166 | 26 | 79 | 60 936 | 191 | 23 | 89 639 | 129 | 4 | 741 404 | 8 |
| 13 | 370 307 | 29 | 80 | 60 174 | 194 | 24 | 85 904 | 135 | 5 | 593 123 | 11 |
| 14 | 343 856 | 30 | 81 | 59 432 | 197 | 25 | 82 468 | 141 | 6 | 494 269 | 16 |
| 15 | 320 933 | 33 | 82 | 58 707 | 200 | 26 | 79 296 | 145 | 7 | 423 659 | 18 |
| 16 | 300 874 | 35 | 83 | 57 999 | 201 | 27 | 76 359 | 152 | 8 | 370 702 | 21 |
| | | | 84 | 57 309 | 204 | 28 | 73 632 | 157 | | | |
| | | | 85 | 56 635 | 207 | 29 | 71 093 | 163 | | | |
| | | | 86 | 55 976 | 208 | 30 | 68 723 | 169 | | | |
| | | | 87 | 55 333 | 212 | | | | | | |

Die ersten Teilungszahlen bei jeder Landesliste (LL) bedeuten die Gesamtzahl der für eine Landesliste abgegebenen Zweitstimmen. Der jeweils letzte Teiler bezeichnet die Gesamtzahl der Sitze nach den Zweitstimmen für eine Landesliste.

noch: B. Berechnung und Zuteilung der Abgeordnetensitze für den 3. Deutschen Bundestag
 noch: b) Verteilung der auf die Listenverbindungen entfallenden Sitze auf die Landeslisten der Parteien

| Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge | Teiler | Teilungszahl | Sitzfolge |
|---------------------------|--------------|-----------|------------------------------|--------------|-----------|------------------------------|--------------|-----------|------------------------------|----------------------|-----------|
| noch: SPD | | | noch: SPD | | | noch: CSU | | | noch: FDP | | |
| noch: Nordrhein-Westfalen | | | noch: Rheinland-Pfalz | | | noch: LL Bayern | | | noch: Nordrhein-Westfalen | | |
| 9 | 329 512 | 25 | 3 | 192 734 | 45 | 9 | 335 009 | 9 | 6 | 92 463 | 22 |
| 10 | 296 561 | 27 | 4 | 144 550 | 60 | 10 | 301 589 | 10 | 7 | 79 254 | 25 |
| 11 | 269 601 | 30 | 5 | 115 640 | 77 | 11 | 274 172 | 11 | 8 | 69 347 | 30 |
| 12 | 247 134 | 35 | 6 | 96 367 | 94 | 12 | 251 324 | 12 | 9 | 61 642 | 33 |
| 13 | 228 124 | 37 | 7 | 82 600 | 110 | 13 | 231 991 | 13 | 10 | 55 478 | 38 |
| 14 | 211 829 | 38 | 8 | 72 275 | 127 | 14 | 215 420 | 14 | 11 | 50 434 | 41 |
| 15 | 197 707 | 44 | 9 | 64 244 | 144 | 15 | 201 059 | 15 | LL Hessen | | |
| 16 | 185 351 | 46 | 10 | 57 820 | 160 | 16 | 188 493 | 16 | 232 872 | | |
| 17 | 174 448 | 50 | LL Baden-Württemberg | | | 17 | 177 405 | 17 | 1 | 116 436 | 14 |
| 18 | 164 756 | 54 | 1 | 1 009 019 | 6 | 18 | 167 549 | 18 | 2 | 77 624 | 26 |
| 19 | 156 085 | 56 | 2 | 504 509 | 15 | 19 | 158 731 | 19 | 3 | 58 218 | 35 |
| 20 | 148 280 | 58 | 3 | 336 339 | 24 | 20 | 150 794 | 20 | LL Rheinland-Pfalz | | |
| 21 | 141 219 | 62 | 4 | 252 254 | 33 | 21 | 143 613 | 21 | 185 288 | | |
| 22 | 134 800 | 67 | 5 | 201 803 | 42 | 22 | 137 086 | 22 | 1 | 92 644 | 21 |
| 23 | 128 939 | 70 | 6 | 168 169 | 53 | 23 | 131 125 | 23 | 2 | 61 762 | 32 |
| 24 | 123 567 | 74 | 7 | 144 145 | 61 | 24 | 125 662 | 24 | 3 | LL Baden-Württemberg | |
| 25 | 118 624 | 75 | 8 | 126 127 | 72 | 25 | 120 635 | 25 | 561 538 | | |
| 26 | 114 062 | 80 | 9 | 112 113 | 81 | 26 | 115 995 | 26 | 1 | 280 769 | 3 |
| 27 | 109 837 | 82 | 10 | 100 901 | 90 | 27 | 111 699 | 27 | 2 | 187 179 | 8 |
| 28 | 105 914 | 84 | 11 | 91 729 | 100 | 28 | 107 710 | 28 | 3 | 140 384 | 11 |
| 29 | 102 262 | 88 | 12 | 84 084 | 108 | 29 | 103 996 | 29 | 4 | 112 307 | 16 |
| 30 | 98 853 | 92 | 13 | 77 616 | 118 | 30 | 100 529 | 30 | 5 | 93 589 | 20 |
| 31 | 95 665 | 95 | 14 | 72 072 | 128 | 31 | 97 286 | 31 | 6 | 80 219 | 24 |
| 32 | 92 675 | 98 | 15 | 67 267 | 137 | 32 | 94 246 | 32 | 7 | 70 192 | 29 |
| 33 | 89 867 | 101 | 16 | 63 063 | 147 | 33 | 91 390 | 33 | 8 | 62 393 | 31 |
| 34 | 87 224 | 104 | 17 | 59 354 | 155 | 34 | 88 702 | 34 | 9 | 56 153 | 37 |
| 35 | 84 731 | 107 | 18 | 56 056 | 165 | 35 | 86 168 | 35 | 10 | 51 048 | 40 |
| 36 | 82 378 | 111 | LL Bayern | | | 36 | 83 774 | 36 | LL Bayern | | |
| 37 | 80 151 | 114 | 1 | 1 394 811 | 3 | 37 | 81 510 | 37 | 240 695 | | |
| 38 | 78 042 | 117 | 2 | 697 405 | 9 | 38 | 79 365 | 38 | 1 | 120 347 | 13 |
| 39 | 76 041 | 120 | 3 | 464 937 | 17 | 39 | 77 330 | 39 | 2 | 80 231 | 23 |
| 40 | 74 140 | 122 | 4 | 348 702 | 22 | 40 | 75 397 | 40 | 3 | 60 173 | 34 |
| 41 | 72 332 | 126 | 5 | 278 962 | 29 | 41 | 73 558 | 41 | LL Saarland | | |
| 42 | 70 609 | 129 | 6 | 232 468 | 36 | 42 | 71 806 | 42 | 100 080 | | |
| 43 | 68 967 | 134 | 7 | 199 258 | 43 | 43 | 70 137 | 43 | DP ²⁾ | | |
| 44 | 67 400 | 136 | 8 | 174 351 | 51 | 44 | 68 543 | 44 | (zu verteilen sind 17 Sitze) | | |
| 45 | 65 902 | 141 | 9 | 154 979 | 57 | 45 | 67 019 | 45 | LL Schleswig-Holstein | | |
| 46 | 64 469 | 143 | 10 | 139 481 | 63 | 46 | 65 562 | 46 | 49 339 | | |
| 47 | 63 098 | 146 | 11 | 126 801 | 71 | 47 | 64 167 | 47 | LL Hamburg | | |
| 48 | 61 783 | 149 | 12 | 116 234 | 76 | 48 | 62 831 | 48 | 54 144 | | |
| 49 | 60 522 | 153 | 13 | 107 293 | 83 | 49 | 61 548 | 49 | LL Niedersachsen | | |
| 50 | 59 312 | 156 | 14 | 99 629 | 91 | 50 | 60 317 | 50 | 435 936 | | |
| 51 | 58 149 | 158 | 15 | 92 987 | 97 | 51 | 59 135 | 51 | 217 968 | | |
| 52 | 57 031 | 164 | 16 | 87 175 | 105 | 52 | 57 997 | 52 | 145 312 | | |
| 53 | 55 955 | 166 | 17 | 82 047 | 112 | 53 | 56 903 | 53 | 108 984 | | |
| 54 | 54 918 | 168 | 18 | 77 489 | 119 | LL Saarland | | | 87 187 | | |
| LL Hessen | | | 19 | 73 411 | 125 | 117 168 | | | 72 656 | | |
| 1 | 1 037 166 | 5 | 20 | 69 740 | 130 | 58 584 | | | 62 276 | | |
| 2 | 518 583 | 14 | 21 | 66 419 | 138 | FDP ¹⁾ | | | 54 492 | | |
| 3 | 345 722 | 23 | 22 | 63 400 | 145 | (zu verteilen sind 41 Sitze) | | | 55 118 | | |
| 4 | 259 291 | 32 | 23 | 60 643 | 152 | LL Schleswig-Holstein | | | LL Nordrhein-Westfalen | | |
| 5 | 207 433 | 40 | 24 | 58 117 | 159 | 73 656 | | | 141 330 | | |
| 6 | 172 861 | 52 | 25 | 55 792 | 167 | LL Hamburg | | | 70 665 | | |
| 7 | 148 166 | 59 | LL Saarland | | | 108 451 | | | LL Hessen | | |
| 8 | 129 645 | 69 | 1 | 138 309 | 65 | 54 225 | | | 148 792 | | |
| 9 | 115 240 | 78 | 2 | 69 154 | 132 | LL Niedersachsen | | | 74 396 | | |
| 10 | 103 716 | 87 | CSU | | | 226 463 | | | 49 597 | | |
| 11 | 94 287 | 96 | (zu verteilen sind 55 Sitze) | | | 113 231 | | | LL Baden-Württemberg | | |
| 12 | 86 430 | 106 | LL Bayern | | | 75 487 | | | 50 050 | | |
| 13 | 79 782 | 115 | 1 | 3 015 892 | 1 | 56 615 | | | | | |
| 14 | 74 083 | 123 | 2 | 1 507 946 | 2 | LL Nordrhein-Westfalen | | | | | |
| 15 | 69 144 | 133 | 3 | 1 005 297 | 3 | 554 781 | | | | | |
| 16 | 64 822 | 142 | 4 | 753 973 | 4 | 277 390 | | | | | |
| 17 | 61 009 | 151 | 5 | 603 178 | 5 | 184 927 | | | | | |
| 18 | 57 620 | 162 | 6 | 502 648 | 6 | 138 695 | | | | | |
| 19 | 54 587 | 169 | 7 | 430 841 | 7 | 110 956 | | | | | |
| LL Rheinland-Pfalz | | | 8 | 376 986 | 8 | | | | | | |
| 1 | 578 203 | 12 | | | | | | | | | |
| 2 | 289 101 | 28 | | | | | | | | | |

Die ersten Teilungszahlen bei jeder Landesliste (LL) bedeuten die Gesamtzahl der für eine Landesliste abgegebenen Zweitstimmen. Der jeweils letzte Teiler bezeichnet die Gesamtzahl der Sitze nach den Zweitstimmen für eine Landesliste. — Ohne ¹⁾ Bremen und ²⁾ Rheinland-Pfalz, Bayern und das Saarland, wo auf die Zweitstimmen für die Landeslisten der FDP bzw. der DP kein Sitz mehr zugeteilt werden konnte.

noch: B. Berechnung und Zuteilung
der Abgeordnetensitze für den 3. Deutschen Bundestag

c) Verrechnung der durch die Erststimmen
erhaltenen Wahlkreissitze mit den Sitzen nach den Zweitstimmen

- 1 = Sitze nach den Zweitstimmen (Berechnung a und b)
2 = Sitze nach den Erststimmen (Wahlkreissitze)
3 = aus den Landeslisten zu besetzende Sitze (1 minus 2)
4 = Sitze insgesamt (2 plus 3)

| Land | | Parteien, die Sitze erhalten haben | | | | | |
|----------------------------|---|------------------------------------|-----|-----|-----|----|-------------------|
| | | CDU | SPD | CSU | FDP | DP | insgesamt |
| Schleswig-Holstein | 1 | 11 | 7 | — | 1 | 1 | 20 |
| | 2 | 14 | — | — | — | — | 14 |
| | 3 | — | 7 | — | 1 | 1 | 9 |
| | 4 | 14 ¹⁾ | 7 | — | 1 | 1 | 23 ¹⁾ |
| Hamburg | 1 | 7 | 9 | — | 2 | 1 | 19 |
| | 2 | 1 | 7 | — | — | — | 8 |
| | 3 | 6 | 2 | — | 2 | 1 | 11 |
| | 4 | 7 | 9 | — | 2 | 1 | 19 |
| Niedersachsen | 1 | 27 | 22 | — | 4 | 8 | 61 |
| | 2 | 21 | 8 | — | — | 5 | 34 |
| | 3 | 6 | 14 | — | 4 | 3 | 27 |
| | 4 | 27 | 22 | — | 4 | 8 | 61 |
| Bremen | 1 | 2 | 3 | — | — | 1 | 6 |
| | 2 | — | 3 | — | — | — | 3 |
| | 3 | 2 | — | — | — | 1 | 3 |
| | 4 | 2 | 3 | — | — | 1 | 6 |
| Nordrhein-Westfalen . . . | 1 | 87 | 54 | — | 11 | 2 | 154 |
| | 2 | 53 | 13 | — | — | — | 66 |
| | 3 | 34 | 41 | — | 11 | 2 | 88 |
| | 4 | 87 | 54 | — | 11 | 2 | 154 |
| Hessen | 1 | 20 | 19 | — | 4 | 3 | 46 |
| | 2 | 11 | 10 | — | — | 1 | 22 |
| | 3 | 9 | 9 | — | 4 | 2 | 24 |
| | 4 | 20 | 19 | — | 4 | 3 | 46 |
| Rheinland-Pfalz | 1 | 18 | 10 | — | 3 | — | 31 |
| | 2 | 12 | 3 | — | — | — | 15 |
| | 3 | 6 | 7 | — | 3 | — | 16 |
| | 4 | 18 | 10 | — | 3 | — | 31 |
| Baden-Württemberg . . . | 1 | 37 | 18 | — | 11 | 1 | 67 |
| | 2 | 32 | 1 | — | — | — | 33 |
| | 3 | 5 | 17 | — | 11 | 1 | 34 |
| | 4 | 37 | 18 | — | 11 | 1 | 67 |
| Bayern | 1 | — | 25 | 53 | 4 | — | 82 |
| | 2 | — | — | 47 | — | — | 47 |
| | 3 | — | 25 | 6 | 4 | — | 35 |
| | 4 | — | 25 | 53 | 4 | — | 82 |
| Saarland | 1 | 3 | 2 | 2 | 1 | — | 8 |
| | 2 | 3 | 1 | — | 1 | — | 5 |
| | 3 | — | 1 | 2 | — | — | 3 |
| | 4 | 3 | 2 | 2 | 1 | — | 8 |
| Wahlgebiet insgesamt . . | 1 | 212 | 169 | 55 | 41 | 17 | 494 |
| | 2 | 147 | 46 | 47 | 1 | 6 | 247 |
| | 3 | 68 | 123 | 8 | 40 | 11 | 250 |
| | 4 | 215 ¹⁾ | 169 | 55 | 41 | 17 | 497 ¹⁾ |

¹⁾ Einschl. 3 „Überhangmandate“, da die CDU in Schleswig-Holstein in den Wahlkreisen 3 Sitze mehr erhalten hat als ihr nach den Zweitstimmen überhaupt zustanden.